



ÖSTERREICH ZUERST

DIE GESCHICHTE DER FPÖ



ÖSTERREICH ZUERST
Die Geschichte
der FPÖ

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort von Herbert Kickl	5
	Vorwort von Axel Kassegger	7
	Freiheitliche Fieberkurve	10-11
I	Seit 2021 Neustart in Coronazeiten	13
II	2019 – 2021 Ibiza und die Folgen	19
III	2017 – 2019 Erfolgreich in der Regierung Die FPÖ zwischen dem Wahlerfolg 2017 und Ibiza	25
IV	2016 Norbert Hofer vor der Hofburg Die Bundespräsidentenwahl des Jahres 2016	43
V	2005 – 2016 Die soziale Heimatpartei für Österreich Die Abspaltung des BZÖ und der Wiederaufstieg der FPÖ	49
VI	2000 – 2006 Durch die Wüste Gobi Regierungskoalition in Blau-Schwarz-Orange	87
VII	1986 – 1999 Aufstieg eines Volkstribuns Der Weg der FPÖ zur Mittelpartei	111
VIII	1979 – 1986 Als „lupenrein liberale Partei“ in die Regierung In der kleinen Koalition mit der SPÖ	145
IX	1956 – 1979 Die Dritte Kraft ist wieder da Von der Partei der „Ehemaligen“ zur nationalliberalen Honoratioren-Partei	167
X	1949 – 1955 Der Verband der Unabhängigen Der Kampf um die Integration in die Zweite Republik	199
XI	1918 – 1938 Erst staatstragend, dann staatsfeindlich Das Dritte Lager in der Ersten Republik	209
XII	1866 – 1918 Für Bürgerfreiheit und Parlamentarismus Das nationalliberale Lager in der Monarchie	217
XIII	1848 – 1866 Wie alles begann... Die bürgerliche Revolution und ihre Folgen	225
XIV	Ein Glücksfall für die Republik Nachwort von Ehrenobmann Hilmar Kabas	233
	Anhang	237

Die Freiheitliche Partei Österreichs blickt auf eine lange Tradition und bald 70jährige Parteigeschichte zurück. Die Wurzeln des Dritten Lagers und des freiheitlichen Gedankenguts gehen aber noch viel weiter zurück, bis zur bürgerlichen Revolution von 1848 und ihren Forderungen nach Presse- und Redefreiheit, Freiheit der Universität, Religionsfreiheit und einem vom Volk gewählten Parlament.

Die Rolle der Nationalliberalen als stärkste Kraft im Reichsrat zur Zeit der österreichischen Monarchie, als tragende Säule des Parlamentarismus und bei der Geburt der Republik Österreich im Weltkriegsjahr 1918 gehören ebenso zur Geschichte des Dritten Lagers wie das Aufbrechen des Parteienpropozes in der 2. Republik und die für den Rechtsstaat und die pluralistische Demokratie so wichtige Ausübung der Oppositionsrolle, sowie die freiheitliche Regierungsbeteiligungen in Bund und Ländern bis herauf in die Gegenwart.

Der rote Faden, der die Parteigeschichte der FPÖ durchzieht, ist geknüpft aus freiheitlichem Denken, demokratischem Streben und dem Eintreten für die soziale Gerechtigkeit.

Dazu kommt eine Vorreiter- und Vordenkerrolle bei maßgeblichen Themen, welche die Bevölkerung bewegen: die klare Position gegen die illegale Einwanderung, das Eintreten für unsere Heimat, Umweltschutz mit Hausverstand, die Bekämpfung von Parteibuchwirtschaft und Privilegien und die Bekämpfung von EU-Mechanismen, die das Selbstbestimmungsrecht der europäischen Staaten und damit auch die österreichische Souveränität beschneiden. Aktueller denn je zuvor ist der Kampf für die Grund- und Freiheitsrechte gegen eine Regierung, die unter dem Deckmantel der Gesundheitspolitik aus Bürgern Untertanen zu machen versucht.

Die Freiheitlichen haben die Geschichte Österreichs entscheidend mitgeprägt und immer einen wesentlichen Beitrag zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geleistet. Dahinter stecken harte und konsequente Arbeit, aber auch der ehrliche Umgang mit eigenen Fehlern und die Standhaftigkeit gegenüber den Anfeindungen politischer Mitbewerber.

Ziel unserer Arbeit ist das Wohlergehen Österreichs und seiner Staatsbürger im Sinne der ersten Zeilen unseres Parteiprogramms: „Die Würde des Menschen liegt in seiner Freiheit begründet. Freiheit als Selbstbestimmung geht einher mit dem Willen zur Selbstverantwortung und schließt jede Form von Unterdrückung aus.“

Herbert Kickl
FPÖ-Bundesparteiobmann

Zum Geleit von Herbert Kickl, Bundesparteiobmann



Herbert Kickl / FPÖ

Die Geschichte der Freiheitlichen Partei Österreichs und ihrer Vorläufer, dem Verband der Unabhängigen, den national-liberalen Parteien und der studentischen Urburschenschaft ist wechselläufig, hat viele Höhen und Tiefen, aber eines ist ihr immer gemeinsam: Das Einstehen für Freiheit und Demokratie. Deshalb kommt dem Dritten Lager auch eine ganz entscheidende Rolle in der Geschichte der Republik Österreichs zu.

1848 waren es die Burschenschaften, die unter den Farben Schwarz-Rot-Gold, die ja später die Farben der Deutschen Fahne wurden, für Freiheit und Verfassung kämpften. 1918 war es der deutschliberale Burschenschafter Franz Dinghofer, der nach dem ersten Weltkrieg am 12. November 1918 vom Parlament in Wien die neue Republik ausrief. Und 1949 waren es der Widerstandskämpfer Viktor Reimann und der Journalist Herbert Alois Kraus, die den VdU gründeten, um Heimatvertriebene, Heimkehrer und Minderbelastete wieder in die Demokratie miteinzubinden. Im ersten Parteiprogramm der FPÖ, die 1956 gegründet wurde steht zu lesen: „Wir bekämpfen die alle Freiheiten der Menschen bedrohende Allmacht des Staates und der mit ihr verknüpften Machtapparate. Wir bekennen uns zum demokratischen Rechtsstaat freier, vor dem Gesetz gleicher Männer und Frauen und fordern deshalb die Ausschaltung des demoralisierenden Parteienproporz.“ Parteiohmann Friedrich Peter schließlich war es, der mit Bundeskanzler Bruno Kreisky, dem damaligen Vorsitzenden der SPÖ, die „kleine Wahlrechtsreform“ vereinbarte und damit auch kleineren Parteien den Weg ins Parlament ebnete. Und mit Jörg Haider schließlich wurde das rot-schwarze System aufgebrochen, beispielhaft seien hier nur zwei von ihm initiierte Volksbegehren genannt: Das Anti-Privilegien-Volksbegehren von 1986 und das Volksbegehren „Österreich zuerst“, in dem die Freiheitlichen bereits 1993 die Ausländerproblematik thematisierten.

Mit Blick auf die jüngste Vergangenheit ist schließlich die Reformkoalition hervorzuheben, die sich von 2017 bis 2019 anschnitt, Österreich nachhaltig auf einen neuen Kurs zu bringen. In ihr nominierten die Freiheitlichen zwar nicht den Bundeskanzler, übernahmen aber die programmatische Federführung in der Regierungspolitik, geredes so wie sie schon zuvor der Koalitionsvereinbarung ihren Stempel aufgedrückt hatten. Mit Herbert Kickl, dem heutigen Bundesparteiobmann der FPÖ, stellten sie obendrein den Garanten dafür, dass die Freiheitlichen in der Regierung halten würden, was sie der Bevölkerung in Wahlzeiten versprochen hatten: die Förderung einheimischer Familien, die Unterbindung von Massenzuwanderung in das Sozialsystem sowie die Bewahrung und Weiterentwicklung von Freiheit, Demokratie und Heimat.

Das sind auch die Werte, für die die Freiheitliche Partei Österreichs steht und immer gestanden ist und sich weiter einsetzen wird: Das Wohl unseres Heimatlandes Österreich und seiner Bevölkerung, Freiheit und Demokratie – mehr denn je.

Dr. MMMag. Axel Kassegger
Präsident des Freiheitlichen Bildungsinstituts

Zum Geleit von Axel Kassegger, Präsident des Freiheitlichen Bildungsinstituts



HEI/Forum/istock/PHOTODISC

ÖSTERREICH ZUERST!

DIE GESCHICHTE DER FPÖ

Wir blicken zurück ...

... auf die jahrzehntelange Geschichte einer Partei und die bald zweihundertjährige einer Gesinnungsgemeinschaft. Dieser Rückblick auf Jahrzehnte freiheitlicher Geschichte und auf den Weg der auf die bürgerliche Revolution von 1848 zurückgehenden nationalfreihheitlichen Gesinnungsgemeinschaft, diesen Rückblick beginnen wir im hier und heute bei der gegenwärtigen politischen Situation unter Herbert Kickl. Von diesem Ausgangspunkt arbeiten wir uns zurück in die Vergangenheit, auf die Ereignisse von Ibiza und die Folgen, danach auf die Regierungsbeteiligung unter Heinz-Christian Strache in den Jahren 2017

bis 2019, schließlich auf den so erfolgreichen Präsidentschaftswahlkampf von Norbert Hofier im Jahr 2016 und danach auf den Wiederaufstieg der FPÖ in der „Ära Strache“ zwischen 2005 und 2017. Dann ist da die Zeit der Regierungskoalition mit der Volkspartei zwischen 2000 und 2006. Schließlich vergegenwärtigen wir uns die Ära des Aufstiegs der FPÖ unter Jörg Haider von 1986 bis 2000. Danach kommt ein weiteres Kapitel, das die Regierungszusammenarbeit zwischen der Sozialdemokratie und der FPÖ unter Norbert Steger beleuchtet. Und schließlich betrachten wir die Gründung der FPÖ und die Einfügung der Partei in das politische System der Zweiten Republik zwischen 1956 und 1989. Zu guter Letzt

skizzieren wir noch den historischen Weg des nationalfreihheitlichen Lagers von seinen Anfängen in der Habsburger Monarchie über die schweren Jahre in der Ersten Republik bis hin zum Verband der Unabhängigen in der Zweiten Republik und bis zur Gründung der FPÖ.

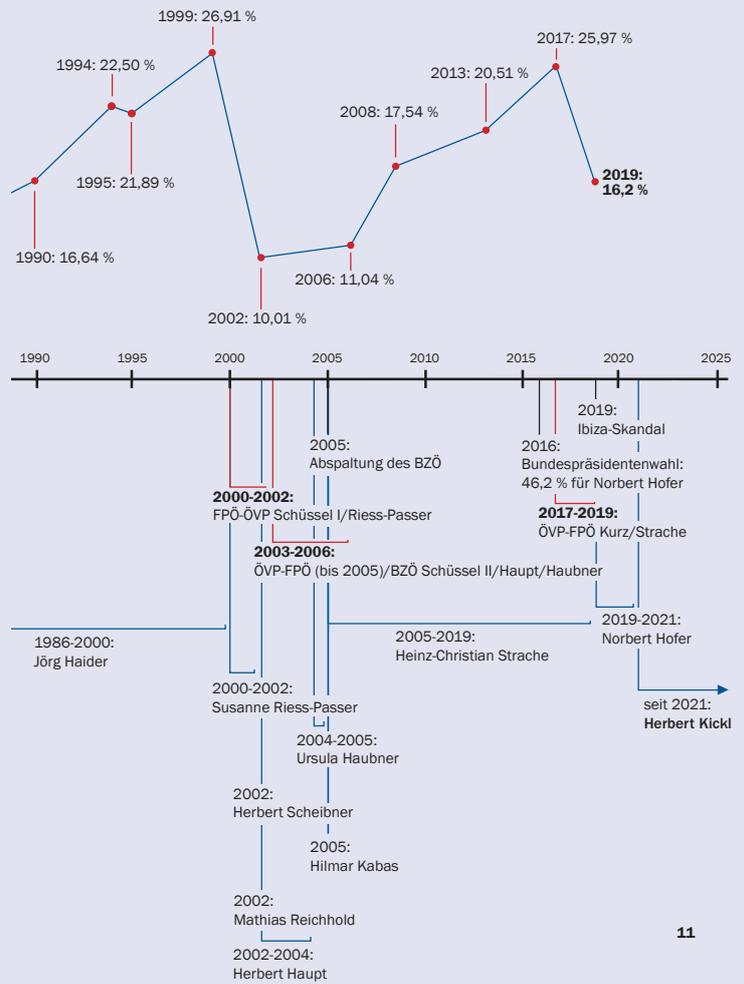
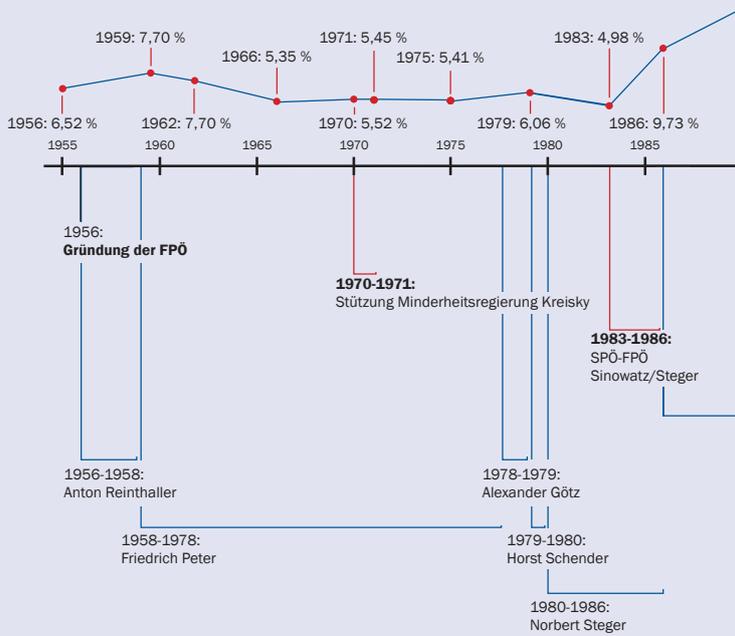
Diese jahrzehntelange Geschichte dieser Partei ist von großer ideeller Kontinuität, aber auch von einer Reihe von Brüchen gekennzeichnet, von triumphalen Wahlerfolgen und Abstürzen, von Kameradschaft und Treue zu den eigenen Leuten und den eigenen Wählern, aber auch von schweren Auseinandersetzungen und von Spaltungen.

Zwar dient diese Geschichte der FPÖ zweifellos dazu, die Existenz der Partei positiv zu wür-

digen, sie soll aber trotzdem wahrhaftig bleiben und die Schatten der eigenen Geschichte nicht verschweigen.

So sollen die Gräben, die es auch immer wieder in der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft gegeben hat, nicht verschwiegen werden, sicherlich aber nicht neuerlich aufgerissen werden. Insgesamt geht es dabei darum, das Versöhnende und das Gemeinsame zu sehen und zu benennen und – am allerwichtigsten – aufzuzeigen, dass der Idealismus einer Vielzahl von Österreichern quer durch alle Generationen der vergangenen Jahrzehnte das Wohl des Landes und seiner Menschen im Auge hatte im Dienste unserer Heimat und Freiheit. ♦

Freiheitliche Fieberkurve



|

NEUSTART IN CORONAZEITEN

Herbert Kickl übernimmt das freiheitliche Ruder

Seit 2021

Nachdem Norbert Hofer die FPÖ nach einer Phase der Konsolidierung in ruhigere Fahrwasser bringen konnte, übernahm im Frühjahr 2021 der freiheitliche Klubobmann Herbert Kickl die Geschicke der Freiheitlichen Partei. Schon seit Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 und der fragwürdigen teils überzogenen Maßnahmen gegen das Virus konnte sich Herbert Kickl im Parlament auch als Klubobmann des Freiheitlichen Parlamentsklubs einen Namen machen.

Überhaupt kristallisierte sich schnell heraus, dass die Freiheitlichen die einzigen nennenswerten Kritiker der Regierung im Hohen Haus waren und man damit auch die Führungsrolle der Opposition im Parlament übernahm.

Trug man anfangs seitens der Freiheitlichen die Maßnahmen im März 2020 noch mit, so zeigte sich spätestens im April, als die mangelnde Krisenresilienz der Bundesregierung offenbar wurde, dass der Kurs der türkis-grünen Koalition nicht stringent und überzogen war. So reagierte Herbert Kickl im April 2020 als erster kritisch. „Die Österreicher wollen ihre altbekannte Normalität zurück, deswegen sind sie so diszipliniert. Sie wollen nicht irgendeine vage ‚neue‘ Normalität von Kurz‘ Graden. Sie wollen Perspektiven, klare Ziele mit klaren zeitlichen Angaben, unterlegt durch klare und transparente Entscheidungsgrundlagen, auf Basis derer die Regierung Entscheidungen trifft. ÖVP und Grüne aber schicken die Österreicher weiterhin mutwillig und ohne Not in eine vollkommen ungewisse Zukunft“, sagte der damalige FPÖ-Klubobmann.

Seit Beginn der Corona-Krise positionierte sich Herbert Kickl klar als Gegner der Regierungsmaßnahmen



THE PHOTOGRAPHY / JOURNALIST

„Zigtausende Österreicher haben ihre Jobs verloren, zigtausende Menschen wurden auf Kurzarbeit geschickt, zigtausende Unternehmer kämpfen ums Überleben und werden von ÖVP und Grünen im Stich gelassen, zigtausende Österreicher wissen nicht, wie es mit ihrem Leben weitergeht. Die Menschen können nichts planen, nicht einmal theoretisch – nicht finanziell, nicht familiär, nicht beruflich, nicht betrieblich. ÖVP und Grüne aber speisen das Land mit den üblichen Durchhalte- und – was noch viel schlimmer ist – mit Hinhalte-Phrasen ab. Das noch dazu von oben herab und auf einem Informationsmonopol sitzend, das Kurz um jeden Preis für sich behalten will“, kritisierte Kickl.

„Wenn ÖVP und Grüne tatsächlich so viele Experten an der Hand haben, wie sie immer behaupten, dann wird diese Bundesregierung wohl in der Lage sein, den Österreichern verschiedene und halbwegs konkrete Szenarien für die Zukunft zu zeichnen, damit die Menschen wissen, worauf sie sich einstellen müssen. Diese Regierung will oder kann das offensichtlich nicht – beides ist unzumutbar für die Bevölkerung“, so Kickl.

Im Übrigen sei nicht nur die Kommunikation der Regierung gegenüber der Bevölkerung zu hinterfragen, sondern auch das Rechtsverständnis des Kanzlers. „Nicht verfassungskonform – na und? Darauf lässt sich die Antwort von Kurz auf Fragen nach der Verfassungskonformität von Corona-Gesetzen und -Verordnungen zusammenfassen. Ein derart flapsiger Umgangston in Zusammenhang mit dem Rechtsstaat ist einer Demokratie unwürdig“, so Kickl am 14. April 2020.

Da sich der Kurs der Regierung nicht änderte, sondern – im Gegenteil – immer mehr von Panikmache und Einseitigkeit geprägt wurde, steigerte sich die Kritik auch entsprechend, gleichzeitig verschärfte sich auch das Klima im Hohen Haus – je mehr die Schiefelage der Maßnahmen, desto mehr Kritik kam von der FPÖ.

Spätestens mit der zweiten Corona-Welle im Herbst 2020 war klar, dass die Strategie der Bundesregierung mehr Schaden als Nutzen bringen sollte. Damals ging man ja im November 2020 in einen gefühlten Dauerlockdown mit kurzen Unterbrechungen, die Gastronomie sollte überhaupt von November 2020 bis in den Frühling 2021 geschlossen bleiben.

Dementsprechend steigerte sich der Unmut der Menschen, was zu großen Protesten auf der Straße führte – Proteste, denen sich die FPÖ unterstützend anschloss, die zum damaligen Zeitpunkt vor allem einen Gegner hatten: Bundeskanzler Sebastian Kurz – in den Augen der Kritiker der Hauptverantwortliche für das Versagen in der Pandemiebekämpfung.

In der FPÖ selbst kristallisierte sich auch langsam heraus, dass nach dem Konsolidierungs-

“
Spätestens mit der zweiten Corona-Welle im Herbst 2020 war klar, dass die Strategie der Bundesregierung mehr schadet als nutzt.
”

kurs, wie Norbert Hofer ihn erfolgreich gefahren hatte, es nunmehr eines neuen Kurses und damit auch eines neuen Steueramts bedürfe.

Letztlich war es Norbert Hofer selbst, der dieser Diskussion ein Ende setzte – und zwar mit seinem Rückzug vom Amt des Bundesparteiobmanns aus persönlichen Gründen. Am 1. Juni 2021 setzte er diesen Schritt, der dazu führte, dass Herbert Kickl zum Bundesparteiobmann der FPÖ designiert wurde.

Das ging dann am 19. Juni 2021 bei einem außerordentlichen Bundesparteitag recht eindeutig über die Bühne. Fast neunzig Prozent der

Delegierten wählten Herbert Kickl zum Bundesparteiobmann. „Die Politik soll sich mit dem beschäftigen, was die Menschen beschäftigt – nicht mit sich selbst“, ab nun sei das in der FPÖ wieder gewährleistet, sagte der oberösterreichische Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner in Anspielung an die Kickl-kritischen Äußerungen nach Hofers Rücktritt. Die FPÖ sei eine dringend nötige politische Kraft rechts der Mitte, die bedingungslos für Heimat, Sicherheit und Leistung eintrete. „Lieber Herbert, du wirst den freiheitlichen Zusammenhalt und die Kraft meiner Landesgruppe spüren“, sicherte Haimbuchner dem Bundes-

parteiobmann volle Unterstützung der starken oberösterreichischen FPÖ-Landesgruppe zu.

Als Herbert Kickl unter großem Applaus ans Rednerpult trat, zeigte er sich sichtlich bewegt von den Worten seiner Parteikollegen. Die im Vorfeld geführten Diskussionen seien der Beweis für die Lebendigkeit der Partei, er wolle ja kein Nachlassverwalter sein. „Wenn wir alle im Sinne der ‚Message Control‘ nur die Goschen halten, sind wir als Partei unnötig. Die FPÖ steht für Freiheit auch nach innen.“ Umso mehr schätze nun er die überwältigende Einigkeit und Wertschätzung für ihn. Er sehe sich im Fall seiner Wahl als „Primus inter Pares“, als Teamkapitän, der auch andere Meinungen zulässt.

In Richtung an ÖVP-Klubobmann August Wöginger „und andere antifreiheitlichen Ungestirnl“ sage er: „Spalten kann man nur etwas, das sich spalten lässt. Nicht aber die FPÖ.“ Die ÖVP sei ein alter, träger, schwarzer Korpus „mit einem türkisen Wimmel, von dem sich schon einige abzusetzen beginnen“. Geint sei die FPÖ auch gegenüber dem „sozialistischen Konglomerat“, dessen letzte Vernünftige sich unter ihrem Häuptling ins Burgenland abgesetzt hätten, während der Rest nur noch als „Österreich-Abschaffer“ agiere.

Er sei keiner, der nicht bereit sei, die Hand auszustrecken, betonte Kickl, aber zum „tiefen Staat“, zur Korruptionswirtschaft, den ständigen Beschädigungen der Verfassung und zu „Österreich-Abschaffern“ könne es keinen Konsens geben. Da solle es besser eine Neuordnung geben. Zu den ständigen Attacken gegen seine Person meinte Kickl: „Wenn ich nur halb so böse und verrückt wäre, wie die Medien das gerne darstellen, wären mir meine Frau und meine Mitarbeiter schon lange davongelaufen.“ Um das Bild von seiner Person aus erster Hand zu zeichnen, schilderte der Klubobmann seine Kindheit und Jugend in der Kärntner 5.800-Einwohner-Gemeinde Radenthein als Sohn zweier Beschäftigter in der Magnesit-Fabrik in den 1970er-Jahren. Diese Zeit habe ihn intensiv geprägt und ihn gelehrt, dass „einfache Leute einfach

sind, aber nicht dumm, wie es selbsternannte Eliten gerne verkünden, wenn sie aus ihrer Privilegien-Blase solche Menschen als ‚Tiere‘ oder ‚Pöbel‘ bezeichnen.“

Er habe damals erlebt, was es heißt, Angst um seinen Arbeitsplatz zu haben: „Das ändert alles im Leben und nimmt einem die Würde.“ Von seinen Eltern und Großeltern habe er den Wert der Zufriedenheit gelernt, die richtige Mischung aus Selbstbewusstsein und Demut. Er habe gelernt, auf sein Gewissen zu hören und sich ein gewisses „Gottvertrauen“ zu bewahren. „Damit bekenne ich mich dazu, dass ich nicht die letzte Instanz und das Maß aller Dinge bin“, so Kickl in Anspielung auf das übergroße „XXXX-Large Selbstbewusstsein“ der Regierung. Er suche das Positive im Anderen, pflege aber keine falsche Unterwürfigkeit und sei ein Freund offener Worte. „Da Problem seien jene, die viel reden, aber nichts sagen“, spielte Kickl erneut auf die Kurz-Truppe an.

“
Die FPÖ steht für Freiheit
auch nach innen, so Her-
bert Kickl bei seiner Wahl
als Parteiobmann.
”



Die Grünen wiederum seien „zugeröhrt und zugekifft vom Schnuppen der Macht“, die ihnen zugefallen sei, und merkten dadurch nicht einmal, „wie ihnen auf offener Bühne das Rückgrat herausgerissen wird.“

Kickl blickte auch zurück auf fast 25 Jahre im Dienst der Partei, wo er anfangs als kleiner Beschäftigter bei Veranstaltungen „die Aschenbecher hinausgetragen und Plakate gepickt“ habe. Er gedachte seines „großen Lehrmeisters Jörg Haider“ und die harten Lehrjahre an dessen Seite. „Der hatte ein paar Grundsätze, die bis heute gültig sind: Je schlechter die Presse über uns berichtet, umso besser ist unsere Politik und je mehr uns andere Parteien attackieren, desto mehr Angst haben sie vor uns.“

Eine gefestigte Ideologie sei keine Schande, auch nicht, wenn sie „rechts“ sei, wozu er sich vorbehaltlos bekenne und das als ganz normal betrachte. „Wenn ich nicht in einem Islamstengrätzel leben will, dann ist das nicht rechtsextrem, sondern normal. Und wenn ich nicht will, dass jeder Gauner ungehindert in unser Land spazieren kann, dann betrachte er das ebenfalls als ganz normal. Derzeit herrsche stattdessen ein „Kampf um Worte“ durch die Zwänge der „politischen Korrek-

Die Proteste gegen die Coronamaßnahmen der schwarz-grünen Regierung sind die größten der Zweiten Republik

heit“ und es brauche eine Gegenbewegung dazu - die FPÖ. „Das ist die Freiheit und die Heimat, die wir meinen.“ Die Partei sehe sich als „Gralshüter der Freiheit gegen die Anmaßungen der Obrigkeit.“

Die Freiheitliche Partei unter Herbert Kickl ist in Österreich ein entscheidender Machtfaktor

Herbe kritik übte Kickl auch am „Ausverkauf unserer Heimat durch die Schuldenunion zu einem Europa ohne Vaterländer“ - auch das seien „Österreich-Abschaffer“. Man wolle weder einen EU-Zentralstaat, noch eine Entwertung der Staatsbürgerschaft, wie sie die Roten zur Rekrutierung neuer Wählerschichten betreiben wollen, flankiert von Karl Nehammers (damals noch Innenminister) offenen Grenzen. Die von ihnen geforderte „Solidarität“ gehe immer zu Lasten der Österreicher. Er sehe sich als Chef einer Partei, die Schutzpatron der Österreicher



Bild: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

ist. „Wir wollen eine Heimat, in der man sich nicht dafür rechtfertigen muss, wie man redet und handelt. Integration ist primär eine Bringschuld jener, die zu uns kommen“, so Kickl. Er auf jeden Fall sei dazu bereit, für Freiheit, Heimat und Gerechtigkeit zu kämpfen - das sei für ihn normal.

Was Kickl am damaligen Parteitag noch nicht ahnen konnte, war, wie schnell sich die innenpolitische Landschaft im Herbst 2021 verändern würde. Hauptgegner ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz musste das Feld räumen, nach personellen Eiertänzen und dem Kurzzeit-Kanzler Schallenberg hat just der ehemalige Innenminister Karl Nehammer die ÖVP und damit auch die Kanzlerschaft übernommen.

Eines war mit dem Jahreswechsel 2021 auf 2022 gewiss: Die Freiheitlichen sind unter Herbert Kickl gut gerüstet und werden weiter ein wesentlicher Faktor für die österreichische Innenpolitik und die Interessen der Österreicher bleiben – egal ob Coronakrise, der Kampf gegen überbordende Maßnahmen wie den Impfwang, oder weitere große Zukunftsfragen wie in Sachen Massenzuwanderung oder europäischer Zentralisierung. ♦

||

IBIZA UND DIE FOLGEN

2019 – 2021

Obmann Norbert Hofer konsolidiert die FPÖ

Nicht einmal zwei Jahre währte die türkis-blaue Koalition unter Sebastian Kurz und Heinz-Christian Strache. Im Sommer 2017 wurde dem ehemaligen FPÖ-Chef Strache und Johann Gudenus auf der Ferieninsel Ibiza eine Video-falle gestellt. Eine angebliche Oligarchin versuchte dem damaligen FPÖ-Chef belastende Aussagen zu entlocken.

Bis heute liegen die Drahtzieher im Hintergrund dieser Lausch- und Videoattacke im Dunkeln. Faktum ist jedoch, dass die Veröffentlichung von Auszügen aus dem Video Anlass genug war, die doch recht erfolgreiche und in der Bevölkerung beliebte Koalition von ÖVP und FPÖ zerbrechen zu lassen.



Der Misstrauensantrag gegen Sebastian Kurz beendete endgültig die Regierung Kurz I

Glaubte man ursprünglich, dass die ÖVP mit Norbert Hofer als Vizekanzler weiterregieren würde, wurde die breite Öffentlichkeit innerhalb weniger Stunden nach Bekanntwerden des Ibiza-Videos eines Besseren belehrt. Just den inhaltlich für die FPÖ am wichtigsten positionierten Innenminister Herbert Kickl wollte die ÖVP nicht mehr akzeptieren und verlangte dessen Rücktritt.

Kurz und der Misstrauensantrag

Eine Bedingung, die die FPÖ unmöglich erfüllen konnte, womit für die Zweite Republik einzigartige Vorgänge in die Wege geleitet wurden. Sebastian Kurz versuchte nach dem Rücktritt der freiheitlichen Minister eine Minderheitsregierung bis zur Neuwahl über die Bühne zu bringen, rechnete aber nicht damit, dass er ohne Rück-

sprache mit der Opposition im Parlament keine Mehrheit für eine solche Minderheitsregierung hätte. Die logische Folge war ein Misstrauensantrag gegen Kurz, der im Parlament auch erfolgreich abgestimmt wurde. Somit kam es in Österreich erstmals zu einer Beamtenregierung, die vom Bundespräsidenten eingesetzt wurde. Diese regierte bis nach der Neuwahl des Nationalrats im Herbst 2019 unter der Führung von Kanzlerin Brigitte Bierlein.

Für die FPÖ bedeutete das Aufkommen des Videoskandals eine Zäsur, mit Ibiza als Anlass brachen Verwerfungen rund um den ehemaligen Obmann auf, Vorwürfe von Spesenmissbrauch tauchten auf, die die Justiz beschäftigten. Leider spitzte sich auch die Stimmung zwischen dem ehemaligen Obmann und den Freiheitlichen zu, was letztlich zum Ausschluss Straches aus der FPÖ führte.

Die Wahl zum Europäischen Parlament 2019

Es waren eigentlich politisch ruhige Frühlingstage im Mai 2019. Die Regierung Kurz I unter freiheitlicher Beteiligung war gerade richtig gut in Fahrt, die Beliebtheitswerte in der Bevölkerung sehr hoch. Konkret stand die Wahl zum Europäischen Parlament an, in ganz Europa traten patriotische Kräfte an, um vermehrt Wähler von sich zu überzeugen. Ob etwa Matteo Salvini in Italien, die AfD in Deutschland oder eben die Freiheitlichen in Österreich: Für das Establishment waren diese rechten Kräfte eine Bedrohung.

Ob das der Hauptgrund war, warum justament eine Woche vor der Europawahl am 26. Mai 2019 das Ibiza-Video mit Heinz-Christian Strache in der Hauptrolle von den beiden deutschen Medien „Der Spiegel“ und der „Süddeutschen Zeitung“ veröffentlicht wurde, wird man wohl nie wissen. In jedem Fall erschütterte der Skandal vor allem die österreichische Innenpolitik.

Und so waren es für die FPÖ schwierige Voraussetzungen, mit denen man in die Wahl gehen musste. Spitzenkandidat war, wie schon 2014, der freiheitliche Delegationsleiter Harald Vilimsky. Plakatiert wurde auch der FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache – zentrale Slogans waren unter anderem „Das schützen, was wir lieben: Österreich“ und „FPÖ voten – gegen EU-Asylchaoten“. Dazu kam noch ein Plakat mit dem Slogan „Österreich braucht Dich“, wegen des Platzens des Ibizaskandals wurde dann in der Endphase des Wahlkampfes noch „Jetzt erst recht – FPÖ“ ergänzt.

Trotz des Ibiza-Skandals musste die FPÖ nur vergleichsweise geringe Verluste hinnehmen, auf europäischer Ebene wurden die Partnerparteien der Freiheitlichen querbeet gestärkt, was auch zu einer Vergrößerung der Fraktion im EU-Parlament führte.

Trotz schlechter Voraussetzungen konnte Harald Vilimsky ein gutes Ergebnis bei der EU-Wahl 2019 erreichen



Die FPÖ unter neuer Führung – Norbert Hofer übernimmt

Die Führung der FPÖ übernahm Norbert Hofer als Bundesparteiobmann, auch ging er als Spitzenkandidat für die Nationalratswahl im Herbst 2019 ins Rennen. Ihm zur Seite stand Herbert Kickl als Klubobmann des freiheitlichen Parlamentsklubs.

Beim 33. Ordentlichen Bundesparteitag im September 2019 in Graz wurde Hofer von insgesamt 801 Delegierten mit 98,25 Prozent eintrucksvoll als FPÖ-Bundesparteiobmann gewählt.

Bei der Wahl mussten die Freiheitlichen erwartbar eine schmerzliche Niederlage hinnehmen, und verloren rund ein Drittel ihrer Wählerstimmen. Auch wenn man nach der Wahl aus rechtsbürgerlicher Sicht noch Hoffnung auf eine Fortsetzung einer türkis-blauen Koalition hatte, entschied sich Sebastian Kurz für einen Kurswechsel und bildete mit den Grünen eine Koalitionsregierung.

Konkret fand die Nationalratswahl am 29. September 2019 statt. Die FPÖ erzielte mit ihrem Spitzenduett Hofer/Kickl 16,17 Prozent, und musste somit ein Minus von 9,80 Prozentpunkten hinnehmen, und erreichte damit nur mehr 31 Mandate – zwanzig weniger als bei der Wahl 2017.

Große Gewinner der Wahl waren die ÖVP, die deutlich auf Platz eins landete, und die Grünen, die den Wiedereinzug in den Nationalrat schafften. Die SPÖ musste ein weiteres Mal deutlich Verluste hinnehmen, die FPÖ büßte nach Ibiza und Spesenskandal rund um den

Trotz schmerzlicher Verluste bei der Nationalratswahl schaffte es Norbert Hofer, die Partei auf einen Konsolidierungskurs zu bringen



Ex-Obmann rund ein Drittel ihrer Wähler ein. Die Liste Jetzt, vormals Pilz, verpasste den Wiedereinzug in den Nationalrat.

Ob des Umstandes, dass sich die geplatze Koalition dennoch größter Beliebtheit in der Bevölkerung erfreute, setzten die Freiheitlichen neben den altbewährten Themen wie Zuwanderung und soziale Gerechtigkeit auch auf eine Wiederwahl der Koalition mit der ÖVP. „Koalition fortsetzen“ war ein zentraler Slogan, aber auch die Warnung vor einer schwarz-grünen Koalition wurde plakatiert und entsprechend thematisiert.

Die FPÖ auf Konsolidierungskurs

Die beiden Wahlsieger ÖVP und die Grünen gingen also ob des Wahlergebnisses in Regierungsverhandlungen, die auch in die erste schwarz-grüne Regierung in Österreich auf Bundesebene mündeten. Dass diese Regierung zustande kam, war für viele Beobachter schon vor der Wahl klar – Hauptgrund ist das dominierende Thema „Klimawandel“ gewesen, das nicht nur die Grünen perfekt für sich nutzen konnten, sondern auch die ÖVP, die gleichzeitig auch in Migrationsfragen von den Freiheitlichen viele Wählerstimmen einfangen konnte.

Für die FPÖ war unter Norbert Hofer damit klar, dass man sich aus der Opposition heraus konsolidieren müsste. Hofer selbst wurde erneut zum Dritten Präsidenten des Nationalrates gewählt, die Führung des Parlamentsklubs übernahm weiterhin Herbert Kickl.

Zu diesem Zeitpunkt konnte man noch nicht mit der Corona-Pandemie und den entsprechenden Verwerfungen in unserer Gesellschaft rechnen, als diese im Frühjahr 2020 begann, unser aller Leben mit Lockdowns und anderen Maßnahmen zu verändern, kristallisierte sich schnell heraus, dass die FPÖ unter Hofer als Bundesparteiobmann und Kickl als Klubobmann die einzige Oppositionskraft war, die als Korrektiv gegenüber der Maßnahmen-Politik der Bundesregierung wirken konnte.

Landtagswahlen als Weg aus der Krise

Schnell war aber auch für die FPÖ klar, dass die anstehenden Landtagswahlen zunächst 2019 in der Steiermark und Vorarlberg, 2020 im Burgenland und in Wien und später – im Jahr 2021 – auch in Oberösterreich noch im Zeichen des Ibiza-Skandals stehen würden und gewisse Verluste zu erwarten waren, zumal bei diesen Wahlen bei den jeweiligen vorhergehenden Wahlgängen die FPÖ meisten historische Höchstsergebnisse erzielen konnte, die kaum wiederholbar erschienen.

So kam es zunächst in Vorarlberg im Herbst 2019 zur Wahl, dort konnte man sich bei rund 13 Prozent konsolidieren, danach wurde in der Steiermark gewählt, wo die Freiheitlichen unter Mario Kunasek mit rund 17,5 Prozent der Stimmen ein respektables Ergebnis einfahren konnten.

Es folgte im Jänner 2020 die Landtagswahl vom Burgenland, dort schaffte die FPÖ nur mehr knapp unter zehn Prozent, was gleichzeitig auch bedeutete, dass die SPÖ in Eisenstadt künftig allein regieren konnte.

Am spannendsten wurde die Landtags- und Gemeinderatswahl in Wien erwartet, zumal dort der ehemalige Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache mit einer eigenen Liste antrat. Er verpasste bei der Wahl im Herbst 2020 zwar den Einzug in den Gemeinderat, drückte die FPÖ jedoch auf 7,1 Prozent der Wählerstimmen, was eine schmerzliche Wahlniederlage bedeutete. Derzeit arbeitet der neue Landespartei-

“
Für die FPÖ war unter Norbert Hofer damit klar, dass man sich aus der Opposition heraus konsolidieren müsste.
”

Manfred Haimbuchner in Oberösterreich:

Die Landtagswahl brachte trotz schlechter Voraussetzungen ein relativ gutes Ergebnis

obmann Dominik Nepp an einer Konsolidierung der Wiener Freiheitlichen, in Umfragen liegt die FPÖ dort auch bereits wieder bei rund 15 Prozent der Wählerstimmen, nicht zuletzt dank starkem Rückenwind durch die Bundespartei.

Mit ebenso großer Spannung wurde die Landtagswahl in Oberösterreich erwartet, auch dort konnten die Freiheitlichen im Jahr 2015



Dominik Nepp in Wien:

Mittlerweile liegt die FPÖ bei Umfragen in Wien wieder bei rund 15 Prozent

im Sog der Massenzuwanderungs-Krise über dreißig Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen. Der langjährige FPÖ-Obmann Manfred Haimbuchner war zudem seit 2015 in einer Koalition mit der ÖVP tätig, was noch einmal andere Voraussetzungen bedeutete. Letztlich konnten die Freiheitlichen unter seiner Führung das Ergebnis bei der Wahl im Herbst 2021 durchaus erfreulich gestalten und kamen bei knapp unter 20 Prozent der Wählerstimmen zu liegen – außerdem wurde die Koalition mit der ÖVP fortgesetzt.

Hofer übergibt an Kickl

Im Frühjahr 2021 übergab Norbert Hofer schließlich das Amt des Bundesparteiobmannes aus persönlichen Gründen an Herbert Kickl. Die Freiheitlichen lagen zum damaligen Zeitpunkt in den Umfragen bei 16 bis 20 Prozent, man kann also durchaus festhalten, dass Hofer die Konsolidierung der Partei nach der schwierigen Phase rund um den Abgang von Strache geglückt ist. ♦

III

ERFOLGREICH IN DER REGIERUNG

DIE FPÖ ZWISCHEN
DEM WAHLERFOLG 2017 UND IBIZA

2017 – 2019

Die FPÖ zwischen dem Wahlerfolg 2017 und Ibiza

In der Gesetzgebungsperiode des Nationalrats zwischen 2013 und 2017 zeichnete sich die damals neu aufgelegte große Koalition alten Typs zwischen der SPÖ und der ÖVP durch zunehmende Instabilität aus. SPÖ-Chef Werner Faymann war zwar erneut zum Bundeskanzler ernannt worden, ÖVP-Chef und Vizekanzler Michael Spindelegger schied allerdings bereits nach kurzer Zeit aus und machte dem bisherigen Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner als ÖVP-Chef und Vizekanzler Platz. Werner Faymann allerdings bekam auch innerhalb der roten Reihen zunehmend Schwierigkeiten, die dann gipfelten, dass er bei der 1. Mai-Veranstaltung der SPÖ auf dem Wiener Rathausplatz von den eigenen Genossen ausgepfiffen wurde. Daher erklärte er im Mai 2016 seinen sofortigen Rückzug aus allen seinen politischen Ämtern und sein Nachfolger wurde dann Christian Kern, sowohl als SPÖ-Chef als auch als Bundeskanzler. Kern, der von den linksliberalen Mainstream-Medien als eine Art Wunderknabe der österreichischen Innenpolitik hochgejubelt wurde, sollte allerdings in der Folge den Niedergang der österreichischen Sozialdemokratie und das Scheitern der rot-schwarzen Proporzkoalition nur beschleunigen. In diesen Jahren erwiesen sich die Freiheitlichen als natürlich treibende Kraft der österreichischen Innenpolitik, und FPÖ-Obmann

Heinz-Christian Strache verstand es, sich als Oppositionsführer zu profilieren. Norbert Hofers Erfolg bei der Bundespräsidentenwahl im Jahr 2016, der immerhin darin gipfelte, dass nahezu die Hälfte der österreichischen Wähler für den FPÖ-Kandidaten stimmten, tat ein Übriges. Und Generalsekretär Herbert Kickl, der von den Medien häufig als ein „Mastermind“ der FPÖ bezeichnet wurde, bewies in diesen Jahren, dass der Wiederaufstieg der FPÖ keineswegs politischen Zufällen zu danken war, sondern geschickter strategischer Planung und konsequenter politischer Inhalte.

Die neue Völkerwanderung des Sommers 2015 und der andauernde Massenzug von Asylsuchenden mit all den Problemen im Bereich der inneren Sicherheit, mit Asylmissbrauch, wachsender Kriminalität und kaum zu lösenden Integrationsproblemen führte schließlich dazu, dass die Freiheitlichen als klar zuwanderungskritische Partei zunehmend Sympathien innerhalb der Bevölkerung gewinnen konnten. Daher war es nicht verwunderlich, dass die FPÖ in den Jahren 2016 und 2017 über weite Strecken in den Meinungsumfragen an erster Stelle in der österreichischen Wählergunst stand.

Mit der Ablösung Reinhold Mitterlehner als ÖVP-Chef durch den jungen Sebastian Kurz kam es dann aber dazu, dass die Volkspartei zunehmend freiheitliche Inhalte, insbesondere in der Migrationsproblematik, übernahm, was letztlich zum Ergebnis der Nationalratswahlen des Jahres 2017 führte. Bei diesen Parlamentswahlen im Herbst 2017 vermochte die Volkspartei mit 31,47 Prozent zur stärksten Partei zu werden, gefolgt von der SPÖ mit 26,86 und knapp dahinter die Freiheitlichen mit 25,97 Prozent.

Die freiheitlichen Regierungsmitglieder:
Vizekanzler Heinz-Christian Strache (1. Reihe, 4.v.l.), Außenministerin Karin Kneissl (1. Reihe, 3.v.l.), Innenminister Herbert Kickl (1. Reihe, 1.v.l.), Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (2. Reihe, 3.v.l.), Verteidigungsminister Mario Kunasek (2. Reihe, 3.v.r.), Verkehrsminister Norbert Hofer (1. Reihe, 1.v.r.) und Finanz-Staatssekretär Hubert Fuchs (2. Reihe, 1.v.l.)



Am 18. Dezember 2017 trat die von der Volkspartei unter Sebastian Kurz und der Freiheitlichen Partei unter Heinz-Christian Strache gebildete Bundesregierung dann ihr Amt an. Mit dem Bundesparteiobmann der FPÖ Heinz-Christian Strache stellte sie den Vizekanzler und Bundesminister für Öffentlichen Dienst und Sport, mit Norbert Hofer stellte sie den Bundesminister für Verkehr, Infrastruktur und Technologie, sowie mit Herbert Kickl den Bundesminister für Inneres, mit Karin Kneissl die Bundesministerin für Europa Integration und Äußeres, mit Mario Kunasek den Bundesminister für Landesverteidigung, mit Beate Hartinger-Klein die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz und schließlich mit Hubert Fuchs überdies den Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen.

Wenn es auch von der abgewählten linken Reichshälfte, die nunmehr die Oppositionsbänke im Parlament zu drücken hatte, heftigen Gegenwind und massive Querschüsse gab und auch wenn die eher

linksorientierten Mainstream-Medien die Arbeit der neuen Regierung versuchten, madig zu machen, wo es nur ging, war in Stil und Inhalt der neuen bürgerlich-freiheitlichen Regierungskoalition tatsächlich Reformwille, Bekenntnis zur Leistungsbereitschaft und zur Arbeit für das Land klar erkennbar. Der Schutz der historisch gewachsenen Identität und des bewährten Sozialsystems, sowie das Bekenntnis zur Leistung und Verantwortung standen dabei klar im Mittelpunkt der Regierungsarbeit. Die Förderung der einheimischen Familien und das Unterbinden der Zuwanderung in das österreichische Sozialsystem, sowie der Kampf gegen Asylmissbrauch, stellten dabei Eckpunkte des Regierungsprogramms dar.



Die Prinzipien der schwarz-blauen Regierung

Freiheit: Wir glauben an die Freiheit des Einzelnen und die damit verbundene Verantwortlichkeit und wollen in unserem Arbeitsprogramm Maßnahmen vorsehen, die die drückende Steuer- und Abgabenlast nachhaltig senken und den Menschen mehr individuelle Spielräume geben.

Verantwortung: Wir treten für eine aktive Bürgergesellschaft ein, die Verantwortung nicht abgibt, sondern wahrnimmt. Soziales Verantwortungsbewusstsein sowie Gestaltungs- und Veränderungsbereitschaft gehen Hand in Hand. Es liegt auch in der individuellen Verantwortung des Einzelnen, sich für ein harmonisches Zusammenleben in unserer Gesellschaft einzusetzen und gegen jeden Versuch einer Diskriminierung oder Spaltung entschlossen aufzutreten.

Heimat: Wir wollen unsere Heimat Österreich als lebenswertes Land mit all seinen kulturellen

Vorzügen bewahren. Dazu gehört auch, selbst zu entscheiden, wer als Zuwanderer bei uns leben darf, und illegale Migration zu beenden.

Sicherheit: Österreich hat sein Staatsgebiet zu schützen, seine Neutralität zu wahren und seinen Bürgern Schutz und Hilfe in allen Bedrohungsszenarien zu gewähren.

Generationengerechtigkeit: Wir wollen eine Politik mit langfristiger Perspektive machen, die neue Schulden so weit wie möglich einschränkt, sich nicht auf dem Rücken der nachfolgenden Generation finanziert und Fairness sowie soziale Gerechtigkeit für alle Generationen ermöglicht.

Familie: Die Familie als Gemeinschaft von Frau und Mann mit gemeinsamen Kindern ist die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft und garantiert zusammen mit der Solidarität der Generationen

unsere Zukunftsfähigkeit. Für uns stehen vor allem die Kinder im Mittelpunkt – Familie soll ein Ort sein, wo sie behütet aufwachsen können und gut auf das Leben vorbereitet werden.

Nachhaltigkeit: Unser Verständnis von Verantwortung für die Schöpfung reicht über die Gegenwart hinaus. Die Politik soll den Anforderungen und Bedürfnissen der nächsten Generation entsprechen. Der nachhaltige Umgang mit der Natur und eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung sind keine Gegensätze, sie bedingen einander.

Leistung: Wir fördern Leistungswillen und die Bereitschaft zum unternehmerischen Risiko. Leistung wird in vielfältigen Zusammenhängen erbracht: in den Familien, in Bildung und Beruf, im Wirtschafts- und Arbeitsleben, in Vereinen oder im Ehrenamt. Leistung muss sich lohnen und darf nicht bestraft werden. Wer sie aber nicht oder nicht mehr erbringen kann, hat

Anspruch auf Hilfe der Solidargemeinschaft. **Chancengleichheit:** Wir wollen die beste Bildung für jedes Kind bieten – abgestimmt auf seine Bedürfnisse und Talente. Uns ist es ein Anliegen, dass kein Jugendlicher das Bildungssystem verlässt, ohne nicht wenigstens die Mindeststandards für Rechnen, Schreiben und Lesen zu beherrschen.

Klarheit: Wir wollen Änderungen von Gesetzen und anderen Regeln nutzen, um sie einfacher, klarer und für die Bürgerinnen und Bürger verständlicher zu machen.

Subsidiarität: Subsidiarität bedeutet Vorrang für Eigenverantwortung und die kleinere Einheit. Sie fördert lebensnahe Lösungen und entlastet übergeordnete Gemeinschaften sowie den Staat. Subsidiarität ist ein Schlüsselwert im gemeinsamen Europa. Sie ist auch Garant gegen zentralistische Tendenzen in der Europäischen Union.



Mario Kunasek: Als Verteidigungsminister konnte er freiheitliche Schlüsselpositionen umsetzen

Auch wenn diese Mitte-Rechts-Regierung kaum einhalb Jahre im Amt war, so hatte sie doch in so wenigen Monaten so viele Reformen auf den Weg gebracht, wie die Vorgängerregierungen, bestehend aus SPÖ und ÖVP, in den letzten zehn Jahren zuvor nicht. Angefangen mit einem kinderfreundlichen Steuersystem in Form des Familienbonus Plus, der zu Beginn des Jahres 2019 eingeführt wurde, bis hin zu den geplanten Reformen der Sozialversicherungsträger, welche dringend notwendig waren und bereits seit Jahrzehnten gefordert wurden, reichten die Reformen im Sozialwesen. Darüber hinaus und ebenso wesentlich war die restriktive Zuwanderungspolitik, für die insbesondere Innenminister Herbert Kickl stand, der allein mit seinem Projekt der „Ausreisezentren“ zum zentralen Feindbild der linken Medien und der linken Oppositionsparteien wurde.

Im Bildungsbereich war es etwa die Einführung der Deutschpflicht, beziehungsweise die Erhebung des Sprachstandes und entsprechender Fördermaßnahmen, um wesentliche Schritte gegen die mangelnde Integration zu setzen, die diesen Kurswechsel symbolisierten. Im Bereich der Zuwanderung wurden jene restriktiven Schritte gesetzt, welche für die Eindämmung des Zustroms illegaler Flüchtlinge schlicht und einfach notwendig waren. Viele Schritte, die auf Grund des Regierungsprogramms noch folgen hätten sollen, wie die Reform des Kammerwesens oder die Angleichung des Pensionsantrittsalters, konnten auf Grund des vorzeitigen Endes der ÖVP-FPÖ-Koalition jedoch nicht mehr verwirklicht werden.

Tatsächlich handelte es sich um eine wirtschaftsfreundliche Regierung, die aber auch ein soziales Gewissen hatte, denn gerade in der Endphase der türkis-blauen Regierung beschloss man etwa im Ministerrat die Anhebung der Mindestpension auf 1.200 Euro für über 40 Beitragsjahre, was nicht zuletzt der Handschrift der Freiheitlichen zu verdanken war. Noch wesentlicher dürfte die Reform der Mindestsicherung gewesen sein, besonders im roten Wien, indem diese inländerfreundlicher ausgestaltet wurde und den Sog des heimischen Sozialsystems auf illegale Zuwanderer einschränkte.

Der Gegenwind, den diese Regierung zu erdulden hatte, war allerdings gewaltig. Immer wieder versuchte man, insbesondere die FPÖ durch ihre Nähe zu den traditionsreichen, historisch gewachsenen akademischen Korporationen, zu den Burschenschaften, zu diskreditieren. Maßlos aufgeblasene Pseudo-Skandale und schließlich die angebliche Nähe der FPÖ zu den Identitären belasteten das Koalitionsklima und

gaben der ÖVP unter Sebastian Kurz zunehmend die Möglichkeit, beziehungsweise den Vorwand, sich von der gemeinsamen Regierungslinie zu distanzieren.

Erst die unter dubiosen Umständen erfolgte Veröffentlichung des geheim aufgenommenen Ibiza-Videos, das Strache und Klubobmann Johann Gudenus zeigte, konnte die türkis-blaue Regierung zu Fall bringen. Der in der Zeit seiner Amtsführung als Vizekanzler durchaus zum Staatsmann gereifte Heinz-Christian Strache stolperte damit über die Hybris, die er zwei Jahre davor als Oppositionsführer bei einem feuchtfröhlichen Abend auf der Mittelmeer-Insel artikuliert hatte. Dass sich in den Jahren danach erwies, dass an den Vorgängen und Aussagen von Ibiza in strafrechtlicher Sicht kaum etwas dran war, und dass sich zwei Jahre später mit dem Sturz von Sebastian Kurz zeigte, dass die türkise ÖVP der wahre Hort der Korruption sein könnte, ändert im Nachhinein nichts mehr am damaligen Scheitern der bürgerlichen Koalition zwischen ÖVP und FPÖ.

“
Maßlos aufgeblasene Pseudo-Skandale belasteten das Koalitionsklima und gaben der ÖVP den Vorwand, sich von der gemeinsamen Regierungslinie zu distanzieren.
 ”

Aus dem Regierungsprogramm

Verwaltungsreform und Verfassung

Wir bekennen uns zu einer umfassenden Verwaltungsreform. Wir wollen Maßnahmen setzen, damit die öffentlichen Mittel bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen und nicht in veralteten Strukturen versickern. Aber auch politische Entscheidungsprozesse müssen näher an die Wählerinnen und Wähler herangeführt werden. Der Ausbau direktdemokratischer Elemente soll daher Schritt für Schritt mit den Bürgerinnen und Bürgern erfolgen.

- Schuldenbremse in die Verfassung
- Eine gebietskörperschaftenübergreifende Förderungsdatenbank umsetzen und zusätzlich Sanktionen bei Nichtbefüllung einführen (Transparenzdatenbank)
- Entflechtung der Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und Abschaffung gegenseitiger Blockademöglichkeiten
- Auflösung von Doppelstrukturen und Bündelung von Verwaltungsaufgaben
- Aufwertung des Volksbegehrens, nach erfolgreicher Evaluierung weiterer Ausbau der direkten Demokratie
- Prüfung der bestehenden Rechtsnormen gegen Dirty Campaigning

Europa und Außenpolitik

Als Europapartei ist für uns klar: Die Zukunft Österreichs ist fest mit dem europäischen Friedens- und Einigungsprojekt verknüpft. Wir werden als aktiver und zuverlässiger Partner an der Weiterentwicklung der EU mitwirken, wobei das Prinzip der Subsidiarität im Mittelpunkt

Staat und Europa

Verwaltungsreform

Wir wollen die Verwaltung im österreichischen Staat grundlegend reformieren und vereinfachen. Dazu gehört, dass wir nicht immer mehr Regeln schaffen, sondern lieber die, die es schon gibt, ordentlich vollziehen. Dazu gehört auch, dass wir Doppelgleisigkeiten abbauen und klare Zuständigkeiten festlegen wollen.

Das internationale Engagement Österreichs stärken

Wir bekennen uns weiterhin zu einer aktiven Neutralitätspolitik Österreichs und, damit verbunden, zu einer konsequenten Fortsetzung der österreichischen Initiativen für Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nicht-Weiterverbreitung von Nuklearwaffen sowie zum Eintreten für eine nuklearwaffenfreie Welt. Wir wollen Österreich noch besser positionieren als internationalen Ort des Dialogs und werden unser multilaterales Engagement weiter verstärken – mit dem Ziel einer erfolgreichen Bewerbung für die Mitgliedschaft Österreichs im UN-Menschenrechtsrat für die Jahre 2019–2021 und im UN-Sicherheitsrat für die Jahre 2027–2028.

Subsidiarität als Leitsatz für die Entwicklung Europas

Unser Heimatland ist integraler Teil der Europäischen Union und der gemeinsamen Währung Euro. Wir werden als aktiver und zuverlässiger Partner an der Weiterentwicklung der EU mitarbeiten. Wir wirken auf europäischer Ebene darauf hin, dass sich die EU im Sinne der Subsidiarität auf die wesentlichen, für gemeinsame Lösungen geeigneten Themen fokussiert. Nur so kann die EU ihrer Rolle als Wertegemeinschaft weiterhin gerecht werden. Ein in diesem Sinne starkes Europa kann Stabilität garantieren, Wachstum fördern und Frieden sichern.

Besseres Bürgerservice bei Wahlen

Beantragung und Ausstellung von Wahlkarten können künftig in einem Schritt gemeinsam mit der Stimmabgabe erledigt werden. Dies ist eine bedeutende Verbesserung des Bürgerservices und schränkt gleichzeitig durch den Identitätsnachweis vor der Behörde die Möglichkeiten der Manipulation erheblich ein. Wahlkarten- und Briefwahlstimmen werden künftig gemeinsam am Wahltag ausgezählt und das Endergebnis wird unmittelbar nach der Wahl ermittelt. Für Auslandsösterreicher bleibt die Briefwahl unverändert erhalten.

stehen soll. Als neutraler Staat liegt eine engagierte internationale Politik in unserem nationalen Interesse. Österreich soll als historische Drehscheibe zwischen Ost und West ein aktiver Ort des Dialogs sein.

- Schaffung von „Österreich-Häusern“ im Ausland, damit Botschaften zu „One-stop-Shops“ für Visa, Wirtschaftsberatung, Spracherwerb und Kulturvermittlung werden
- Bekenntnis zu einer Weiterentwicklung der Europäischen Union im Sinne der Subsidiarität
- Beitrag für einen effizienten EU-Außengrenzschutz und Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Österreich durch Grenzraumkontrollen

- Bekenntnis zu einer aktiven Handelspolitik unter Wahrung österreichischer Regeln und Standards
- Bekenntnis zu einer stärkeren Hilfe vor Ort sowie verstärkte Koppelung an die Bereitschaft von Drittstaaten zur Rücknahme abgelehnter Asylwerber

Innere Sicherheit

Österreich ist ein sicheres und lebenswertes Land. Damit das so bleibt, verfolgen wir eine proaktive, umfassende Sicherheitspolitik. Wir werden die Grund- und Freiheitsrechte der Menschen schützen und fördern. Das ist das beste Mittel, um staatsfeindlichem Extremismus den Boden zu entziehen. Gleichzeitig gilt es, die illegale Migration in unser Land zu stoppen und eine qualifizierte Zuwanderung an den Bedarf Österreichs auszurichten.

- Attraktivierung des Polizeiberufs: Schaffung von bis zu 2.000 Ausbildungsplätzen ab 2019 und von 2.100 zusätzlichen Planstellen
- Einführung von zukunftsorientierten, innovativen Ermittlungsmethoden unter Ausbau des Rechtsschutzes
- Gesamtstaatliche Migrationsstrategie: Legale Migration nach den Bedürfnissen Österreichs, Bekämpfung von Fluchtursachen und Forcierung einer effektiveren Rückkehrpolitik
- Effizienz im Asylverfahren und Außerlandesbringungen steigern
- Einsatz für ein „Gemeinsames Europäisches Asylsystem“: Entschlossene Bekämpfung von Schlepperei und Menschenhandel, maßvolles Resettlement sowie Versorgung von auf hoher See Geretteten in „Rescue Centres“ außerhalb der EU



„Staat und Gesellschaft“: Der stellvertretende Bundesparteiobmann und langjährige Abgeordnete Harald Stefan leitete die Verhandlungen

Integration

Integration ist ein langfristiger Prozess. Voraussetzungen dafür sind der Erwerb der deutschen Sprache, die Akzeptanz unserer Werte und die Teilnahme am Arbeitsmarkt. Erfolgreiche Integration hängt zudem wesentlich von der Anzahl der zu integrierenden Personen und deren Qualifikationen ab. Von jenen Personen, die rechtmäßig und dauerhaft in unserem Land leben, wird eingefordert, dass sie sich aktiv um ihre Integration bemühen sowie unsere verfassungsmäßig verankerten Werte hochhalten.

- Deutsch vor Regelunterricht
- Zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen
- Stärkere Kontrolle und in letzter Konsequenz Schließung von islamischen Kindergärten und islamischen Privatschulen bei Nichterfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen
- Ausbau von verpflichtenden staatlichen Werte- und Orientierungskursen
- Staatsbürgerschaft als möglicher Abschluss einer erfolgreichen Integration: Neugestaltung des feierlichen Rahmens für die Verleihung

Ordnung und Sicherheit

Asyl als Schutz auf Zeit, Stopp der illegalen Migration

Wir trennen klar zwischen Zuwanderung und Asyl. Schutz auf Zeit bieten wir jenen Menschen, die wirklich vor Verfolgung flüchten müssen. Für illegale Migration, die meist unter Missbrauch des Asylrechts stattfindet, ist kein Platz. Daher werden wir Schritte für ein effizienteres Asylwesen setzen und für eine konsequente Rückführung abgelehnter Asylwerber sorgen.

Staatsbürgerschaft neu

Für jene Menschen, die nicht als österreichische Staatsbürger zur Welt kommen, sollte die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft der Abschluss eines erfolgreichen Integrationsprozesses sein. Der Zugang dazu muss klar geregelt sein, und die Voraussetzungen müssen erfüllt werden. Die Wertigkeit der österreichischen Staatsbürgerschaft sollte auch dadurch unterstrichen werden, dass der Rahmen der Verleihung noch feierlicher gestaltet wird.

Härtere Strafen für Sexual- und Gewaltverbrecher

Während viele Opfer ein Leben lang unter den an ihnen begangenen Verbrechen leiden, fallen die Strafen für die Täter – gerade auch in Relation zu Vermögensdelikten – viel zu gering aus. Dem tragen wir mit einer Strafverschärfung bei Gewalt- und Sexualdelikten Rechnung, bei der besonders verwerfliche Beweggründe, besonders brutale Tatbegehung oder nachhaltige psychische Folgen der Opfer berücksichtigt werden.

Moderne Polizei

Eine effiziente und moderne Polizei braucht gut ausgebildete Mitarbeiter und die notwendigen Rahmenbedingungen, um eine effektive Verbrechensbekämpfung möglich zu machen. Dem bevorstehenden Pensionierungsschub ist daher durch zusätzliche Ausbildungsplanstellen zu begegnen, und die Ermittlungsmethoden müssen durch den Beschluss eines Sicherheitspaketes modernisiert werden.

Bildung

Das österreichische Bildungssystem darf weder auf das Bewahren des Überkommenen noch auf das Verändern um jeden Preis ausgelegt sein. Jede Schülerin und jeder Schüler verfügt über unterschiedliche Talente und Begabungen und möglicherweise Förder- und Aufholbedarf. Ein modernes Bildungssystem muss diesen differenzierten Anforderungen mit einem differenzierten Angebot an Schultypen Rechnung tragen.

- Einführung Bildungspflicht: Definition bestimmter Grundfertigkeiten und Grundkenntnisse (Lesen, Schreiben, Rechnen, soziale und kreative Kompetenzen), die jede Schülerin und jeder Schüler am Ende der Schullaufbahn beherrschen muss
- Klare Definition der Zielsetzungen von Bildung und Betreuung in den elementar-pädagogischen Einrichtungen

- Chancen-Pass am Beginn der 7. Schulstufe: Prüfung der Bildungsstandards, um die richtige Wahl des weiteren Bildungsweges zu unterstützen
- Überarbeitung und Präzisierung der Benotungssystematik für alle Schultypen und Schulstufen, aufbauend auf einer fünfteiligen Notenskala
- Verstärkte Vermittlung kreativer, handwerklicher, wirtschaftlicher und unternehmerischer Kompetenzen bzw. von Kenntnissen im MINT-Bereich

Wissenschaft

Die Innovationskraft eines Landes hängt von der Qualität der Hochschulen und vom Engagement aller ab, die an ihnen forschen, lehren und natürlich auch studieren. Unter dem Dach von Hochschulen finden sich die Impulsgeber für Wissenschaft und Forschung. Wer Wissensdurst klug fördert, gewinnt in der globalisierten und digitalisierten Welt.

- Verbesserung der Studienbedingungen durch ein neues Zugangsregelungs-Management
- Einführung moderater Finanzierungsbeiträge von Studierenden, um die Verbindlichkeit des Studierens zu erhöhen
- Steigerung der Ausbildungs- und Studienplätze für digitale Berufe
- Abgestimmte Schwerpunktsetzungen der Hochschulen weiter fördern und stärkere Ausrichtung des Studienangebots am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedarf
- Weiterentwicklung der Pädagogischen Hochschulen und verstärkte Einbettung in universitäre Rahmen- und Steuerungsbedingungen

Innovation und Digitalisierung

Österreich ist eine kleine, exportorientierte Volkswirtschaft. Als solche ist es entscheidend, hochinnovative Produkte und Dienstleistungen erfolgreich auf den Weltmärkten zu positionieren. Ziel ist es daher, dass Österreich zur Gruppe der europäischen Innovations-Leader aufsteigt.

- Jährliche, kontinuierliche Erhöhung der Forschungsausgaben des Bundes, um eine Forschungsquote von 3,76 Prozent zu erreichen
- Überarbeitung der Lehrpläne in Richtung Digital- und Medienkompetenzen
- Exzellenzinitiative zur Steigerung der kompetitiven Grundlagenforschung
- Konsolidierung der fördernden Stellen als „One-Stop-Shops“ entlang der Innovationskette
- Gründungen und Start-ups von technologieintensiven Unternehmen erleichtern
- Zügiger Ausbau einer modernen, leistungsfähigen Telekommunikationsinfrastruktur. Ziel 2025: Landesweite Versorgung mit leistungsstarkem Breitband sowie mobile Versorgung mit 5G

Klubobmann Walter Rosenkranz: Unter seiner Leitung wurde das Thema „Sicherheit und Ordnung“ verhandelt



Bild: Fotomedia/Getty / Thomas Jirak

Zukunft und Gesellschaft

Kunst und Kultur als wesentlicher Standortfaktor

Österreich ist eine starke Kunst- und Kulturlation, und das soll auch in Zukunft so bleiben. Mit einer übergreifenden Kunst- und Kulturstrategie wird Österreich ein Zielbild entwerfen, wie es sich zukünftig international bei diesem Thema positionieren und Kunst und Kultur in Österreich nachhaltig stärken will. Auch das Gedenkjahr 2018 wird für diese Bundesregierung eine ganz wichtige Rolle spielen.

Bildungspflicht und Deutsch vor Schuleintritt

Unser Bildungssystem fördert in einem differenzierten Schulsystem die individuellen Interessen und Begabungen der Schülerinnen und Schüler, animiert sie zur Leistung und überprüft die Fortschritte auf Basis von Notenwahrheit. Niemand darf das Schulsystem ohne Grundkompetenzen, in Lesen-Schreiben und Rechnen verlassen. Damit entwickeln wir die Schulpflicht hin zu einer Bildungspflicht. Darüber hinaus soll durch Sprachstandserhebungen und Deutschklassen gesichert werden, dass jedes Kind vor dem Eintritt ins Regelschulwesen über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt.

Österreich fit für die Herausforderungen der Digitalisierung machen

Ohne Zweifel spielt die Digitalisierung als transformierende Kraft eine Schlüsselrolle für den Innovationsstandort der Zukunft. Neue digitale Technologien wie künstliche Intelligenz, Robotik oder Blockchain werden noch nicht vorhersehbare Auswirkungen auf unsere Gesellschaft haben. Für Österreich gilt es, die Digitalisierung vor diesem Hintergrund aktiv als Chance zu nutzen. Das bedeutet, dass wir auf der einen Seite die öffentliche Verwaltung modernisieren und digitalisieren und auf der anderen Seite die notwendigen Rahmenbedingungen wie den Breitband-Ausbau und die Ausrollung des 5G-Standards, schaffen, damit Bürger und Unternehmen erfolgreich sind.

Mehr Erfolge durch gezielte Spitzensportförderung

Erfolge im Spitzensport erhöhen die Identifikation mit unserer Heimat, machen Österreich zum internationalen Aushängeschild und motivieren überdies unzählige Menschen, selbst ein sportliches und damit gesünderes Leben zu führen. Wir wollen daher mit einer durchgehenden Strategie von der Talentförderung bis in den Profisport sowie einer leistungs- und ergebnisorientierten Sportförderung mehr großartige Erfolge möglich machen.

Medien

Die Medienlandschaft ist im Umbruch, die Digitalisierung im Vormarsch. Die Politik muss dafür sorgen, auch in einem derart veränderten Umfeld weiterhin ein Medienangebot mit spezifisch österreichischen Inhalten insbesondere durch öffentlich-rechtliche Medien sicherzustellen.

- Den öffentlich-rechtlichen Auftrag ins 21. Jahrhundert bringen und insbesondere die Digitalisierung berücksichtigen
- Erarbeitung von Leitlinien für ein ORF-Gesetz NEU

- Unterstützung junger österreichischer Talente in öffentlich-rechtlichen Medien
- Gründung einer gemeinsamen digitalen Vermarktungsplattform der österreichischen Medienlandschaft
- Journalistische Qualität über Aus- und Weiterbildung im eigenen Betrieb fördern

Der steirische Abgeordnete Axel Kassegger leitete den Themenbereich „Zukunft“

Sport

Sport ist ein wesentlicher Bestandteil im Leben der Österreicherinnen und Österreicher. Deshalb wollen wir den Breitensport ausbauen und Spitzensport erfolgreicher machen.

- Langfristige Sportstrategie, die alle Bereiche der Sportförderung, von der Schule bis zum Spitzensport, umfasst
- Bundesweite Umsetzung der täglichen Bewegungseinheit für alle Kinder in öffentlich finanzierten Betreuungseinrichtungen
- Einführung von Laufbahnmodellen im Spitzensport
- Forcierung der Initiative „Fit Sport Austria“ in der Gesundheitsprävention
- Bessere Bedingungen für Sportlerinnen und Sportler mit Behinderung schaffen



Wolfgang Hutter / Thomson/Inf

Kunst und Kultur

Österreich gilt international als Kulturlation. Gerade im Ausland wird man häufig auf die Errungenschaften unserer Kunst- und Kulturschaffenden angesprochen. Daher sind Kulturausgaben für uns nicht zuletzt nachhaltige Investitionen in Kreativität und Innovation der Gesellschaft.

- Schaffung einer Kunst- und Kulturstrategie, übergreifend über alle Gebietskörperschaften unter enger Einbindung aller Gruppen
- Besondere Berücksichtigung der künstlerischen Nachwuchsförderung
- Kunst und Kultur verstärkt in den Kindergarten und Schulalltag integrieren
- Förderung von Exzellenz und klares Bekenntnis zur Qualität bei der Förderung von Kultureinrichtungen
- Das Gedenkjahr 2018 als gemeinsames Projekt für das ganze Land etablieren

Familie und Jugend

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Wir wollen daher dafür Sorge tragen, dass ihre Leistungen finanziell und ideell An-

erkennung finden. Neben echter Wahlfreiheit und einer zielgerichteten Förderung von Familien mit niedrigem Einkommen setzen wir auf ein familiengerechtes Steuermodell. Das Wohl und der Schutz unserer Kinder und Jugendlichen hat für uns oberste Priorität. Wir wollen ihnen die besten Startvoraussetzungen mit auf den Weg geben.

- „Familienbonus Plus“: Ein Plus bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr (Reduktion der Lohnsteuerpflicht; nicht negativ wirksam)
- Weiterentwicklung der antragslosen Verfahren zum Erhalt von Familienleistungen
- Europarechtskonforme Indexierung der Familienbeihilfe (Anpassung an die Lebenshaltungskosten im jeweiligen EU-Staat)
- Reform der Schulferienregelungen und Einführung von Herbstferien unter Einbindung der Schulpartner
- Bundesweite Vereinheitlichung des Jugendschutzes
- Gesetzliche Verankerung von Schülerparlamenten

Frauen

Frauen übernehmen Verantwortung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Chancengleichheit darf dabei kein leeres Schlagwort sein.

“
Wir wollen daher dafür Sorge tragen, dass ihre Leistungen finanziell und ideell Anerkennung finden.
”

- Gemeinsam mit Sozialpartnern Diskriminierungen in allen Kollektivverträgen prüfen und beseitigen (Anrechnung von Karenzzeiten und Vorrückungen)
- Ziel Einkommenstransparenz: Zusammenführung der bestehenden Einkommensberichte auf einen bundesweit einheitlichen Standard
- Rasche Weiterentwicklung und Evaluierung der Unterhaltshöchstgrenzen zur finanziellen Absicherung von Alleinerzieherinnen und Alleinerziehern
- Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung: flexiblere Öffnungszeiten, flächendeckender Ausbau schulischer Nachmittagsbetreuung, Ausweitung der Ferienbetreuung
- Forcierung von Gendermedizin
- Frauenbudget absichern und Ausbau der notwendigen Einrichtungen (z. B. Gewaltschutzzentren, Notwohnungen sowie Frauen- und Mädchenberatungsstellen)

Pensionen

Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll sich auch im Alter auf soziale Sicherheit verlassen können. Wir bekennen uns daher zu einem stabilen und nachhaltigen Pensionssystem.

- Abschaffung aller noch verbliebenen Pensionsprivilegien
- Heranführung des faktischen an das gesetzliche Pensionsalter
- Änderung des Prozentsatzes bei der Korridorpenion bei längerem Arbeiten
- Zuverdienst ab gesetzlichem Pensionsalter bis zur Geringfügigkeitsgrenze zulassen
- Entschiedene Bekämpfung der Altersarmut

Fairness und Gerechtigkeit

Ein großes Plus für Familien

Familien werden stärker als bisher gefördert, indem jedes Kind das Nettoeinkommen erhöht. Im Wege des „Familienbonus Plus“ wird die Steuerlast pro Kind um bis zu 1.500 Euro reduziert. Wenigverdiener werden durch eine Reduktion des Arbeitslosenversicherungsbeitrags entlastet. Antragslose Verfahren zum Erhalt von Familienleistungen werden ausgebaut. Gleichzeitig erfolgt eine europarechtskonforme Anpassung der Familienbeihilfe an die Lebenshaltungskosten jener Staaten, in denen die begünstigten Kinder leben.

Soziale Absicherung im Alter durch eine Mindestpension

Wer ein Leben lang gearbeitet und Beiträge geleistet hat, dem muss das staatliche Pensionssystem im Ruhestand soziale Sicherheit garantieren. Daher führen wir eine erhöhte Mindestpension von 1.200 Euro für Menschen mit 40 Beitragsjahren ein. Ehepaare erhalten bei 40 Beitragsjahren eines Partners zumindest 1.500 Euro. Die Pensionen werden jährlich auf Vorschlag der Pensionskommission angepasst.

Stopp der Zuwanderung in den Sozialstaat

Menschen, die arbeiten oder jahrelang einen Beitrag für Österreich geleistet haben, sollen finanziell besser gestellt sein als andere, die das nicht tun oder getan haben. Eine Zuwanderung in den österreichischen Sozialstaat über den Bezieherkreis der Sozialhilfe (Mindestsicherung) muss gestoppt werden. Die Geldleistung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte in der Mindestsicherung NEU wird daher auf 365 Euro Grundleistung sowie einen möglichen Integrationsbonus von 155 Euro reduziert. Leistungen für eine Bedarfsgemeinschaft werden mit 1.500 Euro gedeckelt.

Zusammenlegung der Sozialversicherungen

Es ist unser Ziel, am System zu sparen und nicht am Menschen. Ein Bereich, in dem es immer noch viele Ineffizienzen und Doppelgleisigkeiten gibt, sind die Sozialversicherungen. Wir wollen hier eine österreichweite Leistungsharmonisierung erreichen und gleichzeitig die Anzahl der Träger auf maximal vier bis fünf Träger reduzieren. Die Zusammenlegung und Verschlankeung der Strukturen in den Sozialversicherungen wird eines der großen Reformprojekte dieser neuen Bundesregierung.

Gesundheit

Die Sicherung und der weitere Ausbau unseres hochwertigen Gesundheitssystems erfordern Initiativen, die die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten, die Qualität der Versorgung sowie die Effizienz und Effektivität der Verwaltung in den Mittelpunkt stellen.

- Stärkung des Hausarztes und der Gesundheitsversorgung vor Ort
- Einführung von Landarzt-Stipendien
- Verbesserung der Rahmenbedingungen, um Wartezeiten auf Operationen, Behandlungen und Untersuchungen transparent zu machen und zu reduzieren

„Soziales, Fairness und Gerechtigkeit“:
Die langjährige Wiener Abgeordnete Dagmar Belakowitsch leitete die Verhandlungen in diesen Bereichen

- Vorsorgeuntersuchung in Verbindung mit Anreizen (z. B. Erlassen der E-Card-Gebühr)
- Nachhaltige Reduktion der Sozialversicherungsträger auf maximal fünf Träger
- Mutter-Kind-Pass: Weiterentwicklung des Leistungsspektrums bis zum 18. Lebensjahr
- Bekämpfung von Sozialmissbrauch

Soziales und Konsumentenschutz

Wir bekennen uns zum Sozialstaat Österreich und sehen es als Aufgabe des Staates, dort zu unterstützen, wo sich der Einzelne nicht selbst helfen kann. Damit das auch in Zukunft so bleibt, müssen wir im



System effizienter und treffsicherer werden und die Zuwanderung in unser Sozialsystem stoppen. Gelebte Solidarität bedeutet, die Pflege und Betreuung für alle in bestmöglicher Qualität sicherzustellen.

- Bundesweit einheitliche Regelung der Mindestsicherung und Deckung der Leistungen für eine Bedarfsgemeinschaft auf maximal 1.500 Euro
- Intensives Coaching und signifikante Kürzungen bei Arbeitsverweigerung oder Schwarzarbeit
- Anspruch auf Mindestsicherung in Österreich setzt voraus, in den vergangenen sechs Jahren mindestens fünf Jahre legal in Österreich gelebt zu haben
- Mindestsicherung NEU: Reduktion der Geldleistung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte
- Einheitliche finanzielle Rahmenbedingungen für Pflege und Betreuung in den verschiedenen Abstufungsformen
- Vermehrte Unterstützung pflegender Angehöriger und „One-Stop-Shop“ für Förderungen und Unterstützung
- Eigenes Sonderfach für Palliativpflege in der Facharztausbildung
- Ausbau des Konsumentenschutzes in Beratung und Rechtshilfe

- „Ehrenamt-Gütesiegel“: Zertifizierung und Dokumentation freiwilliger Arbeit und dabei erworbener Qualifikationen
- Transparenz der Kriterien und Leistungen im Bereich der persönlichen Assistenz und Angebote in Richtung „Best Practice“ ausbauen
- Abbau von Bürokratie für Menschen mit Behinderung
- Verstärkte Koordination und Forcierung der Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt

Finanzen und Steuern

In kaum einem anderen Land ist die Steuerlast so hoch wie in Österreich. 2016 hatte unser Land mit 42,9 Prozent die fünfthöchste Steuer- und Abgabenquote der gesamten EU. Wir werden die Steuer- und Abgabenquote in Richtung 40 Prozent senken.

- Mehr Netto vom Brutto: Senkung der Lohn- und Einkommensteuer sowie Vereinfachung des Einkommensteuerrechts
- Reduktion des Arbeitslosenversicherungsbeitrags für niedrige Einkommen
- Senkung der Lohnnebenkosten ohne Leistungsreduktionen
- Senkung des Umsatzsteuersatzes auf Übernachtungen von 13 auf 10 Prozent
- Abschreibungen an die tatsächliche wirtschaftliche Nutzungsdauer angleichen
- Senkung der Körperschaftsteuer – insbesondere auf nicht entnommene Gewinne sowie hinsichtlich der Mindest-KöSt
- Faire Besteuerung internationaler Internet-Konzerne durch Einführung der „Digitalen Betriebsstätte“ auf OECD- oder europäischer Ebene

Wirtschaftsstandort und Entbürokratisierung

Wir regulieren in Österreich viel zu viel. Die Regulierungsdichte ist nicht nur ein tägliches Ärgernis, sondern schadet auch unserem Standort und gefährdet Wachstum und Arbeitsplätze. Wir werden daher Verwaltung und Bürokratie deutlich reduzieren.

- Arbeitszeitflexibilisierung im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, um das Arbeitszeitvolumen besser an die Auftragslage anpassen zu können und eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit zu ermöglichen
- Verstärkte Einrichtung von „One-Stop-Shops“ für Bürger und Unternehmen
- Überarbeitung des Kumulationsprinzips im Verwaltungsstrafrecht zur Vermeidung von Mehrfachbestrafung und Verankerung des Prinzips „Beraten statt Strafen“
- Rücknahme von „Gold-Plating“ – dem Übererfüllen von EU-Vorgaben
- Wirtschaftsförderungsstrategie: Mehrfachförderungen vermeiden, Effektivität und Effizienz von Förderungen steigern, Förderabwicklung vereinfachen und digitalisieren
- Reduktion der Melde- und Informationspflichten für Unternehmen
- Durchforstung der Arbeitnehmerschutzvorschriften, das Arbeitsinspektorat als Serviceeinrichtung etablieren

Standort und Nachhaltigkeit

Den ländlichen Raum nachhaltig stärken

Wir bekennen uns zum Erhalt sowie zur Förderung und Entwicklung des ländlichen Raums. Um den ländlichen Raum zu stärken, müssen die Chancen der Digitalisierung genutzt und die Mobilität verbessert werden. Darüber hinaus muss für einen Breitband-Ausbau gesorgt werden, um mehr hochwertige Arbeitsplätze in den Regionen zu ermöglichen.

„EStG 2020“ als Mittelpunkt einer massiven Steuervereinfachung

Mit dem Ziel, die Steuer- und Abgabenquote in Österreich auf 40 Prozent zu senken, geht eine massive Vereinfachung des Steuersystems einher. Im Mittelpunkt steht eine umfassende Reform des Einkommensteuergesetzes als „EStG 2020“. Wesentliche Inhalte sind eine Modernisierung der Gewinnermittlung und einfachere Steuererklärungen für Kleinunternehmer, die Förderung der privaten Altersvorsorge sowie die Zusammenführung von Sonderausgaben und außergewöhnlichen Belastungen.

Klimaschutz konsequent vorantreiben

Der Umbau unseres Energiesystems auf heimische, erneuerbare Energien stellt ein wesentliches Element eines aktiven Klimaschutzes dar und ist daher das Gebot der Stunde. Die neue Bundesregierung wird eine integrierte nationale Klima- und Energiestrategie umsetzen und schafft damit verlässliche und planbare Rahmenbedingungen für Zukunftsinvestitionen am Standort Österreich. Ziel ist es, die internationalen Vorgaben zur Reduktion von Treibhausgasemissionen für Österreich zu erfüllen und damit unseren Beitrag für die weltweite Bekämpfung des Klimawandels zu leisten.

Unternehmerische Freiheit und Entlastungen für Gastronomie und Tourismus

Im Sinne der unternehmerischen Freiheit dürfen Gastronomiebetriebe weiterhin Raucherbereiche anbieten, wobei der Schutz von Mitarbeitern und Jugendlichen ausgebaut wird. Der Nichtraucherschutz wird sich am „Berliner Modell“ orientieren. Die Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusbranche und damit der Tourismusstandort Österreich werden durch eine Senkung der Umsatzsteuer auf Übernachtungen von 13 auf 10 Prozent gestärkt.

IV

**NORBERT HOFER
VOR DER HOFBURG**

DIE BUNDESPRÄSIDENTENWAHL
DES JAHRES 2016

2016 Der Kampf um die Hofburg

Die Jahre 2015 und 2016 standen im Zeichen ungeahnter Höhenflüge der Freiheitlichen Partei. Die Flüchtlingskrise und die massenhafte Invasion von illegalen Zuwanderern und Asylsuchenden im Jahre 2015 hatten der freiheitlichen Oppositionspartei die Möglichkeit geboten, sich als konsequenteste politische Kraft mit harten Positionen gegen diese illegale Zuwanderung zu positionieren. Spitzenwerte in den Meinungsumfragen machten dies deutlich. Ein wirklicher Höhepunkt im Zuge des Wiederaufstiegs der Freiheitlichen Partei unter Heinz-Christian Strache war der Kampf um die Hofburg, also die Wahlausscheidung um das höchste Staatsamt im Lande. Nachdem die Amtsperiode des seit 2004 amtierenden Staatsoberhauptes Heinz Fischer auslief, traten am 24. April 2016 sechs Kandidaten für das höchste Staatsamt an: fünf Männer und eine Frau. Dies war die höchste Anzahl seit der Wahl im Jahre 1951, als ebenfalls sechs Kandidaten, unter ihnen der VdU-Kandidat Burkhard Breiner, angetreten waren.

Bei dieser dreizehnten Direktwahl eines österreichischen Staatsoberhauptes beteiligten sich mehr als 68 Prozent der österreichischen

Wahlberechtigten, und das Ergebnis war eine Sensation: Der freiheitliche Kandidat Norbert Hofer ging mit 35 Prozent der Wählerstimmen als klarer Sieger aus dem Wahlgang hervor. Dieser hatte ursprünglich gemeint, er sei für das Amt des Bundespräsidenten noch zu jung, konnte aber im Bundesparteivorstand letztlich doch von der Kandidatur überzeugt werden. Das Ergebnis des ersten Wahlganges wurde allenthalben als wirkliche Sensation empfunden und stellt bis zu diesem Zeitpunkt das quantitativ höchste Wahlergebnis in einer bundesweiten Wahl für einen FPÖ-Kandidaten dar.

Sensationell war allerdings auch der Absturz der Kandidaten der beiden Koalitionsparteien. Rudolf Hundstorfer, der bisherige Sozialminister und SPÖ-Kandidat, konnte nur 11,2 Prozent erlangen, und Andreas Khol, der langjährige ÖVP-Nationalratspräsident, kam nur auf 11,1 Prozent. Die medial hochgejubelte ehemalige Verwaltungsrichterin Irmgard Griss erreichte stattdessen 18,9 Prozent, der grüne Kandidat Alexander van der Bellen allerdings 21,34 Prozent. Er musste somit gegen den überragenden freiheitlichen Wahlsieger mit einem Rückstand von rund 14 Prozent in die Stichwahl gehen.

Diese Stichwahl fand am 22. Mai 2016 statt, wobei es so etwas wie eine „Volksfront-Allianz“ nahezu aller politischen Kräfte gegen den

“
Sensationell war allerdings auch der Absturz der Kandidaten der beiden Koalitionsparteien, Rudolf Hundstorfer (SPÖ) und Andreas Khol (ÖVP).
”



Die Wahl des Bundespräsidenten 2016:
Die FPÖ erreichte mit Norbert Hofer ein historisches Ergebnis



freiheitlichen Kandidaten gab. Und auch die bürgerliche Volkspartei sprach sich, mit Ausnahme des parlamentarischen Klubobmannes Reinhold Lopatka, gegen Hofer aus. Diese Stichwahl war allerdings aufgrund der vielen Wahlkarten sehr problematisch. Das vorläufige amtliche Endergebnis ohne die Briefwahlstimmen zeitigte nämlich 51,93 Prozent für Hofer mit nur 48,07 Prozent für Van der Bellen. Da die Anzahl der Wahlkarten überaus hoch war, kam es am Tag nach dem Wahltag zu einer Umkehrung dieses Ergebnisses, wobei Alexander van der Bellen mit 50,035 Prozent gegenüber Hofer mit 49,65 Prozent erlangen konnte. Van der Bells Vorsprung auf Hofer betrug letztlich 31.026 Stimmen.

In der Folge allerdings wurden zunehmend Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung der Briefwahlkarten aufgezeigt. Daher brachte FPÖ-Obmann H.-C. Strache, vertreten durch den ehemaligen freiheitlichen Justizminister Dieter Böhmndorfer, am 8. Juni 2016 eine 152-seitige Beschwerdeschrift beim Verfassungsgerichtshof ein, die im Wesentlichen auch vom freiheitlichen Klubdirektor im Parlament Norbert Nemeth erarbeitet worden war. Sie sollte die Mängel bei der Durchführung des Stichwahlganges aufzeigen. Und obwohl der Bundeskanzler Christian Kern die Anfechtung der Wahl als „Verschwörungstheorie“ abqualifizierte und die linksliberalen Medien die Freiheitlichen als „schlechte Verlierer“ hinzustellen versuchten, bekamen diese vom österreichischen Höchstgericht Recht: Nach Durchführung von mündlichen Einvernahmen und Verhandlungen gab der Verfassungsgerichtshof am 1. Juli 2016 der Wahlanfechtung statt und ordnete die Wiederholung des zweiten Wahlganges, nämlich der Stichwahl, für ganz Österreich an.

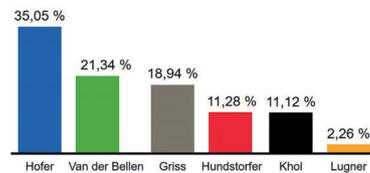
Die Wiederholung der Stichwahl sollte dann am 2. Oktober 2016 stattfinden, wobei es wiederum zu einer Panne kam: Die Unterlagen für die Briefwahl wurden fehlerhaft hergestellt, weshalb der Innenminister eine neuerliche Verschiebung des Wahltermins auf den 4. Dezember 2016 bekannt geben musste. Damit standen die Österreicher vor der Tatsache, dass sich die Wahl zum

höchsten Staatsamt über ein ganzes Jahr hinziehen sollte und das Jahr 2016 insgesamt vom Bundespräsidentenwahlkampf dominiert war.

Durch diese Verschiebung der Stichwahl wurden nunmehr auch Wähler zugelassen, die zum ersten Wahlgang und zur ersten Stichwahl nicht wahlberechtigt gewesen waren. Nunmehr sollte die massive Kampagne des politischen Establishments im Verbund mit den meisten Mainstream-Medien gegen den freiheitlichen Kandidaten Früchte tragen. Auch die Wahlbeteiligung hatte sich mit 74,21 Prozent weiter erhöht: Der grüne Kandidat Alexander van der Bellen konnte nunmehr 53,79 Prozent erlangen, während der freiheitliche Kandidat Norbert Hofer „nur“ 46,21 Prozent der gültigen Stimmen erhielt. Dennoch blieb Norbert Hofer in den Bundesländern Tirol, Kärnten und Burgenland der weitaus stimmenstärkste Kandidat. In Wien allerdings, wo Alexander van der Bellen mehr als 65 Prozent erreichte, hatte die Anti-Hofer-Kampagne gefruchtet und dem freiheitlichen Kandidaten den Wahlsieg genommen. Norbert Hofer selbst zeigte sich als fairer Verlierer, allerdings mit der Perspektive, bei der nächsten Präsidentschaftswahl als gereifter Politiker – indessen ist er ja erfolgreicher Infrastrukturminister – neuerlich anzutreten, um das Ergebnis umzudrehen.

Für die Freiheitlichen war die Wahl zum höchsten Staatsamt der Republik und das Jahr 2016 trotz der letztlichen Niederlage beinahe so etwas wie ein Triumphzug. Das Dritte Lager und die freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft bewiesen dabei, dass sie durchaus in der Lage sind, mit staatstragender Politik und verantwortungsbewussten Politikern eine Mehrheit der Wähler anzusprechen und für ihre Programme und Ziele zu gewinnen. Gerade deshalb dürften die Wahlgänge zur Bundespräsidentenwahl ein wesentlicher Baustein für den freiheitlichen Wiederaufstieg bis hin zur Regierungsbeteiligung des Jahres 2017/2018 gewesen sein.

Erster Wahlgang der Bundespräsidentenwahl 2016



Ergebnis der wiederholten Stichwahl



V

**DIE
SOZIALE HEIMATPARTEI
FÜR ÖSTERREICH**

DIE ABSPALTUNG DES BZÖ UND
DER WIEDERAUFSTIEG DER FPÖ

2005 – 2016

Die FPÖ unter Heinz-Christian Strache

Dieses Kapitel wurde im Jahr 2016 anlässlich des 60-Jahr-Jubiläums der FPÖ verfasst

Rund um den sechzigsten Jahrestag ihres Bestehens wird die Freiheitliche Partei Österreichs von allen politischen Beobachtern und in nahezu allen Meinungsumfragen als die weitaus stärkste politische Kraft der Republik ausgewiesen. In Zeiten, die von der großen Mehrheit der österreichischen Bevölkerung als überaus bedrohlich und krisenhaft empfunden werden, traut man offenbar nur mehr den Freiheitlichen unter Heinz-Christian Strache zu, das Staatsschiff durch die Stürme der Massenzuwanderung, der Staatsschuldenkrise, der höchsten Arbeitslosigkeit seit 1945 und des offensichtlichen Versagens der Europäischen Union in ruhigere Gewässer zu führen. Die erdbeerartigen Landtagswahlen im Jahr vor dem Parteijubiläum, also im Jahre 2015, in der Steiermark, in Oberösterreich und in Wien bewiesen dies bereits auch anhand konkreter Wahlergebnisse. Die freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft insgesamt und an der Spitze ihr Frontmann Heinz-Christian Strache, der in den Vertrauensindizes der Parteiführer ebenso längst die Spitzenposition eingenommen hat, steht somit vor der historischen Möglichkeit, bei der nächsten, spätestens in zwei Jahren ins Haus stehenden Nationalratswahl zur bestimmenden Kraft des Landes zu werden.

Vor einem guten Jahrzehnt, konkret im Jahre 2005, sah es ganz anders aus. Die FPÖ befand sich zwar in einer Regierungskoalition

mit der Österreichischen Volkspartei, sie befand sich aber auch im nahezu ungebremsten Sinkflug in der Gunst der Bürger und der Wähler. Schwere interne Konflikte über die Sinnhaftigkeit des Regierungskurses und die politische Linie der damals die Partei dominierenden Persönlichkeit, des Kärntner Landeshauptmannes Jörg Haider, prägten das parteiinterne Klima. Als Haider dann am 4. April 2005 in der Wiener Urania, wo normalerweise das traditionelle Kasperltheater stattfindet, die Gründung eines „Bündnis Zukunft Österreich“ bekanntgab, in das er die, seiner Diktion nach, „konstruktiven Kräfte“, konkret alle sechs Regierungsmitglieder und sechzehn von achtzehn Nationalratsabgeordneten, überzuführen gedachte, schien die Geschichte der FPÖ ihr Ende gefunden zu haben.

Der Weg zur Spaltung

Bereits in den Jahren vor der Gründung des BZÖ hatte sich im Umfeld des Kärntner Landeshauptmannes die Ansicht durchgesetzt, dass „die Marke FPÖ“ tot sei. Insbesondere nach der Kärntner Landtagswahl des Frühjahr 2004 hörte man von Haider, dass es angeblich kaum noch FPÖ-Wähler gebe, sondern in erster Linie „Haider-af-fine Wähler“. Dementsprechend war bei dieser Landtagswahl bei der Wahlwerbung der Name FPÖ auch schon nahezu getilgt, alles drehte sich um den Landeshauptmann, seine Persönlichkeit, seine Projekte und seine Aussagen. Es hieß, in Zukunft könne man keine auf einer festen Wertebasis beruhende Politik betreiben – Ideologien seien tot –, sondern werde Erfolge nur mehr mit einer „bedarfsorientierten Politik“ durch eine möglichst lose, nur auf die Persönlichkeit des Spitzenmannes hin orientierte Bürgerbewegung erzielen können.



Widerstand gegen diese von Haider und seinen Mitarbeitern vorgegebene politische Linie gab es zuallererst innerhalb der Wiener Landesgruppe, als im Jahre 2004 Heinz-Christian Strache gegen die Widerstände des Wiener Haider-Intimus Herbert Scheibner in der Nachfolge von Hilmar Kabas zum Wiener Parteiohmann gewählt wurde. Dies setzte sich bei der Wahl von Johann Gudenus zum Obmann des Rings Freiheitlicher Jugend fort, ebenso mit der Wahl des Oberösterreichers Karl Wimleitner zum Obmann des Freiheitlichen Seniorenings. Diese Personalentscheidungen waren klare Signale gegen die inhaltliche Beliebigkeit und gegen die Abkehr von freiheitlichen Traditionen. Als sich bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühjahr 2004 auch noch der drittgerühmte Andreas Mölzer gegen den Willen Haiders und seiner Führungsmannschaft mittels eines Vorzugsstimmwahlkampfes durchsetzte und schließlich ebenfalls gegen den Willen des Kärntner Landeshauptmanns der damalige Volksanwalt Ewald Stadler den Vorsitz der Freiheitliche Akademie zu erringen vermochte, waren dies weitere Signale, dass die Parteibasis dem Kurs Haiders nicht mehr folgen wollte.

Der in der zweiten Hälfte des Jahres 2004 zunehmende Druck eines angeblich „destruktiven rechten Parteiflügels“, der in Wirklichkeit nur die Repräsentanz der freiheitliche Kernwähler darstellte, ließ die Strategen der inhaltlichen Beliebigkeit rund um Jörg Haider offenbar zur Ansicht kommen, dass chestmöglich eine innerparteiliche Entscheidung zu suchen sei. Ein Anlass dafür glaubte man in der Person des Haider-kritischen EU-Abgeordneten finden zu können: Bei einer kritischen Analyse der freiheitlichen Regierungsarbeit in seinem parteinahen Wochenblatt zog der EU-Abgeordnete Andreas Mölzer eine vernichtende Bilanz, worauf er auf Betreiben des Landeshauptmanns aus der Kärntner Landespartei ausgeschlossen wurde. Als man dann in einer Sitzung des Bundespartei Vorstandes kurz vor Ostern 2005 versuchte, diesen Ausschluss statutenkonform absegnen zu lassen, vermochte die damalige Obfrau der FPÖ, Jörg Haiders Schwester Ursula Haubner, keine Mehrheit zu erlangen. Die Tatsache, dass sie und damit ihr Bruder Jörg Haider sich in den Bundesgremien der FPÖ mit ihrer Linie nicht mehr durchsetzen konnten, dürfte der unmittelbare Anlass für die Gründung des orangen BZÖ und die damit verursachte Parteispaltung gewesen sein.

Hilmar Kabas rettete die FPÖ nach der Abspaltung des BZÖ



52

Der Versuch Jörg Haiders, die FPÖ als Partei „stillzulegen“, sollte allerdings scheitern. Unmittelbar nach der Bekanntgabe der Gründung des BZÖ formierte sich der Bundespartei Vorstand der FPÖ unter der Leitung seines ältesten Mitglieds Hilmar Kabas neu, um bereits zwei Tage später, am 6. April 2005, den Parteiausschluss Jörg Haiders bekannt zu geben.

Kabas übernahm interimistisch die Parteiführung, und sehr rasch stellte sich heraus, dass mit Ausnahme der Kärntner Landespartei keine einzige Landesgruppe der FPÖ ins neue „Bündnis Zukunft Österreich“ übergeführt werden wollte. Auch Landesgruppen, die ursprünglich zögerten oder einen eigenen regionalen Kurs fahren wollten, ließen sich sehr rasch überzeugen, dass die Zukunft doch der FPÖ als Vertretung des Dritten Lagers des Landes gehören werde. Die traditionellen Verbände dieses Lagers und die meisten Vorfeld-Organisationen der FPÖ, von den Senioren bis hin zur Jugend, standen ohnedies fest und treu zur herkömmlichen Partei. Das Verhandlungsgeschick von Hilmar Kabas und die feste Stütze, die er insbesondere in der Wiener Landesgruppe unter Heinz-Christian Strache fand, ermöglichten in dieser kritischen Phase die Rettung der FPÖ.



Jörg Haider vermochte den Parteiausschluss des kritischen EU-Abgeordneten Mölzer nicht durchzusetzen, dies war der Anlass zur Abspaltung

Während das neue BZÖ unter freundlicher medialer Begleitmusik den Start in eine vermeintlich rosige Zukunft als Regierungspartei mit drei Ministern, drei Staatssekretären und immerhin sechzehn Abgeordneten feierte, waren der FPÖ noch eine Nationalratsabgeordnete, nämlich Barbara Rosenkranz, zu der in der Folge auch Reinhard Bösch aus Vorarlberg stieß, und der einzige EU-Abgeordnete Andreas Mölzer übergeblieben. Sowie ein Volksanwalt und eben Landtagsmandate in mehreren Bundesländern.

Die meisten Landesverbände waren, wie gesagt, in der FPÖ verblieben, lediglich die Kärntner FPÖ, Jörg Haiders eigentliche Hausmacht, wurde unter der Bezeichnung „Die Freiheitlichen in Kärnten“, nahezu vollständig Teil des BZÖ. Der EU-Abgeordnete Andreas Mölzer konnte allerdings mit Hilfe des Landtagsabgeordneten Franz Schwager und des späteren Kurzeit-Generalsekretärs Karlheinz Klement eine kleine eigenständige Kärntner Landesgruppe für die Bundes-FPÖ sichern.

Die FPÖ in Oberösterreich beschloss anfangs ihre Eigenständigkeit als „Freiheitliche Partei Oberösterreichs“. Nach dem Rücktritt ihres Landesobmanns im September 2005 liefen allerdings wieder Eingliederungsverhandlungen mit der Bundes-FPÖ, die im Februar 2006 er-

53



Die Wahlkampforganisation der FPÖ vermochte eine eigene Bildsprache für ihre Wahlplakate zu entwickeln

nach der BZÖ-Gründung gespalten, in Tirol waren die beiden Landtagsabgeordneten zunächst zum BZÖ übergewandert, gründeten später jedoch einen von FPÖ und BZÖ gleichermaßen unabhängigen „Landtagsklub der Freien“.

Insgesamt war es dem Verhandlungsgeschicks Hilmar Kabas und seiner Mitstreiter aus der Wiener Landesgruppe zu verdanken, dass Jörg Haider mit der Gründung des BZÖ eigentlich keine Spaltung der Partei herbeizuführen vermochte, sondern lediglich einen Alleingang mit Kärnten vollzog – begleitet allerdings von den sechs Regierungsmitgliedern und sechzehn von achtzehn Nationalratsabgeordneten. Einen Alleingang, der letztlich in die politische Bedeutungslosigkeit führen sollte.

Aufbruch mit einer neuen Führung

Am 23. April des Jahres 2005 wurde Heinz-Christian Strache zum neuen Bundesparteiobmann gewählt, er erhielt auf dem Parteitag in Salzburg 90,1 Prozent der Stimmen. Der Partei wurden damals von politischen Analytikern und Zeitungskommentatoren kaum Zukunftschancen eingeräumt. In den Umfragen vermochte sie gerade noch einige wenige Prozentpunkte für sich zu verbuchen. Überdies hatte sie mit einem gewaltigen Schuldenberg zu kämpfen, den ihr Haider hinterlassen hatte.

Die ersten Landtagswahlen nach der Abspaltung des BZÖ fanden am 2. Oktober 2005 in der Steiermark statt, wobei die FPÖ unter dem bisherigen Landeshauptmann-Stellvertreter Leopold Schögl den Wiedereinzug in den Landtag knapp verfehlte. Nach diesem Dämpfer brachte die Landtagswahl im Burgenland eine Woche später für die FPÖ zwar eine Halbierung ihrer Mandate, sie blieb aber immerhin im Landtag vertreten. Bei der Wiener Gemeinderatswahl schließlich am 23. Oktober des Jahres 2005 erhielt die FPÖ mit ihrem Spitzenkandidat Heinz-Christian Strache 14,9 Prozent der Wählerstimmen und erzielte somit einen von niemand erwarteten Wählerfolg. Haider's BZÖ schaffte es bei keiner der drei Landtagswahlen, in die Landtage einzuziehen.

Damit hatte die neue FPÖ unter ihrem neuen Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache ein erstes starkes politisches Lebenszeichen gegeben. Dass die neue Parteispitze gewillt war, die Partei auch inhaltlich

folgreich abgeschlossen werden konnten.

Auch die FPÖ in Vorarlberg hatte sich sowohl von der Bundespartei als auch vom BZÖ unabhängig erklärt, sich aber ebenfalls im Frühjahr 2006 wieder mit der Bundes-FPÖ zusammengeschlossen. In Salzburg, Niederösterreich und dem Burgenland verblieb die gesamte FPÖ-Landesspitze in der Partei. In Wien und der Steiermark hatten sich die FPÖ-Landtagsklubs kurz

auf neue und damit auch auf traditionell bewährte weltanschauliche Fundamente zu stellen, bewies sie bereits davor am Parteitag in Salzburg. Im Leitartikel unter dem Motto „Hin zu den Menschen - zurück zu den Werten“ bekannte sie sich neuerdings dazu, „die Partei des Österreich-Patriotismus“ zu sein, sowie zur verpflichtenden Erhaltung einer österreichischen Leitkultur. Bereits damals wandte sie sich entschieden gegen „eine uneingeschränkte Zuwanderung“ und eine „Tolerierung des Islamismus“.

Die programmatische Entwicklung der erneuerten FPÖ wurde in der Folge unter der Federführung des stellvertretenden Bundesparteiobmannes und späteren dritten Nationalratspräsidenten Norbert Hofer vorangetrieben. Im aktuellen Parteiprogramm, das am 20. Juni 2011 verabschiedet wurde, finden sich einerseits die zukunftsorientierten Ziele einer Partei, einer politischen Bewegung, die sich aber auch zu ihren historisch gewachsenen Traditionen bekennt. So findet sich einerseits ein Bekenntnis zur Zugehörigkeit Österreichs zur „deutschen Sprach-, Volks- und Kulturgemeinschaft“ und auch eine grundsätzliche Bekenntnis zur europäischen Integration als föderatives Bündnis von nationalstaatlicher und kultureller Vielfalt, aber auch ganz zentral das Eintreten für einen Österreich-Patriotismus und für die vitalen Belange der Republik.

Im Frühling des Jahres 2006, also während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, organisierten die Freiheitlichen dann ein Volksbegehren zum Thema EU. Unter dem Titel „Österreich bleibt frei“ versuchte man, die Österreicher darüber aufzuklären, dass es keineswegs gegen Europa, sondern vielmehr gegen den Brüsseler Zentralismus, gegen die Überbürokratisierung der EU und die Lobbyisten-Herrschaft der multinationalen Konzerne gehe. Eine EU-Verfassung als Weg



Bei der Wahl H.-C. Straches zum Bundesparteiobmann gab es noch Erinnerungen an seinen Vorgänger Jörg Haider



Bundesparteiobmann Strache mit seinem Vorgänger und politischen Mentor Hilmar Kabas, der nun Ehrenobmann der FPÖ ist

DIE GESCHICHTE DER FPÖ

hin zu einem zentralistischen Bundesstaat lehnte man dabei entschieden ab, was die meisten Medien wohl dazu verführte, von einem „Anti-EU-Volksbegehren“ zu sprechen. Mit nahezu 260.000 Unterstützern landete man im Mittelfeld der bisherigen Volksbegehren, vermochte aber die kritische Haltung der FPÖ zu den Irrwegen der Europäischen Union im Bewusstsein der Wählerschaft klar zu positionieren.

Die Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 machten es nun vollends deutlich, dass die FPÖ unter der Führung von Heinz-Christian Strache Zukunftspotenzial hat. Man erreichte einen Stimmenanteil von 11 Prozent und einen Mandatsstand von 21 Abgeordneten, während Haider's Abspaltung, das BZÖ, mit kaum vier Prozent und sieben Mandaten gerade noch den Einzug in den Nationalrat schaffte.

Bei der vorgezogenen Nationalratswahl des Jahres 2008 konnte die FPÖ dann ihren Stimmenanteil auf 17,5 Prozent erhöhen. Der Wiederanstieg der FPÖ gipfelte vorläufig in der Nationalratswahl am 29. September 2013, bei der die FPÖ unter ihrem Spitzenkandidaten Heinz-Christian Strache mit nahezu einer Million Wählerstimmen, 20,51 Prozent und vierzig Nationalratsmandate erlangen konnte. Der Leitspruch der Freiheitlichen im Wahlkampf 2013 lautete „Nächstenliebe“. Thematisch setzte man dabei auf Themen wie Asylbetrug, man verlangte die Halbierung der EU-Mitgliedsbeiträge und die Sicherung der Pensionen.

Die ehemaligen Landesparteiobleute Lutz Weinzinger (†, Oberösterreich, Bild rechts unten), Gerhard Kurzmann (Steiermark, Bild links unten) und Johann Tschürtz (Burgenland, Bild links) sorgten für Aufwind in ihren Landesorganisationen



Damit konnte sich die FPÖ, trotz des Antretens der offenbar als Konkurrenz zu den Freiheitlichen positionierten Truppe des Austro-Kanadiers Frank Stronach, die nahezu sechs Prozent erreichte, und des Einzugs einer zeitgeistigen Partei, der NEOs, mit nahezu fünf Prozent als die weitaus stärkste Oppositionskraft im österreichischen Parlament positionieren. Haider's Abspaltungs-Partei BZÖ verschwand bei dieser Nationalratswahl wohl endgültig von der politischen Bühne der Republik.



2005 – 2016

Die spätere Bundespräsidentenskandidatin Barbara Rosenkranz zog nach der Landtagswahl 2008 mit sechs Mandaten in den Niederösterreichischen Landtag ein

Der Aufstieg in den Bundesländern

Parallel zu diesem Wachstum der Bundes-FPÖ in der Wählergunst kam es auch zu einer Konsolidierung der freiheitlichen Landesgruppen. Nachdem die Wiener Freiheitlichen, wie bereits dargestellt, schon unmittelbar nach der Abspaltung des BZÖ im Herbst 2005 ein beachtliches Ergebnis zu erzielen vermochten und sich solcherart als führende Landesgruppe innerhalb der Gesamtpartei darstellen konnten, waren die Jahre danach für die anderen Landesgruppen nicht einfach. In Kärnten hatte man keine Landtagsfraktion, da sich hier ja das BZÖ durchgesetzt hatte. In der Steiermark war man bei der Wahl im Herbst 2005, wie bereits berichtet, gescheitert. Im Burgenland hatte man immerhin zwei Mandate retten können. In den übrigen Landesgruppen kam es nach der Verunsicherung durch die von Haider verursachte Abspaltung erst nach und nach zur Konsolidierung. Erst die Landtagswahlen im Jahre 2008 ermöglichten es der FPÖ, in Niederösterreich unter Barbara Rosenkranz mit 10,5 Prozent und sechs Mandaten gestärkt im Landtag aktiv zu werden und in Tirol unter Gerald Hauser, mit 12,4 Prozent und vier Sitzen ein beachtliches Lebenszeichen zu setzen. Im Jahre 2009 schließlich folgte Oberösterreich unter seinem Obmann Lutz Weinzinger, wobei man mit 15,3 Prozent immerhin neun Mandate erreichte. Im traditionell starken Vorarlberg erlangte Landesparteiobmann Dieter Egger 25,2 Prozent und kam damit bereits wieder an die Spitzenergebnisse heran, die man Ende der 90er-Jahre erzielt hatte. In Salzburg schließlich erreichte die FPÖ unter ihrem Landesobmann Karl Schnell 13,0 Prozent und fünf Mandate. Die Steiermark unter dem Landesobmann Gerhard Kurzmann folgte im Jahr 2010 mit 10,7 Prozent, wodurch sie wieder mit sechs Mandaten in den Landtag einzuziehen vermochte. Ebenso gelang es im Burgenland, mit 9 Prozent auch wieder ein entsprechendes Wachstum zu demonstrieren und die Anzahl der Landtagsmandate auf drei zu steigern.

Als politischer Vorreiter erwies sich aber die Wiener Landesgruppe der FPÖ, die im Jahre 2010 mit 25,8 Prozent an die Ergebnisse der späten 90er-Jahre unter Rainer Pawkowicz anschließen konnte. Landesparteiobmann Heinz-Christian Strache, der in Wien als Landesparteiobmann fungiert und auch bei dieser Wahl der Spitzenkandidat war, erwies sich wiederum als Wahlkampfkomotive. Dabei demonstrierten die Wiener Freiheitlichen, wie sie mit einer ausgewogenen Mischung von bewährten langgedienten politischen Kräften – wie Johann Herzog, David Lasar oder Eduard Schock – und Vertretern einer jungen Politikergeneration – wie



Landesparteiobmann der FPÖ-Vorarlberg, Dieter Egger



Ehemaliger Landesparteiobmann der FPÖ-Niederösterreich, Walter Rosenkranz



Landesparteiobmann
der FPÖ-Tirol,
Markus Abwerzger

Johann Gudenus, Dominik Nepp oder Anton Mahdalik – erfolgreiche Stadtpolitik zu betreiben vermochten.

Kleine Rückschläge gab es allenfalls in Niederösterreich, wo man bei der Landtagswahl des Jahres 2013 auf 8,2 Prozent zurückfiel und in Tirol, wo man nur 9,3 Prozent erreichte. In Salzburg konnte man sich dafür mit 17 Prozent erheblich steigern und den Anschluss an den Bundesrend finden. Das Jahr 2014 brachte dann für Vorarlberg ein kleines Minus auf 23,4 Prozent, dafür sollte dann das Jahr 2015 bei den drei bereits zitierten Landtagswahlen in der Steiermark, Oberösterreich und in Wien wahrhaft triumphale Ergebnisse für die Freiheitlichen bringen. Mit 26,8 Prozent in der Steiermark vermag der neue Landesparteiobmann Mario Kunasek, effiziente und dynamische Oppositionspolitik zu betreiben. Mit 30,4 Prozent in Oberösterreich kann der junge Landesparteiobmann Manfred Hämbuchner in einer Koalition mit der Volkspartei beweisen, welche Erfolge freiheitliche Landespolitik zeigen kann. Im Burgenland konnte Johann Tschürtz mit seiner FPÖ 15 Prozent erlangen und eine Koalition mit der Sozialdemokratie von Landeshauptmann Niessl herbeiführen. Damit beweisen die burgenländische Freiheitlichen Hand in Hand mit den oberösterreichischen Freunden, dass die erneuerte FPÖ keineswegs nur eine Oppositionskraft ist, sondern durchaus Regierungswilligkeit und Regierungsfähigkeit aufzuweisen hat. Und das Wiener Ergebnis von Heinz-Christian Strache mit 30,8 Prozent ist zweifellos als der vorläufige Höhepunkt des freiheitlichen Wachstums hin zur dominanten Kraft in Österreich zu bewerten.



Ehemaliger Landesparteiobmann der FPÖ-Salzburg,
Andreas Schoppl

Der Sonderfall Kärnten

Nachdem es Jörg Haider bei der Gründung des BZÖ gelungen war, die gesamte Kärntner Landesgruppe der vormaligen FPÖ in die neue Partei überzuführen, hatte sich unter der Obmannschaft des Landtagsabgeordneten Franz Schwager, unter tätiger Mithilfe des aus Kärnten stammenden EU-Abgeordneten Andreas Mölzer und sich stützend auf die Loyalität der Verbände des traditionellen Dritten Lagers im Lande, eine eigene kleine FPÖ-Landesgruppe konstituiert. Dieser gelang es in der Folge nicht, sich gegenüber dem BZÖ durchzusetzen. Dieses errang bei den Landtagswahlen des Jahres 2009 unter dem Spitzenkandidaten Gerhard Dörfler mit 44,9 Prozent ein Spitzenergebnis, wohingegen die FPÖ-Landesgruppe nur 3,8 Prozent erreichte. Am 16. Dezember 2009 nun wurde von Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache und dem vormaligen Obmann des Kärntner BZÖ Uwe Scheuch in Wien bekannt gegeben, dass sich die Führung der Kärntner Landesgruppe mehrheitlich aus dem BZÖ herauslösen werde und in Zukunft unter der Bezeichnung „die Freiheitlichen in Kärnten - FPÖ“ als selbständige Partei in einer Kooperation mit der FPÖ agieren wolle. Diese Kooperation wurde von Strache, Scheuch und dem neuen Kärntner FPÖ-Landesparteiobmann Christian Leyrouz dann im darauffolgenden Jahr konkretisiert, wobei es eine personelle und strukturelle Kooperation, sowie die Zusammenarbeit bei Wahlkämpfen geben sollte.

Die Landtagswahl vom 4. März des Jahres 2013 brachte den wieder gemeinsam antretenden Kärntner Freiheitlichen schwere Verluste: Von 44,9 Prozent stürzte man auf 16,8 Prozent ab, was nicht zuletzt auch daran lag, dass das BZÖ noch eigenständig kandidiert hatte, so wie auch das „Team Stronach“. In der Folge schied die Gebrüder Scheuch aus der Kärntner Landespolitik aus. Auch der vormalige Landeshauptmann

Gerhard Dörfler verzichtete auf sein Landtagsmandat, um schließlich doch noch als Bundesrat angelobt zu werden. Neuer Landesparteiobmann wurde der Lavantaler Rechtsanwalt Christian Ragger, der bereits unter Haider als Landesrat gewirkt hatte. Der Obmann der „authentischen“ Kärntner FPÖ-Landesgruppe Christian Leyrouz wurde Obmann des freiheitlichen Landtagsklubs.

Bereits bei den Nationalratswahlen 2013, bei denen FPÖ und FPÖ gemeinsam auf einer wahlwerbenden Liste kandidierten, konnten mit Gernot Darmann ein FPÖ-Mann und mit Wendelin Mölzer ein FPÖ-Vertreter in das Parlament einziehen. Ihnen folgte mit einer gewissen Verzögerung noch der Oberkärntner Erwin Angerer auf der Bundesliste. Schließlich wurde auch der Bauernvertreter Harald Jannach, der zuvor kurzfristig auch Obmann der Kärntner FPÖ-Landesgruppe war, wieder gewählt.

Auf einem Sonderparteitag am 28. Juli 2013 schließlich beschloss das FPÖ, die Partei aufzulösen und nun wieder als Landesgruppe mit der FPÖ zusammenzuarbeiten. Landesobmann der solcherart politisch wiedervereinigten FPÖ wurde der bisherige FPÖ-Vorsitzende Christian



Ragger. Rechtlich allerdings ist der Zusammenschluss des FPÖ mit der authentischen FPÖ noch immer nicht vollständig vollzogen, da verschiedene Problemfelder, die sich aus der Abspaltung und der danach von Haider und seinen Mitarbeitern betriebenen Politik ergeben haben, noch der Abklärung bedürfen.

Insgesamt aber ist die Rückkehr der freiheitlichen Landesorganisation für die gesamte freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft von großer Bedeutung, da das südlichste Bundesland immer eine freiheitliche Hochburg darstellte. Die historische Grenzland-Mentalität Kärntens, das geschärfte politische Bewusstsein, das aus dem alten Nationalitäten-Streit der Habsburger Monarchie breiten Teilen der Kärntner Bevölkerung eigen war und der protestantische Urgrund großer Teile der Kärntner Bevölkerung waren die Basis für ein besonders starkes nationalfreiheitliches Lager. Dieses wurde in den 80er- und 90er-Jah-

Haider's Buberpartie:
In Kärnten konnte Jörg Haider mit seiner „Buberpartie“ (im Bild Gernot Rumpold und Walter Meischberger) große Erfolge erringen, er scheiterte aber letztlich mit seiner Abspaltung

DIE GESCHICHTE DER FPÖ

ren von Jörg Haider zur dominanten politischen Kraft des Landes gemacht. Gleichzeitig wurde es aber in seiner politischen Substanz und in seiner ideellen Bindung an die traditionellen Werte dieses Lagers ausgehöhlt und aufgeweicht bis hin zu jener politischen Beliebigkeit, die dann von der Abspaltungspartei BZÖ propagiert wurde.

Nunmehr haben sich die Freiheitlichen in Kärnten auch auf jene Werte und Traditionen besonnen, die das Dritte Lager groß gemacht haben, und sind längst wieder Teil der erfolgreichen politischen Bewegung, wie sie die Partei unter Heinz-Christian Strache geworden ist. Die derzeitige politische Lage in Kärnten wird es den Freiheitlichen zweifellos ermöglichen, auch im südlichsten Bundesland wieder zu einer bestimmenden politischen Kraft zu werden. Allzumal das Land nicht nur unter jenen Problemen stöhnt, mit denen die Republik insgesamt zu kämpfen hat, sondern auch mit eigenen regionalen Krisen, von Umweltskandalen bis hin zu drohenden Zahlungsunfähigkeit, verursacht durch eine verfehlte Hypo-Politik, welche keineswegs Jörg Haider allein anzulasten ist. Auch wenn die Folgen der Parteisplaltung und der von Haider betriebenen Entideologisierung bis hin zur politischen Beliebigkeit nach wie vor spürbar sind, wird zweifellos auch Kärnten im Zuge des Aufstiegs der Freiheitlichen Partei Österreichs zur bestimmenden Kraft der Republik nunmehr eine positive Entwicklung nehmen.

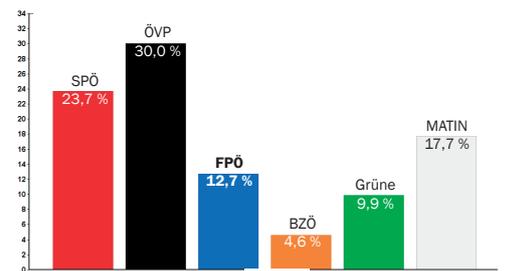
Von 2004 bis 2014 bestimmte der EU-Abgeordnete Andreas Mölzer die freiheitliche Europapolitik maßgeblich

Konsequente freiheitliche Europapolitik

Von Beginn der Obmannschaft von Heinz-Christian Strache an haben die Freiheitlichen eine überaus konsequente und damit auch sehr



EU-Wahl 2009



kritische Haltung gegenüber der Europäischen Union eingenommen. Beginnend mit dem bereits erwähnten Volksbegehren, das man im Frühjahr des Jahres 2006 unter dem Titel „Österreich bleibt frei“ durchführte, hat man von freiheitlicher Seite den Brüsseler Zentralismus und den Weg hin zu einem zentralistischen Bundesstaat schärfstens kritisiert. Bei gleichzeitiger Betonung des Eintretens für eine vernünftige europäische Integration und für ein „Europa der Vaterländer“ sprach man sich entschieden gegen die Versuche aus, einen europäischen Verfassungsvertrag, bzw. in der Folge mit dem Vertrag von Lissabon den Schritt hin zur Staatlichkeit der Europäischen Union zu machen. Die Kritik der Freiheitlichen galt dabei neben dem Zentralismus und der überbordenden Brüsseler Bürokratie samt ihrer Regulierungswut der Dominanz des Lobbyismus-Systems der multinationalen Konzerne innerhalb der europäischen Institutionen. Den Weg zu einem Europa der Konzerne und der Bürokraten mit zentralistischer Tendenz wollte man nicht mitmachen.

Wahl zum EU-Parlament 2009: Die FPÖ erreichte 12,7 Prozent

Seit den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 war der Kärntner Andreas Mölzer mit jenen 6,31 Prozent, die er im Zuge seines Vorzugsstimmenwahlkampfes gegen den Willen der Haider-Leute zu erlangen vermochte, der einzige Vertreter der FPÖ in Brüssel und in Straßburg. In den Jahren von 2004 bis 2009 gelang es ihm, ein europaweites Netzwerk von Beziehungen zu ähnlich gearteten europäischen patriotischen Freiheitsparteien aufzubauen. Insbesondere mit dem französischen Front National unter Jean-Marie LePen und dem in Belgien agierenden Vlaams Belang unter Frank Vanhecke und Filip Dewinter vermochte er enge Beziehungen zu knüpfen. Die Folge dieser Arbeit war in den Jahren 2007 und 2008 die Bildung einer eigenen Fraktion im Europäischen Parlament namens „Identität, Tradition, Souveränität“. Unter dem Vorsitz des Front National-Abgeordneten Bruno Gollnisch vermochte diese

DIE GESCHICHTE DER FPÖ

Fraktion den Annäherungsprozess der europäischen Rechtsdemokraten voranzutreiben. Sie zerbrach allerdings dann wegen Unstimmigkeiten zwischen rumänischen und italienischen EU-Abgeordneten.

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2009 konnte Mölzer das Ergebnis der vorhergehenden Wahl mit 12,7 Prozent verdoppeln. Neben ihm zog der Oberösterreicher Franz Obermayr ins EU-Parlament ein. Die beiden freiheitlichen EU-Abgeordneten knüpften nun zusätzlich enge Kontakte zur italienischen Lega Nord unter deren neuem Vorsitzenden Matteo Salvini. Auch zur holländischen Freiheitspartei unter Geert Wilders wurden erste Kontakte aufgenommen, die es schließlich nach den Europawahlen des Jahres 2014 ermöglichten, diese in eine neue Parlamentsfraktion und eine neue europäische Partei aufzunehmen.

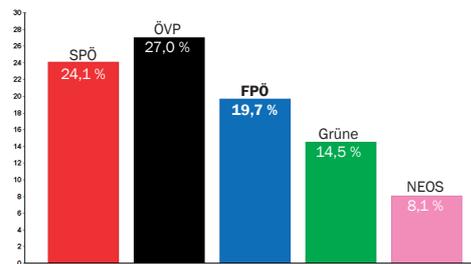


Generalsekretär Harald Vilimsky war der FPÖ-Spitzenkandidat bei den EU-Wahlen 2014 und 2019

Bei den Europawahlen im Frühjahr 2014 wollten die Freiheitlichen ursprünglich mit einer Doppelspitze kandidieren und zwar mit dem bewährten Delegationsleiter Andreas Mölzer und Generalsekretär Harald Vilimsky. Mölzer verzichtete schließlich nach heftigen Angriffen der FPÖ-feindlichen Medien auf ihn wegen verschiedener EU-kritischer Aussagen auf seine Kandidatur, weshalb Harald Vilimsky als Spitzenkandidat verblieb. Mit 19,7 Prozent verzeichnete die Freiheitlichen am Wahltag, vier neue EU-Mandate, nämlich neben Harald Vilimsky und Franz Obermayr, Georg Mayer und Barbara Kappel in das Straßburger Parlament zu entsenden. Gemeinsam mit dem dramatisch gestärkten Front National, der italienischen Lega Nord, dem Vlaams Belang und der Wilders-Partei aus den Niederlanden konnte man schließlich die Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ im Europäischen Parlament bilden. Damit sind die Freiheitlichen gemeinsam mit anderen patriotischen Freiheitsparteien quer durch Europa die einzige Kraft, die die Irrwege der europäischen Integration durch Zentralismus, Konzern-Lobbyismus und Überbürokratisierung kritisieren.

Die freiheitliche Außenpolitik unter der Obmannschaft von Heinz-Christian Strache wird aber auch ganz wesentlich vom außenpolitischen Sprecher, dem Wiener Abgeordneten Johannes Hübner geprägt. Er hat es mit anderen freiheitlichen Abgeordneten, insbesondere auch mit dem freiheitlichen Wiener Spitzenpolitiker und nachmaligen Wiener Vize-Bürgermeister Johann Gudenus, geschafft, vor allem zum osteuropäischen Bereich konstruktive Beziehungen aufzubauen. Als einzige politische Kraft in Österreich sind es die Freiheitlichen, die den vielgeschmähten Viktor Orbán innerhalb der EU den Rücken gestärkt haben. Die FPÖ tritt auch für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Rus-

EU-Wahl 2014



2005 - 2016

Bei den EU-Wahlen 2004 erlangte die FPÖ 6,31 %, fünf Jahre später 12,7 %, um 2014 19,72 % zu erhalten

sischen Föderation des Wladimir Putin ein. In der nach wie vor ungelösten Ukraine-Krise sind die Freiheitlichen die einzigen, die hier für einen ausgewogenen europäischen Standpunkt und auch für Verständnis für die russische Seite plädieren.

Konsequent sind die Freiheitlichen auch in all den Jahren gegen den EU-Beitritt der Türkei eingetreten. Diese sei zwar ein wichtiger Partner für Europa, aber kein europäisches Land und daher müsse man die Beitrittsverhandlung seitens der Europäischen Union chestmöglich beenden.

In der Zuwanderungs- und Asylproblematik, die insbesondere in den letzten Monaten des Jahres 2015 und dem beginnenden Jahr 2016 geradezu explosive Dimensionen annahm, traten die Freiheitlichen von Anfang für verschärfte Grenzkontrollen und eine restriktive Politik bis hin zum Zuwanderungsstopp auf. Ihre von den etablierten Medien und den gegnerischen Parteien vielgeschmähten Positionen mussten im Zuge der eskalierenden Problematik von den Regierungsparteien nach und nach – aber nur scheinbar – übernommen werden. Gelöst ist dieses Jahrhundertproblem deshalb längst nicht.

Eine besondere Problematik freiheitlicher Außenpolitik stellt das Verhältnis zu Israel dar. Während die einzige Demokratie im krisengeschüttelten Nahen Osten beim Antritt der FPÖ-ÖVP Regierungskoalition im Jahre 2000 noch eine staatsoffizielle negative Stellungnahme abgab, scheinen die Bemühungen von Bundesparteiobmann Strache, des Ehrenobmanns der FPÖ Hilmar Kabas und des Wiener Stadtrates David Lasar, eine konstruktive Gesprächsebene zu konservativen israelischen Politikern aufzubauen, zunehmend Früchte zu tragen. Seit den

Der Freiheitliche Parlamentsklub unter der Führung von Klubobmann Strache, und der Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer: Sie sind das „Kraftwerk“ der Partei



ersten Besuchen von Strache gemeinsam mit Kabas, Lasar und auch dem damaligen EU-Abgeordneten Mölzer in Israel und der damals gemeinsam mit anderen europäischen patriotischen Parteien abgegebenen „Jerusalem-Erklärung“ haben sich die Kontakte verdichtet und das gegenseitige Verständnis ist entsprechend gewachsen. Gewisse Bereiche der regierenden Likud-Partei in Israel scheinen nunmehr das freiheitliche Eintreten gegen die Islamisierung Europas im rechten Licht zu sehen.

Eine schlagkräftige Reform-Partei

Die freiheitliche Parteiorganisation mit den beiden Generalsekretären Herbert Kickl und Harald Wilimky an der Spitze und dem Bundes-

geschäftsführer Hans Weixelbaum hat sich zu einer überaus effizienten Organisationsstruktur entwickelt, die insbesondere im Bereich der Wahlkämpfe unbestreitbare Erfolge zu erzielen vermochte. Die bisherigen drei Nationalratswahlen in der Ära Strache, die zwei Wahlen zum Europäischen Parlament, die zahlreichen Landtagswahlgänge, die Bundespräsidentenwahlen von 2010 mit der Spitzenkandidatin Barbara Rosenkranz und nunmehr wohl auch die Bundespräsidentenwahlen des Jahres 2016 mit dem Spitzenkandidaten Norbert Hofer waren und sind die Herausforderungen für diese Wahlkampftruppe. Diese vermochte sowohl im Stil der Wahlwerbung und des optischen Auftritts als auch im Hinblick auf die Präsentation der Kandidaten eine eigene Linie und eine eigene, spezifisch freiheitliche Identität zu entwickeln, welche die Bürger und Wähler in hohem Maße anspricht.

Im Bereich der Information von Parteifunktionären, Sympathisanten und Bürgern insgesamt gibt es neben der traditionsreichen Neuen Freien Zeitung, die nach wie vor als Wochenblatt erscheint, neuerdings das überaus professionell gemachte FPÖ-Fernsehen, aber auch die parteinahe Internet-Plattform „unzensuriert.at“. Mit Bundespressesprecher Karl-Heinz Grünsteidl, Alexander Höferl, dem Leiter des Kommunikationsbüros, Martin Glier, dem Leiter der Pressestelle und Andreas Ruttinger, dem Chefredakteur der Neuen Freien Zeitung, ist hier ein professionell agierendes Team von Öffentlichkeitsarbeitern tätig.

Zur eigentlichen sachpolitischen und inhaltlichen Zentrale, zum tagespolitischen Motor der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft hat sich aber der seit der Nationalratswahl 2006 stets anwachsende Freiheitliche Par-

mentsklub entwickelt. Unter Führung des bewährten Klubdirektors Norbert Nemeth und einem sich zunehmend professionalisierenden Team von Referenten arbeiten hier die Abgeordneten zum Nationalrat und zum Bundesrat und deren parlamentarischen Mitarbeiter.

Seit dem Wiederaufstieg der FPÖ zur stärksten Oppositionskraft des Landes hat diese auch wieder einen Nationalratspräsident inne. Von 2008-2013 nahm der Wiener Abgeordnete Martin Graf diese Funktion wahr. Er füllte sie mit zahlreichen historisch-politischen Aktivitäten wie etwa der Traditionspflege im Sinne des Präsidenten der provisorischen Nationalversammlung Franz Dinghofer und auch mit publizistischen Initiativen wie etwa der Gründung der erwähnten Internetplattform „unzensuriert.at“ aus.

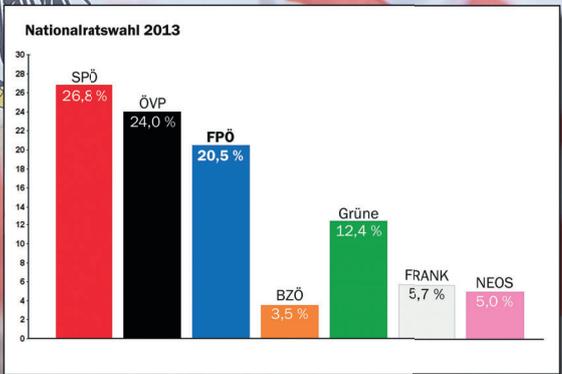
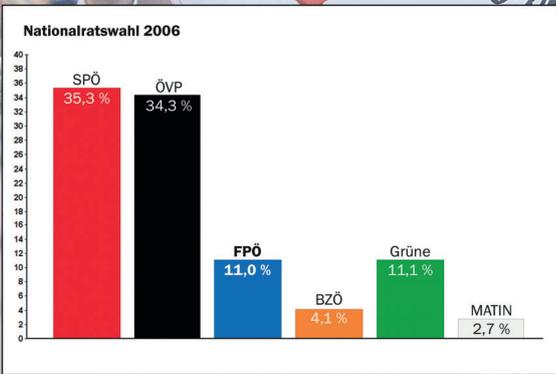
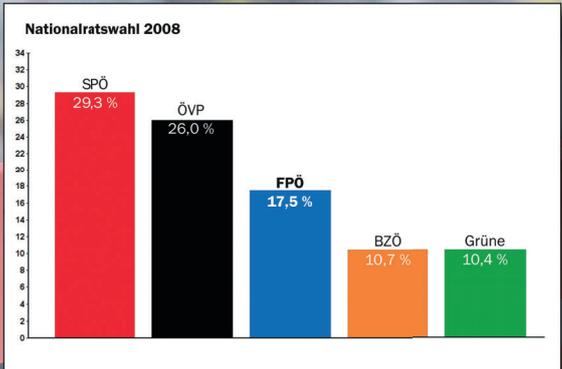
Auf ihn folgte nach der Nationalratswahl des Jahres 2013 der Burgenländer Norbert Hofer, der von Anbeginn der Obmannschaft Heinz-Christian Straches zu einem der engsten Mitarbeitern des Parteiobmanns gehörte. Einerseits war er, wie bereits erwähnt, für die Koordinierung der inhaltlichen Arbeit bis hin zur Erstellung des neuen Parteiprogramms von 2011 zuständig. Andererseits hat er nunmehr als Dritter Nationalratspräsident eine Fülle repräsentativer und gesellschaftspolitischer Aufgaben zu bewältigen. Mit seiner Kandidatur zur Wahl des österreichischen Bundespräsidenten, just im Vorfeld der 60-Jahr-Feier der Freiheitlichen Partei Österreichs, könnte sich ein neues Kapitel freiheitlicher Gestaltungskraft an der Spitze der Republik eröffnen. Nach dem respektablem Ergebnis, das die freiheitliche Kandidatin Barbara Rosenkranz bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2010 mit 15,24 Prozent zu erreichen vermochte, könnte Norbert Hofer nun im Zuge des Höhenflugs der erneuerten Freiheitlichen Partei trotz des Antretens von zumindest fünf aussichtsreichen Kandidaten jedenfalls in die Stichwahl kommen.

Jener Organisationsbereich der freiheitlichen Bewegung, der für die politische Bildung seiner Funktionäre und Mitglieder und auch für die meisten Bereiche der historischen und ideologischen Arbeit zuständig ist, ist das Freiheitliche Bildungsinstitut. Nach den Querelen, die es mit dem seinerzeitigen Vorsitzenden der Freiheitlichen Akademie Ewald Stadler gegeben hatte, wurde dieses Freiheitliche Bildungsinstitut Ende 2006 gegründet und steht seitdem unter der Führung des Ehrenobmanns der FPÖ Hilmar Kabas. Ihm zur Seite steht als Geschäftsführer Klaus Nittmann. Das breite Bildungsangebot des FBI, die internationale Bildungsarbeit und eine umfangreiche Palette an Publikationen sowie die Veranstaltungstätigkeit weisen das FBI als politisches Bildungsinstitut neuen Typs aus, willens und fähig, in bildungspolitischer und inhaltlicher Hinsicht den Aufstieg der Partei unter Heinz-Christian Strache zu unterstützen.

Alternative für Österreich

Insgesamt hat die Freiheitliche Partei seit der Übernahme der Obmannschaft durch Heinz-Christian Strache einen fulminanten politischen Aufstieg vollzogen. Der Absturz der FPÖ in der Wählergunst im Zuge der Regierungsbeteiligung und nach der Abspaltung durch das Haider-BZÖ konnte Schritt für Schritt, Wahl für Wahl wieder ausgeglichen werden. In quantitativer Hinsicht vollzog sich dieser Wiederaufstieg der FPÖ in frapperender Parallelität zum Aufstieg der Haider-FPÖ in den 90er-Jahren. Damals waren es die großen Veränderungen in der politischen Landschaft Europas, der Zusammenbruch des Ostblocks

Die Ergebnisse der Nationalratswahlen 2006, 2008 und 2013 zeigen den kontinuierlichen Aufstieg der FPÖ in der Wählergunst.



und des „real existierenden Sozialismus“, der auch in Österreich einen politischen Wandel verlangte. Heute sind es die krisenhaften Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union, der drohende Zusammenbruch der Einheitswährung und der katastrophal ansteigende Migrationsdruck samt den damit verbundenen kulturellen Bedrohungen wie der fortschreitenden Islamisierung, was die Notwendigkeit der Existenz einer patriotischen Freiheitspartei begründet.

Längst sind die Stimmen verstummt, die den neuen Parteiohmann Heinz-Christian Strache als bloße Haider-Kopie abzuqualifizieren versuchten. Während Haiders Erfolgsrezept in inhaltlicher Beliebigkeit gepaart mit Popstar-Allüren bestand, hat Strache konsequente Werte-Orientierung, persönliche kameradschaftliche Loyalität und Berechenbarkeit zum Führungsstil der FPÖ gemacht. Ein langer politischer Atem, personelle Kontinuität und vor allem konsequente Themenpflege charakterisieren den Wiederaufstieg der FPÖ unter Strache. Und auch wenn Kritiker und politische Gegner behaupten, die FPÖ sei nur eine Ein-Themen-Partei, die primär durch die Migrationsproblematik reüssiere, ist es nicht bestreitbar, dass die Partei in ihrer neuen personellen und thematischen Breite längst in der Lage ist, alle politischen Themenfelder abzudecken. Als Heimatpartei ist die FPÖ zweifellos eine identitäre Partei, die ihre Verpflichtungen in erster Linie im Schutz von Land und Leuten, als Vertreter der autochthonen Österreicher und ihrer historisch gewachsenen Kultur sieht. Das traditionelle deutsche Volks- und Kulturbewusstsein und der neue Österreich-Patriotismus sind dabei in keiner Weise Gegensätze, sie bedingen einander vielmehr. Eine daran orientierte Politik ist auch die Gewähr für das traditionelle Dritte Lager, dass seine Traditionen durch die neue FPÖ hochgehalten werden. Garantiert wird dies auch durch die Vielzahl von politischen Persönlichkeiten, die aus diesem Lager kommen und im Rahmen der FPÖ Positionen, Mandate und Funktionen besetzen.

Im Zeitalter der europäischen Überreglementierung und Zentralisierung, der zivilisatorischen Globalisierung und der politisch korrekten Willkommenskultur vermag sich die FPÖ somit glaubhaft als einzige wirklich österreichisch-patriotische Kraft darzustellen.

Sie versteht sich allerdings auch dezidiert als „soziale Heimatpartei“, was nichts anderes bedeutet als die politische Orientierung an den Bedürfnissen der organisch gewachsenen Gemeinschaften, von der Familie über die Heimatgemeinde, die Bundesländer mit ihren Identitäten bis hin zum gesamten Volk. Dieser Gemeininn äußert sich in einem solidarisches, sozialorientierten Denken, das alle Berufsgruppen und Stände umfasst und natürlich auch die Gemeinsamkeit der Generationen postuliert. In diesem Sinne will die soziale Heimatpartei die Solidargemeinschaft aller Österreicher und den damit verbundenen Generationenvertrag in Form eines entwickelten Sozialsystems erhalten und ausbauen. In Zeiten der Unfinanzierbarkeit der europäischen Sozialsysteme, der massenhaften Zuwanderung in unsere Sozialsysteme, der damit verbundenen Krisenerscheinungen und der gesamtgesellschaftlichen Entsolidarisierung sehen die Freiheitlichen unter Heinz-Christian Strache diese soziale Aufgabe als zentralen politischen Auftrag.

Und die zeitgenössische FPÖ ist natürlich auch eine Freiheitspartei. Die Verteidigung der individuellen Freiheit und der vom alten nationalliberalen Lager bereits in der Monarchie erkämpften Bürger- und Freiheitsrechte ist der FPÖ nach wie vor zentrales Anliegen. Für Meinungsfreiheit und Redefreiheit einzutreten, ist im Zeitalter einer



Norbert Hofer war für H.-C. Strache ein Mitstreiter der ersten Stunde: Sein Weg führte ihn in das Präsidium des Nationalrats, denn kämpfte er um den Einzug in die Hofburg

verlogenen Political Correctness und des heuchlerischen Gutmenschentums ebenso schwierig wie notwendig. Das stete Eintreten gegen mediale Manipulation versteht sich für eine politische Bewegung, die selbst nur allzu oft deren Opfer ist, von selbst. Und das Auftreten gegen die Auswüchse des elektronischen Überwachungsstaats und des systematischen Datenmissbrauchs zwecks Schaffung des gläsernen Menschen knüpft an die edelsten liberalen Traditionen des Dritten Lagers an.

Neben der Freiheit des Individuums und der Bürgerfreiheit ist es aber auch die Freiheit der Gemeinschaften bis hin zur freien Selbstbestimmung der Republik, für die die Freiheitlichen heute eintreten. Bevormundung und Überreglementierung durch den Brüsseler Zentralismus gilt es im Zuge einer solchen Haltung ebenso zu bekämpfen wie die Auswüchse einer sich als „Neoliberalismus“ tarnenden Despotie von multinationalen Konzernen. Überdies ist es die Freiheit, die eigene Kultur zu pflegen, für die die heutigen Freiheitlichen eintreten.

Mit einer Wertorientierung dieser Art positionieren sich die heutigen Freiheitlichen klar als markante Alternative zum herrschenden politischen System des Landes. Das seit dem großen Volksbegehren des Jahres 1991 sprichwörtlich gewordene Diktum „Österreich zuerst“ könnte in diesem Sinne als Motto über das gesamte politische Wirken der FPÖ gestellt werden. Dass derlei unkonventionelles und konsequentes politisches Denken und Handeln von den Wahlbürgern der Republik zunehmend honoriert wird, ist eine erfreuliche Tatsache. Dass



Dem jungen Parteiboss Manfred Haimbuchner gelang in Oberösterreich 2015 mit 30,36 % ein spektakulärer Wahlerfolg

dies andererseits nicht nur den Widerstand der politischen Mitbewerber, sondern vielmehr deren Gegenreaktionen bis hin zur massiven Diffamierung und zur Kriminalisierung hervorruft, ist bedauerlich.

Zwar ist die seit Jahrzehnten vielzitierte „Faschismuskeule“ als politische Waffe längst obsolet geworden, sie wird aber nach wie vor immer wieder gegen die Freiheitlichen geschwungen. Die Vorwürfe, dass in den freiheitlichen Reihen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenhass, Frauenverachtung, Intoleranz und Ähnliches mehr existiere, wird im Zuge jenes denunziatorischen Diskurses, der nicht nur in Österreich, sondern europaweit gegenüber fundamental-oppositionellen, patriotischen Gruppierungen angewendet wird, immer wieder erhoben. Exponierte freiheitliche Persönlichkeiten wie der vormalige dritte Nationalratspräsident Martin Graf, oder Barbara Rosenkranz als Bundespräsidentenskandidatin im Jahre 2010 oder auch der langjährige Delegationsleiter der FPÖ im Europaparlament Andreas Mölzer waren neben dem Parteiboss Heinz-Christian Strache bevorzugte Ziele derartiger Kampagnen. Zunehmend aber laufen derartige Diffamierungs-Mechanismen ins Leere, da sie ihre Wirksamkeit und Überzeugungskraft bei den Bürgern des Landes weitgehend eingebüßt haben. In den sogenannten Mainstream-Medien mag man damit noch für – zumeist ohnedies nur geheuchelte – Empörung sorgen. Die Masse der Bürger und Wähler im Lande zeigt sich davon aber zunehmend unbeeindruckt.

Als die FPÖ im Jahre 2000 in die Regierung ging, tat sie dies unter dem Motto „Österreich neu regieren“. Wenn die Freiheitlichen dies

nummehr unter der Führung von Heinz-Christian Strache erneut tun wollen, werden sie es wohl unter dem Motto „Österreich retten“ machen müssen.

Die demographische Entwicklung, hervorgerufen durch Überalterung und Geburtenmangel in der autochthonen Bevölkerung, gepaart mit der invasionsartigen Massenzuwanderung aus allen Teilen der Welt, insbesondere aus dem islamischen Bereich, wirft Fragen auf, über die bis heute noch nicht offen diskutiert wurde. Eher verschanzt man sich hinter Ausflüchten, Beschönigungen oder schierer Ignoranz, oder man greift auf das altbekannte Immunisierungsinstrumentarium der Verunglimpfung, der Verächtlichmachung, ja der Kriminalisierung zurück. Mittlerweile genügt es schon, ein besorgter Bürger zu sein, um sich verächtlich zu machen.

Was aber wird nach dem Ausverkauf unserer staatlichen Souveränität und deren Aushöhlung durch den Brüsseler Zentralismus und durch die Mechanismen der Globalisierung von der eigenständigen und selbstbestimmten Republik Österreich übrig bleiben? Was ist zu tun, um den zunehmenden Souveränitätsverlust und die schrumpfende Selbstbestimmung zu stoppen oder gar rückgängig zu machen?

Und was wird von unserer Kultur übrigbleiben, die die Freiheit der Meinung, der Kunst und der Lehre mit sich gebracht hat, die Religionsfreiheit, die eine Freiheit zur Religionsausübung, aber auch von jedem Bekenntniszwang ist, was vom Sozial- und Rechtsstaat, was vom Menschenbild der Aufklärung, was von den „Werten des Westens“, was von unserer Muttersprache, von unseren historisch gewachsenen Sitten und Gebräuchen?

Wie es aussieht, sind die Freiheitlichen – in direkter Besinnung auf ihre ins Revolutionsjahr 1848 zurückreichenden Wurzeln – die einzig systemüberwindende Kraft, die all diese Fragen nicht nur offen anspricht, sondern auch gewillt ist, sich den vitalen Gefahren für Staat und Volk entgegenzustellen. Nicht frei von Schwächen und Fehlern und doch ehrlichen Willens und in bester Überzeugung, versucht man, dem Land und seinen Menschen zu dienen. Im Bewusstsein, dass der Respekt für Andersdenkende und die Bereitschaft zum politischen Kompromiss mit anderen Kräften zum Zwecke gemeinsamer Lösungen für Land und Leute unverzichtbar sind.



Mario Kunasek löste Gerhard Kurzmann als Landesparteiobmann der FPÖ Steiermark ab und zog 2015 mit 26,76 % gestärkt in den Landtag ein

“

Obwohl auch die FPÖ eine Partei ist, die schon lange im politischen System der Zweiten Republik unterwegs ist, macht die Bereitschaft, anders zu denken, den elementaren Unterschied aus.

”



„Wir sind systemverändernd“

Herbert Kickl im Interview

Das Interview wurde im Jahr 2016 mit dem damaligen Generalsekretär Herbert Kickl geführt

Bereits seit dem Jahr 2002, seit Knittelfeld also, hat sich in der FPÖ im Zuge ihrer Regierungsbeteiligung ein großer Reformbedarf abgezeichnet. Die innerparteilichen Schwierigkeiten sind größer geworden, die persönlichen Befindlichkeiten mehr, die Basis unzufriedener und die Wähler sind in Scharen davon gelaufen. Was waren aus Ihrer Sicht die Gründe für diesen Niedergang der Freiheiten am Ende der Ära Haider?

Herbert Kickl: Ich würde sagen, dass sich diese gesamte Problemlage ja bereits vor Knittelfeld zusammengebraut hat, und dass Knittelfeld das erste Aufbrechen dieser Problematik gewesen ist. Ich will gar nicht so sehr auf Details eingehen, aber der Kernfehler dieser Regierungsbeteiligung ist aus meiner Sicht ja bereits ganz am Anfang gemacht worden und hat sich dann in vielen Bereichen durchgezogen. Denn der tatsächliche Chef der FPÖ ist nicht der Chef in der Regierung gewesen ist, sprich Haider war zwar Chef in der Partei – wenn auch nicht formal, aber der Sache nach jedenfalls – und nicht Chef in der Regierung. Aus dem heraus hat sich permanent eine Diskrepanz in der Kommunikation, in allen Inhalten ergeben. Regierungspolitik und Oppositionspolitik zugleich machen zu wollen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Insgesamt ist das dann so, wie wenn man ein Hemd nimmt und man tut den ersten Knopf ins falsche Loch – dann schaut das zwar auf den ersten Blick nicht so schlecht aus, aber es passt hinten und vorne nicht zusammen. Genau so war das eben auch über die ganze Phase der Regierungsbeteiligung. Dann kommt aus meiner Sicht noch dazu, dass man einfach nicht genügend darauf vorbereitet gewesen ist – man hat sich das vielleicht einfacher vorgestellt, als es gewesen ist, und ist damit natürlich bei der ÖVP ordentlich unter die Räder gekommen, die damals den ganzen Apparat beherrscht hat und die FPÖ in vielen Bereichen von außen dominiert hat. Außerdem haben Personen, die wohl mit Haider in eine Regierung gegangen wären, ohne Haider diesen Schritt nicht gewagt.

Dann haben wir auch noch schwere inhaltliche Fehler gemacht. Ein Beispiel dafür ist diese legendäre Unfallrentenbesteuerung, wo man mit

einer ganz einfachen Maßnahme eigentlich ein sozialpolitisches Profil, ein Profil für die kleinen Leute, dass man sich über Jahre und Jahrzehnte hinweg aufgebaut hat, auf einmal zertrümmert hat. Bei solchen Voraussetzungen und Aktionen ist es dann kein Wunder, dass es gegärt hat.

Im Jahr 2005 ist es durch diese Gärung dann zur Explosion gekommen und Haider und sein engeres Umfeld haben beschlossen, die FPÖ als Partei und als vermeintlichen Ballast hinter sich zu lassen. Die Versuche, die Abspaltung zu verhindern und stattdessen personelle und inhaltliche Reformen zu machen, sind gescheitert und man hat die FPÖ aus Sicht des Jörg Haider mit Schulden zurückgelassen. Was waren dann die entscheidenden Momente, die eine Rettung der Partei möglich gemacht haben, bzw. eine Grundlage dafür gebildet haben?

Kickl: Da gibt es mehrere Komponenten. Ich meine, dass das Denken des Jörg Haider und seines Umfeldes damals folgendes war: „Bei einem Parteitag gegen HC Strache schaue ich nicht gut aus, nach all dem, was war. Da kann ich mich nicht darauf einlassen. Wir ziehen der FPÖ einfach den Stecker raus, und dadurch dass wir über Nacht vollendete Tatsachen schaffen, wird das reinste Chaos hinterlassen.“ Da war es dann der historische Verdienst des Hilmар Kabas, in dieser chaotischen Situation der Ruhepol zu sein und die Zügel fest in der Hand zu halten. Das war definitiv ganz entscheidend, dass nicht alle geflohen sind und sich nicht gefragt haben „Was tun wir jetzt?“. Es hat also einen Punkt gegeben – das war in dem Fall auf Bundeseite Hilmар Kabas –, um den herum sich die anderen Kräfte, sozusagen das, was von der FPÖ geblieben ist – und das war gar nicht so wenig – strukturieren konnten. Ein entscheidender Moment. Das gleiche gilt für die Bundesländer, etwa der historische Verdienst eines Hans Tschürtz, eines Gerald Hauser, eines Gerhard Kurzmann, da in der ersten Stunde gleich laut und unmissverständlich verlaubar zu haben: „Haider ist nicht die FPÖ, wir sind bei der FPÖ, und wenn Haider woanders hinget, dann ist Haider eben weg“. Nicht zu vergessen Wien mit HC Strache als Zentrum des Ganzen. Das war ganz entscheidend, diese Struktur zu halten, das waren diese Männer der ersten Stunde.

Und dann ist da natürlich die Person des HC Strache selbst. Da braucht man ja eine gehörige Portion Mut, sich in dieser Situation hinzustellen und zu sagen: „Ja, ich bin bereit, die Obmannschaft zu übernehmen“, und gleichzeitig zu wissen, welche Schwierigkeiten da auf einen zukommen. Etwa die ganze finanzielle Lage der Partei, wo es auch sehr wichtig war, sich dieser Herausforderung zu stellen, diese Schulden zu übernehmen und nicht den vielleicht einfacheren Weg des Konkurses zu gehen, mit dem Signal „Hinter uns die Sintflut, wir hängen diese Verbindlichkeiten dem Steuerzahler um, und diejenigen, bei denen wir die Schulden haben, die sollen schauen, wo sie bleiben!“ Das wäre politisch fatal gewesen.

Das waren die ersten wesentlichen Komponenten, da kommt schon viel von der positiven Persönlichkeitsstruktur des HC Strache zum Vorschein, der in solchen Situationen eben ein Anti-Haider ist. Denn Haider hat in schwierigen Situationen immer gezögert und gezauert, den hat man immer „hineinschupfen“ müsse, auch schon in Innsbruck 1986 war es ja eher so. Bei Strache ist das ganz anders, er stellt sich genau in diesen schwierigen Situationen dann hin, und sagt, er mache und übernehme das jetzt. Das ist von der Persönlichkeit her ein Antipol im Vergleich zu Haider. Ich erinnere mich noch ganz genau an die erste Pressekonferenz mit ihm unmittelbar nach der Abspaltung. Da waren HC Strache, Norbert Hofer, Klaus Nittmann

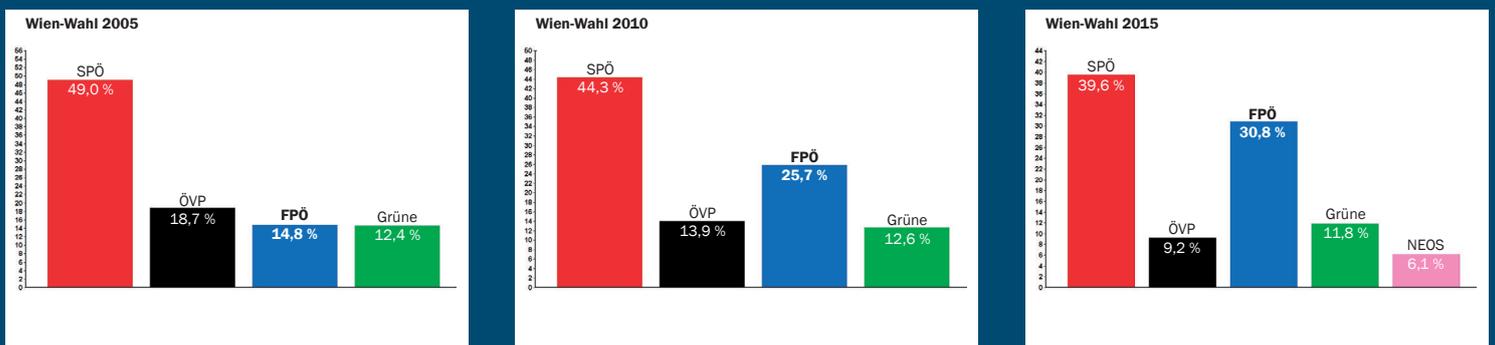
“
Haider hat in schwierigen Situationen immer gezögert und gezauert.
”

und ich selber dabei. Das Signal war: Die zentralen Organe der FPÖ, wenn man so will, sind alle voll lebensfähig. Der Zerstörungsversuch ist gescheitert.

Der nächste entscheidende Moment war dann sicher der Erfolg in Wien. Das war ja dann relativ kurze Zeit später, was dann ja wie ein Katalysator für die innerparteiliche Einigung gewirkt hat – Stichwort Oberösterreich oder Vorarlberg. Das wäre ja ohne Wien und die damit entstandene neue Dynamik wohl anders verlaufen. Und die Partei hat dann gewusst, dass das Vertrauen, das sie in sich selbst hat, nicht nur daher geredet ist, sondern dass es auf Resonanz in der Wählerschaft stößt.

gekehrt ist, also die Marke FPÖ intakt, aber Haider durch die ganzen „Spornnadeln“ beschädigt war. Sprich: Es war natürlich nach wie vor in der Bevölkerung ein Bedürfnis nach den freiheitlichen Inhalten vorhanden, die die FPÖ ja seinerzeit verkörpert hat, welche keine andere Partei übernehmen wollte. Jung, flott und lässig allein ist noch kein Programm. Und „konstruktiv“ kann man auch in die falsche Richtung sein.

So gesehen sind diese Inhalte auf der Straße gelegen, und der Wähler hat dankbar registriert, dass es wieder eine politische Kraft gibt, die sich um seine politischen Anliegen kümmert, eine Kraft, die bereit ist, „sich die Hände dreckig zu machen“. Das Ausländer-Thema ist natürlich eine Geschichte, die damit was zu tun hat, und selbstverständlich



Es hat wie, schon gesagt, keinen Parlamentsklub mehr gegeben, die Regierungsmannschaft war weg, große Schulden waren da und es hat im Jahr 2005 – egal ob Freund oder Feind – kaum einer mehr einen Heller auf die Partei gewettet. Wie war dann aber trotz all dieser Stimmung dieser Erfolg in Wien im Herbst 2005 möglich?

Kickl: So eine Situation birgt auch immer eine große Motivation in sich. Wenn einem alle voraus sagen, dass das nichts mehr wird und wenn man nur mehr totgesagt wird – vom politischen Mitbewerbern genauso, wie de facto von allen Medien, dann werden Kräfte frei, die man uns nicht zugehört hat, vielleicht auch wir selber nicht. Dann willst du es natürlich allen beweisen.

Wenn du also mit dem Rücken zur Wand stehst, dann werden eben viele Dinge möglich, die auf den ersten Blick unmöglich erschienen. Es herrschte damals eine Mentalität, bei der fast jeder quasi das sprichwörtliche Schwert daheim gehabt hat, weil jeder gewusst hat, dass, wenn das daneben geht, es dann politisch auch für einen selbst das Ende bedeuten würde. Das war vielleicht eine ganz gute Voraussetzung.

Auf der anderen Seite war es immer unsere Einschätzung gemeinsam mit HC Strache, dass Haider geglaubt hat, dass die Marke FPÖ kaputt sei und dafür die Person Haider unbeschädigt, es aber genau um-

die Person des HC Strache, mit der und um die herum man sehr gut Wahlkampf führen kann. Er ist extrem authentisch, glaubwürdig, ein wirklicher „Frontman“ und hat auch als Person diesen Neubeginn verkörpert und die Emanzipation von Haider.

Strategisch haben wir gesagt: Wir müssen uns anlegen, wir müssen dick auftragen. Als kleine Partei dem Platzhirschen den Kampf ansagen. Daraus ist dann das berühmte Duell um Wien geworden. Wer sich selbst nichts zutraut, dem trauen auch die Wähler nichts zu.

Das waren grob umrissen die Faktoren, die meines Erachtens zu diesem Erfolg beigetragen haben. Das ist gar nichts Neues, sondern das Aufnehmen einer alten Tradition mit einem neuen Gesicht, dynamisch verkörpert und damit glaubwürdig – im Vergleich zu dem, was andere aufgeführt haben.

Das heißt, mit der Wien-Wahl ist damit auch die Konsolidierung – abseits von Kärnten – mit Vorarlberg und Oberösterreich gelungen?

Kickl: Ja, das war sicherlich so eine Art Katalysator, eine Initialzündung für diese Geschichte. Da haben natürlich viele auch innerhalb der Partei, in anderen Bundesländern geschaut, was denn das würde, und waren dann wieder motiviert, sich in ein österreichweites Erfolgskon-

zept einzubringen. Das hat natürlich beschleunigt, zu sehen, wer bleibt über in diesem „freiheitlichen Bürgerkrieg“, wenn man das so nennen darf, wer hat die Oberhand. Das war ab dieser Wahl in Wien im Herbst 2005 eindeutig, die Würfel waren gefallen.

Dennoch gab es im Jahr 2006 dann doch eine große Spannung, ob es die FPÖ dann wieder mit einem entsprechenden Ergebnis in den Nationalrat schaffen wird. Wie hat man dieses Jahr gestaltet? Da war etwa das „Österreich bleibt frei“-Volksbegehren im Frühjahr 2006, das sicher für Raunen gesorgt hat – was waren das die entscheidenden Punkte?

Kickl: Diese Phase vergleiche ich gerne mit dem Sprung über ein Bachbett: Du hast auf der einen Seite die Wien-Wahl, das ist das eine Ufer, da haben wir einmal ganz gut abspringen können. Aber für's andere hin war es noch etwas zu weit, zur Nationalratswahl also, das wäre das andere Ufer gewesen. In der Mitte sollte man den berühmten Stein treffen, den du brauchst, auf dem du nicht stehen kannst, aber ohne den du nicht auf die andere Seite kommst. Und das ist aus meiner Sicht die Funktion dieses Volksbegehrens gewesen. Wir dürfen nicht vergessen, man braucht in so turbulenten Zeiten sehr sehr lange, um jemanden bekannt zu machen, um kommunikative Klarheit zu schaffen.

Jetzt war das Strache. Natürlich, haben doch alle nach Wien geschaut im Herbst 2005, aber trotzdem, wenn du ein bisschen in die Tatsachen des Landes kommst, das breite Land, da ist es mit der Bekanntheit bei weitem nicht so einfach gewesen. Deshalb hat dieses Volksbegehren auch dazu gedient, HC Strache mit einem Kernthema – nämlich mit der Kritik an dem ganzen Haufen von EU-Fehlentwicklungen inklusive der Erinnerung an die lange Latte der gebrochenen Beitrittsversprechen – nach draußen zu bringen. Und es war natürlich auch ein Testlauf für die Mobilisierungsfähigkeit und organisatorische Schlagkraft innerhalb der Partei in Hinblick auf die Nationalratswahl – deshalb war dieses Volksbegehren so wichtig.

Danach waren wir ohnehin schon mitten im Nationalratswahlkampf, bei dem ein weiterer entscheidender Faktor zu tragen kam, mit dem wir schon bei der Wien-Wahl gepunktet haben: Die Wiederbelebung einer guten alten freiheitlichen Tradition, die man unter dem Begriff „soziale Heimatpartei“ zusammenfassen kann, unter quasi neuen Rahmenbedingungen. Das sind folgende Komponenten: Zum einen ordnungspolitisch und gesellschaftspolitisch eine rechte und wertkonservative Politik zu gestalten, zum anderen den sozialpolitischen Einsatz für die „kleinen Leute“ ins Zentrum zu stellen, sich dabei nicht irgendwo anzudienen, und damit auch links die Flanke wieder zuzumachen und den SPÖ-Fisch auszufischen.

Das war wohl ein ganz entscheidender Punkt, sich so aufzustellen, hat es doch dem BZÖ das Problem bereitet, zu schauen, was für dieses Bündnis eigentlich noch übrigbleibt. Das war nicht allzu viel und deshalb hat man dann auf der einen Seite eine starke FPÖ gehabt, die diese Themen klar transportiert hat, die einen klaren Platz auf der politischen Landkarte hat, und auf der anderen Seite das BZÖ, das zwar in der Diktion Haider „konstruktiv“ war, wo aber in Wahrheit keiner genau wusste, wofür die stehen, wofür nicht ohnehin schon die FPÖ steht, oder was nicht ohnehin schon durch die ÖVP abgedeckt ist. So hat es sich ja im Verlauf der Jahre entwickelt, dass das BZÖ immer mehr zu einem Projekt auf der Suche nach dem eigenen Sinn geworden ist.

“
Sozial-politischer Einsatz neben einer wert-konservativen Politik.
”

Dazu kommt dann natürlich, dass man – mit Ausnahme Kärntens – die innerparteilichen Schwierigkeiten in allen Bundesländern eigentlich rasch überwunden hatte, Stichwort Vorarlberg und vor allem Oberösterreich – ein Flächenbundesland. Das war ganz wichtig, dass man im Zuge dieses Einigungsprozesses nach der Wien-Wahl die Partei festigen konnte, um dann als geschlossene Partei bundesweit in eine Wahlbewegung gehen zu können.

In dieser Phase wurde also die FPÖ als traditionelle Marke wiederbelebt und wieder mit Leben erfüllt, unter dem Motto der „sozialen Heimatpartei“. Gleichzeitig hat man leider erkennen müssen, dass die SPÖ/ÖVP mit ihrem Proporz-frühliche Urstand gefeiert hat. Wie hat sich dann die Oppositionsarbeit in den darauffolgenden Jahren 2007/2008 entwickelt?

Kickl: Es war natürlich wesentlich, die FPÖ als einzig glaubwürdige Oppositionskraft herauszustreichen, was ein fundamental anderer Ansatz gewesen war, als ihn etwa die Grünen betrieben haben und immer noch betreiben. Und es war wichtig, dieses Oppositionsmonopol für uns Freiheitliche herauszustreichen, was sich ja auch am Beispiel der Europapolitik und natürlich in der Zuwanderungsfrage sehr gut machen hat lassen. Das BZÖ konnte immer nur als Zweiter unsere Positionen nachplappern. So waren wir natürlich auch von der parlamentarischen Performance her viel bissiger, angrieffiger, als es die anderen Oppositionsparteien gewesen sind. Das hat auch das Profil geschärft und der Bedürfnislage entsprochen, dass die Freiheitlichen eine starke und effiziente Kontrollpartei sind. Das hat man in dieser Phase genutzt, auch wenn man die Mehrheiten nicht ändern konnte. Aber man konnte einen Anspruch stellen und die Menschen daran gewöhnen, dass sie daran glauben, dass diese Partei stärker und größer werden sollte. Das war die Generallinie in dieser Phase, in der wir uns im Nationalrat das erste Mal wieder mit dieser Regierung auseinandersetzen mussten. Als echte Opposition, das war der entscheidende Punkt.

Und wir waren eine Partei, die geschlossen auftrat, während die Regierung untereinander schon damals permanent gestritten hat, inner-

Die erfolgreiche Wahlkampftruppe der FPÖ: Generalsekretär Herbert Kickl und Bundesgeschäftsführer Hans Weixelbaum (rechts im Bild, 2013)



in Kärnten gekommen. Wie wichtig war dieser Schritt, um einerseits für die Partei den letzten Konsolidierungsschritt zu setzen und andererseits eben diesen künstlichen Gegner BZÖ loszuwerden?

Kickl: Formal ist dieser Schritt ja noch nicht ganz vollzogen. Wir haben das sehr vernünftig gemacht, zunächst in Form eines Zusammenschlusses in Wahlparteien, um die Strategie der politischen Mitbewerber zu durchkreuzen, dieses „dritte Lager“ möglichst aufzuspalten, zu teilen und mit Streit zu beschäftigen. Wir haben aber auch – wissend um dieses historisch schwere Erbe – alles andere mit Bedacht und Vorsicht



Herbert Kickl / MDR

Von 2005 bis 2017 war Herbert Kickl Generalsekretär der FPÖ

eingeleitet, wobei wir jetzt im heurigen Jahr vor einem Abschluss stehen – schön, dass das dann zum 60er der FPÖ passiert. Der entscheidende Punkt ist meines Erachtens, dass eine freiheitliche Partei ohne das Kernland Kärnten irgendwo eine amputierte freiheitliche Partei wäre, weswegen das wichtig war, die Fehlentwicklung der Zerstörung, die in Form der Abspaltung mit allen Konsequenzen gesetzt wurde, durch den Schritt des Wiederzurückholens, des Wiederzusammenwachsens zu korrigieren. So gesehen war das auch parteihistorisch ein wesentlicher Schritt. Strategisch war es natürlich die Überlegung, dem BZÖ durch den Wegfall von Kärnten quasi den Sauerstoff abzudrehen, denn dort war immer noch die Frage des Grundmandates gegeben und eine Basis vorhanden. Weil Kärnten dann wegfiel, blieb vom BZÖ bundesweit nicht mehr viel übrig. Genauso ist der Plan auch aufgegangen, bei der nächsten Nationalratswahl war das BZÖ dann Geschichte.

Bei der Nationalratswahl 2013 konnte die FPÖ wieder einen deutlichen Wahlsieg einfahren – man hat damals auf gut 20 Prozent zugelegt. Einerseits haben der politische Gegner und die geschlossene Medienlandschaft versucht, das Ergebnis kleinzureden, und auf der anderen Seite – nachdem das BZÖ als Konkurrent marginalisiert wurde – hat man versucht, die FPÖ mit der Erfindung des Team Stronach – einer angeblichen Protestpartei – zu schwächen. Inwiefern ist das gelungen oder warum ist es nicht in dem Ausmaß gelungen, wie es sich der politische Gegner vielleicht erhofft hat?

Kickl: Es ist erstaunlich, wie sich unsere Gegner immer wieder entwickeln, um irgendetwas aus dem Hut zu zaubern, was uns vor

einer solchen Wahl schaden könnte. Ich bin schon gespannt, was das nächste Projekt dieser Art sein wird. Aber es wäre natürlich gelogen, wenn man sagen würde, es hätte nicht geschadet.

Das sieht man ja auch jetzt, zumal sich das BZÖ mit Ausnahme von Restbeständen schon in Luft aufgelöst hat, dass in allen Umfragen diese Rückfluss-Bewegung der Wähler aus dem Protestsektor zur FPÖ vorhanden ist. Dass die Strategie nicht noch mehr aufgegangen ist, liegt schon auch daran, dass man bis dorthin sehr nachhaltig diese Pflege der Marken FPÖ und HC Strache und dieses Vorantreiben und Weiterentwickeln immer auf einem guten und soliden Fundament betrieben hat. Der Wähler, der die FPÖ wählt, der hat im Jahr 2013 genau gewusst, dass er damit nichts macht, was irgendwie etwas Experimentelles mit ungewissem Ausgang bedeutet hätte, sondern hat genau gewusst, was er dafür bekommt. Das war halt bei anderen nicht so ganz genau klar – auch bei Frank Stronach nicht. In der Komponente Protest hat Stronach aber auf jeden Fall Wähler abgesaugt, die sonst bei der FPÖ gelandet wären. Und wie gesagt, wenn man dann in einer Breite ist, wo man um die 20 Prozent hat, da ist Protest nur mehr eine Komponente, sondern man muss auch auf der inhaltlichen Seite seinen Gestaltungswillen und seine inhaltlichen Positionen artikulieren. Und hier können wir sehr stolz darauf sein, in der Ära seit 2005 eine ganz hohe Bindung unserer Wählerschaft erreicht zu haben. Früher gab es einen enormen Austausch von Wahl zu Wahl. Heute ist ein Ja zur FPÖ zumeist eine langfristige Bindung. Aber rückblickend noch was zu Stronach: Ich muss manchmal lachen, wie daneben dann doch der eine oder andere so genannte Experte bei der Einschätzung des Team Stronach gelegen ist. Besonders amüsiert mich dabei die Tatsache, dass alle anfangs meinten, die Fernsehauftritte würden das große Plus des Team Stronach werden und die FPÖ gefährden, die gleichen haben dann nach der Wahl analysiert, mit diesen Fernsehauftritten habe sich Stronach selbst ramponiert. So viel zu den politischen Experten in Österreich – auch Armin Wolf war einer von denen.

Mit dem Dritten Nationalratspräsidenten Norbert Hofer hat die FPÖ 2016 einen aussichtsreichen Kandidaten für die Bundespräsidentenschaft gekürt



Noch einmal zurück zu Wien: Die Wahl im Herbst 2010 war auch ein großer und wichtiger Erfolg für HC Strache und seine Freiheitlichen. Da haben die Freiheitlichen ja bereits 2005 das „Duell um Wien“ ausgerufen, das von politischen Experten schwer belächelt wurde, aber spätestens im Jahr 2010 schon ganz eine andere Geschichte war. Warum ist das so gelungen?

Kickl: Zur Taktik von 2005: In diesem Wahlkampf sind wir sehr selbstbewusst aufgetreten und haben dort wirklich geklotzt und nicht gekleckert. Wir sind mit dem Anspruch, eine große und bestimmende Partei zu sein, in den Wahlkampf gegangen, und die Präsenz von uns auf der Straße und auch in Form von Veranstaltungen war wirklich die einer Partei, die dann zum Wahlergebnis gepasst hat, und nicht einer Partei, die gerade noch überlebt. Logischerweise, wenn dann ein paar Jahre später wieder Wahl ist, kann man nicht, wenn man so ein Duell ausgerufen hat, keines mehr ausrufen – das geht überhaupt nicht. Das Entscheidende ist aus meiner Sicht, den Wähler an etwas zu gewöhnen. Wenn du so zugewinnen willst, dann bedeutet das auch immer einen Umdenkprozess im Wahlvolk, das geht dann nicht immer so revolutionär, wie wir das manchmal gerne hätten, sondern man muss die Menschen an einen Gedanken erst gewöhnen. Deswegen brauchen erfolgreiche Politiker manchmal mehrere Anläufe, um etwas zu werden, weil man sich erst an den Gedanken gewöhnen muss. Genauso wird es mit dem Wiener Bürgermeister sein oder mit dem Bundeskanzler – von heut' auf morgen geht es leider nicht, aber da macht auch die Nachhaltigkeit und Hartnäckigkeit den entscheidenden Faktor aus. Für die SPÖ war 2010 schon eine harte Sache, haben wir doch die FPÖ in Höhen geführt, die für uns seitens der politischen Gegner und Experten als unmöglich erklärt wurden. Das ist so ähnlich wie beim Reinhold Messner: „Ohne Sauerstoff geht es nicht, dass man auf den Everest kommt“. Genauso haben alle Experten gesagt, es geht nicht, dass die FPÖ die 20-Prozent-Marke nachhaltig überschreitet. Und so war es sozusagen ein innenpolitisches Elementarereignis, dass uns das gelungen ist. Das hat ja auch umgekehrt ausstrahlt auf die Bundesebene, die anderen Bundesländer – und Wien hat innerhalb der Gesamtpartei wieder die Lokomotiven-Funktion übernommen.

Wenn man in die anderen Bundesländer blickt, so ist es besonders hervorzuheben, dass man es in der Steiermark geschafft hat, seit 2005, als man aus dem Landtag geflogen ist, über das Jahr 2010 bis jetzt – mit den Zwischenstufen Nationalrats- und EU-Wahl, zu einem echten freiheitlichen Kernland zu werden. Warum ist das speziell in der Steiermark, aber auch in Oberösterreich, in Vorarlberg so gelungen?

Kickl: Wie schon gesagt: Gut Ding braucht Weile! Das dauert einfach, bis man so richtig durch ist, mit dem Setzen eines Themas, den eigenen Botschaften, das braucht alles seine Zeit, damit weckt man



auch wieder das Vertrauen und die Verlässlichkeit. Und wir haben ja auch rund um unser Kernthema Zuwanderung viele andere Bereiche entwickelt. Man kann das Arbeitsmarktproblem oder etwa das Sicherheitsproblem – ohne der Sache Gewalt anzutun – ohne Probleme auf dieses Zuwanderungsthema zurückzuführen. Das zeigt, dass wir auch zeitgerecht den richtigen Riecher gehabt haben. Da haben andere dort noch gar nicht hin geschaut, da haben wir schon gewusst, dass das eines der Hauptprobleme ist, was sich jetzt mehr und mehr bestätigt. Es ist im Übrigen auch wichtig, diese Bestätigungen zu haben.

Dazu kommt: Die Wähler wollen bei den Siegern dabei sein, es gibt nichts Schlimmeres, als wenn man jede Wahl vorm Fernseher sitzt und wieder zu den Verlierern gehört. Wir haben ja diese Phase auch miterlebt. Das ist tragisch, und es ist schöner, die umgekehrte Position und Entwicklung zu haben. Und was das Innerparteiliche betrifft, muss man wirklich den Hut ziehen vor der Selbstdisziplin und vor der Antriebskraft – vor allem der steirischen Freunde, die wirklich aus dieser schwierigen Situation das Beste herausgeholt haben. Die haben aus der Not eine Tugend gemacht und diese Phase, wo sie nicht im Landtag waren, wirklich dafür genutzt, um ihre Strukturen aufzubauen und schlagkräftig zu machen. Wenn es dir gelingt, deinen Apparat in dieser Phase bei der Stange zu halten, dann merkt man, welche Kräfte da frei werden, wenn man wieder in warmes Wasser kommt. Das ist wirklich der große Verdienst des Gerhard Kurzmann und seiner Mannschaft, in dieser ganz schwierigen Phase mit großer Besonnenheit und Zielstrebigkeit diszipliniert geführt zu haben. Das war ganz wichtig.

Noch etwas, das man nicht vergessen darf – das gilt nämlich auch für Oberösterreich, und schon viel früher für Wien – es ist uns ein „friedlicher Generationenwechsel“ gelungen. Wir haben überall einen Wechsel gehabt, von erfahrenen politischen Kräften zur nächsten Generation. Ob das Manfred Haibuchner in Oberösterreich ist, der von Lutz Weinziger übernommen hat, oder ob das der Mario Kunasek in der

Die Bundespolitik wurde seit dem Jahre 2005 vom Aufstieg der FPÖ unter Heinz-Christian Strache dominiert: Hier nach der Nationalratswahl des Jahres 2008

VI

DURCH DIE WÜSTE GOBI

REGIERUNGSKOALITION IN
BLAU-SCHWARZ-ORANGE

2000 – 2006 Die FPÖ in der Bundesregierung mit der Volkspartei

Die Nationalratswahl am 3. Oktober 1999 zeitigte ein politisches Erdbeben. Die FPÖ erreichte mit 26,9 Prozent und einem Vorsprung von 514 Stimmen den zweiten Platz vor der ÖVP, die auf einen historischen Tiefststand abgesunken war. Obwohl ÖVP-Obmann Schüssel angekündigt hatte, in Opposition gehen zu wollen, wenn die Volkspartei auf den dritten Platz abrückt, erlebte das Land auf Drängen von Bundespräsident Klestil hin quälend lange „Sondierungsgespräche“, die sich bis in den Jänner 2000 hinzogen.

Als aber immer deutlicher wurde, dass die von Klestil gewünschte Neuaufgabe der rot-schwarzen Koalition nicht zustande kommen wird, spielte plötzlich die blaue Karte im Regierungspoker mit. War zuerst von der FPÖ-Unterstützung einer roten Minderheitsregierung die Rede gewesen – quasi als Wiederholung des Experiments, das Bruno Kreisky im Jahre 1970 den Weg zu einer SPÖ-Alleinregierung geebnet hatte – so kristallisierte sich in den letzten Jänner- und ersten Februartagen 2000 immer deutlicher heraus, daß es erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik eine schwarz-blaue Bundesregierung geben werde.

Die Wenderegierung

Am 4. Februar 2000 war es dann soweit: Die ÖVP/FPÖ-Koalition wurde von Bundespräsident Klestil, der seine Abneigung gegen

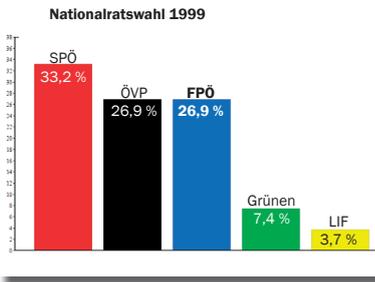
diese Regierung nicht verbergen konnte und wollte, angelobt, während am Ballhausplatz die Linke demonstrierte. Die Freiheitlichen unter der Führung Jörg Haider hatten allerdings einen hohen Preis für die Regierungsbeteiligung zu zahlen: Die ÖVP stellte, obwohl nur drittstärkste Partei, mit Wolfgang Schüssel den Bundeskanzler, Haider selbst blieb weiter Kärntner Landeshauptmann und musste auf ursprünglich nominierte Minister wie den Wiener Landesobmann Hilmar Kabas und Thomas Prinzhorn verzichten, die von Bundespräsident Klestil aus fragwürdigen Gründen ablehnt worden waren. FPÖ-Vizekanzlerin wurde die bisherige Generalsekretärin Susanne Riess-Passer, die in den Jahren zuvor als blaue „Königskobra“ bekannt geworden war. Als besondere Demütigung musste es wohl erscheinen, daß sich die FPÖ in der Prämisse zum Regierungsübereinkommen zur Achtung der Demokratie verpflichten musste – also zu etwas für die Freiheitlichen Selbstverständliches. Insgesamt war diese Prämisse eine Demutsgeste gegenüber allen Postulaten der Political Correctness.

Die ersten Wochen und Monate der schwarz-blauen Regierung waren ganz von den Sanktionen der EU-14 geprägt sowie von der Euphorie über die „Wende“, die in Schlagworten wie „Österreich neu regieren“ zum Ausdruck kam. Aber dennoch traten innerhalb der FPÖ-Regierungsmannschaft erste Probleme auf, insbesondere im Personalbereich. Justizminister Michael Krüger – sein Name ist heute wohl nur noch ausgewiesenen Kenner der Innenpolitik ein Begriff –, der nach nicht einmal einem Monat im Amt zurücktrat, ist dabei kein Einzelfall. Sozialministerin Siekl machte bald einen überforderten Eindruck und Infrastrukturministerin Forstinger bleibt der Nachwelt wegen ihres Ministeriums-internen Erlasses über die Länge von Miniröcken in bleibender Erinnerung.

Zudem wurden die Schwierigkeiten der FPÖ-Regierungsmitglieder immer offensichtlicher, gegenüber dem schwarzen Koalitionspartner freiheitliche Kernanliegen umzusetzen. Am deutlichsten wurde dies in der ersten Phase der Regierung in der Europapolitik: Der heftigen



Die blau-schwarze Koalitionsregierung unter Wolfgang Schüssel und Susanne Riess-Passer: Anfangs gab es ein erfreulich hohes Reformtempo



Obwohl die FPÖ bei der Nationalratswahl knapp vor der ÖVP lag, überlies sie dieser, als der großen Wahlverliererin, das Kanzleramt

zählen. Die eigenen Wähler nur bedingt überzeugen konnten die Freiheitlichen auch mit der geradezu zum Fetisch hochstilisierten Nulldefizitpolitik von Finanzminister Karl-Heinz Grasser, der seine politische Sozialisierung in der Haiderischen „Bubelpartei“ erfahren hatte.

Hinzu kamen parteiinterne Diskussionen über die ideologische Ausrichtung der FPÖ. Vizekanzlerin Riess-Passer, die Anfang Mai 2000 von Jörg Haider die Obmannschaft übernommen hatte, wollte die FPÖ in eine „moderne“, rechtsliberale Partei verwandeln, was von vielen Wählern als Bruch mit den Traditionen des Dritten Lagers empfunden wurde, weshalb sich an der national-freiheitlichen Basis erster Unmut breitmachte. Erst wenige Monate in der Regierung, zogen im Sommer 2000 erste dunkle Wolken über den Freiheitlichen auf: In Meinungsumfragen rutschte die FPÖ auf 20 bis 22 Prozent ab, was ein sattes Minus von fünf bzw. sieben Prozent bedeutete. Und dass die Demoskopien richtig lagen, stellte sich bei den folgenden Wahlen heraus. Bei der steirischen Landtagswahl im Oktober 2000 musste die FPÖ einen Verlust von knapp fünf Prozent hinnehmen, und bei der Wiener Wahl im März 2001 sogar einen Verlust von 7,8 Prozent. Die FPÖ, so wurde immer offenkundiger, hatte ihren Zenit überschritten und war, wenn sich diese Entwicklung fortsetzen sollte, im Begriff, von einer Mittel- wieder zu einer Kleinpartei abzustiegen. Doch die Parteispitze um Riess-Passer schlug die Warnungen in den Wind und stempelte Kritiker an ihrem Kurs als Querulanten ab.

Von Haider zu Riess-Passer

Als schicksalsträchtig für die Freiheitliche Partei erwies sich also der Wechsel an der Spitze von Jörg Haider zu Susanne Riess-Passer – „Susanne, geh du voran“ sagte Haider damals. Auch wenn der Kärntner Landeshauptmann formal nicht mehr Obmann war, so blieb er dennoch die prägende Figur der FPÖ.

Diese Übergabe des Parteivorsitzes an Riess-Passer verdient in der Rückschau und nach dem Unfalltod Jörg Haiders im Oktober 2008 eine nähere Betrachtung: Der Kärntner Landeshauptmann ist, wie er wenige Monate vor seinem Tod in einem Interview erklärt hat, davon ausgegangen, dass diese „neue Generation in der Bundesregierung unbeeinflusst

EU-Kritik, wie sie bis 1999 für die Freiheitlichen kennzeichnend war, folgte eine handzähme Politik gegenüber Brüssel, die bloß eine vorsichtige EU-Skepsis äußerte. So war beispielsweise in weiterer Folge innerhalb der FPÖ kein oder ein nur leise zum Ausdruck gebrachter Widerstand gegen den Beitritt der Tschechischen Republik zu hören, zu deren Rechtsbestand die menschen- und völkerrechtswidrigen Benes-Dekrete

und ohne Zuruf aus Kärnten leben und sich politisch entwickeln kann“. Dies sei aber, so Haider, „meine Fehleinschätzung“ gewesen. Und Haider weiter: „Aber das (den Parteivorsitz abgeben, Anm.) hätte ich nicht machen sollen: Dann wäre wahrscheinlich manches anders gelaufen, weil ich mich trotzdem immer wieder mit der Bundespolitik auseinandersetzen musste, wenn Schwierigkeiten aufgetreten sind.“

Zudem bestätigte der Kärntner Landeshauptmann indirekt all jene, die der blauen Regierungsniege Schwäche – gerade gegenüber dem schwarzen Koalitionspartner – vorgeworfen haben. Auf die Frage, ob seine Zwischenrufe als „einfaches Parteimitglied“ hilfreich gewesen wären, meinte Haider, er hätte „da und dort auf die Bremsen steigen müssen, weil die ÖVP im täglichen Regierungsgeschäft ein nicht ungefährlicher Partner ist“. An dieser Stelle ist jedoch auch anzumerken, daß Haiders „bin-schon-weg-bin-wieder-da“-Sprüche nicht gerade zur Glaubwürdigkeit der FPÖ beigetragen haben.

Daß eine Partei nicht Erfolge haben kann, wenn sie zwei Parteispitzen hat, musste dann die FPÖ, wie wir heute wissen, auf bittere Weise erfahren. Jedenfalls aber wurde in der ersten Hälfte des Jahres 2002 die Lage innerhalb der Freiheitlichen Partei immer ernster. Insbesondere der „Formil“-Deal und der umstrittene Eurofighter-Ankauf brachten die Freiheitlichen ins mediale Schlaglicht. Beim „Formil“-Deal, bei dem es um Zusammenschlüsse im Printmedienbereich gegangen war, machte die FPÖ ein unglückliches Bild. Und beim Eurofighter-Kauf, mit dem sich in den Jahren 2007/2008 sogar ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss und in der Folge die Korruptionsstaatsanwaltschaft beschäftigen sollten, wurde wiederholt der Verdacht von Schmiergeldzahlungen geäußert, wobei auch damalige FPÖ-Spitzenpolitiker involviert gewesen sein sollen. Ebenfalls nicht zu einem besseren Erscheinungsbild des blauen Spitzenpersonals bei der freiheitlichen Basis beigetragen haben deren teilweise enge Kontakte zum austro-kanadischen Milliardär Frank Stronach.

Im Sommer 2002 spitzte sich dann die Lage dramatisch zu: Weil nach dem Jahrhundert-Hochwasser im August 2002 zwar die für 2003 geplante Steuerreform verschoben werden sollte, der Kauf der umstrittenen Eurofighter-Abfangjäger jedoch unangetastet bleiben sollte, drohte es die FPÖ zu zerreißeln. Während die blauen Regierungsmitglieder die Verschiebung der Steuerreform im Kabinett Schlüssel mittrugen, kam es an der Basis zu heftigem Unmut und zu scharfer Kritik von freiheitlichen Spitzenvertretern wie etwa Haider oder dem Volksanwalt Ewald Stadler, weil die Steuerreform von Seiten der FPÖ den Wählern versprochen worden war. Gefordert wurde die Einberufung eines Sonderparteitages. Nachdem am 2. September 2002 klar war, daß wegen der Unterschriften von rund 380 Delegierten ein Sonder-



Susanne Riess-Passer genoss das Vertrauen Jörg Haiders, wurde Vizekanzlerin und dann sogar Bundespartelobfrau



Die obersteirische Eisenbahnerstadt Knittelfeld wurde zum Symbolort für das Scheitern der blau-schwarzen Regierungskoalition

parteitag einberufen werden musste, drohte die Parteispitze, darunter auch die Regierungsmitglieder, mit ihrem Rücktritt.

Die Implosion von Knittelfeld

Beim Delegiertentreffen in Knittelfeld am 4. September 2002 sollte dann ein Kompromisspapier zwischen Haider und Riess-Passer verabschiedet werden, das allerdings vom Kärntner Delegierten Kurt Scheuch – aus einem Missverständnis heraus – physisch „zerrissen“ wurde. In der Folge traten dann Parteichefin Riess-Passer, Finanzminister Grasser und Klubobmann Westenthaler zurück, was Bundeskanzler Wolfgang Schüssel nützte, um die schwarz-blaue Koalition vorzeitig zu beenden und Neuwahlen auszurufen.

Insgesamt müssen die Ereignisse rund um das Parteitreffen von Knittelfeld tatsächlich als eine Art Implosion der in der Koalition mit der ÖVP mitregierenden Haider-FPÖ betrachtet werden. Über die bis heute nicht völlig geklärten Hintergründe kann man nur Mutmaßungen anstellen. Eine unbestreitbare Tatsache ist es jedenfalls, dass die höchstrangigen Mitstreiter Haiders in der Bundesregierung, Susanne Riess-Passer, Peter Westenthaler, Karl-Heinz Grasser und andere, damals die Flinte ins Korn warfen und samt und sonders in der Folge in ihren weiteren Karrieren aus dem Umfeld der ÖVP oder des Austro-kanadischen Industriellen Frank Stronach bestens versorgt wurden. Die vormalige Vizekanzlerin wurde bekanntlich Vorstand bei Wüstenrot, Peter Westenthaler wurde im Stronach-Konzern tätig, Karl-Heinz Grasser wurde direkt von der ÖVP nominierter Finanzminister.

Große Nutznießer der Knittelfelder Ereignisse waren jedenfalls unbestreitbar die Österreichischen Volkspartei und ihr damaliger Vorsitzender Wolfgang Schüssel. Dass er nach den vorgezogenen Neuwahlen im Spätherbst 2002 über eine derartige Mehrheit und ein Ergebnis von etwa 42 Prozent der Wähler verfügen konnte, war zweifellos darauf zurückzuführen, dass die meisten der vormaligen Haider-Wähler sich für ihn entschieden hatten. Nach dem alten Prinzip „cui bono?“ muss man also zweifellos sagen, dass der wirkliche Nutznießer der Ereignisse rund um Knittelfeld die ÖVP unter Wolfgang Schüssel war. Ob dieser auch bei der Herbeiführung dieser Implosion der Haider-FPÖ eine Rolle gespielt hat, kann man aber nur mutmaßen.

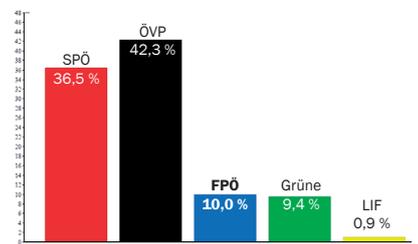
Jene Stimmen allerdings – ob in Österreich selbst oder darüber hinaus international – die Schüssel und der ÖVP vorgeworfen hatten, sie würden eine rechtspopulistische Partei regierungs- und salonfähig machen, indem sie die Haider-FPÖ in die Regierung nehmen, verstummten nach dem Bruch der blau-schwarzen Regierung im Jahre 2002. Wolfgang Schüssel hatte nämlich schlagend bewiesen, dass er die Haider-FPÖ durch die Einbindung in Regierungsverantwortung gewissermaßen „entzaubert“ hat.

In der Zeit zwischen dem Knittelfelder Treffen und der Nationalratswahl am 24. November 2002 entwickelte sich die FPÖ immer krisenhafter. Der neue Bundesparteiobmann und Spitzenkandidat, Infrastrukturminister Mathias Reichhold, ein Kärntner Biobauer, trat nach nur 40 Tagen im Amt aus „gesundheitlichen Gründen“ zurück. Zuvor war schon klar geworden, daß Reichhold nicht Haiders erste Wahl gewesen war. Denn in Kärnten war der Spitzenkandidat der FPÖ für die Nationalratswahl nicht einmal auf den Wahlplakaten abgebildet.

Nach Reichholds Rücktritt kam Sozialminister Herbert Haupt die undankbare Aufgabe zu, als Spitzenkandidat für die FPÖ zu retten, was noch zu retten war. Bei der Nationalratswahl am 24. November 2002 setzte es für die FPÖ jedenfalls ein Debakel. Sie verlor gegenüber 1999 zwei Drittel ihrer Wähler und stürzte von 26,9 Prozent auf zehn Prozent ab. Nur knapp konnte der dritte Platz vor den Grünen gerettet werden. Die FPÖ hatte auf den Prozentpunkt genau jenes Ergebnis erreicht, daß Jörg Haider bei der Nationalratswahl 1986 erzielt hatte.

Vor allem aber musste die FPÖ die bittere Erfahrung machen, daß ein zu schnelles Wachstum, die mangelnde Qualität des Führungspersonals sowie die Aufgabe eigener Grundsätze verheerende Folgen hat. Die „Fleißigen und Tüchtigen“ waren bei diesem Umengang wieder

Nationalratswahl 2002



Nach der Implosion der FPÖ rund um die Ereignisse von Knittelfeld kam der Absturz bei der Nationalratswahl auf 10 %

zur ÖVP zurückgekehrt, und der „kleine Mann“ hatte sich wieder der SPÖ zugewandt. Geblieben ist der FPÖ im Wesentlichen nur mehr ihre traditionelle national-freiheitliche Kernwählerschicht.

Die Neuauflage von Schwarz-Blau

Die ersten Wochen des Jahres 2003 standen dann ganz im Zeichen der Koalitionsverhandlungen. Bekanntlich hatte die Nationalratswahl vom 24. November 2002 die innenpolitische Landschaft Österreichs grundlegend verändert: Die ÖVP feierte, wie bereits geschildert, mit 42 Prozent der Stimmen unter ihrem Obmann Bundeskanzler Wolfgang Schüssel einen wahren Triumph, während die Freiheitlichen unter Herbert Haupt zwei Drittel ihrer Wähler des Jahres 1999 verloren und auf einen Stimmenanteil von zehn Prozent abstürzten.

Angesichts des Debakels mehrten sich an der freiheitlichen Basis die Stimmen, zu Zwecken der politischen Erneuerung in Opposition zu gehen. Umgekehrt waren die Spitzenfunktionäre mehrheitlich der Auffassung, nur durch eine Neuauflage des Regierungsbündnisses mit der Volkspartei könne die FPÖ ihr Profil schärfen und einen Absturz in die Bedeutungslosigkeit verhindern. Wolfgang Schüssel ließ sich nicht

in die Karten schauen: Einmal äußerte sich der Bundeskanzler wohlwollend hinsichtlich einer erneuten Koalition mit den Freiheitlichen, um ein anderes Mal mit den Grünen Sondierungsgespräche zu führen. Das zeitgeistige Medien-Establishment geriet angesichts der Option auf eine schwarz-grüne Bundesregierung jedenfalls geradezu in Verzückung. Genutzt hat die wohlwollende Berichterstattung jedoch nichts. Denn am 28. Februar 2003 wurde die zweite ÖVP/FPÖ-Bundesregierung, diesmal freilich mit einer stark geschrumpften blauen Ministerriege, von Bundespräsident Thomas Klestil angelobt.

Insbesondere an der national-freiheitlichen Basis wurde die Neuauflage von Schwarz-Blau mit großer Skepsis beobachtet: Schließlich war ernsthaft zu befürchten, daß sich die von FPÖ-Obmann und Vizekanzler Herbert Haupt angeführte freiheitliche Regierungsmannschaft in eine tödliche Umklammerung der Volkspartei begeben könnte. Während der Koalitionsverhandlungen war die ÖVP tonangebend, die obendrein noch andere Optionen offen hatte. Und das freiheitliche Spitzenpersonal bestand – mit Ausnahme von Herbert Haupt und Justizminister Dieter Böhmendorfer – weitgehend aus ideologisch nur wenig verwurzelten Vertretern. Zudem musste die FPÖ im Jänner 2003 einen weiteren schweren Schlag in die Magengrube hinnehmen. Bei der Gemeinderatswahl in Graz, der zweitgrößten Stadt des Landes, stürzte sie auf acht Prozent der Stimmen ab und wurde sogar von den Kommunisten überholt. Dabei war die steirische Landeshauptstadt über Jahrzehnte eine Hochburg des national-freiheitlichen Lagers und stellte im „sozialdemokratischen Jahrzehnt“ der 1970er Jahre mit Alexander Götz sogar den Bürgermeister.

“
Die freiheitliche Partei-
basis befürchtete, dass
sich die FPÖ in die tödli-
che Umklammerung der
ÖVP begeben würde.
”

Nur der Wurmfortsatz der ÖVP?

Schon bald nach dem Antritt der zweiten schwarz-blauen Bundesregierung zeigte sich, daß all jene, die gewarnt hatten, die FPÖ drohe zu einem Wurmfortsatz der Volkspartei zu verkommen, recht behalten sollten. In Wesentlichen, weil entweder die für den sogenannten „kleinen Mann“ wichtigen Fragen wie der Pensionsreform oder in Themen von staatspolitischer Bedeutung wie dem Ankauf der Eurofighter-Abfangjäger, gab der schwarze Koalitionspartner die Marschrichtung vor. In dieser misslichen Lage versuchten die Freiheitlichen, „Nachverhandlungen“ als politischen Erfolg zu verkaufen, was freilich nicht gelang.

Das Erscheinungsbild der FPÖ spiegelte sich zunehmend in Meinungsumfragen wider: Bei vorgezogenen Neuwahlen wäre sie nur mehr auf einen Stimmenanteil von vier bis sieben Prozent gekommen, was zunehmend Erinnerungen an das Ende der Steger-Ära wach werden ließ. In dieser dramatischen Lage schaltete sich Jörg Haider zunehmend in die Bundespolitik ein. Das inzwischen nahezu schon wieder vergessene Spargelessen des Kärntner Landeshauptmannes mit SPÖ-Vorsitzendem Alfred Gusenbauer führte nicht nur zu einer Entspannung des Verhältnisses zur Sozialdemokratie, sondern war auch als eine Kritik an der freiheitlichen Ministerriege zu werten, die in der Koalition mit der ÖVP die „bessere bürgerliche Partei“ darstel-



Die Regierung Schüssel II bei ihrem Amtsantritt zu Jahresbeginn 2003 mit Vizekanzler und Sozialminister Herbert Haupt, mit Justizminister Dieter Böhmendorfer, Infrastrukturminister Hubert Gorbach, Gesundheitsstaatssekretär Reinhart Waneck, Sportstaatssekretär Karl Schweitzer und Sozialstaatssekretärin Ursula Haubner

len wollte. Und darüber hinaus spielte Haider wiederholt mit dem Gedanken, die Regierung zu sprengen, um die FPÖ vor einem Abgleiten in den Status einer politischen Sekte zu bewahren.

Nachdem nach dem „Jahrhundertssommer“ des Jahres 2003 wieder der politische Alltag eingeleitet war, setzte es für die Freiheitlichen bei den Landtagswahlen in Tirol und in Oberösterreich am 28. September 2003 die nächsten Tiefpunkte. In Tirol bedeutete das Minus von 11,6 einen Absturz auf nur mehr acht Prozent, wobei die Grünen mit einem Stimmenanteil von 15,6 Prozent beinahe doppelt so stark wurden wie die Freiheitlichen. Und der Urnengang in Oberösterreich brachte ein ähnliches Ergebnis. Im Land ob der Enns musste

“
Schüssel hätte es genauso wie Vranitzky im Jahr 1986 nicht gewagt, in eine Koalitionsregierung mit Jörg Haider als Kanzler oder Vizekanzler zu gehen.
”



„Die Motivation zur politischen Veränderung war groß“

Justizminister a.D.

Dieter Böhmdorfer im Interview

96

die FPÖ ein Minus von mehr als zwölf Prozent hinnehmen und kam mit einem Stimmenanteil von 8,4 Prozent noch hinter den Grünen zu liegen. Mehr noch als das Tiroler Desaster schmerzte das Debakel in Oberösterreich, denn dieses Bundesland galt seit jeher als ein freiheitliches Kernland.

In der Folge nahm das Rumoren an der national-freiheitlichen Basis weiter zu. Lehren wurden daraus seitens der Parteispitze aber keine gezogen. Die von der ÖVP durchgesetzten Vorhaben wurden in der Regel „nachverhandelt“, und man machte weniger durch inhaltliche Arbeit als vielmehr durch personelle Rochaden von sich reden. So löste im Oktober 2003 Infrastrukturminister Hubert Gorbach Herbert Haupt als Vizekanzler ab, und Anfang 2005 musste Haupt als Sozialminister der Haider-Schwester Ursula Haubner Platz machen.

Die Parteibasis wendet sich ab

Indessen nahm die Tragödie ihren weiteren Verlauf. Wahl um Wahl, sei es auf Landes- oder Gemeindeebene, ging mit teils rekordverdächtigen Verlusten verloren. Bei der Landtagswahl in Salzburg am 7. März 2004 setzte es ein Minus von knapp elf Prozent, und bei der Landtagswahl in Vorarlberg mussten die Freiheitlichen sogar einen Verlust von 14,5 Prozent hinnehmen. Als Ausnahme, welche die Regel bestätigt, ist in jener Zeit die Kärntner Landtagswahl vom 7. März 2004 zu werten: Nach einem auf Landeshauptmann Haider zugeschnittenen Wahlkampf konnte die FPÖ mit rund 42 Prozent der Stimmen Platz 1 ganz klar vor der SPÖ verteidigen.

In den Jahren 1999/2000, als die FPÖ zweitstärkste Kraft geworden ist, haben offensichtlich der Drang und der Wille, nicht mehr in Opposition die Regierung vor sich herzutreiben, sondern auch gestalterisch tätig zu werden, überwogen, sodass man im Frühjahr 2000 mit Wolfgang Schüssel gemeinsam die so genannte Wende-Koalition geschmiedet hat. Wie war die Stimmung damals in der Partei, aber auch darüber hinaus im Land?

Dieter Böhmdorfer: Die Partei wäre nicht vor einer Zerreißprobe gestanden, wenn Jörg Haider Regierungsmitglied geworden wäre. Ganz im Gegenteil. Viele Bürger wünschten sich Haider als Kanzler oder Vizekanzler. Auch viele Haider-Gegner hätten die von ihm angekündigte Reformpolitik begrüßt. Ob er sie auch umgesetzt hätte, ist die große Unbekannte.

Ist das so etwas wie der Kardinalfehler gewesen, dass Jörg Haider nicht selber die Kanzlerschaft angestrebt hat?

Böhmdorfer: Ja. Ich persönlich glaube, dass es logisch gewesen wäre, wenn Jörg Haider – dies war ja immer sein erklärtes Ziel – die Kanzlerschaft angestrebt hätte. Aber Schüssel hätte es genauso wie Vranitzky im Jahr 1986 nicht gewagt, in eine Koalitionsregierung mit Jörg Haider als Kanzler oder Vizekanzler zu gehen. Die Konsequenz war eine Regierungsbeteiligung der

FPÖ ohne Jörg Haider. Das war der eigentliche Fehler.

Wenn man sich diese Phase im Jahr 2000 ansieht, die Persönlichkeiten der FPÖ wurden – man denke etwa an Thomas Prinzhorn, der ja der Spitzenkandidat der FPÖ im Jahr 1999 war – von Bundespräsident Klostl abgelehnt. Hat man sich das gefallen lassen müssen, war das der Preis, um eben in die Regierung zu kommen?

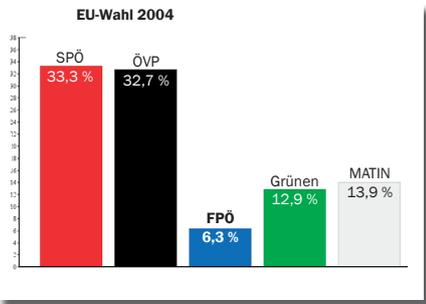
Böhmdorfer: Die Verweigerung der Angelobung von Ministern aus persönlichen Motiven, die man zu allgemein gültigen Werten erklärt, ist meines Erachtens unzulässig. Dafür gibt es keine ausdrückliche gesetzliche Grundlage. Wenn sich eine Partei die Entscheidung eines Bundespräsidenten, bestimmte Kandidaten nicht zum Bundesminister zu ernennen, „nicht gefallen lässt“ kann sie das im Regelfall nur so zum Ausdruck bringen, indem sie auf eine Regierungsbeteiligung überhaupt verzichtet. Denn damit wird der Wählerwille missachtet. Dass Bundespräsident Klostl Thomas Prinzhorn nicht angelobt hat, ging zu weit. Es ist Sache des Parlamentes, einen Misstrauensantrag gegen einen Minister zu stellen, wenn er sich als untragbar erweist. Auch eine Ministeranklage kann binnen Jahresfrist ab Rücktritt beim Verfassungsgerichtshof eingebracht werden. Nach Neuwahlen

Fortsetzung auf Seite 98 ▶

97

Das Ergebnis der EU-Wahl von 2004 brachte den Tiefstand freiheitlicher Wahlergebnisse

2004 sollte aber auch das Jahr sein, in dem der Unmut an der national-freiheitlichen Basis in offene Rebellion umschlug, und zwar nicht nur gegen die Parteispitze, sondern auch gegen Jörg Haider, den Überwarter der Partei. Als im Frühjahr die Kandidatenliste für die Europawahl am 13. Juni 2004 vorgestellt wurde, sorgte dies teilweise für Kopfschütteln, wenn nicht sogar für Entsetzen. Listenester und damit Spitzenkandidat war der freiheitliche EU-Mandatar Hans Kronberger, auf dem zweiten Platz der Rechtsanwalt Franz Großmann und an dritter Stelle der Publizist Andreas Mölzer. Kronberger, ein ehemaliger ORF-Journalist, von seiner Herkunft her alles andere als freiheitliches Urgestein, wäre alleine noch akzeptiert worden, aber gegen Großmann, einen früheren Landesparteisekretär der Kärntner SPÖ, liefen die meisten Funktionäre Sturm. In der Folge unterstützten viele blaue Bürgermeister und Gemeinderäte, insbesondere in Kärnten, aber auch führende Vertreter



ändern sich regelmäßig die Mehrheiten, sodass die formalen Voraussetzungen meist gegeben wären. Warum wird davon nicht Gebrauch gemacht? Völlig unzulässig ist die Ankündigung des Bundespräsidentenskandidaten Van der Bellen, für den Fall seiner Wahl von der FPÖ vorgeschlagene Minister generell nicht anzugeloben. Das ist nicht nur anmaßend und undemokratisch, sondern eine Beleidigung der Wähler. Noch selten wurde ein Amtsmissbrauch so freimütig angekündigt.

Das ist ein sehr interessanter Ansatz. Damals im Jahr 2000 ist man dann auf jeden Fall in die Regierung gegangen, die ja bekanntermaßen recht großen Gegenwind im Österreich, aber auch darüber hinaus hervorgerufen hat. Was waren da die Hintergründe? Warum ist dieser europäische Gegenwind so stark geworden?

Böhdorfer: Weil die SPÖ ihre internationalen Kräfte und Möglichkeiten aus Beleidigung über ihren Machtverlust motiviert hat. Sie hat damit die weltweite Schädigung der Reputation Österreichs zumindest in Kauf genommen. Mir wurde damals klar, dass viele Entscheidungsträger der SPÖ ein gestörtes Verhältnis zur politischen Verantwortung haben.

Leider hat im Jahr 2000 die österreichische Bundesregierung nicht die EU-Kommission, die ja

„Hüterin der EU-Verträge“ ist, angerufen, damit diese über die Sanktionen urteilt. Eine rechtliche Entscheidung wäre mit Sicherheit zu Gunsten Österreichs ausgefallen und hätte die SPÖ und ihre internationalen Mitstreiter bis in die Knochen blamiert. Rechtsgutachten, die diesen Weg vorgezeigt haben, hat es gegeben. Die Lösung mit dem „Weiserrat“ war eine halbe Sache, weil dieser keine demokratische Legitimation hatte. Ein demokratischer Rechtsstaat hat – ebenso wie die Europäische Union – Institutionen und braucht zur Einhaltung demokratischer Spielregeln keine Ad-hoc-Geschäftshüter.

Die Sanktionen wurden dann in weiterer Folge aufgehoben, sind vermeintlich verpufft. Wo war der Bereich in der Regierungsarbeit, wo diese Sanktionen auf die Regierungsarbeit Auswirkungen hatten?

Böhdorfer: Die Sanktionen sind nicht verpufft. Ganz im Gegenteil. Gerade diese rechtswidrigen und undemokratischen Sanktionen sind heute noch die politische Grundlage einer reflexartigen Verneinung jeder schwarz-blauen Koalition in der Zukunft. Sie entbinden die Kritiker von Schwarz-Blau der Verpflichtung, für eben diese Verneinung sachliche Gründe zu nennen. Die schwarz-blaue Koalition hat anfangs gute Arbeit geleistet.

von Vorfeldorganisationen des Dritten Lagers Mölzers Vorzugsstimmenwahlkampf. Bei der Europawahl selbst stürzte die FPÖ von 17,1 Prozent auf 6,3 Prozent ab, aber mit seinen rund 22.000 Vorzugsstimmen konnte Andreas Mölzer den von der Parteispitze aufgestellten Spitzenkandidaten Kronberger verdrängen und zog als einziger FPÖ-Mandatar ins Europäische Parlament ein.

Als Retourkutsche Haiders und der Parteiführung kann die Bestellung der Kärntner Verwaltungsjuristin Karin Miklantsch (später: Karin Gastinger) angesehen werden, die Dieter Böhdorfer, einen Burschenschaftler, als Justizminister ersetzte. Denn Miklantsch, an deren fachlicher Eignung für dieses Regierungsamt Zweifel geäußert wurden, stammt von ihrer Herkunft her nicht aus national-freiheitlichen Kernschichten, sondern aus einem sozialdemokratischen Elternhaus.

Einen hervorragenden Einblick in die innerparteiliche Stimmung bot dann auch wenige Wochen später der FPÖ-Parteitag Anfang Juli in Linz, wo die Sozialstaatssekretärin und Haider-Schwester Ursula Haubner Herbert Haupt an der Parteispitze nachfolgte. Vertreter des „nationalen Flügels“, wie der Volksanwalt Ewald Stadler oder der neue EU-Abgeordnete Andreas Mölzer, wurden von den Delegierten demonstrativ mit Applaus bedacht, während die Parteiführung, aber auch der Kärntner Landeshauptmann Haider, seitens mancher Funktionäre mit offener Kritik begrüßt wurden.

“
Die Kritik an Parteifrau Ursula Haubner und dem starken Mann der Partei Jörg Haider wurde immer stärker.
 ”

Genau da ist einzubaken: Sie sind selbst recht bald nach einem Monat zum Justizminister angeblot worden, bzw. ernannt worden. Wie gestaltete sich aus Ihrer persönlichen Sicht die Regierungsarbeit in den ersten zwei Jahren?

Böhdorfer: In den ersten Monaten habe ich gespürt, dass die Motivation zur politischen Veränderung groß war. Die weltweite Stimmungsmache gegen diese Regierung – angestachelt von der SPÖ – führte koalitionsintern zu einem Zusammenhalt. In dieser Phase gab es spürbar Teamgeist. Das hat sich später leider gewandelt. Ich glaube, dass dieser Wandel einerseits durch den Wegfall des Drucks von außen eintrat, aber auch dadurch, dass Finanzminister Grasser der Glitzerwelt der ÖVP und ihren Verlockungen erlag. Schlüssel ist ein passabler Fußballer, hat aber das schwarz-blaue Spielfeld mit einem fußballerischen Transfermarkt verwechselt und Grasser heimlich zu einem ÖVP-Mann gemacht. Das war mir als Regierungsmitglied lange verborgen geblieben. Begonnen hat diese Entwicklung, nachträglich betrachtet, spätestens ab 2002.

Damit war aus der Teamarbeit ein Arbeiten nebeneinander geworden. Bei einer Koalition aus zwei Parteien gilt grundsätzlich: Die Partei, die nicht den Bundeskanzler stellt, muss den Finanzminister haben, sonst kann man keine politischen Projekte vorantreiben. Bei der Tagesarbeit ist mir

ab 2002 zunehmend aufgefallen, dass sich die Gewichtungen verschoben haben und heute weiß ich, dass uns der Finanzminister abhandeln gekommen ist, ohne dass dies zunächst nach außen zu Tage getreten ist.

Dazu ein Beispiel: Die FPÖ, in dieser Frage angetrieben von Jörg Haider, wollte ein Wirtschaftsförderungspaket beschließen. Dies war eines der erklärten politischen Ziele des Jahres 2002, um den Mittelstand an die Partei zu binden. Grasser ging nur unwillig mit. Das katastrophale Hochwasser vom August 2002 wurde von der ÖVP als Vorwand genommen, davon abzurücken. Nach dem durch Knittelfeld symbolisierten Zusammenbruch der FPÖ zauberte plötzlich die ÖVP im September 2002 ein eigenes Wirtschaftsförderungspaket in derselben Größenordnung aus dem Hut. Auf einmal war das Geld da, die politischen Lorbeeren erntete die ÖVP.

Im Zweifelsfall von Wolfgang Schüssel gelenkt...

Böhdorfer: Schüssel zog definitiv die Fäden. Ich anerkenne, dass in der Politik andere Moralbegriffe als im Privatleben gelten. Was hier passierte, ging aber doch zu weit. Ab der zweiten Jahreshälfte 2002 ging es der ÖVP nur mehr darum, die FPÖ zu vernichten. Ich gebe zu, dass die FPÖ dazu er-

Fortsetzung auf Seite 100 ►



Haider betrieb ein Versteckspiel mit der eigenen Partei

PH: MARCUS SEAN
HAIDERS GEHEIMNIS: Öffentlich ist Haider noch ein „Besitzer“ der FPÖ. Hinter dem Kulissen arbeitet er längst an einem Konkurrenzprodukt: der „Liste Haider“.

In der zweiten Hälfte des Jahres taten sich dann innerhalb der Freiheitlichen immer tiefere Gräben auf. Diesmal, zumindest nach der Wortwahl Jörg Haiders, nicht zwischen dem nationalen und dem liberalen Flügel, sondern zwischen den „konstruktiven“ und den „destruktiven“ Kräften in der Partei. Zu den „Konstruktiven“ zählten sich insbesondere Parteichefin Haubner, Vizekanzler Gorbach und Klubobmann Herbert Scheibner, die nicht müde wurden zu betonen, wie wichtig die freiheitliche Regierungsbeteiligung sei und wie viele freiheitliche Forderungen man doch schon umgesetzt hätte. Als „destruktiv“ galten vor allem Stadler, Mölzer und der Wiener Landesobmann Heinz-Christian Strache, denen vorgeworfen wurde, das blaue Reformwerk zerstören zu wollen. Zu dieser Zeit stellte sich Jörg Haider an die Seite der „konstruktiven Kräfte“, wobei er dem freiheitlich regierten

zurück, dass ich ausschließlich Sachpolitik betrieb. Auf die anderen Ressorts kann ich nicht eingehen.

Sie hatten im Justizressort am Anfang die Agenden des Konsumentenschutzes, wo man behauptet, dass dies Ihnen „weggenommen“ wurden, weil sie sich – salopp formuliert – mit den Banken angelegt hatten. Wie sehen Sie das?

Böhdorfer: Das ist nicht salopp formuliert, sondern eine historische Tatsache, auf die ich noch heute stolz bin. Die Banken haben in jahrzehntelang „Bemühen“ die kleinen Leute über den Tisch gezogen. Das war fast schon institutionalisiert und ein volkswirtschaftlicher Frevel. Raiffeisen Generaldirektor Rothstein hat nach der Neuwahl 2002 gemeint, wenn Böhdorfer die Konsumentenschutzkompetenzen behält, bekomme die ÖVP als Wahlkampfspende von ihm nicht einmal einen Kalender. Das ist verbrieft, und stand so in der Tageszeitung „Die Presse“. So hat man meinem Ressort dann den Konsumentenschutz weggenommen, was ich extrem bedauert habe, zumal meines Erachtens dieser politische Bereich sehr gut in das politische Wollen der FPÖ passte.

Stichwort Neuwahl im Herbst 2002. Stichwort Knittelfeld: Wo sehen Sie die Gründe, dass es einerseits zu Knittelfeld, andererseits zu Neuwahlen gekommen ist?

hebliche Beiträge geleistet hat. Im Interesse eines bürgerlichen Österreich wäre es aber richtiger gewesen, wenn sich Schüssel als Staatsmann gezeigt und sich an dieser Vernichtung des Koalitionspartners nicht beteiligt hätte.

Kommen wir zu den positiven Aspekten, die gegolgt sind. Wo sind trotz der Schwierigkeiten mit der ÖVP freiheitliche Initiativen umgesetzt worden, Stichwort Kindergeld, auch gesellschaftspolitische Fragen. Was sind da die Eckpunkte?

Böhdorfer: Da gab es viele, z.B. die Pensionsreform, die leider später zum Teil zurückgenommen wurden. Aber auch in der Integrationsfrage wurden positive Anstrengungen gemacht. Wir haben zum Beispiel – ich glaube im August 2000 – Deutschkurse verlangt, die SPO war fanatisch dagegen. Damals.

Im Detail kann ich nur vom Justizressort sprechen, da hab ich das Wenige, das in der Regierungsvereinbarung konkret festgeschrieben war, sofort abgearbeitet und dann viele zusätzliche Projekte durchgeführt. Da waren z.B. die Strafprozessreform, die Zivilprozessreform, das E-Commerce-Gesetz, das Außerstreugesetz oder das Heimaufenthaltsgesetz, um nur einige zu nennen. Die hervorragende Zusammenarbeit mit den Beamten im Justizressort. Das führe ich darauf

Bundesland Kärnten Modellcharakter für eine erfolgreiche blaue Politik beimaß.

Das Jahr 2005 sollte dann zum Schicksalsjahr für das Dritte Lager werden und das Ende der Haider-FPÖ bedeuten.

Nach der Abspaltung des BZO durch Jörg Haider und seine Mitstreiter glaubte insbesondere die Österreichische Volkspartei unter Wolfgang Schüssel und Andreas Khol, man müsse auf die neue Gruppierung setzen. Wiewohl der Koalitionsvertrag mit der FPÖ geschlossen war, setzte Wolfgang Schüssel das Regierungsbündnis mit Haiders Neugründung fort. Die sechs Regierungsmitglieder und 16 Nationalratsabgeordnete waren Haider ja gefolgt. Aber auch nach der Abspaltung sollte die Regierungsarbeit nicht wesentlich glücklicher sein, insbesondere das mitregierende BZO vermochte sich keineswegs eigenständig zu profilieren. Mit dem Ergebnis der Nationalratswahl vom Herbst des Jahres 2006, der Niederlage der Österreichischen Volkspartei und dem kümmerlichen Abschneiden des BZO war es dann auch mit der schwarz-orangen Koalitionsregierung vorbei.

Wer war korruptionsanfällig?

Ein Jahrzehnt später wird nun von den etablierten Medien behauptet, dass von dieser kleinen bürgerlichen Koalition nur die Ermittlungen der Korruptionsstaatsanwaltschaft geblieben wären. Eine unlegbare Tatsache ist zwar, dass viele der Akteure aus der Umgebung

Böhdorfer: Ich weiß nicht, ob ich das ausreichend beurteilen kann, weil ich ja nicht Parteimitglied war und somit zwar einiges miterlebt habe, aber nicht alles. Tatsache ist für mich, dass man die Regierungsmannschaft mit einem Knebelungsvertrag an die Kantare nehmen wollte, was dann der Schlusspunkt der Regierungsarbeit war.

Richtig ist, dass die FPÖ immer, wenn sie in die Regierung geht, das Problem haben wird, von der eigenen Basis daran gemessen zu werden, ob das, was sie in der Opposition versprochen hat, in der Regierung umgesetzt wird. Ich kann der Freiheitlichen Partei nur wünschen, dass sie das entsprechend bei der nächsten Regierungsarbeit voraussetzt.

Die Freiheitliche Partei hat generell das Problem, dass sie nicht von unsinkbaren Schiffen gestützt wird. Die Roten beherrschen die Arbeiterkammer und verwenden sie als SPO Denkfabrik. Das bezahlen alle Arbeitnehmer mit Zwangsbeiträgen. Dasselbe gilt für die ÖVP und die Wirtschaftskammern. Ich glaube, dass die Freiheitliche Partei das politische Ziel verfolgen sollte, die Wirtschaftskammern und die Arbeiterkammern durch Wahlen demokratisch zu machen. Die Kammern sollten für alle

da sein. Auch wenn es gesellschaftlich attraktiver ist im Nationalrat zu sitzen, mehr politische Macht hätte die FPÖ durch Mehrheiten in der Arbeiter- und Wirtschaftskammer. Denn: wenn man diese beiden Sozialpartner-Säulen beherrscht, dann kann man das wesentliche politische Geschehen in Österreich steuern. Der Nationalrat und die Landtage sind Marionetten der Sozialpartner.

Bei der Nationalratswahl 2002 fuhr die FPÖ aus den erwähnten Gründen eine deutliche Wahlniederlage ein. Wenn man dann die zweite Regierungsabteilung betrachtet, wie weit war man da noch in der Lage, eine freiheitliche Handschrift und freiheitliche Forderungen umzusetzen?

Böhdorfer: Ich war dem damaligen Parteiohmann Herbert Scheibner dankbar, dass er mich wieder ins Justizministerium berufen hat, weil ich geglaubt habe, dass dies eine Chance ist, die Fehler der ersten Regierungsabteilung auszubessern.

Intern habe ich dabei klar gemacht: Wenn es uns nicht gelingt, uns von der ÖVP abzugrenzen und verlorenes Terrain wiederzugewinnen, werde ich zurücktreten. In weiterer Folge ist uns das als Kollektiv bekanntermaßen

Fortsetzung auf Seite 102 ►

Jörg Haider im Zusammenhang mit großen Regierungsinvestitionen den Versuchungen nicht widerstehen konnten. Im Umfeld des Kaufs der Eurofighter-Abfangjäger, aber auch im Zusammenhang mit großen Privatisierungen, wie etwa der BUWOG kam es offenbar zu unklaren Finanzflüssen, die bereits gerichtliche Verurteilungen nach sich gezogen haben oder zumindest gerichtsabhängig sind.

Wenn heute von politischen Gegnern so getan wird, als wäre die FPÖ als solche bei ihrer damaligen Regierungstätigkeit in den Geruch der Korruption gekommen, so ist dies eine böswillige Verfälschung der Tatsachen. In Wahrheit waren es jene Exponenten der Haider-Bewegung, die sich dann – wohl keineswegs zufällig – auch mit ihm abgespalten haben und in das „Bündnis Zukunft Österreich“ gegangen sind. Jene Namen, die im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Korruptionsstaatsanwaltschaft immer wieder genannt werden wie Gernot Rumpold, Karl-Heinz Grasser, Walter Meischberger, Karlheinz Petritz und andere – für die, soweit sie noch nicht bereits rechtskräftig verurteilt sind, nach wie vor die Unschuldsumutung gilt – sind alle dem unmittelbaren Umfeld des verstorbenen Kärntner Landeshauptmannes zuzurechnen. Sie waren zumeist Teil seiner vielzitierten „Bublerpartei“ und haben sich allesamt von der FPÖ abgewandt. Dies keineswegs zufällig, sondern weil sie zumeist mit den freiheitliche Idealen und dem nationalfreihheitlichen Lager nichts zu tun hatten, sondern bloß über die seinerzeit politisch aufsteigende Haider-Partei Karriere zu machen versuchten.

Die sich nach der BZÖ-Abspaltung im Frühjahr 2005 neu formierende FPÖ unter Heinz-Christian Strache und die darin sich wieder sammelnden Persönlichkeiten und politischen Vereinigungen waren es ja, die wegen der offensichtlichen Misswirtschaft und Korruptionsanfälligkeit des Umfelds von Jörg Haider die freiheitliche Regierungsbeteiligung zuletzt kritisiert hatten. Deshalb, und weil Haider sich in diesen Kreisen nicht mehr durchzusetzen vermochte, kam es zur Abspaltung, wobei die authentische FPÖ von Haider mit einem gewaltigen Schuldenberg zurückgelassen wurde. Heute unter Verdrehung dieser Tatsachen und unter grober Vereinfachung die offensichtliche Korruptionsanfälligkeit eines Teils der Mitstreiter Jörg Haiders pauschal der FPÖ anzulasten, ist also nichts weiter als parteipolitisch motivierte Polemik und unschöne Vernadierung.

Leistungen für den Wirtschaftsstandort

Ganz abgesehen davon aber wird heute häufig vergessen, dass die freiheitlich-konservative Koalitionsregierung in vieler Hinsicht überfällige und durchaus sinnvolle Reformen auf den Weg gebracht hatte. Im Hinblick auf den Wirtschaftsstandort Österreich, die Budgetkonsolidierung, die Pensionsreform und andere Bereiche konnte

die damalige Bundesregierung mit Wolfgang Schüssel an der Spitze und den freiheitlichen Regierungsmitgliedern Susanne Riess-Passer, Herbert Haupt, Dieter Böhmdorfer und anderen ein Reformwerk beginnen – man konnte es nicht in allen Bereichen abschließen –, das Österreich damals im internationalen und europäischen Vergleich, auch gegenüber den deutschen Nachbarn, beispielgebend erscheinen ließ. In diesem Zusammenhang ist insbesondere an das Wirken des damaligen zweiten Nationalratspräsidenten Thomas Prinzhorn zu erinnern. Politisches Slogans wie jene, die der ÖVP-Klubobmann und nachmalige Nationalratspräsident Andreas Khol mit „Speed kills“ oder Jörg Haider Protegé Karl-Heinz Grasser als Finanzminister mit dem Sager „ein guter Tag beginnt mit einem ausgeglichenen Budget“ tätigten, solche Ansagen charakterisierten durchaus ein Reformklima, das es nach der lähmenden Zeit der alten großen Koalition in Österreich unter Blau-Schwarz tatsächlich gab. Die heute von linker Seite häufig gehörte Kritik, dass eine FPÖ-ÖVP-Kooperation in einer Bundesregierung automatisch Misswirtschaft und Korruption mit sich bringen müsse, ist also absolut unrichtig.

Nach einer 15-jährigen Phase des politischen Aufstiegs der FPÖ unter Jörg Haider zu einer Mittelpartei war die Regierungsbeteiligung gemeinsam mit der Volkspartei scheinbar das lang ersehnte Ziel. Obwohl der Preis der ÖVP für diese Koalition die Kanzlerschaft war, welche ihr als bloß drittstärkste Partei nach den Nationalratswahlen vom Herbst 1999 gewiss nicht zugestanden wäre, mochte Jörg Haider damals gehofft haben, nach einer Legislaturperiode dann endgültig selbst die Kanzlerschaft zu erlangen. Es war dies zumindest jenes politische Ziel, das er in all den Jahren davor immer wieder lautstark verkündet hatte.

Dass Haider dann in den ersten zwei Jahren der FPÖ-ÖVP Koalition auf Grund der offenbar mangelnden Prinzipientreue seiner engsten Mitarbeiter in der Bundesregierung, von Susanne Riess-Passer als Vizekanzlerin, über Karl-Heinz Grasser als Finanzminister, bis hin zum Klubobmann im Nationalrat Peter Westenthaler, scheitern sollte, hatte er beim Start der Regierungskoalition nicht wissen können. Es war aber offenbar eine logische Folge der Haiderschen Personalauswahl. Und dass dann nach der Neuaufgabe der Koalition unter völlig geänderten Umständen mit einer überdominanten ÖVP und einer dramatisch geschwächten FPÖ der Traum Haider, die Republik unter seiner Führung neu zu gestalten, ausgeräumt war, ist auch klar. Es war wohl seine Erkenntnis, in der Regierung mit seinen engsten Mitstreitern gescheitert zu sein, und das Wissen, sich in der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft nicht mehr durchsetzen zu können, was ihn letztlich zur Abspaltung von der traditionellen FPÖ und zur Gründung des BZÖ bewegte.

Finanzminister Karl-Heinz Grasser: zuerst FPÖ, dann von der ÖVP nominiert



nicht gelungen, und ich bin im Juni 2004 zurückgetreten.

Rot-Schwarz ist 2006 in die Regierung zurückgekehrt, „Die Presse“ meinte einmal, man hätte die „Reset-Taste“ gedrückt, und der Proporz ist wieder voll da. Was ist geblieben, ein Jahrzehnt nach Ende der schwarz-blauen Wenderegierung?

Böhmdorfer: Tatsächlich ist das rot-schwarze Proporzverhalten frecher denn je. Meines Erachtens ist aber von Schwarz-Blau mehr geblieben, als man allseits zugeben will. Ich persönlich leide darunter, dass man die Erfolge und das Bemühen der damaligen schwarz-blauen Koalition nicht ohne parteipolitische Interessen auf wissenschaftlicher Basis analysiert. Es wäre eine solche objektive Befundung auch für die FPÖ gut, da sie damit ein Kapitel aufarbeitet, das sie derzeit mehr oder weniger verdrängt. Wenn es Gründe gibt, sich von dieser Koalition zu distanzieren, soll man das offen aussprechen. Das gleiche gilt aber auch, wenn respektable Leistungen erbracht wurden, dann sollte sich die FPÖ dazu bekennen. Selbst wenn man die schwarz-blaue Koalition problematisch sieht, gilt: Ein Problem löst man nicht durch Verdrängung, sondern durch sachliche Aufarbeitung. ♦

Der Irrweg in das BZÖ

Auch wenn er seine Position als Kärntner Landeshauptmann nach dem Wahlerfolg vom Frühling 2004 noch bis zu seinem Unfalltod zu bewahren vermochte, erwies sich die Gründung des BZÖ von Anbeginn als politischer Fehlschlag. Zwar konnte Haider unmittelbar vor seinem Tod im Herbst 2008 noch einmal einen relativen Wahlerfolg seiner Neugründung erkämpfen. Und auf der Basis dieses Erfolgs hatte er wohl auch noch so etwas wie eine orange-blaue Wiedervereinigung einleiten wollen, allein sein Ableben und die darauffolgenden Diadochenkämpfe innerhalb des orangen Bündnisses machten all diese Pläne und das BZÖ selbst obsolet.

Die Freiheitliche Partei jedoch, welche vom langjährigen Kärntner Landeshauptmann und seiner Umgebung vorsehnlich für tot erklärt worden war, vermochte das Scheitern in der Regierungskoalition mit der ÖVP zu überleben und zu überwinden, um dann unter neuer Führung einen damals von niemandem erahnten Wiederaufstieg zu erleben. Die Freiheitlichen waren also in ihrer Geschichte zweimal in Bundesregierungen vertreten, einmal in der Ära Norbert Stegers gemeinsam mit den Sozialisten, dann unter der Dominanz Jörg Haiders mit der Volkspartei. Beide Male konnten sie als Juniorpartner in diesen Regierungskoalitionen ihre Gestaltungsvorschläge für die Reform der Republik nicht durchsetzen. Sowohl Norbert Steger als auch Jörg Haider sind also in ihren Regierungs-Ambitionen gescheitert. Während Norbert Steger, zwar auch gegen seinen Willen, die Partei nach der Entscheidung des legendären Innsbrucker Parteitags in die Hände einer neuen Führung übergab, glaubte Haider sein Scheitern mit der Zerstörung der Partei selbst einhergehen lassen zu müssen.

Der Wiederaufstieg der FPÖ unter Heinz-Christian Strache zu einer gestaltenden politischen Kraft in Österreich und vielleicht sogar zur stärksten Partei des Landes wird möglicherweise sehr bald neuerlich eine Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen verlangen. Die Lehre der beiden gescheiterten Versuchen unter Norbert Steger und später unter Jörg Haider muss es zweifellos sein, nur mehr aus einer Position der demokratisch legitimierten Stärke und der gefestigten Wertvorstellungen sowie genau durchdachter politischer Programme in eine Regierung zu gehen. Wenn die Freiheitlichen ein drittes Mal die Chance bekommen, die Verantwortung für die Republik zu übernehmen, werden sie sich ein nochmaliges Scheitern nicht mehr erlauben können.

Die schwarz-blaue Koalition hat zweifellos Leistungen für den Wirtschaftsstandort im Bereich der Budgetkonsolidierung erbracht. Das BZÖ als politische Kopfburt von Jörg Haider und seiner Schwester Ursula Haubner war von Anbeginn zum Scheitern verurteilt



“Es ist bis heute noch ein schwerer Fehler, dass Jörg Haider nicht selbst in die Regierung gegangen ist, weil dadurch das Misstrauen zwischen ihm und seiner langjährigen Mitarbeiterin durch innerparteiliche Querelen schlussendlich dann zum Desaster von Knittelfeld geführt hat.“

Wir schreiben das Jahr 1999, als die FPÖ zweitstärkste Kraft im Land geworden ist und in weiterer Folge sich entschlossen hat, in Regierungsverhandlungen mit der ÖVP einzutreten. Wie war die Stimmung einerseits im Land, was war die Erwartungshaltung der Menschen und andererseits, wie war die Stimmung in der Partei?

Herbert Haupt: Es war damals schon in der Partei klar, dass im sozialen Bereich unsere Ziele mit der SPÖ bedeutend kongruenter waren als mit der ÖVP. Es hat auch ein Verhandlungsteam mit der SPÖ gegeben wegen der Bildung einer gemeinsamen Regierung. Dieses Team hat damals insofern nur einen Erfolg erzielt, dass die SPÖ sich verpflichtet hat, auf europäischer Ebene den Ruf von Dr. Haider zu rehabilitieren. Auf der anderen Seite war man nicht bereit, gestandene Freiheitliche als Regierungsmitglieder zu akzeptieren, sondern ausschließlich Fachleute in Regierungsämtern, die der FPÖ nahestehend waren. Daher ist dann der Zuschlag mit der ÖVP gekommen – die damals auf den dritten Platz abgerutscht war. Ich glaube, es ist bis heute noch ein schwerer Fehler, dass Jörg Haider nicht selbst in die Regierung gegangen, weil dadurch das Misstrauen zwischen ihm und seiner langjährigen Mitarbeiterin, seiner ehemaligen Pressesprecherin Susanne Riess-Passer – auch durch innerparteiliche Querelen – schlussendlich dann zum Desaster von Knittelfeld geführt hat.

**„Haider hätte selbst in die Regierung müssen“
Vizekanzler a.D.
Herbert Haupt im Interview**

Hat man damals in dieser Phase im Jahr 2000, als man das Koalitionsübereinkommen unterschrieben hat, damit gerechnet, dass der Gegenwind, der Sturm der Entrüstung – vor allem von linker Seite – so groß sein wird?

Haupt: Es war bei der Vereinbarung mit der ÖVP ein schwerer Fehler, dass man den Schwarzen ihre Ressorts nahezu unverändert gelassen hat und dort, wo man sie beschnitten hat – wie im Familienbereich, der zum Sozialbereich dazu gelegt wurde, dafür auf der anderen Seite das AMS weg vom Sozialressort ins Wirtschaftsressort verlegt hat – den Schwarzen die Chance gegeben hat, in ihren Funk-

tionen mit ihren Stäben vom ersten Tag an volle ÖVP-Politik zu machen, während wir von der SPÖ Ressorts der verbrannten Erde geerbt haben. Die Zerstörung der Ministerbüros, die mangelnde Contenance der SPÖ, hier eine ordnungsgemäße, demokratische Übergabe zu machen war beispiellos, im Gegenteil, was Jahrzehnte in SPÖ-Hand war, ist schlicht und einfach ausgeplündert worden. Die Büros waren leer,

“
Es ist uns gelungen den Bürgern klarzulegen, dass unsere sozialen Programme ernst zu nehmen waren.
 ”

Akten hat es nicht gegeben, Mitarbeiter waren in Anti-Stellung. Der Ruf ist uns vorausgegangen: Jetzt kommen die Wilden aus den Bergen! Es war ein mühseliger Weg, sich innerhalb der Ministerien bei den Beamten, die dort angestellt waren, auch als kompetent zu rehabilitieren. Das hat einige Zeit gebraucht und in dieser Zeit hat die ÖVP die Chance genutzt, in der Regierung kurzfristig die Federführung zu übernehmen. Erst mit dem Wechsel auf 2001 – der Einführung des Kindergeldes und der Reduzierung der Sozialversicherungsanstalten, ist es uns dann erstmals im großen Stil gelungen, hier Fuß zu fassen und auch den Bürgern klarzulegen, dass unsere sozialen Programme nicht Makulatur des Wahlkampfes sind, sondern ernstzunehmende Versprechen.

Auch das Familienpaket und die Reformen im Finanzbereich, in dem wir damals die Handbremse bei der Verschwendungspolitik der roten Finanzminister der letzten Jahrzehnte unter freihändlerischer Führung eingeleitet haben, waren unsere Verdienste. Es war allerdings nicht förderlich, dass mit Grassler ein eher unsozial denkender Selbstdarsteller im Finanzministerium war, der dann nach Knittelfeld auch noch mit zweimonatigen Hin- und Herschwanken zwischen ÖVP und FPÖ uns massiv zugunsten der Schwarzen Wählerstimmen gekostet hat. Was ja dann auch im November 2002 zum Wahlsieg von Schüssel geführt hat, weil hier damals der Grassler in der Bevölkerung durchaus ein politisch positives Bild gegeben hat und sein Medienberater für eine gute Werbung gesorgt hat.

Es hätte auch neben dem von Ihnen bereits erwähnten Familienpaket eine Art freihändlerisches Konjunkturpaket gehen sollen, das angeblich wegen des Hochwassers abgeblasen wurde und nach der Wahl dann als ÖVP-Konjunkturpaket gekommen ist. Grassler soll aus freihändlerischer Sicht geblockt haben – hat Grassler also schon länger gemusst, dass er zur ÖVP gehen will?

Haupt: Ich kann in der Beziehung nur sagen, dass von meinen Sektionschefs aus dem Ministerium, die mit mir die Budgetverhandlungen für das Sozialministerium geführt haben, der einhellige Tenor war, dass es zwar nie leicht für das Sozialministerium bei Budgetverhandlungen war, aber solche heftigen Auseinandersetzungen, wie zwischen Grassler und mir, hätten sie in all den Jahren, in denen sie vorher bei rot-roten Verhandlungen oder rot-schwarzen Verhandlungen dabei waren, nie erlebt. Grassler musste jeder Schilling im Sozialbereich massiv abgerungen werden. Er hat für diesen Bereich sehr wenig übrig gehabt und war heftig bemüht, zwei, drei Ressorts massiv das Geld wegzunehmen. Das eine waren die Bereiche Justiz und Militär, und das zweite war der Bereich Soziales. Er war also dort ein willfähriger Handlanger der ÖVP-Politik.

Man darf etwa nicht vergessen, dass das, was jetzt unter SPÖ-Führung beim Bundesheer geschehen ist – dieser massive Abbau des Bundesheeres –, schon unter den ÖVP-Ministern begonnen hat. Und ich erinnere mich auch noch zurück an die Heeresreformdiskussion: Alles das, was das Heer an Geld gebraucht hätte, um im 21. Jahrhundert die Sicherheitsaufgaben für diese Republik national und international

in UNO-Aufträgen zu erledigen, ist ja unter den Tisch gefallen. Aber eines muss man sagen: Das kurze Aufbäumen unter Minister Herbert Scheibner war die letzte Zeit, wo das Bundesheer wenigstens halbwegs ein vernünftiges Konzept für die kommenden Zeiten gehabt hat.

Zur Personalsituation der blau-schwarzen Koalition, dem Kabinett Schüssel I sozusagen: Sie haben schon eingangs gemeint, dass Jörg Haider in die Regierung gehen hätte sollen – gilt das auch für andere Personen, wie etwa Thomas Pringhorn oder Hilmar Kabas? Hätte man sich da von Klestil – und im Hintergrund wohl Schüssel – nicht beeindrucken lassen sollen?

Haupt: Ich glaube, dass in der Person des damaligen Bundespräsidenten Klestil ein entscheidender Faktor gelegen war. Zur Vorgeschichte: Klestil hat ja seine Karriere subtil vorbereitet. Selber war ich im Norikum-Untersuchungsausschuss unser Fraktionsvorsitzender – wir haben mit Leopold Gratz – damals Parlamentspräsident und vormals Außenminister – und Karl Blecha zwei prominente Politiker der SPÖ überführen können, dass ihre Aussagen vor dem Ausschuss weder richtig noch sachdienlich waren. Zwei Höchststrichter haben ihre Ämter verloren, der Obmann des Arbeits- und Sozialgerichtes und die Höchststrichterin mussten gehen. Und auch der Umkreis in der verstaatlichten Industrie von Rudolf Streicher, dem damaligen Gegenkandidaten von

Jörg Haiders destruktive Rolle kurz vor der Parteispaltung bot auch Stoff für die Karikaturisten

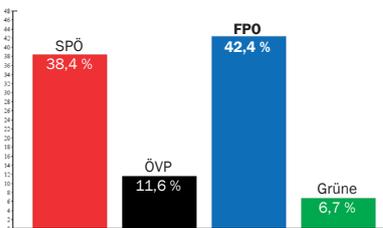
PAMMESBERGER



Dr. Jekyll and Mr. Hyder

Thomas Klestil, ist vor Gericht gelandet. Hier hat einiges dazu beigetragen, dass Streicher im Rahmen der linken Wählerschaft nicht jenen Erfolg gehabt hat, den er noch in der Vorwahl für sich verbuchen konnte. Das hat dazu beigetragen, dass Klestil ins Amt gespült worden ist – mit bekanntem Ausgang für uns.

Kärnten-Wahl 2004



Nur in Kärnten vermochte Haider Wahlerfolge zu erzielen, in den anderen Bundesländern, auch in Wien, stürzte die FPÖ ab

War es also unmöglich, etwa einen Prinzborn als Minister durchzusetzen?

Haupt: Ich glaube, dass wir auch gute Leute außerhalb der Politik gehabt hätten, die prononcierte Finanzexperten sind – wenn ich etwa an Dr. Frey, den Chef des größten Finanzamtes Österreich Wien/Niederösterreich/Burgenland denke, der damals in der Blüte seines Lebens Sektionschef gewesen ist, immerhin ein guter Freund Jörg Haiders. Er wäre eine ideale Erscheinung gewesen, die ohne große Aufregung das Finanzministerium aus freier Sicht mit Bravour geführt hätte. Aber das ist Schnee von vorgestern.

Ich sage es auch in aller Offenheit: Ich war auch immer dagegen, dass man Grassers in die Regierung beruft, weil seine Tätigkeit als Landeshauptmann-Stellvertreter in Kärnten schon durch unsoziales Auftreten und auch eine gewisse verstärkte Egomane gekennzeichnet war. Wenn ich an die ganze Geschichte bei der Schneider-Stiftung denke, wo Geld für behinderte Kinder bereitgestellt wurde und aufgrund seiner Kontakte zu Vranitzky hier das Grundstück der Stiftung in Krumpendorf diesem und Stronach zugeschanzt wurde, was schlussendlich zu einem Prozess führte, der die ganze Schneider-Stiftung an die Rechtsanwälte aufgeteilt hat! Dadurch ist für die behinderten und benachteiligten Kinder nahezu nichts mehr übriggeblieben. Diese Dinge sind mir als sozial engagierter Mensch bei Grassers immer noch negativ in Erinnerung.

Wie war die Stimmung in der Partei in den ersten Jahren in der Regierung? Es war ja – wie Sie schon erwähnt haben – etwas schwierig zwischen Jörg Haider und Susanne Riess-Passer als Vizekanzlerin. Wie hat sich das zugespitzt? Wie kam es zu Knittelfeld?

Haupt: Mir war selber von beiden Seiten verboten worden, dorthin zu kommen – ich glaube, sowohl Dr. Haider als auch Riess Passer haben meine Unabhängigkeit nicht goutiert, ich war wohl offensichtlich zu wenig einschätzbar für sie. Erinnert hat mich das Ganze an die Situation am Parteitag in Innsbruck, als ja Haider aus allen Wolken gefallen ist, als Friedrich Dillersberger entgegen einer persönlichen Vereinbarung schlussendlich doch zu späterer Stunde das Wort ergriffen hat, und damit fast das Ruder wieder herumgerissen hätte. Das war ihm vielleicht noch in schlechter Erinnerung, so dass ich in den Vorbereitungen ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr involviert war. Heute denke ich mir, es wäre klüger gewesen, ich wäre nach Knittelfeld gefahren, weil ich vielleicht das eine oder andere dort mit klaren Worten noch in die richtigen Bahnen lenken hätte können.

Sie sind dann als Spitzenkandidat in die vorgezogene Neuwahl des Nationalrates gezogen, die der FPÖ eine herbe Niederlage aufgrund der Gesamtsituation gebracht hat. Wie weit hat Schüssel das Ganze geplant?

Haupt: Sowohl Schüssel als auch Molterer haben – weil sie gute Meinungsumfragen gehabt haben, die die Chance, an die Spitze zu kommen, prognostizierten – beinhardt die Entscheidung getätigt, Neuwahlen zu initiieren. Molterer ist mit dieser Überlegung „Mir reicht's“ gescheitert. Schüssel hat den Erfolg nach Hause gebracht. Ich habe in einer für mich persönlich schwierigen Situation – eine Hepatitis C-Erkrankung mit Chemotherapie, ob der ich also eigentlich nicht einsatzfähig war – diesen Job übernommen. Damals waren wir bei 6% bei den Meinungsumfragen, Reichhold hat schwere Herzrhythmusprobleme geltend gemacht, um auszustiegen und nicht als Wahlverlierer in die Geschichte der Partei einzugehen. Ich habe die Partei am Wahlabend gerade noch vor den Grünen stabilisieren können. Wenn ich mich daran erinnere, dass ich damals in den drei Direktdiskussionen im ORF zunächst mit Gusenbauer, dann mit Van der Bellen deutlich die Nase vorne gehabt habe und mit Schüssel ein offenes Duell gehabt habe, so glaube ich schon, dass es damals durch meine Auftritte im Fernsehen möglich war, die Partei auf über 10% hinaufzuheben. Das war aber natürlich gegen das letzte Wahlergebnis eine herbe Enttäuschung – aber wir sind eben gerade noch mit der Nase vor den Grünen über die Ziellinie gekommen.

“ Ich habe die Partei am Wahlabend gerade noch vor den Grünen mit 10% stabilisieren können. ”

Nach der Wahl ist man nach einem gewissen Zögern dennoch wieder in eine zweite Koalition mit Schüssel gegangen. Was waren die Beweggründe dafür?

Haupt: Es war damals zunächst die Meinung von Haider, dass wir uns nicht an einer Regierung beteiligen sollten. Die Grünen haben damals Regierungsverhandlungen mit der ÖVP geführt, die knapp vor dem Abschluss standen. Im Sozialbereich und im Bereich der Gesundheitspolitik hat es schwierige Divergenzen gegeben, die schlussendlich zum Nichtzustandekommen der ersten schwarz-grünen Bundesregierung in Österreich geführt haben. Ich war daher damals der Meinung, dass wir doch die Chance nutzen sollten, in dieser Situation mit der Erfahrung der ersten Jahre wieder in die Regierung zu gehen.

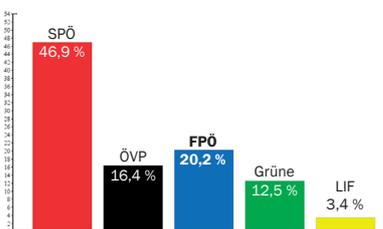
Der Parteitag in Salzburg hat mir mit einem deutlichen Votum von 83,7% Recht gegeben – im Gegensatz zu Haider, der im Übrigen ab dem Tag nie mehr wieder auf einem Parteitag gegen einen Gegenkandidaten aufgetreten ist, sondern lieber eine eigene Partei gegründet hat.

Ich glaube trotzdem, dass wir uns dann durchaus positiv geschlagen haben, wiewohl die Nachwehen von Knittelfeld die Partei über fünf Jahre intern so beschäftigt haben, dass vieles an guten Argumenten eigentlich unter den Tisch gefallen ist und den Kritikern auch den Raum geboten hat, durch ewige Streitereien hier bei der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, dass wir ein nichtregierungsfähiges Lager seien. Auf europäischer Ebene haben wir im Übrigen erlebt, dass der Kannibalismus gegen Österreich aufgegeben werden musste.

Was ist von der Wenderegierung geblieben?

Haupt: Was geblieben ist, ist das Bewusstsein der Österreicher, dass wir zum einen die erste Partei waren, die für Menschen mit Behinderungen tatsächlich etwas umgesetzt haben. Das zweite, was wesentlich ist, war, dass wir mit dem Familienpaket die ersten waren, die eine tatsächlich nachhaltige Unterstützung der Familien in diesem Lande bewerkstelligen konnten.

Wien-Wahl 2001



VII

**AUFSTIEG EINES
VOLKSTRIKUNS**

DER WEG DER FPÖ ZUR
MITTELPARTEI

1986 – 1999

Die FPÖ unter Jörg Haider

Am Ende der Ära Steger war der Niedergang der FPÖ im Hinblick auf die Wählersympathien offensichtlich. Die einzelnen regionalen Gliederungen der FPÖ versuchten, ihre jeweiligen Kommunal- und Landtagswahlkämpfe zunehmend und eigenständig ohne Unterstützung der Bundesparteispitze zu führen. Am erfolgreichsten war man wohl diesbezüglich in Kärnten, wo Jörg Haider, nach dem Abgang Mario Ferrari-Brunnenfelds als Staatssekretär nach Wien, die Funktion des Landesrates für Tourismus und Gewerbe und in der Folge auch die Landesparteiobmannschaft übernommen hatte. Im Wahlkampf für die Landtagswahl vom Herbst 1984 verstand es die Kärntner Landesgruppe der FPÖ, sich als durchaus eigenständige Kraft zu profilieren und erlangte mit 16 Prozent ein für die damaligen Verhältnisse überraschend gutes Ergebnis.

Der junge Landesrat, der sich bereits zwischen 1979 und 1983 im Nationalrat als Sozialsprecher der FPÖ profiliert hatte, überraschte seine Kritiker, indem er als Fremdenverkehrslandesrat eine hohe Sachkompetenz entwickelte. Selbst als die sozialistisch dominierte Landesregierung nach der Landtagswahl von 1984 den Kärntner FPÖ-Chef mit einem Referatswechsel in der Regierung zu „bestrafen“ versuchte, konnte er sich als Straßenbaureferent ebenso rasch einarbeiten und durch sachpolitische Leistungen glänzen.

Nachdem die FPÖ am Ende der Ära Steger in den Umfragen bereits unter der Wahrnehmungsgrenze lag, konnte Jörg Haider sofort ein Ergebnis von nahezu 10 % erreichen

Im Jahre 1986 spitzte sich der Konflikt zwischen der FPÖ-Bundesparteispitze mit Norbert Steger und einzelnen Bundesländern, insbesondere Kärnten, dramatisch zu. Man erwog damals sogar, die Kärntner Landesgruppe in einer „CSU-Lösung“ von der Bundespartei abzukoppeln. Neben der Kärntner sahen aber auch andere Landesorganisationen der FPÖ, nämlich die oberösterreichischen und die Grazer Freiheitlichen die Notwendigkeit, die Bundespartei zu reformieren. Dabei stand der erfolgreiche Kärntner Parteichef, der bundesweit immer populärer wurde, im Mittelpunkt vieler personalpolitischer Spekulationen.

In Salzburg tagte 1986 eine Landesobmannerkonferenz, die noch einmal versuchte, einen Kompromiss zustande zu bringen. Nachdem sich aber in der Bundespartei nichts bessere, ergriffen die oberösterreichischen Freiheitlichen die Initiative, um eine Reform der Parteispitze zu bewerkstelligen. Insbesondere der oberösterreichische Abgeordnete Norbert Gugerbauer sollte in der Folge beim Obmannwech-

sel am Innsbrucker Parteitag eine wesentliche Rolle spielen.

Parteiobmann und Vizekanzler Norbert Steger ging in den Bundesparteitag der FPÖ im September 1986 mit der Devise „Garant für eine Fortsetzung der fruchtbaren Regierungskoalition mit der SPÖ“ zu sein. Sein Gegenspieler Jörg Haider sei hingegen Garant für einen Gang der Partei in die Opposition. Diese Gegenüberstellung der beiden Alternativen erschien Steger genug, um ihm die Mehrheit der Parteitage delegierten in Innsbruck zu sichern. Wie sehr er sich dabei irrt, sollte ihm am 13. September 1986 klar werden.

Der Innsbrucker Parteitag der FPÖ

An diesem Tag fand dann der Schicksalsparteitag der FPÖ statt. Versuche, einen Kompromisskandidaten zwischen Steger und Haider in den Kampf zu schicken, scheiterten. Nach einer dramatischen Parteitage-Auseinandersetzung gewann Jörg Haider mit nahezu 58 Prozent der Delegiertenstimmen die Wahl gegen den amtierenden Parteiobmann, der noch dazu Vizekanzler und Minister war.

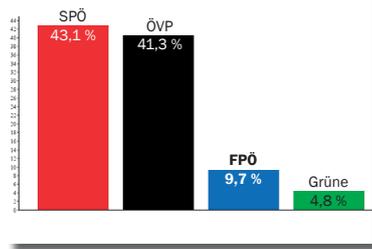
Die Dramatik dieses Innsbrucker Parteitages war ungeheuer groß und die Stimmung der Parteitage delegierten dementsprechend. Die feindselige Medienberichterstattung versuchte später, ein biergeschwängertes Volksfest daraus zu machen, auf dem der liberale Steger drangsalirt und quasi undemokratisch abgelöst worden sei. In Wahrheit handelte es sich jedoch dabei um einen Aufstand der Parteibasis gegen eine wenig erfolgreiche Parteiführung.

Damit hatte sich in der österreichischen Parteienlandschaft ein Umbruch vollzogen. Österreichs dritte Kraft, die sich seit Jahren zumindest außerhalb Kärntens von Wahlschlappe zu Wahlschlappe geschleppt hatte und von politischen Beobachtern bereits totgesagt war, hatte einen neuen Anfang gesetzt. Nicht das von den Steger-Anhängern prophezeigte Auseinanderbrechen der FPÖ war Ergebnis dieses Innsbrucker Parteitages, sondern ein starker Neubeginn unter Jörg Haider.



Der Sieger am Innsbrucker Parteitag 1986: Im Duell um die Obmannschaft konnte Jörg Haider Norbert Steger klar schlagen

Nationalratswahl 1986



Es war überraschend, wie rasch nach dem Obmannwechsel in Innsbruck eine breit angelegte Diffamierungskampagne der etablierten Medien und der alten politischen Parteien gegen Jörg Haider und die erneuerte FPÖ einsetzte. Der Parteiohmann selbst wurde flugs als "bedenkenloser Populist" dargestellt, die „Faschismuskule“ wurde bereits heftig geschwungen. Diese Versuche, Jörg Haider und die Freiheitlichen auszugrenzen, sollten zu einem primären Kennzeichen der österreichi-



Nach seiner Wahl zum Obmann wurde Jörg Haider von seinen Kärntner Paladinen Siegfried Kampf und Reinhart Gaugg triumphal aus dem Saal getragen

schon Innenpolitik seit 1986 werden. Sie erwiesen sich allerdings für die politischen Gegner der Freiheitlichen als kontraproduktiv, da die ständigen medialen Angriffe auf den neuen FPÖ-Chef diesem nur zu einem sehr hohen Bekanntheitsgrad verhalfen.

Die Nationalratswahl vom 23. November 1986, die Jörg Haider kaum zwei Monate nach seiner Wahl zum Parteichef zu schlagen hatte, bewies schließlich mit dem Erdrutschsieg der FPÖ, dass die österreichische Innenpolitik im Begriff war, sich dramatisch zu verändern. Neben zehn Prozent und 18 Mandate vermochten die Freiheitlichen zu gewinnen. Die Reaktion der alten Parteien bestand in einer Neubildung der bereits in den 60er Jahren gescheiterten großen Koalition. Dies bedeutete naturgemäß eine Erneuerung des rotschwarzen Parteien-Proporz und der Parteibuchwirtschaft und gab den Freiheitlichen in ihrer wiederum neuen Rolle als Oppositionspartei Gelegenheit, dagegen medienwirksam Sturm zu laufen. So vermochte Jörg Haider, sich mit den Freiheitlichen nach 1986 als durchschlagkräftiger Vertreter des Bürgerprotestes gegen politischen Filz und Korruption zu profilieren.

Haider hatte bereits bei der ersten von ihm geschlagenen Nationalratswahl das freiheitliche Stimmenpotenzial auf nahezu 500.000 Wähler verdoppeln können. Der Aufstieg der FPÖ zur Mittelpartei, zur gestaltenden und erneuernden Opposition in Österreich war vorprogrammiert.

Aufstieg in den Bundesländern

Auch in den Bundesländern gab es eine entsprechende Aufbruchstimmung. Bereits am 21. September 1986, also eine Woche nach dem Innsbrucker Parteitag, fand in der Steiermark eine Landtagswahl statt, die bereits im Zeichen Jörg Haiders stand. Obwohl man angenommen hatte, dass die Freiheitlichen ihre beiden Mandate verlieren und aus dem Landtag fliegen würden, schafften sie es noch einmal. Überraschenderweise errangen sie in der Obersteiermark, wo sie im krisengeschüttelten Industriegebiet für eine radikale Sanierung der Verstaatlichten Industrie eingetreten waren, ihr Grundmandat. Bereits hier war der neue Optimismus innerhalb der Parteibasis nach der Übernahme der Bundespartei-Obmannschaft durch Jörg Haider spürbar.

Die burgenländische Landtagswahl vom 4. Oktober 1987 sollte dann mehr als ein Jahr nach dem Führungswechsel von Innsbruck eine

erste wirkliche Nagelprobe für die innerparteiliche Erneuerung werden. In Österreichs östlichstem Bundesland war man seit langen Jahren nicht im Landtag vertreten gewesen. Nunmehr erreichten die Freiheitlichen auf Anhieb drei von 36 Mandaten. Obwohl der Versuch, einen sozialistischen Landeshauptmann durch eine Zusammenarbeit mit der Volkspartei zu verhindern, unter mysteriösen Umständen misslang, konnten sich somit die Freiheitlichen auch im östlichsten Bundesland als innenpolitischer Faktor etablieren.

Der 8. November 1987 brachte dann die erste Wiener Landtagswahl im Zeichen der FPÖ-Führung von Jörg Haider. Dieser Wahlgang war zwar von einem großen Nicht-Wähleranteil geprägt, brachte aber wiederum einen überragenden Erfolg der Freiheitlichen. Acht Mandate und ein Stadtrat gingen an die FPÖ. Den Stadtratsposten übernahm Rainer Pawkowitz, Klubobmann blieb weiterhin Erwin Hirsenschall. Diese Wahl brachte auch den ersten freiheitlichen Sitz im Bundesrat, der Länderkammer des Parlaments, den eine der großen späteren Hoffnungen – und danach Enttäuschungen – der Haider-FPÖ, nämlich Heide Schmidt, übernahm.

Einen ersten Höhepunkt beim Aufstieg der Freiheitlichen zur Mittelpartei brachte der 12. März 1989. Kaum mehr als zwei Jahre nach der Übernahme der Parteiohmannschaft durch Jörg Haider versuchten die etablierten Parteien im März 1989 durch die Zusammenlegung dreier Regionalwahlen, nämlich von Tirol, Salzburg und Kärnten, die Kräfte der FPÖ und Jörg Haiders aufzuspalten. Auf diese Art und Weise wollte man den dynamischen Oppositionsführer in seinem Wahlkampf behindern. Dennoch vermochten die Freiheitlichen in Salzburg mehr als 40.000 Stimmen und sechs Landtagsmandate zu erlangen. Sie erreichten damit wieder einen Sitz in der Landesregierung, den der Installateurmeister Volker Winkler einnahm. In Tirol wählten 58.000 Bürger die FPÖ, die danach mit fünf Mandaten in Landtag saß. In Kärnten schließlich wurde man mit nahezu 30 Prozent der Stimmen zur zweitstärksten Partei im Land. Elf Abgeordnete, die zweite Landtagspräsidentin und schließlich die Position des Landeshauptmanns waren der Lohn für diesen Erfolg. Die kühne Prophezeiung, die auf den Wahlplakaten ausgesprochen wurde „Tausche Jörg gegen Ambrozy“ hatte zum Erfolg geführt. Das Stammland Jörg Haiders, Kärnten, hatte den kontinuierlichen Aufstieg von 12 Prozent zu Beginn der 80er-Jahre auf eine

“
Die drei Regionalwahlen in Tirol, Salzburg und Kärnten am 12. März 1989 brachten freiheitliche Triumphe.
”

dominierende Mittelpartei von rund 30 und mehr Prozent geschafft. Jörg Haider sollte damit Gelegenheit bekommen, von der Oppositionspolitik auf die gestaltende und bestimmende Regierungsverantwortung umzusteigen.

Kärnten, ein „Modell für Österreich“?

Der Sieg der Freiheitlichen bei der Kärntner Landtagswahl am 12. März 1989 beendete einerseits die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs währende sozialistische Vormacht in Österreichs südlichem Bundesland, und zeitigte andererseits den ersten blauen Landeshauptmann in der Geschichte der Zweiten Republik durch die Person Jörg

Haiders, der mit den Stimmen der auf den dritten Platz abgerutschten ÖVP in dieses Amt gewählt wurde.

Dieser gewissermaßen doppelte Erfolg ermöglichte sowohl der FPÖ im Allgemeinen, wie Jörg Haider im Besonderen, nach dem Motto „Kärnten als Modell für Österreich“, in diesem Bundesland freiheitliche Grundsätze in praktische Politik umzusetzen.

Auch in der Rückschau von gut drei Jahrzehnten sind Haider und den Freiheitlichen dabei bleibende Erfolge zuzubilligen. Vor allem wurde nach dem Bruch der absoluten Mehrheit der SPÖ im Klagenfurter Landtag mit der roten Parteibuchwirtschaft aufgeräumt, die wie eine riesige Krake in alle Bereiche der Landesverwaltung bis weit hinein in Wirtschaftsbetriebe, die im Eigentum des Landes Kärnten standen, etwa im Landeselektrizitätsunternehmen Kelag, ihr Unwesen getrieben hat. Anstelle des Besitzes des „richtigen“ Parteibuches sollten die Bestimmungen des Kärntner Objektivierungsgesetzes den Ausschlag bei Stellenbesetzungen geben. Mit der Zurückdrängung des Parteieninflusses konnte in diesem Bereich eine alte freiheitliche Forderung umgesetzt werden.

Als „Modell für Österreich“ erwiesen sich die Gemeinderatswahlen des Jahres 1991, wo erstmals in einem österreichischem Bundesland die Bürgermeister nicht von den in den Gemeinderäten vertretenen Parteien und Listen im Verborgenen bestimmt, sondern direkt von den Gemeindebürgern gewählt wurden. Mehr direkte Demokratie und mehr Mitbestimmung der Bürger – auch dieser Punkt ist ein freiheitliches Kernanliegen, das umgesetzt werden konnte.

Dem vorangegangen war auf der einen Seite eine kontroverse Debatte unter den angesehensten Staats- und Verfassungsrechtlern der Republik, ob eine Direktwahl von Bürgermeistern verfassungsrechtlich überhaupt zulässig sei. Von manchen wurde sogar die Aufhebung der Bürgermeisterwahlen durch den Verfassungsgerichtshof in den Raum gestellt. Und auf der anderen Seite fand in der Politik eine hitzige Dis-

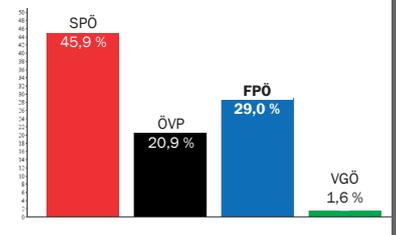
kussion über Umfang und Zulässigkeit von direkter Demokratie statt.

Was damals nicht nur zwischen Karawanken und Hohen Tauern für heftige Erregung gesorgt hatte, nämlich die Wahl der Gemeindeoberhäupter, ist mittlerweile längst zu einem österreichischen Normalfall geworden. Der Kommunalpolitik – und nicht nur in Kärnten – gutgetan hat es allemal. Schließlich konnte in vielen Gemeinden durch die Direktwahl der Bürgermeister die oft jahrzehntelang dauernde Dominanz einer Partei gebrochen werden.

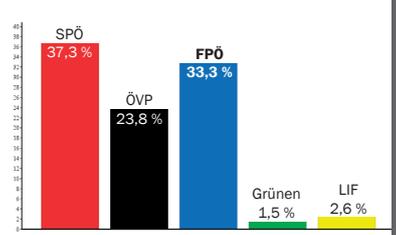
Fast zwanzig Jahre nach dem Ortstafelsturm des Jahres 1972 kam auch Bewegung in die Kärntner Volksgruppenfrage. Zuvor war innerhalb der slowenischen Minderheit, aber auch von linken Wiener Kreisen, die Befürchtung geäußert worden, ein freiheitlicher Landeshauptmann könnte die Rechte der Minderheit beschneiden. Tatsächlich aber erwiesen sich derlei Sorgen als unbegründet, und Haiders Absicht, eine Volksgruppenabteilung beim Amt der Landesregierung einzurichten, wurde als erster Schritt für einschlägige Reformen gedeutet. Maßgeblich zur Entkräftung des Verhältnisses von deutscher Mehrheit und slowenischer Minderheit beigetragen hat auch der Umstand, daß es dem als deutschnational geltenden freiheitlichen Landeshauptmann kaum als Verrat an der Deutschkärntner Mehrheit angelastet werden konnte, wenn er positive Akzente für die slowenische Minderheit setzte.

Aus der zeitlichen Rückschau von zwei Jahrzehnten ist jedoch auch festzuhalten, daß die deutliche atmosphärische Verbesserung des Klimas zwischen den Volksgruppen auch von Entwicklungen begünstigt wurde, die nicht im Einflussbereich der Freiheitlichen lagen. Als Jörg Haider im

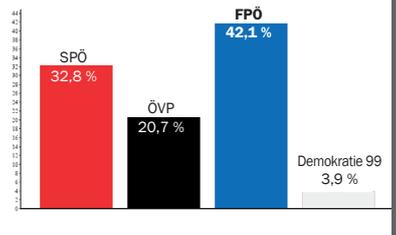
Kärntner Landtagswahl 1989



Kärntner Landtagswahl 1994



Kärntner Landtagswahl 1999



Die Kärntner FPÖ betrieb eine rege Nachbarschaftspolitik, hier Landeshauptmann Haider mit Klubobmann Martin Strutz und Klubdirektor Andreas Skorianz bei einer Hilfsaktion für den neugegründeten Staat Kroatien

Mai 1989 zum ersten freiheitlichen Landeshauptmann gewählt worden war, wurde immer offensichtlicher, daß es nur mehr eine Frage der Zeit war, bis das Tito-kommunistische Jugoslawien in seine ethnischen Bestandteile zerfallen würde. Und am 25. Juni 1991, nur vier Tage nach der Abwahl Haiders als Landeshauptmann, erklärte Slowenien dann tatsächlich seine Unabhängigkeit von Jugoslawien. Der südliche Nachbar Kärntens war damit nicht mehr ein kommunistischer Staat mit über 23 Millionen Einwohnern, sondern ein zwei Millionen Bewohner zählender Kleinstaat. Oder anders ausgedrückt: Die Bedrohung des Tito-Kommunismus hatte weitgehend ihren Schrecken verloren.

In anderen Bereichen, etwa im Bereich der Wirtschafts- und der Infrastrukturpolitik, konnte die FPÖ in Kärnten in jenen Jahren weniger Wegmarken setzen. Das lag in erster Linie jedoch daran, daß jene zwei Jahre, in denen Jörg Haider erstmals Kärntner Landeshauptmann war, auch eine zu kurze Zeit waren, um nachhaltige Akzente zu setzen.

Die Rückholung des nationalen Lagers

Die ersten zwei Jahre der Obmannschaft Jörg Haiders zeigten die Reintegration des klassischen nationalliberalen Lagers in die FPÖ. Während in den letzten Jahren der Ära Steger die traditionsbewussten Kernschichten des dritten Lagers, nationalliberal denkende Österreicher, eben zunehmend sich von der Partei entfernten, schaffte es Jörg Haider sehr rasch, diese traditionellen Wählerschichten wieder zu integrieren. Einerseits waren es klassische liberale Anliegen, wie Privilegienabbau, der Kampf gegen die Parteibuchwirtschaft und die Monopole, die diese Wählerschichten ansprachen, andererseits war es Jörg Haiders klare Haltung zur nationalen Identität und zum ethnischen Bekenntnis, die diesen Kernwählerschichten die Weiterführung der traditionellen nationalliberalen Inhalte des Dritten Lagers garantierten.

Die inhaltlichen Diskussionen des „Bedenkjahres 1988“ bildeten in diesem Zusammenhang für die Freiheitlichen unter Jörg Haider so etwas wie eine Nagelprobe. Obwohl man seitens der neuen FPÖ-Führung und seitens des Parteiobermannes selbst die Tragödie des Jahres 1938, als Österreich seine Eigenstaatlichkeit durch politischen Druck und militärische Gewalt verloren hatte, und die Folgen dieses Ereignisses keineswegs verniedlichte, betonte man, dass sich die Freiheitlichen den eigenen historischen Traditionen nicht entfremden lassen wollten. Den Höhepunkt dieser Diskussion bildete die Aussage Jörg

Veranstaltungen des Freiheitlichen Bildungswerks zu kontroversen ideologischen und historischen Themen einten das national-freiheitliche Lager



118

Haiders in den Sommergesprächen des ORF-Inlandsreports, wonach der Begriff der „österreichischen Nation“ eine „ideologische Missgeburt“ darstelle, weil es sich bei ethnischen und staatlichen Strukturen um zwei verschiedene Ebenen handle. Haider meinte dazu, wenn es „einem Kärntner Slowenen erlaubt ist, sich als Angehöriger des slowenischen Volkes zu fühlen und dennoch ein guter Österreicher zu sein, wenn es einem Sinowatz gestattet ist, sich als Kroat zu fühlen und doch als guter Österreicher zu gelten, so muss es einem Jörg Haider erlaubt sein, sich als Angehöriger der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft zu fühlen und dennoch ein guter Österreicher sein zu dürfen.“

Der Weg der FPÖ zu einer österreichisch-patriotischen Bewegung, die sich ihrer kulturellen Traditionen bewusst ist, die aber alte österreich-feindliche Irrwege überwunden hat, war damit geebnet. Klar und deutlich konnte Jörg Haider nämlich bei der Auseinandersetzung dieses Bedenkjahres feststellen, dass das kulturelle Bekenntnis zu deutscher Sprache und deutscher Kultur keinen Gegensatz zu österreichischem Patriotismus, zu staatsbürgerlicher Loyalität und Heimattreue darstelle.

Von den Wählerstrukturen her konnte die FPÖ unter Jörg Haider nach der neuerlichen Integration der traditionellen Kernwählerschichten daran gehen, insbesondere bürgerliche und wertkonservative Menschen anzusprechen. Von den Gegnern wurde es lächerlich gemacht als „Zustrom der Yuppies“. Tatsächlich war es aber so, dass junge, leistungsorientierte Menschen aufgrund der freiheitlichen Politik zunehmend zur FPÖ stießen. Die Verluste, insbesondere der Volkspartei, bei den Wahlgängen der späten 80er-Jahre zeigten, dass Jörg Haider FPÖ auf dem besten Weg war, zur „besseren bürgerlichen Partei“ zu werden.

“
Die Nationalratswahl von 1990 machte die FPÖ mit 17 Prozent zu einer Mittelpartei.
”

Die Nationalratswahl vom 7. Oktober 1990 brachte schließlich dann den Beweis, dass die Freiheitliche Partei unter ihrem Parteiobermann Jörg Haider zur Mittelpartei geworden war. Mit nahezu 17 Prozent der Wählerstimmen und 33 Mandaten waren die Freiheitlichen nun eine parlamentarische Gruppierung, die sowohl ein ernstzunehmender Koalitionspartner für jegliche Regierungszusammenarbeit gewesen wäre, als auch als Oppositionspartei über alle Möglichkeiten im Parlament verfügte. In Kärnten gelang es den Freiheitlichen sogar, über 30 Prozent der Wählerstimmen zu erlangen, in Salzburg immerhin nahezu 21 Prozent. Relativ am schwächsten blieb man in Niederösterreich und im Burgenland, wo man 12 bzw. 11 Prozent der Wählerstimmen erhielt.

„Den Landeshauptmann stürzen!“

Die Nationalratswahl vom Oktober 1990 zeitigte im Grunde bereits das Ende des seit 1945 existierenden Zwei-Parteien-Systems. Die bipolare, einander in rot-schwarzer Proporzpartnerschaft verbundene Parteienlandschaft der Zweiten Republik und die Geheimregierung der Sozialpartnerschaft in der bisherigen Form waren damit deutlich in Frage gestellt.

Fortsetzung auf Seite 124 ▶

119

“
Sein Einsatz und
sein Charisma
waren Ansporn
für tausende
Funktionäre ge-
wesen, es ihm
gleich zu tun.
”



„Die Stimmung war unbeschreiblich“
Landesrat a.D. Dr. Hans Achatz
im Interview

Wie war denn die Stimmung in der FPÖ am Ende der Ära Steger und was waren die Gründe für die Übernahme der FPÖ durch Jörg Haider?

Hans Achatz: Die Stimmung in der Partei am Ende der Ära Steger war geprägt durch die verpassten Chancen. Sie war geprägt von den Skandalen, die sich ereignet hatten. Ich erinnere an die Rede Bundespräsident Kirchschlägers bei der Eröffnung der Welser Messe 1980, in der er von der Trockenlegung der Sümpfe und sauren Wiesen gesprochen hat. Dass sich der Bundespräsident zu einer derartigen Mahnung veranlasst sah, zeigt schon, wie tief die Sache gegangen ist.

Im Gerichtsverfahren, das im Zuge des Wiener AKH-Skandals stattfand, wurden alle angeklagten Manager zu größeren Freiheitsstrafen verurteilt – zwischen 2,5 und 9 Jahren. Das Spital hatte 43 Milliarden Schilling gekostet statt der veranschlagten 15 Milliarden. Es war das teuerste Spital Europas. Politiker sind ungeschoren geblieben.

Am 9. Mai 1980 ist Norbert Steger vom Parlament zum Obmann des Ausschusses zur Untersuchung des AKH-Skandals bestimmt worden, nachdem er kurz vorher – am 2. März – zum Obmann der Freiheitlichen Partei gewählt worden war. Er

hat diesen Vorsitz konsequent und kompromisslos geführt, was ihm geradezu den Ruf eines Saubermannes, eines Aufdeckers, eines Korruptionsbekämpfers eingebracht hat.

Mit einem Schlag hat er diesen Ruf wieder verspielt: Er hat der Wahl des von Kreisky abgesägten Finanzministers Androsch zum Generaldirektor der Creditanstalt zugestimmt. Bei einer Besprechung in der Kreisky-Villa in der Armbrustergasse zwischen Kreisky, Benya, Friedrich Peter und Steger ist den Freiheitlichen klar gemacht worden, dass sie sich in der Frage des Wechsels von Androsch an die CA-Spitze möglicherweise die Voraussetzung einer rot-blauen Koalition schaffen könnten, falls die nächste Wahl eine solche erforderlich mache. Androsch selbst schildert diese Vorgänge in seinem letzten Buch „Niemand aufgeben“: Der FPÖ-Vertreter im Aufsichtsrat der CA hat dann tatsächlich für Androsch gestimmt. Binnen zwei Wochen nach seinem Rücktritt als Minister wurde Androsch zum stellvertretenden Generaldirektor und kurze Zeit später, am 1. Juli 1981, zum Generaldirektor der CA bestellt. Der Postenschatzer hat landesweite Empörung ausgelöst.

Damit war für die FPÖ die Möglichkeit des Auftritts als Sauberkeitspartei verspielt. Das zeigte sich schon bei der Wahl am 24. April 1983, als die FP einen prozentuellen Verlust einfuhr, aber aufgrund der Wahlarithmetik der von SP und FP beschlossenen Wahlordnung einen Zugewinn von einem Mandat ausweisen konnte. Die VP war die einzige Partei, die Stimmen gewonnen hatte. Die Schwarzen ließen sich nicht entgehen, die Koalition zwischen Sozialisten und Freiheitlichen als Koalition der Verlierer zu brandmarken.

Alo – wenn man so will – von vornherein ein negativer Beigeschmack dieser Koalition, der sich dann weiter entwickelt hat ...

Achatz: Das war tatsächlich so. Es hat so weit geführt, dass die Freiheitliche Partei in Meinungsumfragen schon unter der statistischen Wahrnehmbarkeitsgrenze gelegen hat, vom Erreichen der Vier-Prozent-Hürde für den Einzug in den Nationalrat ganz zu schweigen. Natürlich waren das nur Meinungsumfragen, aber dementsprechend war die Stimmung in der Partei.

Eine Stimmung, in der Jörg Haider die Partei übernehmen konnte. Wer waren die maßgeblichen Persönlichkeiten, die diese Übernahme unterstützten?

Achatz: Ein maßgeblicher Mann in diesem Zusammenhang war der damalige Bezirksparteiobmann von Linz Land, Raimund Wimmer, der unentwegt für Jörg Haider die Trommel gerührt hat. Die Anhängerschaft Stegers war nicht als gering zu bezeichnen. Heftige Auseinandersetzungen waren die Folge. Die oberösterreichische

Landespartei Vorstand hat einen Ausschuss (wie in China „Viererbande“ genannt) eingesetzt, der personelle Auswege aus der gegenwärtigen Misere suchen sollte, aber kläglich scheiterte. Als erster wurde Helmut Krünes gefragt, ob er sich einer Obmann-Kandidatur unterziehen würde, hat aber abgelehnt. Trotz der Bedrohlichkeit der Lage, die er auch erkannt hat. Von Haider war zunächst gar keine dezidierte Erklärung zu erreichen. Gugerbauer hat von vornherein abgesagt. Auch Holger Bauer wurde ohne Erfolg angesprochen. Gegen Steger wollte niemand auftreten – insbesondere jene nicht, die mit ihm gemeinsam die Freiheitliche Regierungsmannschaft bildeten, was ja auch verständlich war.

Wimmer war, wie gesagt, ständig unterwegs, und das über Oberösterreich hinaus. Es kam zur Bildung des Lorenzener Kreises, der sich besonders ins Zeug legte und an dessen Sitzungen zum Teil auch Haider teilnahm. Eine endgültige Zusage Haiders stand jedoch immer noch aus.

Am Vorabend des Innsbrucker Parteitag am 13. September 1986, kam es zu lautstarken Auseinandersetzungen in der Delegiertenversammlung der oberösterreichischen Landesgruppe. Die Mehrheitsverhältnisse waren durchwegs unklar, wengleich man schon erkannt hat, dass sich die Waage auf die Seite Haiders neigte. Das dürfte in allen Landesgruppen mehr oder weniger so gewesen sein – mit Ausnahme Wiens, das sich geschlossen hinter Steger gestellt hat, und Kärntens natürlich, wo man klar für Haider war. Die dortigen Freiheitlichen hatten ja im Jahr 1984 ihre Landtagswahl gewonnen – die einzige siegreiche Wahl weit und breit, sonst hatte die FP seit Götz nicht mehr gewonnen. Natürlich ist Haider dadurch für viele zum einzigen Hoffnungsträger geworden – nicht nur für Kärnten, sondern auch für die anderen Bundesländer.

Haider ist ja dann am nächsten Tag gewählt worden. Stimmt die Geschichte, dass man ihn vorher noch einmal überreden hat müssen, dass er tatsächlich antritt?

Achatz: Das war eher kompliziert. Es waren zwei Vorschläge erstattet worden. Der Vorschlag des Bundespartei Vorstandes lautete auf Steger, ein weiterer Vorschlag aus dem Plenum auf Haider. In der schier endlosen, aber großteils niveauvollen Debatte ging es hin und her. Da hat sich Steger etwas einfallen lassen. Für den Fall, dass er, Steger, und Haider jeweils auf eine Kandidatur verzichten, sollte Krünes als gemeinsamer Kandidat der beiden zum Obmann gewählt werden, um eine drohende Spaltung der Partei zu verhindern. Die Folge dieses mit meisterhafter Emotion vorgetragenen Appells war, dass der Parteitag getobt hat. Es herrschte plötzlich Aufbruchsstimmung. Die meisten Delegierten hatten

Fortsetzung auf Seite 122 ►

tatsächlich die Hoffnung, dass damit die Einheit der Partei erhalten werden konnte. Und Haider selbst? Ich habe aus allernächster Nähe beobachten können, wie unsicher er war, was er nun tun soll. Dem Steger-Vorschlag auf Krünes zustimmen oder weiterhin Kandidat bleiben? Da ist dann Gernot Rumpold auf ihn zugestürzt und hat gesagt „Nix, das wird durchgezogen“. Und damit war die Sache gelaufen und nach langer Unterbrechung ist es dann schließlich zu Wahl gekommen – mit dem bekannten Ergebnis. Norbert Steger hat den Parteitag ohne Gruß verlassen.

Jetzt gab es dann also klare Verhältnisse in der Partei, auch die Regierungsbeteiligung hat damit gedeut. Wie war dann die Entwicklung der Partei unmittelbar in den

“
Haider wollte die alten
Strukturen des Kammer- und Gewerkschafts-
staats aufbrechen.
”

ersten Jahren der Haider-FPÖ?

Achatz: Die Sache war die, dass die Kündigung der Koalition durch Vranitzky Neuwahlen notwendig machte, die fast eine Stimmenverdoppelung für die FPÖ brachten. Bei der ersten Bundeswahl nur wenige Wochen nach der Wahl des neuen Parteiohnmannes ein Zeichen, wie sich die künftige politische Entwicklung abspielen sollte.

Was hatte sich an der Politik geändert?

Achatz: Sie war einerseits durch Aktionismus und andererseits durch inhaltliche Unterscheidung von den Altparteien geprägt. Es gab Veranstaltungen, die die FPÖ bis zu diesem Zeitpunkt noch nie erlebt hatte. Ein großer Wirtschaftssaal in Haag am Hausruck erwies sich in kürzester Zeit als hoffnungslos überfüllt, sodaß man gezwungen war, die Versammlung auf den Marktplatz zu verlegen. Ähnliches passierte auch andersorts. Wo sich vormem oft nur wenige Zuhörer einfanden, waren es bei Haider nicht selten tausend und mehr. Der Politikstil ist angrieffiger geworden und klarer.

Er war vom Willen und von Mut geprägt, die alten Strukturen des Kammer- und Gewerkschaftsstaates aufzubrechen und vor allem auch die parteipolitischen Zwänge aufzulösen, die in

einem großen Ausmaß gegeben waren. Abgeordnete aus anderen europäischen Ländern konnten nicht glauben, was im restlichen Europa unmöglich, in Österreich aber politische Realität war: Die parteipolitische Ausrichtung von Kinder-, Jugend- und Pensionistenorganisationen, von Fußballvereinen und Bergsteigerklubs. Schlimmer noch: Ohne Parteibuch blieb beruflicher Aufstieg nicht selten verwehrt.

Da hat Jörg Haider zweifellos in ein Wespennest gestochen. Mit dem Erstarken der Freiheitlichen hat sich in diesen Bereichen so manches zum Besseren gewendet. Gehaltssteigerungen für Politiker wurden abgelehnt, Politikerprivilegien wider Erwarten in der Tat beschnitten.

In seiner Rede zum Neujahrestreffen 1987 hat Haider erstmals und zum Entsetzen vieler das heiße Eisen der ausländischen Gastarbeiter aufgegriffen. Ihren Zuzug hielt er unsäglich für hohe Sozialausgaben und die hohe Inländerarbeitslosigkeit. Erst heute, im Jahr 2016, hört man ein gleiches Rattern von der Spitze der Arbeiterkammer. Die freiheitliche Partei war in ihren Erkenntnissen ein gutes Stück voraus.

Wo liegen die Eckpunkte der Erfolge der freiheitlichen Partei in dieser Phase?

Achatz: Die FPÖ hat zusehends mehr plebiszitäre Elemente in ihre Politik aufgenommen. Es waren verschiedene von der FPÖ entwickelte Volksbegehren, die geradezu als Waffe gegen das politische Establishment entstanden sind. So das bereits 1987 abgehaltene Volksbegehren gegen die Privilegien, dann 1991 das eingeleitete Verfahren zur Durchführung einer Volksbefragung über die geplante Weltausstellung in Wien, die schließlich mit knapp 65 Prozent abgelehnt wurde.

Am 22. November 1992 hat die FPÖ das Volksbegehren „Österreich zuerst“ eingebracht. Mit Forderungen zur Asylpolitik, zur Bildungspolitik und zu vielem, was mit der Ausländerfrage zusammen hängt. Auch hier sehen wir, dass die meisten Forderungen die jüngsten Entwicklungen seit den Ereignissen vor dem Kölner Dom und im Linzer Hauptbahnhof vorwegnahmen.

Diese Aktivitäten haben alle auch eines organisatorischen Aufwandes bedurft, die Partei wurde in Bewegung gehalten, die Strukturen wurden gestärkt und die FPÖ hat es so geschafft, ihre Argumente unter die Leute zu bringen: Grundvoraussetzung für Wahlerfolge.

Die Politik der FPÖ richtete sich nach dem Willen der Bevölkerung und entsprach damit dem Verfassungssatz über die Republik „Ihr Recht geht vom Volk aus“. Dieser Satz war vom politischen Mitbewerber meist nur mehr als Lippenbekenntnis zu hören.

Das machte die freiheitlichen Erfolge des letzten Jahrzehnts des vergangenen Jahrhunderts aus – neben dem nicht zu vernachlässigenden innerparteilichen Solidarisierungseffekt, der durch die ständige Ausgrenzung und Beschimpfung der freiheitlichen Anhänger und Mitarbeiter und ihres Obmannes entstanden war. „Sie sind gegen ihn, weil er für Euch ist“ war nicht nur ein eingängiger Plakatslogan.

Gab es Schwächen in der Parteientwicklung?

Achatz: Die Partei war zu schnell gewachsen, um wirklich stabil zu sein. Manchem Quereinsteiger war denn auch der Druck zu groß, wenn sich die Politik als beinhalte, oft von persönlichen Untergreifen begleitete Auseinandersetzung und nicht als Ausformung der allgemein gepflogenen Späßgesellschaft entpuppte. Das war eine der Schwächen der Partei.

Eine andere war in ihrem Obmann Jörg Haider selbst begründet, der seine Meinung von einem Tag zum anderen ändern konnte, nicht selten von einer Stunde zur anderen. Dann auch wieder erst nach längerem Zaudern. Das war bei Personalentscheidungen ebenso der Fall wie bei grundsätzlichen Fragen, etwa der Neutralität oder des Beitrittes zur Europäischen Union. Bei diesem letztgenannten Problemkreis war eine klare Linie lange Zeit nicht erkennbar. Man hielt sich eben Türen offen. Auch sonst sparte Haider nicht mit Widersprüchlichem. Der österreichischen Nation als „Missgeburt“ folgte die Absage an die „Deutschrümler“. Den diesbezüglichen Sägern folgten oft Entschuldigungen.

Die Fähigkeit zu raschem Meinungsumschwung nahm zwar seiner Politik das Doktrinäre, versetzte aber die einfachen Mitglieder und Funktionäre in manchen Erklärungsnotstand und sinnlose Diskussionen.

Ist man dann im Jahr 1999/2000 zu früh in die Regierung gegangen, oder war das gar nicht anders möglich ob des Druck aus der Öffentlichkeit?

Achatz: Ich habe in den Diskussionen im Bundesparteiivorstand die Meinung vertreten, dass es im Hinblick auf die eigene Personalsituation zu früh ist, in eine Regierung zu gehen. Jörg hat mich in dieser Sitzung gefragt: „Hans, warum fürchtest Dich denn so?“ Ich habe mich nicht gefürchtet, ich habe nur unsere Möglichkeiten und Fähigkeiten realistisch eingeschätzt. Es waren zu wenige Fachleute für die Regierungsarbeit vor-



Jörg Haiders Antrittsbesuch bei Bundespräsident Kurt Waldheim nach seiner Wahl zum Bundesparteiobmann der FPÖ

handen. Es war zu wenig Kapazität da. Wir waren der ÖVP heillos unterlegen, was Taktik und Beherrschung des Beamtenapparates betrifft. Das hat Jörg Haider in Kärnten aufgrund seiner persönlichen Art zusammengebracht. Mir ist es auch in Oberösterreich gelungen, einen kleinen Beamtenstab für Sachpolitik fern jeder Parteipolitik zu gewinnen, aber in der Bundespolitik ist das unter den gegebenen Voraussetzungen ein Ding der Unmöglichkeit gewesen.

Abschließend: Wo waren Stärken Haiders?

Achatz: Seine Stärken waren auch die Stärken der Partei. Sein Einsatz und sein Charisma waren der Ansporn für Funktionäre, es ihm gleich zu tun. Anders wäre die Steigerung der Stimmten bei fast allen Wahlgängen nicht zu erklären und anders hätte die FPÖ es nicht geschafft, bei der letzten Wahl des 20. Jahrhunderts zur zweitstärksten Partei zu werden. Das ist das unbestreitbare Verdienst Jörg Haiders, das er letzten Endes selbst zerstört hat. Ohne die freiheitlichen Errungenschaften von 1987 bis zur Jahrtausendwende wären aber die heutigen Entwicklungen nicht denkbar. Dass sich die Partei jetzt anschiekt, die stärkste Partei zu werden, ist dem Charisma und dem Einsatz des seit einem guten Jahrzehnt wirkenden Obmannes Strauche und seiner Mistreiter zu danken, und wieder der Vielzahl an Funktionären, ohne deren Einsatz es keinen Erfolg gibt.

Es war wohl auch diese Tatsache, die die Strategen in den roten und schwarzen Parteisekretariaten dazu bewegte, den erfolgreichen Oppositionsführer, der gleichzeitig Regierungsverantwortung in Kärnten wahrnahm, politisch „liquidierten“ zu wollen. Man wollte ihm einfach nicht mehr Gelegenheit geben, in Kärnten zu zeigen, wie die freiheitliche Erneuerungspolitik konkret aussehen kann. Spätestens im Frühjahr des Jahres 1991 scheint sich das politische und mediale Establishment Österreich darauf geeinigt zu haben, einen Anlass zu suchen, um Jörg Haider vom Stuhl des Kärntner Landeshauptmannes zu stoßen, um - so glaubte man zumindest - seine politische Karriere damit insgesamt zu beenden.

Erste Anzeichen für diese Strategie gab es bereits im Herbst 1990 in Kärnten selbst, wo hinter dem Rücken des freiheitlichen Koalitionspartners die ÖVP mit den Sozialisten über eine Änderung der Referatsaufteilung in der Landesregierung verhandelte. Am 13. Juni 1991 war es dann soweit: Während einer kritischen Betrachtung von Landeshauptmann Jörg Haider im Kärntner Landtag zu den Zumutbarkeitsbestimmungen im Arbeitslosenversicherungsgesetz, provozierte der sozialistische Klubobmann den FPÖ-Mann mit der unglaublichen Unterstellung: „Das sind Methoden wie im Dritten Reich“. Im folgenden Wortwechsel zwischen Regierungsbank und Abgeordneten fiel die vielzitierte Aussage des Landeshauptmannes. Der sozialistische Klubobmann erklärte: „Was sie fordern, hat es schon gegeben, aber im Dritten Reich“. Darauf Jörg Haider: „Das hat es im Dritten Reich nicht gegeben, weil im Dritten Reich haben sie ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal Ihre Regierung in Wien zusammenbringt, das muss man auch einmal sagen“. Obwohl der freiheitliche Landeshauptmann unmittelbar darauf diese Äußerung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknahm und die Kärntner ÖVP als Koalitionspartner der Freiheitlichen am darauffolgenden Tag erklärte, dass für sie die Möglichkeit erkannt, dem freiheitlichen Experiment in Kärnten ein Ende zu bereiten. Bereits am 15. Juni bot die SPÖ der Volkspartei als schwächster Partei im Kärntner Landtag den Landeshauptmann „ohne Bedingungen“ an.

Die Kärntner Bevölkerung zeigte aufgrund der darauffolgenden willkürlichen Abwahl Jörg Haiders als Landeshauptmann massive Sympathie für den FPÖ-Chef. Die Mehrzahl der österreichischen Medien allerdings, angefangen vom ORF bis hin zu den Zeitschriftmagazinen, prophezeiten nun das politische Ende Haiders: Sein politischer Aufstieg

Bei Wahlkämpfen war Jörg Haider nahezu omnipräsent, als mitreißender Redner konnte er sich optimal auf sein Publikum einstellen



sei zu Ende, er sei gescheitert und wohl auch seine Parteifreunde würden sich nun von ihm lossagen.

Dass all dies Wunschdenken war, sollte sich wenige Wochen später im Herbst 1991 zeigen: Bereits die burgenländischen Landtagswahlen vom Juni 1991 brachten bescheidene Zugewinne der FPÖ. Der Knalteffekt allerdings kam im September 1991 in der Steiermark: Mit neun Mandaten und nahezu 16 Prozent der Stimmen vermochte die FPÖ die Anzahl der Sitze im Grazer Landtag zu vervierfachen. Der steirische FPÖ-Obmann Michael Schmidt konnte nach einem mit Hilfe des Bundesparteiobmannes überaus dynamisch geführten Wahlkampf in die Landesregierung einziehen, wo es ihm bald gelang, einen ebenso eigenwilligen wie eigenständigen politischen Stil zwischen den beiden Altparteien zu entwickeln. Dieses steirische Wahlergebnis zeigte den Meinungsmachern im Lande deutlich, dass Jörg Haider in den Augen der österreichischen Bevölkerung durch die unfaire Abwahl als Kärntner Landeshauptmann nicht nur zum politischen Märtyrer, sondern vielmehr zum Hoffnungsträger für breitere Wählerschichten geworden war.

“
Die Wiener Landtagswahl vom November 1991 brachte mit 23 % für die FPÖ einen politischen Paukenschlag.
”

Der zweite Streich erfolgte dann wenige Wochen später Anfang Oktober 1991 in Oberösterreich. Hier vermochten die Freiheitlichen mit 11 Mandaten und nahezu 18 Prozent der Stimmen ein noch besseres Ergebnis einzufahren. Der neue Mann, Landesrat Hans Achatz, konnte in der Folge im Land ob der Enns verstärkt freiheitliche Akzente setzen.

Einen wahren Paukenschlag allerdings zeitigte dann die vorverlegte Wiener Landtagswahl am 11. November 1991. Mit nahezu 23 Prozent der Wählerstimmen und 23 Mandaten vermochten die Freiheitlichen erstmals ganz massiv in die sozialistischen Hochburgen einzubrechen. Der vom Nationalrat in den Landtag gewechselte Fraktionsführer Rainer Pawkowicz konnte mit seiner neu gestärkten Landtagsmannschaft sehr rasch zeigen, dass die Freiheitlichen nicht nur im eher ländlich strukturierten Kärnten, sondern auch in der Weistadt Wien als zweitstärkste Kraft bestimmend zu agieren vermochten. Alle drei Landtagswahlen, bei denen immerhin ein Großteil der Österreicher zur Urne geschritten war, zeigten dann, dass Österreichs Freiheitliche mit ihrem Parteiobmann Jörg Haider über einem Volkstribun von ungebrochener Ausstrahlung verfügten.

Oppositionschef im Parlament

Die freiheitliche Mittelpartei war ganz massiv in die Stammwählerschicht der beiden alten Parteien eingebrochen und damit zum realen machtpolitischen Herausforderer geworden. Um den Jahreswechsel 1991/92 dürften die etablierten Partei- und Medienstrategen daher beschlossen haben, die Ausgrenzung der Freiheitlichen zu steigern bis hin zu Kriminalisierung. Als unmittelbaren Anlass nutzte man die ins Haus stehende Novellierung des NS-Verbotsgesetzes. Die medial hochgepuschte Debatte um neonazistische Kleingruppierungen und rechtsextreme Sekten wurde genützt, um die FPÖ und eine Anzahl ihrer Exponenten zu diffamieren.

Die Debatte, welche um Jörg Haiders Ausspruch von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ mit großer Heuchelei und Unterstellungen geführt worden war, wurde Anfang 1992 fortgesetzt durch eine mehr oder weniger künstliche Diskussion um die „drohende Umvolkung“, die vom damaligen Vorsitzenden der freiheitlichen Parteiakademie Andreas Mölzer in den Raum gestellt worden war. Der aus der Humanethologie entlehnte Begriff wurde als NS-Diktion gebrandmarkt und als Beispiel freiheitlicher Xenophobie an den Pranger gestellt. Die daran hochgezogene Debatte sollte als Spaltkeil in die Reihen der Freiheitlichen getrieben werden. Die kurzzeitig eskalierende Auseinandersetzung bekam Parteiobermann Jörg Haider allerdings sehr rasch in den Griff, indem er gegen die Kritik Heide Schmidts und Georg Mauthner-Markhofs selbst die Führung des Nationalratsklubs im Parlament übernahm und Norbert Gugerbauer ablöste. In der politisch härter werdenden Auseinandersetzung – so Jörg Haider – müsse der Parteiobermann unmittelbar an der Front agieren.

“
Zwischen dem Führungstrio Jörg Haider, Norbert Gugerbauer und Heide Schmidt kam es bald zu Differenzen.
”

Die Ablösung des bisherigen erfolgreichen Klubobmannes Norbert Gugerbauer versuchten die Medien zwar zum internen Streit hochzustilisieren, um den gleichzeitig stattfindenden Präsidentschaftswahlkampf zugunsten der freiheitlichen Kandidatin Heide Schmidt zu beeinflussen. Dennoch konnte Heide Schmidt mit mehr als 16 Prozent ein einigermaßen respektables Ergebnis für die Freiheitlichen einfahren.

Jörg Haider und die Freiheitlichen hatten sich erneut als prinzipientreue, widerstandsfähige politische Gegner erwiesen. Breite Teile der Bevölkerung, die ursprünglich mit dem nationalliberalen Lager oder der FPÖ kaum etwas im Sinn hatten, wurden durch diese schweren Angriffe nach und nach für die freiheitliche Erneuerungsbewegung solidarisiert.

Auf Jörg Haider folgte als Landeshauptmann-Stellvertreter in Kärnten der vormalige Generalsekretär Mathias Reichhold. Reichhold hatte bereits im Herbst 1991 nach einem erfolgreichen Wahlkampf bei den Landwirtschaftskammerwahlen den Sessel des Vize-Präsidenten für die Freiheitlichen erobern können. Ihm selbst folgte als Generalsekretär der Mediziner Karl Schnell aus Salzburg nach, der mit Walter Meischberger die Bundespartiezentrale leitete. Schnell sollte in der Folge dann Landesparteiobmann der FPÖ in Salzburg werden.

Der Zeitraum zwischen den Regionalwahlen des Herbstes 1991 bis zur Nationalratswahl 1994 war eine Schlüsselphase der österreichischen Innenpolitik. In diesen Jahren zeigte die freiheitliche Erneuerungsbewegung, dass sie unter Jörg Haider tatsächlich in der Lage war, überzeugende politische Alternativen zum rot-schwarzen Proporzsystem zu entwickeln. Die „Wiener Erklärung“, die Parteiobermann Jörg Haider am 7. April 1992 zur „Situation von Staat und Gesellschaft am Vorabend der Beitrittsentscheidung über ein gemeinsames Europa“ abgab, machte klar, dass die FPÖ dabei war, schlechthin zur politischen Zukunftshoffnung für Österreich zu werden. „Österreich ist im Begriff, sich nachhaltig zu ändern. Wir Freiheitlichen leisten dazu unseren Beitrag“, erklärte Haider.

Ein Volksbegehren verändert das Land

Im Herbst des Jahres 1992 beschlossen die Freiheitlichen, ein Volksbegehren zur Begrenzung der Zuwanderung nach Österreich durchzuführen. Die Gegner der FPÖ sprachen sofort davon, dass hier erstmals „ein Volksbegehren gegen Menschen“ stattfinde. Von den Vertretern der Kirche bis hin zu den Gewerkschaften, von allen etablierten Medien bis hin in die Parteisekretariate von Rot und Schwarz, solidarisierte man sich mit mehr oder weniger heuchlerischen Argumenten gegen Jörg Haider und den Freiheitlichen. Von Verhetzung war die Rede, von rassistischer Ausländerfeindlichkeit und von einem politischen Skandal, der das ganze Land diskreditiere.

Die Freiheitlichen meinten allerdings, man solle lieber ein Volksbegehren durchführen, als es zu einem Volksaufstand wegen der ungebremsten Zuwanderung kommen zu lassen. Gerade die heikelsten Themen dürften in der Demokratie nicht tabuisiert werden und man müsse vielmehr das Volk, den Souverän, in die Lösung einbinden. Österreich sei durch die verfehlte Einwanderungspolitik der Regierung in eine schwierige Lage gekommen, sodass es einfach notwendig war, unter dem Motto „Österreich zuerst“ ein solches Volksbegehren durchzuführen.

Ein vorläufiger Einwanderungsstopp, die Begrenzung des Anteils von Schülern mit nicht-deutscher Muttersprache auf höchstens 30 Prozent und die Verweigerung des Ausländerwahlrechts bei allgemeinen Wahlen sowie eine zurückhaltende Vorgangsweise bei der Verleihung der Staatsbürgerschaft wurden zentral zu Forderungen dieses Volksbegehrens. In sicherheitspolitischer Hinsicht wurde die Eindämmung von illegalen Praktiken ausländischer Vereine und Klubs sowie die Forderung nach sofortiger Ausweisung für ausländische Straftäter erhoben. Überdies wollten die Freiheitlichen eine Ost-Europa-Stiftung, die das Problem an der Wurzel, nämlich in den Herkunftsländern der Emigranten lösen sollte.

Das Volksbegehren „Österreich zuerst“ sollte so etwas wie ein Wendepunkt der österreichischen Innenpolitik werden. Unter dem Motto

Im Volksbegehren „Österreich zuerst“ thematisierte die FPÖ erstmals das Thema der Massenzuwanderung



„Gesetze statt Ausländerhetze“ gingen insbesondere die Sozialisten daran, eine restriktivere Ausländergesetzgebung durchzuführen. Ultralinke Kreise beichtigten die Regierung, sich von Jörg Haider treiben zu lassen. Von etablierter Seite speulierte man überdies damit, dass viele Bürger nicht die Zivilcourage haben würden, sich offen bei einem Volksbegehren zu deklarieren, um nicht als Ausländerhasser dazustehen. Mit allen Mitteln bis hin zum sogenannten „Lichtermeer“ versuchte man, gegen Jörg Haider und das Volksbegehren Stimmung zu machen. Dass dann dennoch mehr als 400.000 Österreicher sich offen bei den Gemeindegremien deklarierten, war an sich eine Sensation, da es aber „nur“ etwa acht Prozent der Wahlberechtigten waren, wurde das Ergebnis vom etablierten Medienkartell als Niederlage Jörg Haiders abgetan. Dass dies eine Fehlinterpretation und großkoalitionäres Wunschdenken war, zeigte sich gut ein Jahr später, als die Freiheitlichen bei den bundesweiten Wahlen nahezu 23 Prozent erlangten.

ren noch pflichtgemäß. Wenige Tage aber nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses, welches von den FPÖ-Gegnern als „Absturz“ interpretiert wurde, erklärten Heide Schmidt, Friedhelm Frischenschlager, Hans-Helmut Moser, Clara Motter und ein weitgehend unbedeutender steirischer Abgeordneter ihren Austritt aus der freiheitlichen Nationalratsfraktion und die Bildung einer eigenen Fraktion. All diese Abgeordneten hätten wahrscheinlich im Zuge der Nominierung für die kommende Nationalratswahl keine Chance mehr auf einen Listenplatz gehabt. Weniger liberale Grundsatzüberlegungen, als vielmehr bloßes karrieropolitisches Denken dürfte also Anlass und Ursache für ihren Absprung gewesen sein.

Heide Schmidt halte ihren Schritt allerdings mit entsprechender Vorbereitung und Abstimmung mit den Sozialisten getätigt. Nationalratspräsident Heinz Fischer höchstpersönlich war es, der den Klubstatus der fünf abgesprungenen Abgeordneten bestätigte und mit dessen Hilfe schließlich die millionenschwere Klubfinanzierung zustande kam, die die Gründung des Liberalen Forums erst ermöglichte.

Dennoch sollte sich die sozialistische Überlegung, dass man damit das freiheitliche Lager spalten könne, als Irrtum herausstellen. Wie Sozialwissenschaftler und Meinungsforscher bald ermitteln konnten, war das anfangs vorhandene Wählerpotenzial für das neugegründete Liberale Forum eher bei den Zeitgeistwählern und bei linken Gruppierungen angesiedelt. In nur geringem Maße konnte das Liberale Forum in der Folge der FPÖ Wählerstimmen wegnehmen, sehr wohl allerdings im Bereich der bildungsbürgerlichen Schichten der ÖVP sowie im Bereich der linksintellektuellen Zeitgeistwähler, den Grünen und den Sozialisten.

“
Das Liberale Forum
nahm der FPÖ kaum
Stimmen weg und punk-
tete eher bei den Zeit-
geist-Wählern.
”

Europa Ja – aber Österreich zuerst!

Die FPÖ war traditionell in Österreich ursprünglich die Europa-Partei schlechthin. In Zeiten, als Sozialisten und Volkspartei den Beitritt zur seinerzeitigen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch heftig ablehnten und dabei in vorausweisendem Gehorsam nach Moskau schielten, wo das kommunistische „Njet“ gegen einen neuerlichen „Anschluss“ Österreichs ertönte, plädierte die FPÖ stets für die Teilhabe Österreichs an der europäischen Integration. Als dann SPÖ und ÖVP auf einen Pro-EU-Kurs umschwanken, gingen die Freiheitlichen Jörg Haider allerdings auf Distanz zum Beitritt. Dies nicht aus prinzipieller Neinsagerei, sondern vielmehr wegen der neuen Qualität der europäischen Integration, die diese auf Grund der Maastrichter Verträge erhalten hatte. Die Freiheitlichen wollten zwar ein Europa der Vaterländer, einen europäischen Staatenbund, sie stimmten allerdings vehement gegen einen neuen europäischen Zentralismus und gegen eine Form der Gleichmacherei, wie sie auf Grund der Maastrichter Verträge unausweichlich schien.

Im Vorfeld der Beitrittsdiskussion scheute die FPÖ weder Mühe noch Aufwand, um die Parteibasis zu Wort kommen zu lassen. Zwei außerordentliche Europa-Parteitage im Frühjahr 1993 und im Frühjahr 1994 klärten die freiheitliche Linie ab und bestätigten Jörg Haider bei seinem EU-kritischen Kurs. Insbesondere forderten die Freiheitlichen



Der Konflikt zwischen Heide Schmidt und Parteiboss Haider führte schließlich zur Abspaltung des Liberalen Forums. Dieses endete in der politischen Bedeutungslosigkeit

Die letzten Liberalen?

Heide Schmidt war durch die Protektion Jörg Haider im Jahre 1988 zur Generalsekretärin der FPÖ geworden. Überdies zog sie für die Wiener Freiheitlichen in den Bundesrat ein, um dann bei der Nationalratswahl des Jahres 1990 in den Nationalrat zu kommen und dessen dritte Präsidentin zu werden. All diese Stationen ihrer politischen Karriere konnte sie nur dank der Förderung durch den Parteiboss erreichen. Im Spätherbst 1991 schließlich wurde sie gar noch zur freiheitlichen Kandidatin für den Bundespräsidentenwahlkampf gekürt.

Erste massive Auseinandersetzungen zwischen Heide Schmidt und Jörg Haider gab es im Frühjahr 1992, als Georg Mauthner-Markhof aus dem Parteipräsidium schied und Haider Norbert Gugerbauer als Klubobmann im Parlament ablöste. Diese Auseinandersetzung kulminierte schließlich im Umfeld um das freiheitliche Volksbegehren „Österreich zuerst“ zur Begrenzung des Ausländerzuzugs. Sowohl Heide Schmidt als auch ihre späteren Mitstreiter unterstützten das Ausländervolksbegeh-



Der EU-Beitritt im Jahre 1995 wurde von der rot-schwarzen Regierungskoalition geradezu triumphal gefeiert, die FPÖ stand dem von Anfang an kritisch gegenüber

im Zuge dieser Debatten die Bundesregierung auf, Österreichs Hausaufgaben vor einem allfälligen EU-Beitritt zu machen: Weder sei das Land Europa-tauglich noch wolle man einen Beitritt zur Europäischen Union in der gegenwärtigen Form. Die EU-Spitze sei nicht demokratisch legitimiert, es würden Souveränitätsrechte und Gesetzgebungsrechte aus den nationalen Parlamenten nach Brüssel delegiert. Die Beitrittskosten für den künftigen Netto-Zahler Österreich seien zu hoch.

Die rot-schwarze Bundesregierung indessen versuchte, den Beitritt Österreichs mit allen Tricks und mit vielen vollmundigen Versprechungen voranzutreiben. Alois Mock und Brigitte Ederer, die als Chefverhandler in Brüssel die Beitrittsverhandlungen aushandelten, wurden als nationale Helden gefeiert. Ederer versprach den Österreichern im Falle des EU-Beitritts pro Haushalt einen Tausender Ersparnis. Alles sollte billiger, alles besser, alles sicherer werden.

Unter diesen Voraussetzungen war es kein Wunder, dass nach dem massiven Werbefeldzug der Regierung das Plebiszit im Juni 1994 über den EU-Beitritt des Landes zugunsten der Beitrittsbefürworter ausging. Knapper allerdings als gedacht. Kaum mehr als 60 Prozent der Österreicher sprachen sich dafür aus. Weit über 30 Prozent drückten mit ihrer Ablehnung eine Zustimmung für die freiheitlichen Anti-EU-Argumente aus.

Der Preis des Aufstiegs

In den 90er Jahren war der Aufstieg der FPÖ unter ihrem Bundesparteiobmann Jörg Haider ungebremst, wie sich anhand der Ergebnisse der Nationalratswahlen zeigte. Kam die FPÖ bei der Nationalratswahl 1990 auf 16,6 Prozent der Stimmen, so waren es 1994 bereits 22,5 Prozent, um dann bei der Nationalratswahl am 3. Oktober 1999 mit 26,9 Prozent den damals historischen Höchststand zu erreichen. Einzig bei der vorgezogenen Neuwahl im Dezember 1995 mussten die Freiheitlichen ein leichtes Minus hinnehmen.

Natürlich blieb der Höhenflug der Freiheitlichen, der 1986 begann, als Jörg Haider die Obmannschaft übernommen hatte, nicht ohne Auswirkungen auf Funktionäre und Erscheinungsbild der Partei. In der einstigen Honoratioren-Partei gaben nicht mehr Freiberufler und Gewerbetreibende den Ton an, sondern lässige junge Männer. In der Bundesparteientrale wechselten die Generalsekretäre beinahe im jahreszeitlichen Rhythmus und bald prägte die sogenannte „Buberlpartei“, deren bekannteste Vertreter Gernot Rumpold und Walter Meischberger waren, das Erscheinungsbild der Partei.

Anders als jene „Honoratioren“, die bis in späten 80er Jahre in der FPÖ tonangebend waren und deren ideologische Verankerung im national-freiheitlichen Lager teilweise bis in die Väter- oder sogar Großvätergeneration nachweisbar war, handelte es sich bei den neuen freiheitlichen „Yuppies“ oftmals um ideologische Flachwurzler. Für sie standen nicht freiheitliche Grundsätze im Mittelpunkt des politischen Handelns, sondern die persönliche Karriere und Eitelkeiten sowie die Person Jörg Haider.

Im Rückblick könnte festgestellt werden, dass in jenen Jahren das Fundament für das Scheitern der FPÖ in der späteren Koalition mit der Volkspartei gelegt wurde. Denn eine blaue Regierungsrige, die sich zu einem großen Teil durch inhaltlich-ideologische Beliebigkeit auszeichnete, sollte für den machtbewussten ÖVP-Kanzler Schüssel kann mehr als ein Jausengegner sein.

Inhaltlich rückte in der FPÖ unter der Führung Haider ab den frühen 90er-Jahren die Notwendigkeit des Kampfes um das Heimatrecht der Österreicher immer mehr in den Vordergrund. Ursache dessen war der Zusammenbruch der osteuropäischen kommunistischen Diktaturen im Spätherbst des Jahres 1989, der nicht nur ein Zusammenwachsen Europas gebracht hat, sondern auch einen Massenzug aus dem ehemaligen Ostblock. Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch die Kriege im ehemaligen Jugoslawien, die abertausende Flüchtlinge nach Österreich brachten, von denen ein Gutteil im Lande blieb, sowie durch die sich verstärkende Massenzuwanderung aus der Türkei und anderen außereuropäischen Ländern. Österreich wurde damit wider Willen immer mehr zu einem Einwanderungsland mit all seinen negativen Begleiterscheinungen wie der Herausbildung von Parallelgesellschaften oder der Belastung der Sozialsysteme. Aus dieser Situation heraus wurde Anfang 1993 das bereits erwähnte Volksbegehren „Österreich zuerst“ lanciert.

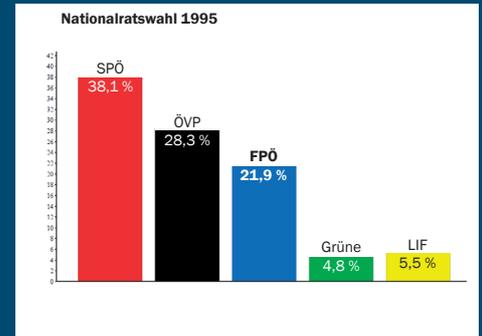
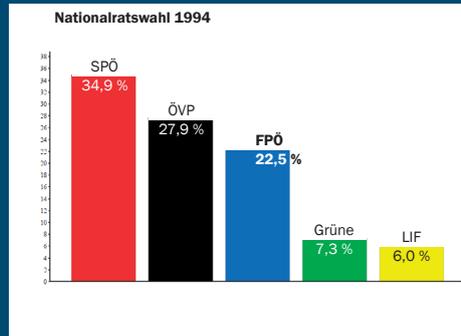
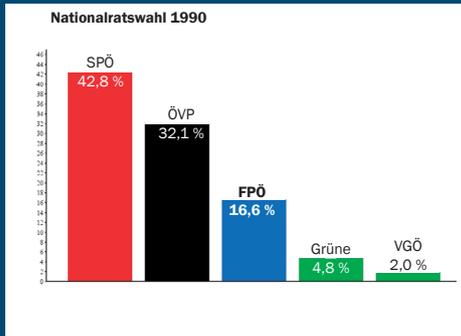
“
Die Instrumente der direkten Demokratie waren zentrales Mittel für den Aufstieg der Haider-FPÖ.
”

Im Übrigen war „Österreich zuerst“ nicht das einzige Volksbegehren, das die FPÖ in den 90er Jahren durchführte. Vielmehr entdeckten Haider und die Freiheitlichen dieses Instrument direkter Demokratie, um einen Gegenpol zu der immer mehr in politischer Erstarrung verharrenden rot-schwarzen Koalition zu entwickeln. Um eine stärkere Bürgerbeteiligung zu erreichen und auf diese Weise verkrustete Strukturen aufzubrechen, forderte Haider – vergeblich, wie sich herausstellte – den Ausbau der direkten Demokratie auf Kosten des traditionellen österreichischen Parteien- und Kammerstaates, was unter dem Begriff der „Dritten Republik“ die politische Diskussion prägte.

Natügemäß ging der Aufstieg der FPÖ von einer Klein- zu einer veritablen Mittelpartei nicht ohne grundlegende Veränderung ihrer Wählerschaft vonstatten, was wiederum Rückwirkungen auf die inhaltliche Ausrichtung der Freiheitlichen hatte. Anfang bis Mitte der 90er Jahre konnten Jörg Haider und seine Freiheitlichen vor allem enttäuschte ÖVP-Wähler für sich gewinnen, die auf diese Weise ihren Unmut gegenüber der Österreichischen Volkspartei äußerten, die sich nach den Worten Erhard Buseks „ohne Wenn und Aber“ zur Großen Koalition bekannt hatte. In Reden Jörg Haiders kam dieses Fischen im schwarzen Wählerreich oft durch das Bekenntnis, man wolle die „Fleißigen und

lierer“, in der Sprache Jörg Haiders der „kleine Mann“, für den der Protest das wichtigste Wahlmotiv gewesen ist. Und mit dieser Entwicklung wurde natürlich auch die Einordnung der FPÖ in das traditionelle Rechts-Links-Schema immer schwieriger.

Als Folge des rasanten Wachstums in den 90er Jahren – von 16,6 Prozent bei der Nationalratswahl 1990 bis auf knapp 27 Prozent im Jahr 1999 – machte sich jedoch eine nicht zu übersiehende ideologische Beliebigkeit breit. Am deutlichsten sichtbar wurde dies in der Frage der nationalen Zugehörigkeit der überwiegenden Mehrheit der Österrei-



Nachdem die FPÖ unter Jörg Haider 1986 nahezu 10 % erreichen konnte, erlangte sie 1990 16,6 %, 1994 22,5 % und 1995 21,9 %

Tüchtigen“ vertreten, ja sogar mit dem Anspruch, man wolle die „bessere bürgerliche Partei“ sein, zum Ausdruck. An der ideologischen Front erwies sich der damalige Klubobmann und nachmalige Volksanwalt Erwald Stadler als Querverbinder zu katholisch-konservativen Kreisen. Stadler prägte den Begriff vom „wehrhaften Christentum“ und sorgte mit seinen klenkalen Ansichten für teils heftigen Widerspruch im traditionell kirchenkritischen Dritten Lager.

Nachdem das schwarze Wählerreservoir großteils erschöpft war, rückten dann in den späten 90er Jahren frustrierte SPÖ-Wähler in den Mittelpunkt. Hier konnten Haider und die FPÖ durchaus an historische Traditionen anknüpfen, zumal in der Zweiten Republik die Parteien des Dritten Lagers, zuerst der VDU und dann die FPÖ, überdurchschnittlich viele Arbeiter zu ihren Wählern zählen konnten.

Der blaue Einbruch tief in rote Kernwählerschichten hatte auch zur Folge, daß in der heimischen Politikwissenschaft immer öfter von der FPÖ als „Arbeiterpartei neuen Typs“ die Rede war. Kritiker der FPÖ glaubten jedoch anmerken zu müssen, daß es sich bei diesen neuen FPÖ-Wählern zu einem nicht unwesentlichen Teil weniger um das einstige stolze Arbeiterproletariat gehandelt habe, sondern um sogenannte „Modernisierungsver-

cher. Zwar findet sich auch im Parteiprogramm des Jahres 1995 das Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft, im öffentlichen Auftritt sowohl Haiders als auch der FPÖ gewann jedoch immer mehr ein „Österreich-Patriotismus“ und eine dezidierte Absage an jede „Deutschtümelei“ an Bedeutung.

Rückblickend betrachtet muss gesagt werden, daß in der Phase des Aufstiegs der Haider-FPÖ jene Fehler gemacht wurden, die in der Folge zum Niedergang während der schwarz-blauen Koalition führen sollten. Falsche Personalentscheidungen, ideologische Beliebigkeit, allen alles versprechen, sowie das gesprochene Wort des Parteiobmanns als oberste politische Instanz, das konnte auf Dauer nicht gutgehen.

Der ideologische Wandel

Jene Freiheitliche Partei Österreichs, die unter dem Parteichef Jörg Haider in den Jahren zwischen 1986 und 2000 von einer Partei, die, obwohl in Regierungsverantwortung, in den Umfragen gerade noch drei

Prozent gelegen war, zu einer tendenziellen 30-Prozent-Partei wurde, ist naturgemäß in ihrer inhaltlichen, ideellen oder auch ideologischen Ausrichtung eine ganz andere oder zumindest vielschichtigere politische Gruppierung geworden, als sie es zuvor war. Das, was Jörg Haider auf dem Innsbrucker Parteitag von 1986 übernahm, war der parteipolitisch organisierte Restbestand einer politischen Bewegung, die sich zwar bis zum Jahr 1848 zurückführen ließ, die auch zum betreffenden Zeitpunkt sechs Mitglieder der Bundesregierung stellte, welche aber doch seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, einem organisatorischen und ideellen Ausdünnungsprozess unterworfen war.

Die Freiheitlichen des Jahres 1986, das war eine auf ihre Kernwählerschichten geschrumpfte nationalliberale Honoratioren-Partei in der ideellen Identitätskrise. Die Freiheitlichen des Jahres 1986 waren aber auch eine an sich wohlorganisierte, quer durchs Land vertretene Partei, von der Gemeindeebene bis hin zu den Landtagen, deren Strukturen den späteren explosionsartigen Zuwachs der Partei ermöglichen sollten.

In ideologischer Hinsicht war die FPÖ am Ende der Ära Steger aufgrund ihrer programmatischen Basis eine eindeutig nationalliberale Partei, einerseits kulturdeutsch orientiert und gemeinschaftsbezogen andererseits dem traditionellen Freisinn ordoliberaler Prägung verbunden. Die immer wieder aufflammenden Debatten zwischen „national“ und „liberal“ waren wohl eher Scheingefechte von einigermaßen anachronistischem, weil nur im Zentrum der Partei verständlichem Charakter. Sie stellten eher die Auseinandersetzung zwischen Traditionalisten und sich selbst als fortschrittlich begreifenden Kräften dar.

“
Die immer wieder auf-
flammenden Debatten
zwischen national und
liberal waren zumeist
eher Scheingefechte.
”

Was das Verhältnis der damaligen Freiheitlichen zu ihrem Umfeld betrifft, so waren sie, wie wir wissen, Regierungspartei und durch eine langjährige flankierende Rolle zur Kreisky'schen Sozialdemokratie und in den 60er Jahren durch qualitativ hochstehenden Parlamentarismus als Zünglein an

der Waage zwischen Rot und Schwarz relativ positiv im Bilde der rot-weiß-roten Öffentlichkeit verankert. Bis auf freiheitliche Kerngebiete in Kärnten, im obersteirischen Ennstal und vielleicht in Vorarlberg war der Freiheitliche, insbesondere der ideologisch motivierte, im soziokulturellen und politischen Leben der Republik allerdings eher so etwas wie ein exotisches und relativ seltenes, wenn nicht gar seltsames Wesen.

Dennoch war die Übernahme der FPÖ durch Jörg Haider im Jahre 1986 weder formell noch de facto so etwas wie eine Neugründung. Man konnte organisatorisch auf den vorhandenen Strukturen aufbauen, die ideologischen Traditionslinien wurden weitergeführt, wenn sie auch zunehmend, an den Rand des Geschehens der Partei gedrängt wurden.

Das Parteiprogramm von 1985 weist die alte FPÖ, wie bereits erläutert, als lupenreine nationalliberale Partei aus. Da heißt es, dass Freiheit „unser höchster Wert“ sei, wobei klar differenziert wird zwischen der Freiheit der Gemeinschaften, von der Familie bis hin zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“, also das nationale Element betonend, und der Freiheit des Individuums, dessen Wert und Würde, was das liberale Element darstellte. Die Väter dieses Programms, der nachmalige Dritte Nationalratspräsident Gerulf Stix und der seinerzeitige Verteidigungsminister Fried-



helm Frischenschlager, der in der Folge mit Heide Schmidt zum Liberalen Forum wechseln sollte, hatten sich dabei dem ursprünglichen Verlangen, ein „lupenreines liberales Programm“ zu schaffen, widersetzt. Die unter ihrer Leitung in entsprechenden Arbeitskreisen geschaffene Programmatik, geteilt in Grundlegung und in detaillierte Ausformulierungen für alle Lebensbereiche, steht in der besten Tradition nationalliberaler Parteiprogramme in Österreich. Noch bis in die 90er-Jahre hinein wurden politische Quereinsteiger, die man aus den Bereichen ehemaliger ÖVP-Wähler oder SPÖ-Wähler gewonnen hatte, in parteiinternen Diskussionen immer wieder aufgefordert, die Maximen des Parteiprogramms mitzutragen. Und als sich der innerparteiliche Konflikt zwischen Heide Schmidt und dem Parteichef im Jahre 1992 zuspitzte, wurde noch immer die Frage gestellt, wie weit die damalige Dritte Nationalratspräsidentin und freiheitliche Präsidentschaftskandidatin denn auf dem Boden des Parteiprogramms stünde.

ORF-Elefantenrunde vor der Nationalratswahl 1994: Jörg Haider dominierte die meisten Diskussionen

„Dritte Republik“ oder nur „politische Erneuerung?“

Parteiobmann Haider machte allerdings bereits damals klar, dass ihm die aus der Steger-Zeit ererbte Programmatik für die zur Mittelpartei aufsteigende FPÖ untauglich erschien. Nach dem Volksbegehren „Österreich zuerst“ zur Migrationsproblematik und der Abspaltung des Liberalen Forums wurde in der Partei rund um die Freiheitliche Parteiakademie ein relativ breiter Diskussionsprozess initiiert, der ursprünglich unter der von Jörg Haider selbst ausgegebenen Lösung „Dritte Republik“ stand. Die prägende Rolle im Zuge dieser Diskussion spielte der Wiener Rechtshistoriker und spätere Nationalratspräsident Wilhelm Braunecker.

Der von den Freiheitlichen angestrebte Erneuerungsprozess - „politische Erneuerung“ war überhaupt das zentrale Schlagwort freiheitlicher Politik in der ersten Hälfte der 90er-Jahre - sollte zu einer Veränderung der Zweiten Republik führen und in ein verfassungsmäßig und realpolitisch neu orientiertes Gemeinwesen münden. Kernpunkte dieser Konzeption, die in mehreren Veranstaltungen der Partei, aber auch der Parteiakademie sowie in einer Publikation präsentiert wurde, waren eine umfassende Verfassungsreform hin zu einem eher präsidentialen System, einer Reform des Bundesstaats, eine Erschließung der Verwaltung, Privatisierung, Deregulierung auf allen Ebenen, ein Überwinden der ständestaatlichen Reste in Form des Kammerstaates und das Ende der rot-schwarz dominierten Sozialpartnerschaft.

Diese Konzeption wurde substantiell kaum ernsthaft von den politischen Kontrahenten der Freiheitlichen diskutiert, allerdings versäumte man es nicht, am Terminus „Dritte Republik“ den Vergleich mit dem Dritten Reich aufzuhängen, wobei insbesondere die Idee einer eher präsidential organisierten Verfassung als Streben nach dem „Führerstaat“ diffamiert wurde. Kein Wunder, dass die Freiheitlichen den Begriff der „Dritten Republik“ bald fallen ließen.

Ein weiterer Meilenstein in der programmatischen Entwicklung



In der FPÖ unter Jörg Haider galt eher das „gesprochene Wort des Obmanns“ als das Parteiprogramm

der Haider-FPÖ war die Erarbeitung der „Thesen zur politischen Erneuerung“, die im Jahre 1993 unter Federführung des Sektionschefs im Verteidigungsministerium Erich Reiter und des damaligen Büroleiters Jörg Haiders, des Diplomaten Walter Howadt, erfolgte. Darin wurde die FPÖ als einzige „systemüberwindende Erneuerungsbewegung“ des Landes dargestellt, wobei in bester Tradition der freiheitlichen Kampfrhetorik das Eintreten gegen den rot-schwarzen Proporz, politische Privilegien und das Partei-Patronage-System im Mittelpunkt standen. Auffällig war darin bereits, dass das traditionelle Bekenntnis zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“, angeblich auf den Wunsch des Parteiobermanns selbst, nicht mehr vorkam.

Absage an die „Deuschtümelei“

Der zwar demonstrative, aber auf Dauer nicht durchgehaltene Bruch mit den deutsch-freiheitlichen Wurzeln erfolgte dann aber im Jahre 1995, als der Parteiobermann öffentlich seine Absage an die „Deuschtümelei“ proklamierte. Dass Haider dabei die polemische Wortwahl der Gegner des herkömmlichen nationalliberalen Lagers verwendete, schmerzte die Traditionsbestände der Partei besonders. Der von ihm statt dessen demonstrativ proklamierte Österreichpatriotismus widersprach den dogmengeschichtlichen Traditionen des Dritten Lagers und der Partei zwar in keiner Weise – in Form von Heimatbewusstsein und staatsbürgerlicher Loyalität hatte man diesen ohnedies stets gepflogen –, dennoch wurde die geradezu polemische Absage an das traditionelle kulturhistorische Bekenntnis tatsächlich als massiver Bruch empfunden. In dieser Deutlichkeit dürfte dies wohl auf den Rat des damals als Quereinsteiger in den freiheitlichen Parlamentsklub eingezogenen Publizisten Hans Pretzner zurückzuführen sein. Dieser, ein überzeugter Gegner des Sozialismus, machte aus seiner Ansicht, dass die Freiheitlichen nur mehrheitsfähig werden würden, wenn sie den deutschnationalen Elementen den Abschied gäben, kein Hehl. Das Kalkül, dass man mit dem Abschied vom eigentlichen Kernbestand der nationalen Tradition auch vom Vorwurf der NS-Nähe und des faschistoiden Gedankenguts befreit sein würde, erwies sich allerdings als Illusion. Haider und die Freiheitlichen sollten nach dem Abschied von der „Deuschtümelei“ genauso als NS-Apologeten, als Verharmloser der NS-Verbrechen und als Rechtsextremisten diffamiert werden wie zuvor. Ja, mit wachsendem politischem Erfolg steigerten sich auch die einschlägigen Attacken – auch wenn man nun als entschiedenste rot-weiß-rote Patrioten gelten wollte.

Im Jahre 1993 gab es dann den Versuch, unter Leitung der damaligen Kärntner Landtagspräsidentin Kriemhild Trattning einen eigenen, eher konservativ orientierten „Wertekatalog“ zu erarbeiten. Impulse dazu gingen vom bundesdeutschen Philosophen Günther Rohrmoser, einem Vertreter hochkonservativen Denkens, aus. Die Arbeiten an diesem Wertekatalog wurden zwar nie abgeschlossen, gewisse Impulse sollten aber doch indirekt später in der Arbeit zum neuen Parteiprogramm Aufnahme finden.

Dieses offizielle neue FP-Programm, welches das Parteiprogramm von 1985, erstellt unter Gerulf Stix und Friedhelm Frischenschlager, ablösen sollte, wurde nach langen und heftigen medialen und parteiinternen Diskussionen von einer relativ kleinen Arbeitsgruppe unter der Leitung des damaligen Klubobmanns im Nationalrat Ewald Stadler erarbeitet. Beteiligt waren weiters der damalige Dritte Nationalratspräsident, der Rechtshistoriker Wilhelm Brauner, der spätere Kärntner FPÖ-Chef Jörg Freunschlag, der Wiener Historiker Lothar Höbelt und der damalige Chef der Parteiakademie und spätere Verteidigungsminister Herbert Scheibner.

Die Betonung der Freiheit, wie sie im alten Parteiprogramm existierte, erhielt nun nicht mehr denselben Stellenwert. Auch ein Bekenntnis zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ fehlte.

Landtagspräsidentin Kriemhild Trattning: Sie war eine führende Vertreterin des nationalen Lagers



Es wurde allerdings nüchtern das faktische Vorhandensein deutschen Volkstums und der deutschen Sprache in Österreich festgestellt.

Dafür gab es „wehrhafte Christen“

Für die heftigsten Diskussionen sorgte allerdings die Frage der Hinwendung der Freiheitlichen zur Katholischen Kirche. Während Haider bereits zu Beginn der 90er-Jahre eine pragmatische Linie, die für die Masse der Tauschekatholiken im Lande attraktiv gewesen wäre, vorgegeben hatte, führte die Polarisierung der Diskussion, vor allem im Zusammenhang mit der Ausländerfrage, dazu, dass der zeitgeistorientierte und links-katholische Flügel der Kirche zum heftigen Kritiker Jörg Haiders und der Freiheitlichen wurde. Gemeinsame Gegnerschaft gegenüber den Verfechtern der neuen Political Correctness und eine gewisse wertkonservative Parallellität führten dazu, dass die neue freiheitliche Kirchensympathie auf Gegenliebe nur beim hochkonservativen Bereich des heimischen Katholizismus stieß. Der Vater des neuen Parteiprogramms, Ewald Stadler, und der St. Pöltener Diözesanbischof Kurt Krenn wurden so zu den Symbolfiguren dieser freiheitlich-rechtskatholischen Annäherung.

“
Nach fünfzehnjährigem politischen Aufstieg der Haider-FPÖ war die Regierungsbeteiligung die Krönung.
”

Insgesamt wies das neue Parteiprogramm in einer gewissen dogmengeschichtlichen Unschärfe die zur Mittelpartei angewachsenen Freiheitlichen als Mitte-Rechts-Partei mit identitärem und patriotischem Charakter aus. Aber bereits unmittelbar nach dem Beschluss des Programms auf einem eigenen Parteitag erwies sich, dass jene, die da meinten, Parteiprogramme seien auch nur Papier, die mit der Realität wenig zu tun hatten, Recht haben. Vom freiheitlichen Parteiprogramm war danach nämlich kaum mehr die Rede.

Insgesamt ist der Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider eine beeindruckende Erfolgsgeschichte. Sie fällt in eine Ära, in der in ganz Europa große politische Veränderungen stattfanden. Der Zusammenbruch des Ostblocks und das Ende des real existierenden Sozialismus in den Nachbarstaaten, aber auch die Krisen des etablierten Parteiensystems in westeuropäischen Staaten sind gewissermaßen so etwas wie die welthistorische Begleitmusik dieser Entwicklung in Österreich.

Erfolgreich vermochte Jörg Haider zunächst das rot-schwarze Proporzsystem, die Reste der ständestaatlichen Ordnung in Form des Kammerstaates und die großkoalitionäre Reformverweigerung an den Pranger zu stellen und zu bekämpfen. Nach fünfzehnjährigem politischen Wirken, in dem die FPÖ unter Jörg Haider von Wahlsieg zu Wahlsieg eilte, sollte dann die Regierungsbeteiligung die Krönung dieses Weges darstellen. Das Scheitern Jörg Haiders und seiner persönlichen Mitstreitern in dieser Regierungskoalition, ihre Abspaltung von den traditionellen FPÖ und der darauffolgende Weg in die politische Bedeutungslosigkeit sollten diesen Aufstieg der Haider-FPÖ in den 90er-Jahren allerdings relativieren. Nach seinem Scheitern existierte das rot-schwarze-Proporzsystem weiter, der Kammerstaat feierte fröhliche Urständ und die Legitimation der FPÖ zur Reform des Staatswesens durch den Wähler musste unter einer neuen Parteiführung unter Heinz-Christian Strache neuerlich erarbeitet werden. ♦



1986, beim Parteitag in Innsbruck, hat Jörg Haider die Bundesparteimannschaft übernommen. Wie war die Stimmung in der Partei, in diesem Herbst 1986, dass Jörg Haider das übernehmen konnte?

Mathias Reichhold: Ich war damals Gemeindevorstand in St. Georgen am Längsee, und die Basis war mit der Regierungsbeteiligung Stegers

größtenteils nicht einverstanden, weil das Gefühl aufkam, dass die Überzeugungen, für die wir gestanden haben – nämlich die Überwindung des rot-schwarzen Proporz, die Unabhängigkeit von den großen Einrichtungen der Republik, Sozialpartner usw – dass diese Werte in der Regierung nicht umgesetzt werden konnten.

Man hat damals eine Aufbruchstimmung – nicht nur in Kärnten, sondern in ganz Österreich – in der Partei erlebt. Parallel dazu, wenn man den historischen Kontext herinnert, war in den 80er-Jahren ganz Europa im Umbruch. War das vielleicht auch ein Grund, warum man in Österreich diesen rot-schwarzen Proporz überwinden wollte?

Reichhold: Ja, da war eine Politikergeneration am Werk, die sich gelöst hat von der Vormundschaft ehemaliger politischer und moralischer Instanzen – auch gegenüber der Kirche. Dieser Ansatz in der FPÖ hat zu einer gewissen Revoluzzer-Stimmung geführt, und Haider hat das verkörpert.

Was waren denn die Meilensteine und Eckpunkte des Aufstiegs von den Freiheitlichen unter Jörg Haider?

Reichhold: Die FPÖ war – vielleicht abgesehen von Kärnten – in einer politischen Nische tätig und Haider hat diese Partei von einer Kleinpartei zu einer Massenbewegung gemacht – die Betonung liegt dabei auf Bewegung. Im Nachhinein betrachtet war es sicher so, dass die Wähler auf der einen Seite und die Funktionäre auf der anderen Seite teilweise völlig verschiedene Persönlichkeiten waren – auch von ihren

“
Die FPÖ war – vielleicht abgesehen von Kärnten – in einer politischen Nische tätig, und Haider hat diese Partei von einer Kleinpartei zu einer Massenbewegung gemacht – die Betonung liegt dabei auf Bewegung.
”

„Revoluzzer-Stimmung machte die Haider-FPÖ groß“
Bundesminister a.D. Mathias Reichhold im Interview

politischen Ansichten. Das heißt, die Funktionärs-Struktur der FPÖ hat diese Bewegung der Partei nicht mitvollzogen – das hat mit Sicherheit in weiterer Folge auch zu den bekannten Problemen geführt.

Es war im Jahr 1989, als nach der für die FPÖ sehr erfolgreichen Landtagswahl Jörg Haider zum Landesbauptmann gewählt wurde, mit den Stimmen der ÖVP. Was hat das für die FPÖ bedeutet?

Reichhold: Der Ansatz Haiders damals war ja als Herausforderer mit teilweise fundamentaler Oppositionspolitik zu agieren, um an Profil zu gewinnen. Und die Herausforderung war dann, eine auf Opposition getrimmte Partei, ihre Funktionäre und auch Wähler in die Regierungsverantwortung überzuleiten. Da in einer Regierung Kompromisse und Abstriche notwendig sind, von dem, was man in einer Oppositionsrolle heraus sehr klar und sehr plakativ gestalten und fordern konnte, war das ein Spagat, der sicher nicht einfach war.

Im Jahr 1991 hat dann die ÖVP Haider die Unterstützung in Kärnten versagt, parallel dazu hat man schon seit 1986 auf der Bundesebene erleben müssen, dass Vranitzky die FPÖ ausgegrenzt hat, bzw. seinen Ausgrenzungskurs besonnen hat. War das mit ein Grund, warum die Menschen umso mehr – nach dem Motto „Jetzt erst recht“ – FPÖ wählten?

Reichhold: Ganz genau. Zur Überraschung aller ist es der FPÖ in der Kärntner Landesregierung gelungen, wirklich gute Sacharbeit und Reformen umzusetzen – und die ÖVP, aber insbesondere auch die SPÖ haben gewittert, dass wenn die FPÖ salonfähig wird, tatsächlich auch auf Bundesebene eine Lawine losbrechen könnte, was eben zu Abwahl Haiders führte.

Diese Lawine brach dann auch los, wenngleich es noch ein paar Jahre bis dahin gedauert hat. Stichwort „Österreich zuerst“-Volksbegehren 1992, Stichwort EU-Volksabstimmung 1994 und die damit einhergehende ablehnende Haltung der FPÖ – waren das wesentliche Punkte, bei denen die Bevölkerung gesehen hat, dass da jetzt eine Kraft abseits des Establishments ist?

Reichhold: Ganz genau, ich denke, dass die FPÖ heute noch auf diese Vor-Investition von damals aufbauen kann, das macht sie sehr gut. Aber die Investition damals war eine sehr risikoreiche, weil viele Menschen noch nicht verstanden haben, was die FPÖ eigentlich will, weil das Thema Ausländer zwar latent ein Problem war, aber es nicht eska-

liert ist, so wie das heute der Fall ist. Damals schon haben wir, wie heute, aufgezeigt: „Kriegsflüchtlinge ja, Wirtschaftsflüchtlinge nein!“ Oder etwa nur eine selektive, kontrollierte Aufnahme von Wirtschaftsflüchtlingen gefordert. Das ist in diesem Volksbegehren sehr gut formuliert worden und wenn man die Punkte, die damals von der FPÖ formuliert worden sind, mit dem, was die heutige Regierung an Maßnahmen setzt, oder setzen will, vergleicht, so wird man feststellen, dass die Punkte eins zu eins umgesetzt werden.

Zur EU-Volksabstimmung: War das für die Partei ein Misserfolg, dass letztlich zwei Drittel der Menschen für den Beitritt gestimmt haben, oder hat man dann zumindest einen Teil, also jenes Drittel, das gegen den EU-Beitritt war, vertreten und konnte man diese dann an sich binden?

Reichhold: Das war eine schwierige Situation für jeden eingefleischten FPÖ-Funktionär, weil die FPÖ ja traditionell eine Europa-Partei war und auch heute noch ist – aber die Unterscheidung zwischen der EU und Europa als Ganzes war sicher schwierig herauszuarbeiten. Denn die EU mit dem zentralistischen Ansatz, der Bürokratie und den bürokratischen Monstern, die aufgebaut worden sind, hat ja mit dem, was die FPÖ unter Europa verstand, nichts zu tun. „Europa der Vaterländer“ war zwar ein Schlagwort, aber von vielen nicht verstanden. Das war sicher schon eine erste Zerreißprobe in der FPÖ, und man hat damals schon gesehen, dass es zu sehr starken unterschiedlichen Strömungen kommen könnte, wenn es einmal eine Regierungsbeteiligung der FPÖ geben sollte.

Kommen wir zu der Art und Weise, wie Jörg Haider die Partei aufgestellt und geführt hat. Wie hat man sich hier so deutlich vom politischen Establishment absetzen können?

Reichhold: Rot und Schwarz bauten und bauen ja immer noch auf ihre Vorfeld-Organisationen. Insbesondere die SPÖ holt ihre Funktionäre, ihre Politiker größtenteils aus der Gewerkschaftsbewegung, aus der Arbeiterkammer, aber auch aus dem Bankensektor. Die staatlichen Betriebe waren immer wieder Lieferanten für Politiker – und bei der ÖVP ist es nicht anders.

Jörg Haider hat versucht, die FPÖ, die ja mehr und mehr eine Bewegung wurde, auch mit sogenannten Quereinsteigern zu repräsentieren. Gewachsene, gestandene Freiheitliche – von der Gesinnung her, meine ich – mögen das nicht verstanden haben, weil sie eine Verwässerung der Urwerte der FPÖ vermutet haben. Aber das war der Kompromiss und der Weg den Haider eingeschlagen hatte, damit sich die verändernde Wählerschaft auch entsprechend wiederfindet.

Zur Abspaltung des „Liberalen Forums“: Was waren da die Gründe, dass man diesen liberalen, gesellschaftspolitisch fast links-liberalen Flügel letztlich nicht in der Partei halten konnte?

Reichhold: Das war eine logische Konsequenz der Entwicklung der Partei, und es hat uns auch nicht wirklich geschadet. Es war ein kleiner Betriebsunfall, weil diejenigen, die sich abgespalten haben, nicht nur ideologisch oder inhaltliche Probleme mit der aktuellen Linie der FPÖ gehabt haben, sondern auch sehr an der Verwirklichung ihrer ureigensten Interessen interessiert waren, so dass das meines Erachtens ein Reinigungsprozess war, der notwendig war.

“
Ich war ein Befürworter der Regierungsbeteiligung. Bei mehr als 25 % an Stimmen muss man Verantwortung übernehmen.
”

Der junge Kärntner Bauer Mathias Reichhold wurde von Haider zum Generalsekretär gemacht



Im Jahr 1999 konnte Haider in einem Jahr gleich zwei Ziele erreichen: Zum einen hat er es nach acht Jahren geschafft, wieder in Kärnten zum Landeshaupmann gewählt zu werden, zum anderen auf Bundesebene die ÖVP zu überholen, die SPÖ dementsprechend zu schlagen und damit die Voraussetzungen zur Regierungsbeteiligung geschaffen. War es ein Fehler, dass man da dann schon in die Regierung gegangen ist oder war der Druck intern wie extern so groß, dass man gesagt hat: Jetzt muss man in die Regierung gehen?

Reichhold: Das ist eine schwierige Frage. Einerseits hat die Partei eine Stärke erreicht, die – wenn sie glaubwürdig hätte bleiben wollen – eine Regierungsbeteiligung anstreben musste. Es war notwendig, dass die FPÖ Flagge zeigt – aus meiner Sicht. Ich war ein Befürworter der Regierungsbeteiligung, obwohl ich selbst ja nicht in die Regierung berufen wurde, also ich diesbezüglich keine persönlichen Interessen hatte. Aus Kärntner Sicht war mir aber klar, dass mit einem Stimmenanteil von jenseits der 25 Prozent auch die Übernahme einer Verantwortung notwendig wird. Im Nachhinein gesehen hätte man vielleicht noch eine Periode warten können, aber die Entscheidung ist eben in die andere Richtung gefallen und mit der Entscheidung mussten wir dann halt leben.

War es ein Fehler, dass Jörg Haider nicht selbst in die Regierung gegangen ist?

Reichhold: Ich denke, dass das der Haupt-Fehler war. Ich weiß bis heute nicht, warum Jörg Haider nicht in die Regierung konnte oder wollte, welche Kräfte hier im Hintergrund gewirkt haben, dass er das

nicht gemacht hat oder nicht tun wollte, jedenfalls – im Nachhinein betrachtet – war die Regierung ohne Jörg Haider ein schwerer Fehler.

Aus Sicht des Establishments ist die FPÖ ein historischer Betriebsfehler, der nicht hätte passieren dürfen. Und in der Tat ist es immer freibeitlicher Anspruch gewesen, ob unter Haider oder heute, den rot-schwarzen Proporz und das System zu überwinden, auch wenn man, wie mit der Parteispaltung im Jahr 2005, herbe Rückschläge erlebt hat. Ist es aus heutiger Sicht möglich, das System zu überwinden?

Reichhold: Auf jeden Fall, ja. Aus demokratiepolitischer Sicht ist die FPÖ für Österreich ein Glücksfall, denn die FPÖ ist die einzige Partei, der es gelingt, jene Probleme anzusprechen, die die Menschen und ihre Geschicke wirklich bewegen. Das sieht man auch jetzt in der aktuellen Asyl-Debatte wieder. Es ist also ein echter Glücksfall und ich hoffe, dass Strache als Parteiohmann aus den Fehlern, die wir seinerzeit gemacht haben, gelernt hat. Das heißt etwa, erst dann in eine Regierungsbeteiligung zu gehen, wenn die Partei wirklich bereit dafür ist, wenn sie darauf vorbereitet ist und wenn die wesentlichen Spieler – der wichtigste ist dabei natürlich der Parteiohmann – auch als Repräsentanten in der Regierung vertreten sind. ♦

Haider mit den beiden Generalsekretären Meischberger und Reichhold



VIII
ALS
„LUPENREIN LIBERALE PARTEI“
IN DIE REGIERUNG

IN DER KLEINEN KOALITION
MIT DER SPÖ

1979 – 1986 Die FPÖ unter Norbert Steger

Die Wahlrechtsreform, die im Jahre 1970 der Preis war für die Duldung der Minderheitsregierung Bruno Kreiskys, hatte die Freiheitlichen in ihrer politischen Substanz gefestigt. Man musste nicht mehr um den Wiedereinzug ins Parlament fürchten. Man konnte davon ausgehen, dass man auf Dauer als Zünglein an der Waage im innenpolitischen System bestehen werde, das sich eine nationalliberale Honoratiorenpartei halten könne. Der innenpolitische Umbruch in Österreich, aber auch der ideologische Paradigmenwechsel in Österreich zu Beginn der 70er-Jahre fand seine Entsprechung auch in Reformbemühungen innerhalb der FPÖ.

Integration in das System

1971 wurde von jungen, ausgesprochen liberal orientierten Intellektuellen der Attersee-Kreis gegründet. Zu ihm gehörte der spätere Parteiohmann Norbert Steger ebenso wie Jörg Haider. Bereits im September 1972 wurde das Freiheitliche „Manifest zur Gesellschaftspolitik“ beschlossen, das eine Ergänzung des Parteiprogramms darstellte, und in dem beispielsweise die Umweltpolitik bereits einen breiten Raum einnahm. Außerdem kamen Bruno Kreisky und Friedrich Peter damals überein, die Bildungsarbeit der politischen Parteien, die im österreichischen Parlament vertreten sind, staatlich zu fördern. Es folgte daher die Gründung des Freiheitlichen Bildungswerkes, der politischen Akademie der FPÖ.

An politischen Erfolgen hatten die Freiheitlichen, die seit Herbst 1971 wieder in Opposition zur SPÖ-Alleinregierung standen, auch

einige zu verbuchen: Im April 1973 wurde Alexander Götz auf Grund einer Koalition mit der Volkspartei Grazer Bürgermeister. Er hielt dieses Amt in der zweitgrößten Stadt des Landes durch zehn Jahre. Gleichzeitig kam es auch in der Kärntner Landeshauptstadt Klagenfurt zu einer bürgerlichen Koalition zwischen Volkspartei und Freiheitlichen, die lange Jahre in der Person des ÖVP-Bürgermeisters Leopold Guggenbergers halten sollte.

Auch bei der NR-Wahl von 1975 konnten die Freiheitlichen ihren Mandatsstand von zehn Mandaten halten. Die Kontrollarbeit und der politische Kampf der FPÖ gegen die Missstände im Staate wurden honoriert. Auch die Besetzung der Volksanwaltschaft mit Gustav Zillinger und in der Folge mit Helmut Josseck zeigte, wie sehr die FPÖ sich damals ins politische Establishment integrierte.

Friedrich Peter wurde nach zwei Jahrzehnten Obmannschaft im Jahre 1978 als Parteichef abgelöst. Alexander Götz, der gerade mit 24 Prozent in Graz einen überragenden Wahlerfolg erzielen hatte können, wurde am 14. Bundesparteitag zum neuen FPÖ-Chef gewählt. Er schlug im Jahre 1979 einen erfolgreichen Nationalrats-Wahlkampf, bei dem die FPÖ ein weiteres Mandat erhielt. Im Jahre 1980, bei der Bundespräsidentenwahl kandidierte Botschafter Wilfried Gredler, der beach-



Der Handschlag zwischen Norbert Steger und Bruno Kreisky erinnerte an Friedrich Peter mit dem SPÖ-Chef

1980

1. Februar: Alexander Götz gibt im Fernsehen die Nominierung von Harald Ofner als Kandidat für die Wahl zum Bundesparteiohmann bekannt. Er wird auf dem für 2. März anberaumten außerordentlichen Bundesparteitag gegen Norbert Steger antreten.

2. März: Mit 55,39 Prozent der Stimmen wird Norbert Steger zum neuen Bundesparteiohmann gewählt. Auf Harald Ofner entfallen 44,61 Prozent der Stimmen.

9. Mai: Norbert Steger wird zum Vorsitzenden des parlamentarischen AKH-Untersuchungsausschusses gewählt.

18. Mai: Bei der Bundespräsidentenwahl entfallen auf den von der FPÖ unterstützten Präsidentschaftskandidaten Wilfried Gredler 751.399 Stimmen (17%). Rudolf Kirchschläger wird mit 79,9 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Die ÖVP hat auf die Nominierung eines eigenen Kandidaten verzichtet.

18. Juni: Tassilo Broesigke wird mit 103 von 175 abgegebenen Stimmen vom Nationalrat als Nachfolger Jörg Kandutschs zum Rechnungshofpräsidenten gewählt.

1. Juli: Als Untersuchungsrichter im Skandal des Wiener Allgemeinen Krankenhauses (AKH) setzt sich Helene Partik-Pablic gegen Justizminister Christian Broda durch. Die von ihr über Tatverdächtige verhängte Untersuchungshaft, die Broda aufheben lassen wollte, wird vom Wiener Oberlandesgericht bestätigt. Die Untersuchung wird mit ungehörter Strenge weitergeführt.

20. – 21. September: Auf dem 15. ordentlichen Bundesparteitag in Linz wird Norbert Steger mit 87,8 Prozent der Stimmen der Delegierten als neuer Bundesparteiohmann der FPÖ bestätigt. Zu seinen Stellvertretern werden gewählt: Horst Schender, Mario Ferrari-Brunenfeld, Waldemar Steiner, Gerulf Stix und Klara Motter.

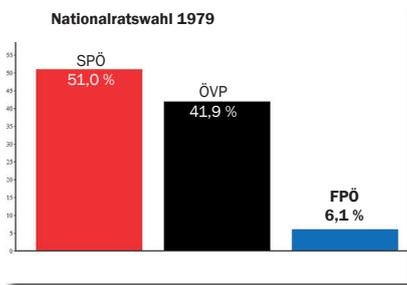
5. November: Jörg Haider verweigert im Nationalrat als einziger Abgeordneter einem SPÖ-ÖVP-Antrag zum Privilegienabbau die Zustimmung. Er bezeichnet die Regelung als völlig ungenügend, weil sie u.a. Doppelverdiener ungeschoren lässt. Das im Wahlkampf gegebene Versprechen, die Politikerprivilegien abzubauen, werde nicht eingehalten.

1981

16. Mai: Beim Festakt „25 Jahre FPÖ“ im Salzburger Kongresshaus bescheinigt Bundespräsident Rudolf Kirchschläger der FPÖ, dass sie „zur Anziehungskraft und Lebensfähigkeit der österreichischen Demokratie beigetragen“ habe.

1982

17. Februar: Der Nationalrat setzt auf Antrag der FPÖ zur Aufklärung des Skandals der Wohnbaugenossenschaft Ost (WBO) einen Untersuchungsausschuss ein. Zum Ausschussvorsitzenden wird Holger Bauer gewählt.



Bei der Nationalratswahl 1979 konnte Alexander Götz ein zusätzliches Mandat für die FPÖ erringe

liche 17 Prozent der abgegebenen Stimmen erzielte. Unter der Obmannschaft von Alexander Götz wurde die FPÖ auch Mitglied der „Liberalen Internationale“.

Nach nur einem Jahr resignierte Alexander Götz und machte der provisorischen Führung unter Horst Schender Platz. Beim darauf stattfindenden ordentlichen Bundesparteitag kandidierten Harald Ofner und der Wiener Landesparteiobmann Norbert Steger. Letzterer siegte mit knapper Mehrheit, konnte sich als neuer Parteichef und wenig später als Vorsitzender des parlamentarischen AKH-Untersuchungsausschusses profilieren. Die neue Parteiführung wollte nach eigenen Aussagen aus der nationalliberalen FPÖ eine „jupenrein liberale“ Partei machen. Am 24. April 1983, bei der NR-Wahl bekam die FPÖ für diesen Kurswechsel prompt die Rechnung präsentiert. Obwohl Norbert Steger das schlechteste Ergebnis seit der Gründung der Partei mit 4,9 Prozent der Wählerstimmen einfuhr, schafften es die seltsamen Zufälle der Wahlarithmetik, dass die FPÖ 1983 die bis dahin höchste Anzahl von 12 Mandaten erlangte. Nachdem die Sozialisten ihre absolute Mehrheit verloren hatten und Bruno Kreisky mit Friedrich Peter ja über lange Jahre eine kleine Koalition für den Fall des Falles vorbereitet hatte, kam es tatsächlich zu dieser. Die freiheitlichen Partner waren aber einfach zu schwach für diese Koalitionsuche und konnten wenig eigene Vorstellungen einbringen. In der kleinen rot-blauen Koalition war die FPÖ durch Norbert Steger als Vizekanzler und Handelsminister, Friedhelm Frischenschlager als Verteidigungsminister und Harald Ofner als Justizminister sowie durch Mario Ferrari-Brunnenfeld, Holger Bauer und Gerulf Murer als Staatssekretäre vertreten. Überdies rückte ein Freiheit-

licher wieder in das NR-Präsidium auf. Friedrich Peter wurde wegen seiner SS-Vergangenheit diffamiert und deshalb nicht gewählt. Statt seiner kam Gerulf Stix, der FPÖ-Landesparteiobmann von Tirol, zum Zug.

Der Kampf um die politische Integration in das politische Establishment hatte die FPÖ im Lauf von einhalb Jahrzehnten zwar geschwächt, aber doch zu einem Erfolg, nämlich zum Einzug in die Regierung geführt. Die Regierungsbeteiligung, die von Norbert Steger und seinen Mitstreitern über mehrere Legislaturperioden geplant war, sollte die FPÖ allerdings an den Rand der politischen Bedeutungslosigkeit führen.

Absturz in der Wählergunst

Die Freiheitlichen hatten es scheinbar also geschafft. Das Ziel langjähriger Arbeit, die Integration in das politische System bis hin zur Regierungsbeteiligung war bewältigt. Man hatte zwar bei der Wahl vom 24. April 1983 kaum fünf Prozent erreicht, die Gunst des Wählers aber gewährte der FPÖ 12 Mandate, die Gunst der SPÖ schließlich, die ja ihre absolute Mehrheit verloren hatte, gewährte den Freiheitlichen sechs Regierungssitze.

Die Männer, die vorwiegend aus dem Attersee-Kreis hervorgegangen waren - mit Ausnahme wohl von Harald Ofner und Gerulf Murer - und die nun gemeinsam mit den Sozialisten die Regierungsbank drückten, dachten, sie könnten nun nach dem Beispiel der bundesdeutschen FDP für lange Jahre den Koalitionspartner für die Sozialisten spielen. überschauen wurde dabei allerdings, dass die FPÖ als Partner für die Sozialisten von vornherein zu schwach war, um freiheitliche Vorstellungen in die Regierungsarbeit wirklich einbringen zu können.

Aus damaliger Sicht hatte die am 24. Mai 1983 ins Amt eingeführte rot-blaue Regierung keine leichte Aufgabe vor sich. Sie hatte zu verhindern, dass das Budgetdefizit die Hundert-Milliarden-Schilling-Gren-

“ Man wollte die FPÖ nach dem Beispiel der bundesdeutschen FDP zur Regierungspartei machen. ”

1983

3. Juni: Die von Bundesparteiobmann Norbert Steger in Zusammenarbeit mit Experten gegründete Programmkonferenz „Liberaler Marktwirtschaft 90“ legt ihre Arbeitsergebnisse vor, die in zehn wirtschaftspolitischen Thesen zusammengefasst werden.

26. Juni: Walter Grabner-Meyer, Vizeparteiobmann der Nationalratsabgeordneter, wird von der Bundesparteileitung auf Vorschlag Stegers zum neuen Generalsekretär der FPÖ gewählt.

24. - 26. September: Auf dem 16. ordentlichen Bundesparteitag in Salzburg wird die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Vorschlags für die Neufassung des Parteiprogramms der FPÖ beantragt. Jörg Haider wird als Nachfolger Wilhelm Kindls zum Bundessozialreferenten bestellt.

3. Oktober: Bei der Gemeinderatswahl der Stadt Salzburg überholt die „Bürgerliste“, die sieben Mandate erreicht, die FPÖ, die von acht auf sechs Mandate zurückfällt. Waldemar Steiner, Spitzenkandidat der FPÖ, zieht sich auf Grund des Wahlergebnisses als Kommunalpolitiker und wenig später auch als Landesparteiobmann der Salzburger Freiheitlichen zurück.

16. Dezember: Die FPÖ bringt im Nationalrat einen Antrag zum Privilegienabbau ein, der sich insbesondere gegen Doppelverdiener („arbeitslose Einkommen“) richtet.

24. April: Trotz des Verlustes von 40.000 Stimmen gewinnt die FPÖ bei der Nationalratswahl, begünstigt durch die Wahlarithmetik, zu ihren 11 Mandaten ein zwölftes dazu. Die SPÖ verliert die absolute Mehrheit und geht von 95 auf 90 Mandate zurück, während die ÖVP vier Mandate zulegen kann (81 statt 77). Bundeskanzler Kreisky kündigt seinen Rücktritt an.

11. Mai: SPÖ und FPÖ einigen sich bereits 17 Tage nach der Nationalratswahl über ein Arbeitsübereinkommen. Hauptpunkte sind die Sanierung des Staatshaushalts, die Reform der Sozialversicherung, der Privilegienabbau noch 1983, die Verschärfung der Strafen für Korruption.

24. Mai: Die Regierung Sinowatz-Steger wird von Bundespräsident Rudolf Kirchschläger angelobt. In der rot-blauen Koalitionsregierung stellt die FPÖ mit Norbert Steger den Vizekanzler und Minister für Handel, Gewerbe und Industrie, mit Harald Ofner den Justizminister und mit Friedhelm Frischenschlager den Verteidigungsminister FPÖ-Staatssekretäre: Mario Ferrari-Brunnenfeld (Umwelt, Gesundheit); Holger Bauer (Finanzen); Gerulf Murer (Landwirtschaft). Mit Gerulf Stix stellt die FPÖ den Dritten Präsidenten des Nationalrats (am 19. Mai mit den Stimmen von 133 Abgeordneten gewählt).

9. Juni: Jörg Haider wird als neuer Kärntner Landesrat der Freiheitlichen angelobt. Er legt sein Nationalratsmandat unter Verzicht auf die ihm zustehende Abfertigung zurück.

ze überschritt, da die Pensionsversicherung unfinanzierbar wurde, und dass sich die Lage im Bereich der Verstaatlichten Industrie nicht noch hoffnungsloser entwickelte. Für die dazu notwendigen unpopulären Maßnahmen war das Kabinett Sinowatz-Steger aber offensichtlich zu schwach. In breiten Kreisen der Bevölkerung wurde die Regierungs-
beteiligung der FPÖ bloss als Hilfestellung zur Fortsetzung des sozialistischen Weges gewertet.

Dementsprechend zeigten die Ergebnisse von Regionalwahlen in der Zeit der freiheitlichen Regierungsbildung katastrophale Ergebnisse. In sechs von neun Bundesländern verlor die FPÖ bis zur Hälfte ihrer Stimmen. Zweifellos handelte es sich dabei um eher national orientierte Wähler, die sich durch die Politik Stegers nicht mehr vertreten fühlten. Zusätzlich war es die Zusammenarbeit einer ihrer eigenen Erklärung nach ausschließlich liberalen FPÖ-Führung mit den Sozialisten, die von vielen traditionellen FPÖ-Wählern abgelehnt wurde. Neue Wählerschichten konnte man als Ausgleich für diesen Vertrauensentzug aber nicht erobern.

“
Die freiheitliche Basis lehnte die Kooperation der liberalen FPÖ-Führung mit den Sozialisten ab.
”

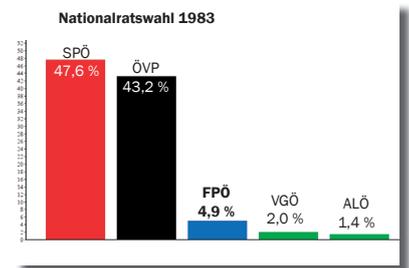
Dennoch kann den Freiheitlichen während ihrer Regierungsbeteiligung zwischen 1983 und 1986 mancher Erfolg nicht abgesprochen werden. Norbert Steger setzte als Handelsminister einige wirtschaftspolitische Impulse von Bedeutung: Er erarbeitete ein neues Förderkonzept für die mittelständische Wirtschaft und für den Fremdenverkehr. Die Freiheitlichen vermochten die Zinsersatzsteuer damals auf ein Drittel zu reduzieren. Weiters verhinderten sie eine höhere Besteuerung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes, sowie der Überstunden und Abfertigungen.

Justizminister Harald Ofner vermochte durch praxisorientierte Rechtspolitik das freiheitliche Wahlversprechen „schneller und einfacher zum Recht“ zu kommen einzulösen. Und Friedhelm Frischenschlager sowie seinem Nachfolger Helmut Krünes gelang es, als Verteidigungsminister ein solides Vertrauensverhältnis zur Jugend aufzubauen und

das Bundesheer zwischenzeitlich aus seinem Schattendasein herauszuholen. Auch die Tätigkeit der Staatssekretäre Holger Bauer und Gerulf Murer konnte in ihren jeweiligen Ressorts manchen Erfolg verbuchen. Bauer vermochte entscheidende Beiträge zur zwischenzeitlichen Budgetsanierung zu leisten, Murer konnte die Ausweitung von landwirtschaftlichen Alternativproduktionen forcieren.

Die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf unterblieb nicht zuletzt wegen des Widerstandes der FPÖ. In vielerlei Ansätzen war durch die freiheitliche Regierungsbeteiligung also ein politisches Umdenken im Lande festzustellen: Marktwirtschaftliche Prinzipien, Leistungsdenken und Eigeninitiativen begannen sich verstärkt durchzusetzen. Letztendlich aber war die sozialistische Dominanz in dieser kleinen Koalition zu stark und die Durchschlagskraft der freiheitlichen Regierungsmannschaft zu schwach.

Erste größere innerparteiliche Differenzen um den politischen und ideologischen Kurs der FPÖ gab es im Zuge der Diskussion um das neue Parteiprogramm. Die Programmdiskussion, die ja nach Absicht der Parteiführung zu einem „lupenrein liberalen Programm“ führen hätte sollen, setzte das Verhältnis zwischen dem historisch gewachsenen national-liberalen Lager und der FPÖ einer neuen Belastung aus. Unmutäußerungen aus der Parteibasis, aber auch das entschiedene Eintreten von Parteifunktionären wie etwa des jungen oberösterreichischen Abgeordneten Norbert Gugerbauer oder der Kärntner Vertreterin in der Programmkommission Krimhild Trattnig führten schließlich dazu, dass auf dem Sonderparteitag im Juni 1985 in programmatischer Hinsicht



Bei der Nationalratswahl 1983 erzielte die FPÖ ihr schlechtestes Ergebnis und kam trotzdem in die Bundesregierung

1984

30. Juni: Als neuer, von der FPÖ gestellter Volksanwalt wird Hellmuth Josseck angelobt. Er löst in diesem Amt Gustav Zellinger ab.

15. September: Zur Budgetsanierung beschließt die Regierung Sinowatz-Steger ein Belastungspaket. Die FPÖ-Regierungsmannschaft stimmt der Einführung der Zinsersatzsteuer, welche die Freiheitlichen im Wahlkampf vehement abgelehnt haben, zu. Es gelingt den Freiheitlichen jedoch, den von den Sozialisten geforderten Steuersatz von 20 Prozent auf 7,5 Prozent herunterzudrücken.

25. September: Jörg Haider wird auf dem Landesparteitag der Kärntner Freiheitlichen in Treibach-Althofen zum neuen Landesparteiobmann gewählt.

7. Dezember: Der Bundesparteivorstand beschließt einstimmig die Einsetzung einer „Antiprivilegienkommission“ unter dem Vorsitz Jörg Haiders.

12. Februar: Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager lässt die Präsenzdienere im Wiener Karl Marx-Hof anbelohnen. 1983 fand die Anbelohnung im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen statt.

25. März: Bei der Landtagswahl in Salzburg verliert die FPÖ eines ihrer fünf Landtagsmandate und damit den Sitz in der Landesregierung.

8. – 9. April: Bei den Arbeiterkammerwahlen fällt die FPÖ von 20 auf 13 Mandate zurück.

5. Juli: Über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf kommt es zu offenen Meinungsverschiedenheiten zwischen SPÖ- und FPÖ-Regierungsmitgliedern. Bauenminister Karl Sekanina kritisiert die Weigerung Stegers, der Inbetriebnahme zuzustimmen. Dieses Nein sei Stegers „persönliches Problem“.

15. – 16. September: Auf dem 17. ordentlichen Bundesparteitag in Salzburg stellt Bundesparteiobmann Norbert Steger sein Referat über die Regierungsarbeit unter das Motto „Von der dritten zur treibenden Kraft“. Friedrich Peter kündigt für das erste Quartal 1986 die Zurücklegung seines Nationalratsmandats und damit seinen Rücktritt als Klubobmann an.

ein solider Kompromiss zwischen liberalen und nationalen Vorstellungen verabschiedet wurde, der viel der Federführung von Gerulf Stix verdankt. Ausgehend vom zentralen Begriff der Freiheit, hatte sich damit die FPÖ damals das modernste Parteiprogramm im österreichischen Parteienspektrum gegeben, das in inhaltlicher Hinsicht als umfassendes nationalliberales Programm gewertet werden konnte.

Trotz seines Anpassungskurses an das etablierte Parteiensystem konnte sich Norbert Steiger keineswegs der Gunst der Medien des Landes während seiner Mitregierung erfreuen. Während es etwa im Bereich von Sozialisten und Volkspartei handfeste Korruptionsskandale gab und die durch Jahrzehnte geübte Parteibuchwirtschaft ihre ungebrochene Fortsetzung fand, konnte man dies den mitregierenden Freiheitlichen kaum vorwerfen. Wohl um hier die FPÖ in den Skandalreigen einzubeziehen, wurde daher der Handschlag von Verteidigungsminister Frischenschlager mit dem aus langjähriger Kriegsgefangenschaft nach Österreich heimkehrenden ehemaligen Major der Waffen-SS Reder im Jänner 1985 von den Medien zum Skandal aufgebauscht. Dass Frischenschlager dem medialen Druck nachgab, lockerte die Solidarität nationalfreihaitlicher Kernwählerschichten noch weiter. Auch die sogenannte „Waldheim-Affäre“ brachte freiheitliche Sympathisanten dazu, die Solidarität mit der eigenen Partei aufzugeben. Von den meisten Bürgern wurde es nämlich als Zugeständnis an den sozialistischen Koalitionspartner gewertet, dass die Freiheitlichen bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1986 keinen eigenen Kandidaten aufgestellt hatten. Der Großteil der freiheitlichen Wähler entschied sich allerdings keineswegs für den empfohlenen sozialistischen Kandi-



Bundespräsident Kirchschräger attestierte der FPÖ, zu einer staatstragenden Partei geworden zu sein.

daten, sondern für den international wegen seiner Kriegsvergangenheit angefeindeten ÖVP-Kandidaten Kurt Waldheim. Damit wäre für einen Teil des nationalfreihaitlichen Wählerpotentials wohl die Hemmschwelle überschritten gewesen, um im Falle einer weiteren Obmannschaft Norbert Steigers bei den folgenden NR-Wahlen die Volkspartei zu wählen. Meinungsforscher und politische Beobachter waren sich jedenfalls einig, dass die Freiheitlichen um die Jahresmitte 1986 kaum mehr als drei Prozent der Wähler erhalten hätten.

Im Sommer des Jahres 1986 zeichnete sich das Ende der Ära Norbert Steigers als Parteiohmann, aber auch das Ende der freiheitlichen Mitregierung im Rahmen einer kleinen Koalition ab. Eine in ihren Grundfesten erschütterte Partei, eine verunsicherte freiheitliche Wählerschaft und frustrierte Parteifunktionäre hatten für die Zukunft nur noch eine Hoffnung für die FPÖ: In Kärnten hatte sich während der Ära Steiger die Landesgruppe um den dynamischen jungen Parteiohmann Jörg Haider gefestigt und mit einem klaren Kurs gegen die Bundespartei Erfolge eingefahren. Jörg Haider war die einzige Hoffnung der Partei geworden.

Verdienste – und doch gescheitert

Für die Geschichte der zweiten österreichischen Republik stellt die rot-blaue-Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Fred Sinowatz und Vizekanzler Norbert Steger so etwas wie den Abschluss der Integration des historisch gewachsenen Dritten Lagers in das

1985

30. September: Bei der Landtagswahl in Kärnten ist die FPÖ unter Jörg Haider die einzige Gewinnerin. Mit 16 Prozent der Stimmen gewinnen die Freiheitlichen zu ihren vier Mandaten ein fünftes dazu.

19. Oktober: Die Grün-Alternativen unter Kaspannatez Simma erringen bei der Vorarlberger Landtagswahl vier Mandate und überholen die Freiheitlichen, die auf drei Mandate zurückfallen. ÖVP-Generalsekretär Michael Graff meint zu diesem Ergebnis: „Grün frisst Blau.“

4. Dezember: Mit seiner Aufforderung an die Landeshauptleute, das Offenhalten der Geschäfte am 8. Dezember zu ermöglichen, stößt Vizekanzler Norbert Steiger auf das starre Nein des Sozialministers Alfred Dallinger.

18. Dezember: Nach Tumulten in der Hainburger Au zwischen Demonstranten und der Polizei bei Beginn der Schlägerarbeiten bekräftigt das Parteipräsidium der FPÖ sein Ja zum Bau des Donaukraftwerks. Der Ausbau der Wasserkraft müsse Vorrang haben. Der Beschluss stößt parteiintern auf Widerspruch. Jörg Haider fordert das Ausscheiden der FPÖ aus der Regierung.

24. Jänner: Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager begrüßt den nach 40 Jahren aus italienischer Kriegsgefangenschaft entlassenen Major Walter Reder mit Handschlag. Daraufhin stellt die ÖVP in einer Sondersitzung des Nationalrats am 1. Februar einen Misstrauensantrag gegen Frischenschlager der mit 98:80 Stimmen abgelehnt wird. Vorher hatte es in der SPÖ Stimmen gegeben (Verkehrsminister Ferdinand Lacina), die das sofortige Ende der rot-blauen Koalition forderten.

21. März: Bei der Abstimmung über den Antrag der SPÖ auf Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf verweigert die FPÖ-Nationalratsfraktion ihre Zustimmung. Beim Abstimmungsergebnis 91:90 verfehlt der Antrag die für seine Annahme erforderliche Zweidrittelmehrheit.

1. – 2. Juni: In Salzburg wird auf einem Programm-parteitag das in zweijähriger Arbeit erstellte neue Parteiprogramm der FPÖ unter Berücksichtigung von mehr als 1.000 Abänderungswünschen beschlossen.

6. Oktober: Bei den Landtagswahlen in Oberösterreich fällt die FPÖ von vier auf drei Landtagsmandate zurück.



**Bereitwillig
übernahm Norbert Steger die
Rolle des Mehrheitsbeschaffers
für die SPÖ**

Vierteljahrhundert benötigten sie, um sich in die politische Landschaft der Republik als akzeptierter Bestandteil zu integrieren. Die hervorragende Arbeit der freiheitlichen Parlamentarier-Riege in den 60er-Jahren und das kleinparteienefreundliche Wahlrecht, das Kreisky den Freiheitlichen gewährte, ermöglichten diese Eingliederung in die politische Landschaft der Zweiten Republik.

Nachdem Friedrich Peter vorwiegend in einer Kooperation mit den Sozialisten eine Möglichkeit gesehen hatte, in gestaltende Funktion, also zu einer Regierungsbeteiligung zu gelangen, war es nur logisch, dass nach der kurzen Obmannschaft des Grazers Alexander Götz sein Nachfolger Norbert Steger ebenso in diese Richtung tendierte. Dass Steger und seine Mitstreiter durch den gesamtgesellschaftlichen Wandel in der Folge des Jahres 1968 und im Zeitalter des Sozialdemokratismus die ideologische Basis für eine zukunftsorientierte Partei in einer verstärkten Hinwendung zum Liberalismus sahen, waren nur logisch.

Das Odium der Nähe zu NS-Ideologie zu überwinden, war aus damaliger Sicht wohl nur durch eine dezidiert liberale Politik möglich. Und die klassische nationale Politik, die ja in der Habsburger Monarchie und in der Ersten Republik – und das quer durch alle politischen Lager – in Anschlusspolitik bestanden hatte, die war natürlich auch obsolet. Dass die Fragen nationalkultureller Identität im

politische System dar. Als die FPÖ in der Nachfolge des durch innere Zerrissenheit und Streit zerfallenen Verbandes der Unabhängigen gegründet wurde, wurde sie als eine Partei der ehemaligen Nationalsozialisten und als eine Nachfolge-Gruppierung der nationalliberalen Parteien der Zwischenkriegszeit und der alten Habsburger Monarchie empfunden. Im Gegensatz zu den Gründungsparteien der Republik, der christlich-konservativen Volkspartei, der Sozialdemokratie und den Kommunisten, galten die Freiheitlichen gewissermaßen als die Zuspätkommenden der Zweiten Republik. Nahezu ein

später auf Österreich zukommenden Zeitalter der Globalisierung und der Europäisierung und durch den Druck der Massenmigration eine völlig neue Aktualität gewinnen könnten, ahnte man in der frühen Phase der Steger-FPÖ wohl noch nicht.

Der Weg hin zu einer Partei, die als liberales Korrektiv gegenüber den beiden Großparteien fungieren sollte, war also nur logisch. Dass Norbert Steger damit die Stimmung in der Bevölkerung und insbesondere die Haltung des eigenen Wählerpotentials und des traditionellen freiheitlichen Lagers falsch einschätzte, war eine völlig andere Sache, allerdings in der Folge dann die Ursache seines Scheiterns.

Dennoch war die sozialistisch-freiheitliche Regierungskoalition der Beleg dafür, dass die freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft ein integrierter Bestandteil des politischen System und der politischen Landschaft der Zweiten Republik wurde. Und es war diese freiheitliche Regierungsbeteiligung auch der Beweis dafür, dass die FPÖ sehr wohl in der Lage war und ist, vernünftige Sachpolitik und Regierungsarbeit zu leisten. Und dies trotz medialen Gegenwinds und ohne jenen großen vorpolitischen Bereich, den die alten Parteien in Form des Kammersystems und anderer ständestaatlicher Restbestände für sich in Anspruch nehmen können. Norbert Steger hatte als Vizekanzler und Handelsminister gewisse Erfolge zu verbuchen. Harald Ofner war ein hervorragender Justizminister und Friedrich Frischenschlager und sein Nachfolger Helmut Krünes hatten ein Verständnis für die Bedürfnisse der Landesverteidigung und des Bundesheeres, das man bei manchen ihrer Nachfolger vergeblich suchte. Gerulf Murer war als Agrarstaatssekretär noch einer der letzten echten Bauern in einer Bundesregierung, Holger Bauer war ein ebenso ein anerkannter Fachmann und Mario Ferrari-Brunnenfeld ist als Arzt und Gesundheitspolitiker seinem Ressorts nichts schuldig geblieben.

Dennoch fiel die politische Gesamtbilanz für die freiheitliche Regierungsbeteiligung unter Norbert Steger eher kritisch aus, weil man die Wähler offenbar von der Qualität der eigenen Arbeit nicht zu überzeugen vermochte. Der Absturz bei Wahlen und in den Umfragen bewies

“
Dennoch war die
SPÖ-FPÖ-Koalition ein
Beweis für die Akzeptanz
der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft.
”

1986

6. Dezember: Milliardenverluste der verstaatlichten Betriebe (der gesamte Vorstand der VOEST trat am 26. November nach Bekanntwerden des Milliardenesasters zurück) beschäftigen den Nationalrat in einer Sondersitzung. Der FPÖ-Bundesparteivorstand erarbeitet ein 12-Punkte-Programm zur Sanierung, das im Jänner 1986 auf 31 Punkte erweitert wird.

22. April: Die Neubesetzung der Führung des Nationalratsklubs und des Postens des Verteidigungsministers durch den Bundesparteivorstand führt zu schweren innerparteilichen Differenzen. Entgegen der einmütigen Forderung der FPÖ Oberösterreich, Norbert Gugerbauer als Klubobmann zu nominieren, setzt Bundesparteiobermann Norbert Steger die Wahl Friedhelm Frischenschlagers zum Klubobmann durch. Völlig überraschend beruft er Helmut Krünes zum Nachfolger Frischenschlagers als Verteidigungsminister. Für die FPÖ Kärnten gibt Jörg Haider bekannt, die Landesgruppe fühle sich durch die Personalentscheidungen übergangen, und kündigt daher der Bundespartei die Zusammenarbeit auf.

20. – 21. Mai: Auf einem außerordentlichen Landesparteitag der FPÖ Kärnten stellt Jörg Haider im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen ihm und Bundesparteiobermann Norbert Steger die Vertrauensfrage. 96,12 Prozent der Delegierten sprechen Haider das Vertrauen aus. Haider-Kritiker Mario Ferrari-Brunnenfeld kommt nur auf 48,29 Prozent der Stimmen, womit er als Landesparteiobermannstellvertreter abgewählt wird.

11. – 14. September: Auf dem 18. ordentlichen Bundesparteitag in Innsbruck scheidet Jörg Haider bei der Wahl des Bundesparteiobermanns klar über Norbert Steger. Für Haider stimmen 263 Delegierte (57,7 %), für Norbert Steger 179 (39,2 %). Nach dieser Entscheidung wird Walter Grabher-Meyer von Dr. Norbert Gugerbauer als Generalsekretär abgelöst.

15. September: Entgegen der klaren Bestimmung des Arbeitsübereinkommens zwischen SPÖ und FPÖ, dass die Koalition nur im gegenseitigen Einvernehmen beendet werden kann, kündigt Bundeskanzler Franz Vranitzky das Regierungsbündnis mit der FPÖ einseitig auf. Jörg Haider wertet Vranitzkys Entscheidung als Vertragsbruch.

dies. Und überdies konnte man das angepeilte Ziel, nämlich eine längerfristige freiheitliche Regierungsbeteiligung über mehrere Legislaturperioden, nicht verwirklichen. Was schließlich den Versuch betrifft, aus der FPÖ eine „lupenrein liberale“ oder gar linksliberale Partei zu machen, so war dies in Anbetracht der Probleme, die auf Österreich und auf Europa in der Folge zukommen sollten und auf Grund der Einstellung der freiheitlichen Wählerschaft und des traditionellen Dritten Lagers von vornherein zum Scheitern verurteilt.



“
Die ÖVP hatte immer das Ziel, statt uns in der Regierung mit der SPÖ zu sein. Sie empfanden uns als „Gefahr für das/ihr System“. Deswegen wurde ich persönlich Hauptziel aller Angriffe.
”

„Aus ÖVP-Sicht waren wir eine Gefahr für ihr System“

Vizekanzler a.D.

Dr. Norbert Steger im Interview

Alexander Götz ist überraschend im Dezember 1979 von seinem Amt als Bundesparteiobmann zurückgetreten. Was waren die Gründe für diesen Rücktritt und wie war die Stimmung damals in der Partei?

Norbert Steger: Dr. Götz hatte – im Einklang mit der Mehrheit im FP-Vorstand – die ÖVP-Karte wegen seiner Zusammenarbeit in der Steiermark und als Bürgermeister von Graz

auch in der Nationalratswahl gezogen. Dies konterte die SPÖ unter Bundeskanzler Dr. Kreisky erfolgreich mit „Taus/Götz nein danke“! Die von ihm angestrebte Regierungsbeteiligung war damit gescheitert. Als Führer der Opposition wollte er nicht nach Wien gehen. Deswegen trat er zurück. Ich bin dafür eingetreten, mit beiden Parteien, die im

damaligen Parlament außer der FPÖ waren, im Ernstfall zu verhandeln, wusste aber, dass eine erstmalige Beteiligung an einer Regierung wegen Streikdrohungen der Linken in der Gewerkschaft nur mit der SPÖ möglich war.

Welche Gründe waren es, die dazu geführt haben, dass man sich in der freiheitlichen Partei in der Spitze und Führung darüber einig war, dass man eine sozial-liberale, also rot-blaue Koalition anstrebte und sich nicht, wie Alexander Götz es wollte, in Richtung der ÖVP orientierte?

Steger: Diese Einigung gab es nicht wirklich. Aber allen war klar, dass die FPÖ vom Austrocknen bedroht war, wenn weiterhin jahrzehntelang nur die Opposition für die eigenen Anhänger möglich wäre, weil alle Jobs im öffentlichen Bereich (Banken, Lehrer etc.) aber auch Wohnungen damals nur über SPÖ und ÖVP vergeben wurden. Freiheitliche waren Menschen 2. Klasse.

Sie wurden im März 1980 zum Bundesparteiobmann der FPÖ gewählt – der Gegenkandidat war damals Harald Ofner. Handelte es sich dabei um einen Richtungsstreit innerhalb der Partei oder war das schlicht eine Wahl zwischen zwei verschiedenen Persönlichkeiten?

Steger: Harald Ofner und ich haben uns immer gut verstanden, sonst hätte ich ihn später nicht als Justizminister in mein Team der Regierung aufgenommen. Götz hat daraus einen Richtungsstreit konstruiert und den Tiroler Obmann Gerulf Stix als zukünftigen Generalsekretär vorgeschickt. Dadurch wurden Gräben in der Partei aufgerissen, die ich nur schwer schließen konnte.

Wie gestaltete sich Ihre Arbeit als Bundesparteiobmann in den folgenden Jahren 1980-1982/83? War das schon eine Vorbereitung auf eine Regierungsbeteiligung? Ging es dabei in erster Linie um eine aktive Positionierung, die diese Regierungsbeteiligung ermöglichte?

Steger: Ab meiner Bestellung erfolgte ein kantiger Ausbau der Opposition, aber mit Pflege der Gesprächsbasis zu allen Parteien. Erste Hürde war die Bestellung von Dr. Androsch als Generaldirektor der damaligen Großbank CA-BV, die von der ÖVP als ihre Hausbank betrachtet wurde und die worden war immer von ihr geführt wurde. Die Bank war bis dahin auch die Finanzierungsbank der VP. Im Ausschichtsrat stand es 13:13:1, unser damaliger Vertreter war – als mein Nachfolger – der heutige FPÖ-Ehrenobmann Mag. Hilmar Kabas. Unter großem Druck der „bürgerlichen“ Medien verhandelten wir mit der SPÖ unter Bezeichnung des ÖGB-Präsidenten Anton Benya diese Bestellung. Wir setzten durch, dass das SPÖ Präsidium öffentlich mit meinem jungen Präsidium erstmals verhandeln musste und nicht nur Kreisky mit Peter sprach. Weiters ein Gesetz für Ausschreibungen aller Funktionen in staatsnahen Bereichen. Erst danach wählte Kabas – mit einem FPÖ Vorstandsbeschluss nach Antrag Dr. Jörg Haiders – Dr. Androsch als GD. Mit dieser Entscheidung gegen harten Gegenwind war der Widerstand des großkoalitionären ÖGB gegen eine Koalition SPÖ-FPÖ gebrochen, wie Benya selbst öffentlich erklärte.

Das zweite wesentliche Thema war der AKH-Untersuchungsausschuss im Parlament, den ich leitete. Die beiden Großparteien konnten sich auf keinen Abschlussbericht einigen. Dadurch kam es zum gemeinsamen Bericht der FPÖ mit der SPÖ, mit dem Kreisky selbst nach mehreren Vier-Augen-Gesprächen mit mir von der Mitwisserschaft freige-

“
Der AKH-Untersuchungsausschuss, den ich leitete, bot Gelegenheit zur politischen Profilierung.
”

sprochen wurde. Ab diesem Zeitpunkt gab es regelmäßige vertrauliche Gespräche zwischen dem Kanzler und mir, wodurch die tragfähige Achse für die spätere Regierungsbildung entstand.

Im Nationalrat waren Sie maßgeblich beteiligt am AKH-Untersuchungsausschuss. War das ein entscheidender Punkt für Sie?



Norbert Steger mit der Vizekanzlerin Klara Motter, die Jahre später ins LIF abwandern sollte

Steger: Ja, weil alle erfolgten Zusagen von Parteien-Verhandlungen von der FPÖ immer eingehalten wurden. Dadurch entstand Vertrauen in die Tragfähigkeit.

Bei der darauffolgenden Nationalratswahl konnte die FPÖ um ein Mandat zulegen, die SPÖ um Bruno Kreisky verlor die absolute Mehrheit. Was waren Ihrer Meinung nach die Gründe für den Verlust der Absoluten für die SPÖ und für den Zugewinn der Freiheitlichen?

Steger: Gegen starken Wind aus der eigenen Partei „umarmte“ ich im Wahlkampf Kreisky und griff „nur“ die SPÖ an. Motto: Kreisky soll Kanzler werden, aber ohne Diktat seiner Linken, weil er von uns gestützt würde. Durch diese Linie verloren wir zwei Mandate an die VP, gewannen aber – mit Wahlgluck – drei von der SPÖ. Ich wollte den Götz-Fehler vermeiden, den damals seit 13 Jahren regierenden beliebten „Sonnenkönig“ frontal anzugreifen, wodurch er bei der vorigen Wahl sehr viel zusätzliche Stimmen als Unterstützung gewonnen und seine Absolute ausgebaut hatte. Er sollte laut meiner Wahlkampflinie als unbedroht in seiner Kanzlerschaft von uns zu Reformen gezwungen werden. Dies kostete die SPÖ zwar die absolute Mehrheit, schadete mir

aber auf Dauer bei manchen unserer „Rechten“, die diese Taktik nicht kommuniziert bekommen konnten, weil die ÖVP – die selbst mit der SPÖ koalieren wollte – mich zum „Steigbügelhalter“ in ihren Medien denunzierte.

Es heißt, die rot-blau Koalition wurde bereits am Wahlabend mehr oder weniger vorab ausgehandelt. Ist das richtig? Wer waren die maßgeblichen Wegbereiter für diese Koalition? Kreisky verhandelte ja noch das Regierungsabkommen, machte er da schon klar, dass er nicht mehr Kanzler sein würde?

Steger: ÖVP-Obmann Dr. Alois Mock erschien am Wahlabend zwei Stunden lang für die Schluss-Interviews nicht in der Hofburg, weil seine Partei eine Siegesfeier – bei der Staatsoper mit Rede vom Balkon des damaligen Parteisitzes Palais Todesco (Raiffeisen) – abhielt. Wir besprachen zwei Stunden unter vier Augen das Prozedere, die Hauptschwerpunkte und Personen der künftigen Regierung. Erst damals wurde mir klar, dass Kreisky selbst wegen seiner Nierenkrankheit nicht mehr Kanzler werden konnte und wollte. Seine Festlegung auf Dr. Fred Sinowatz konnte ich nicht verhindern. Meine Hoffnung, mit dem anerkannten Kanzler Kreisky zirka zwei Jahre weiterzumachen, bis die FPÖ etabliert wäre, wenn danach ein neuer Kanzler käme, war damit vom Tisch. Dies war später der Hauptgrund für die kurze Dauer der SPÖ-FPÖ Koalition, weil Sinowatz aus der eigenen Partei sehr viele Prügel vor die Füße bekam: Innenminister Blecha und Sozialminister Dallinger wollten selbst Chef werden, Lacina und Co. wollten unbedingt eine Neuaufgabe der Koalition mit der ÖVP. In diesem Kräftefeld blieb wenig medialer Spielraum zu unserer Etablierung.

Wie gestalteten sich die Regierungsverhandlungen mit der SPÖ? Konnte man hier als vergleichsweise kleine Partei überhaupt auf Augenböbe verhandeln? Welche inhaltlichen Forderungen, aber auch von den Positionen her, konnte man einbringen? Wie es dann zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen kam, aber auch davor schon, zu welchen Widerständen – oder auch nicht – kam es innerhalb der Partei gegenüber einer solchen Regierungsbeteiligung?

Steger: Es wurde ein Verhandlungsausschuss zur Verhandlung zunächst nur mit der SPÖ unter meiner Leitung mit Untergruppen eingesetzt. Dies erfolgte im Vorstand einstimmig, weil der VP Generalsekretär Graff im TV gesagt hatte, seine Partei würde zuerst nur mit der SPÖ verhandeln und uns als Druckmittel verwendete - Zitat: „Wenn uns Kreisky die Rothaange nicht gibt, dann nehmen wir eben die Blauaugen.“ Die FPÖ Empörung war groß nur zweite Wahl zu sein!

Die Parteigröße ist bei solchen Verhandlungen fast egal, denn es geht um das Erreichen der Mehrheit im Nationalrat. Aber natürlich konnten wir den Bogen nicht überspannen, weil unser Hauptziel darin bestand, unsere Leute aus dem Paria-Stadium der Republik endlich zu befreien, was gelungen ist. Inhaltlich konzentrierten wir uns beim Abkommen auf jene Bereiche, die wir später auch personell anführen sollten: Wirtschaft inklusive Budget, Landesverteidigung, Justiz, Umweltschutz, Landwirtschaft. Vor allem das Festhalten an unserem Anti-Atom-Kurs war schwer durchzuhalten, weil die Gewerkschaft auf die Inbetriebnahme von Zwentendorf drängte. Zitat Benya: „Wir können nicht gemeinsam mit Euch regieren, wenn ihr gegen alle Kraftwerke seid – Hainburg, Zwentendorf, Oberösterreich und Osttirol. Die Kompromissformel war, Hainburg wird gebaut, der Rest von uns verhindert. Dies war später der Beginn meiner Auseinandersetzung mit Dihad

“
Erst bei den Regierungsverhandlungen erkannte ich, dass Kreisky wegen seiner Krankheit nicht mehr weiterregieren wollte.“
”

und seiner „Krone“. Er wollte jugendliche Leser gewinnen und kündigte mir an, mich zu vernichten, wenn ich – als Energieminister – für ein Kraftwerk in Hainburg eintreten sollte. Damit wurde die „Krone“ zum „Feind“, und es begann der Aufstieg der Grünen. Man kann schon sagen, dass „Die Grünen“ von der „Krone“ gemacht wurden!

Die Koalition wurde innerparteilich in allen Gremien einstimmig beschlossen. Es gab aber Querschüsse, weil eine kleine Gruppe – hinter meinem Rücken – Gespräche mit der ÖVP führte. Die Parteigremien haben diese Gespräche mit sehr großer Mehrheit verurteilt und für die Rädelsführer den Ausschluss angedroht. In keiner Partei der Welt wird akzeptiert, dass ohne Obmann und ohne Beschluss des Vorstands solche Gespräche geführt würden. Dies war das erste Mal, dass ich Dr. Häiders Mitgliedschaft aktiv retten musste.

Wie gestaltete sich die Regierungsarbeit der Anfangsphase der sozial-liberalen Koalition? War das ein Agieren und Handeln auf Augenhöhe oder kam deutlich heraus, dass die SPÖ die stärkere Kraft war?

Steger: Es war ein Agieren auf Augenhöhe, aber natürlich hatte die

SPÖ mehr Bereiche als wir, in denen sie – auf Basis des Koalitionspaktes – nicht nur in Personalfragen frei agieren konnte. Erst bei Gesetzesvorlagen muss vorher der Koalitionsausschuss zustimmen. Schwierig war in den ersten drei Jahren nur der innerparteiliche Machtzustand in der SPÖ, vor allem solange Kreisky noch Parteichef blieb.

Welche Stolpersteine gab es von vornherein für diese Koalition? Welche Widrigkeiten waren von vornherein zu bewältigen, um nicht völlig unterzugehen neben dem übermächtigen Koalitionspartner?

Steger: Kein Koalitionspartner ist oder war

übermächtig. Durch die Verfassung ist jeder Minister Höchstorgan und in seinem Bereich weisungsfrei. Wir konnten daher im Außenhandel – damals waren dies noch alle europäischen Staaten – Gewerbesachen, Industrie- und Energiepolitik, Bergrecht, Fremdenverkehr, Justizwesen und Landesverteidigung absolut ohne jede Beeinflussung durch die andere Partei arbeiten. Für eine Fünf-Prozent-Partei gab es ein weites Feld zu beackern. Auch weil alle Wirtschaftsauszeichnungen zum Leidwesen der Kammern nur über uns laufen konnten. Unsere Personaldecke war sehr dünn, weil sich zu uns – vor der Wahl – nur eine Handvoll Beamter bekannt hatte.

Welche Rolle spielte die ÖVP als Oppositionspartei gegenüber der Regierung? War es hier schwierig, der ÖVP die Stirn zu bieten?

Steger: Die ÖVP hatte immer das Ziel, statt uns in der Regierung mit der SPÖ zu sein. Sie empfanden uns – aber vor allem mich als – „Gefahr für das/ihr System“. Deswegen wurde ich persönlich, obwohl ich als Jungpolitiker von Obmann Friedrich Peter, der selbst beste SP-Kontakte hatte, mit der Gründung von regelmäßigen Gesprächen zu Nachwuchspolitikern der ÖVP bestimmt war und daher zu etlichen Abgeordneten und späteren VP-Ministern ein sehr gutes Verhältnis hatte, Hauptziel aller Angriffe. Götz, der ohne jeden Druck zurücktreten war und durch niemand gestürzt wurde, konnte sein Scheitern auf dem Weg zur Regierungsbildung nicht vermeiden und verwendete sein großes Prestige in konservativen Kreisen, auch der FPÖ, mich madig zu machen. Die ÖVP hatte eine eigene Stabsstelle, finanziert von Raiffeisen, gegründet mit dem Ziel, mich in der eigenen Partei zu Fall zu bringen. Legionen von erlogenen Geschichten – alle abgedruckt im

“
Die ÖVP konnte es nicht
verwinden, dass die Freiheitlichen statt ihr die
Koalition mit den Sozialisten bildeten.
”

Kurier – wurden damals erfunden. Bis heute glauben viele, ich hätte bei einem Betriebsbesuch in der Waschmittelfirma Henkel gesagt: „Ich trinke ihre Produkte auch gerne“. Dabei war ich in meinem ganzen Leben nie in dieser Firma. Nach vielen Dementis wurde mir geraten, einfach mitzulachen.

Aber die Frage bleibt historisch relevant: Warum war es so wichtig, mein Image zu vernichten, mich politisch zu entfernen? Und warum haben eigene Freiheitliche mitgemacht? Die ÖVP fürchtete, zu lange nicht an den Futtertrögen zu sein! Die damalige FPÖ hatte jedenfalls mit Korruption nichts zu tun. Daher war sie manchen so gefährlich, die sehr viele dunkle Geschäfte machten.

Welche innerparteilichen Schwierigkeiten waren zu beobachten bzw. welche handelnden Personen innerhalb der FPÖ trieben diese Front gegen die Regierung? War Jörg Haider schon voll im Gange?

Steger: Es gilt alles oben Gesagte. Der einzige Einpeitscher gegen mich war Götz. Jörg Haider hatte zwar über Aufforderung von Mag. Kabas einen Aufruf, mich zu wählen, vor dem Parteitag 1980 unterschrieben, er wollte aber immer selbst – möglichst rasch – FPÖ-

Friedrich Peter und Norbert Steger zogen beide eine Zusammenarbeit mit der SPÖ vor



Chef werden. Ich war nur sechs Jahre älter, da kamen ihm manche persönliche Attacken auf mich nur recht. Zweimal beschloss der Parteivorstand seinen Ausschluss. Zweimal habe ich ihn nicht vollzogen. Nicht aus Blödsinn, sondern in der Überzeugung, ihn aushalten zu können. Ich mochte ihn außerdem persönlich seit 1972 nach einigen Gesprächen und war immer überzeugt, dass es ihm als Hochintelligentem erlaubt sein müsse, selbst Obmann werden zu wollen. Aber natürlich habe ich angenommen, ihm meinen Weg schmackhaft machen zu können, was ja jahrelang gelungen ist. Er war ja letztendlich 1980 sogar Antragsteller für mich als Obmann.

Gegen Ende der sozial-liberalen Regierung unter Ihrer Vizekanzlerschaft nahmen die innerparteilichen Schwierigkeiten zu. Worin sehen Sie die Gründe, dass diese innerparteilichen Schwierigkeiten nicht zu bewältigen waren und warum glauben Sie, dass Jörg Haider hier in der Lage war, das Ruder in der FPÖ zu übernehmen?

Steger: Die ÖVP hatte es medial geschafft zu verbreiten, dass die FPÖ bei Wahlen nur mehr drei Prozent bekommen würde. Wir konnten wegen der negativen Stimmung in der Partei gegen mich nicht durch-

dringen, dass laut allen uns zugänglichen Untersuchungen wir uns fast verdoppeln würden. Zuletzt vereinbarte ich mit Haider vor dem Parteitag 1986, selbst nicht mehr als Spitzenkandidat anzutreten, sondern diesen durch Vorwahlen aller Mitglieder bestimmen zu lassen. Die „Krone“ witterte eine Falle für ihre Ziele, sie wollte die Koalition nicht mehr. Deswegen kandidierte Haider trotzdem gegen mich und nahm die Beendigung der ersten Regierungsbeteiligung im Falle seines Sieges in Kauf.

Warum glauben Sie, tut sich die FPÖ – wie man auch an der zweiten Regierungsbeteiligung Anfang der 2000er Jahre gesehen hat – so schwer mit dem Regieren? Was meinen Sie, ist geblieben von der rot-blauen Koalition 1983-1986? Was ist von dieser rot-blauen Koalition an Gesetzesinitiativen übrig geblieben, was an abgewiesenen Parametern?

Steger: Die Partei hat zu wenige Beamte, die mit Regierungsverantwortung der FPÖ helfen könnten. Dumm war es 2000, als Erfolg den „Aufnahmestopp“ zu verhandeln, weil dadurch ins rot-schwarze Machtgefüge keine Eigenen aufgenommen wurden! Die letzten blauen Spitzenbeamten wurden alle in meiner Zeit entannt. Der Götz-Slogan „Attackieren statt arrangieren“ führte zum Gedanken, revolutionär zu handeln und das Gefüge nicht von innen ändern zu wollen/zu können. Dazu braucht man aber immer die Absolute.

Die Regierung wurde erst am 21.01.1987 abgelöst. Es gehörte zur Anti-FPÖ-Propaganda ihre Dauer zu verkleinern und es so darzustellen, als hätte ich sie gar nicht ausgehandelt. Geblieben ist, dass die SPÖ ungläubig bleibt, wenn sie eine Zusammenarbeit mit der FPÖ total ausschließt. Sie hatte ja schon eine, die erste in der Geschichte der FPÖ. Damit habe ich mit meinem Team und hat die SPÖ samt ÖGB die Regierungsfähigkeit der FPÖ bewiesen.

Wegweisend ist die dauerhafte Verhinderung der Atomenergie in Österreich. Wenige Wochen vor dem Unglück des Reaktorunfalls in Tschernobyl wurde im Parlament ein Antrag auf Aufhebung des Atomsperrgesetzes gestellt bei dem die ÖVP ankündigte, SPÖ und ÖGB - der damit den Ausfall Hainburgs kompensieren wollte - zur Zwei-Drittel-Mehrheit zu verhelfen, wenn ich aus der Regierung entlassen werde. Dieser Versuch scheiterte an der Standhaftigkeit der FPÖ, was für immer ein historischer Verdienst bleiben wird. Dies, obwohl Jörg Haider für die Inbetriebnahme eintrat und einen Parteitagbeschluss zur Änderung meiner FPÖ-Linie, daher die Zustimmung zur Atomenergie wollte.

Wegweisend ist auch das von mir gegen den Widerstand der VP-dominierten-Kammer mit dem Landwirtschaftsministerium verhandelte neue Weinggesetz, das den internationalen Ruf und Aufstieg Österreichs zum Produzenten von Qualitätswein einleitete, der bis heute unvermindert anhält.

Geblieben sind auch viele Liberalisierungen in der Gewerbeordnung mit dem leichteren Zugang zu Berechtigungen für Neuanmeldungen.

Geblieben ist – auch dies erst seit damals – dass die FPÖ im Präsidium des Nationalrats mit einem Präsidenten vertreten ist.

Der Platz reicht nicht, um alle Änderungen festzuhalten, manche sind vielleicht auch nicht groß genug, um erwähnt zu werden. Sicher das wichtigste war, dass aus meinem Regierungsteam kein einziges freihetliches Mitglied in irgendeiner Form in ein Strafverfahren verwickelt wurde. Der damalige Slogan „Partei der Anständigen und Tüchtigen“ sollte auch im Rückblick viele stolz machen, die nicht immer mit all meinen Entscheidungen einverstanden waren.

“
Im Nachhinein kann ich sagen, dass mein Ressort sehr schlagkräftig war und es nicht schlecht gelaufen ist.
”



“
Kreisky hatte eine patriotische Komponente – deswegen ist auch Rot-Blau zustande gekommen
”

Die Nationalratswahl 1979 hat den Freihetlichen einen Stimmengewinn und ein Mandat plus gebracht – da war eine Anbruchsstimmung in der Partei unter Alexander Götz, die ein halbes Jahr später Geschichte war, weil Götz zurücktrat. Warum?

Harald Ofner: Er war kein Steher, ihn haben die „linkslastigen“, also jene, die mit der SPÖ koalieren wollten, wie etwa Friedrich Peter, dauernd angegriffen – daraufhin ist er recht bald, im Herbst 1979, wieder zurückgetreten.

War das ein Richtungsstreit?

Ofner: Ein wenig, denn Götz war ja in Graz Bürgermeister mit Unterstützung der ÖVP. Und die Führungsriege der Partei – Friedrich Peter etc. – war eben eher SPÖ-lastig. Im Hintergrund der Vater der rot-blauen Regierung im Jahr 1983 war im Übrigen Kreisky, der das organisiert hat, auch wenn der Kanzler dann Fred Sinowatz war. Nicht mit uns wollen hat im Übrigen von vornherein Franz Vranitzky, was er intern immer gesagt hat, etwa unserem Staatssekretär Holger Bauer, dass er uns bei der nächsten Gelegenheit aus der Regierung werfen würde – bekanntlich war das dann Haider.

Als Götz auf internen Parteidruck hin gegangen ist, wie war dann die Stimmung in der Partei? Horst Schender führte die Partei interimistisch, da war die Kandidatur Norbert Stegers. Sie persönlich traten gegen ihn an ...

Ofner: Ja, ich habe damals den bäuerlichen, nationalen Flügel in der Partei verkörpert und Steger den städtischen, wienerischen – linken kann man nicht sagen. Er hat beim Parteitag zwölf Stimmen mehr ge-

„Rot-Blau ist nicht schlecht gelaufen“
Justizminister a.D.
Dr. Harald Ofner im Interview

habt als ich und ich habe mich geärgert, weil mir alle zugeredet haben, dass ich kandidieren soll. Unter anderen war das Otto Scrinzi, der mir zugeredet hat, was ich alles machen sollte – und dann war er nicht einmal am Parteitag.

Steger war aber nicht unfair – ich bin nicht hingerichtet worden, wie sich das vielleicht gehört in so einer Situation – sondern ich bin sein Stellvertreter geworden und Justizminister. Er war ein fairer Sieger.

War das auch schon die Entscheidung, dass man mit der SPÖ in eine Koalition gehen würde?

Ofner: Es war Faktum, dass der Friedrich Peter, der ja nach wie vor sehr gewichtig war, auf der Seite Kreiskys war und Götz vorher nicht – letztlich aber war das kein wirklicher Richtungsstreit, es war mehr eine Persönlichkeitsauseinandersetzung würde ich sagen. Peter war auf jeden Fall mit Kreisky sehr gut, wofür ich Verständnis gehabt habe. Und Kreisky hat eine patriotische Komponente gehabt, bzw. ein gewisses Verständnis für uns. Darum ist wohl auch schon in der Wahlnacht 1983 eine rot-blaue Koalition ausgeschnapst worden.

Sie waren in dieser Regierung Justizminister...

Ofner: Ja, wenngleich ich zuerst Verteidigungsminister werden sollte, aber ob meiner Tätigkeit als Anwalt war es sicher besser so.

Wie gestaltete sich die Regierungsarbeit für Sie?

Ofner: Die Regierung war nicht schlecht. Ich habe als Justizminister 27 neue Gesetze durchgebracht – davon 25 einstimmig. Ich habe mir vorgenommen, dass ich mit allen so lange verhandle, bis es funktioniert – und habe erkannt, dass es schwierig ist, wenn man erst um 10 Uhr am Vormittag Sitzungen anberaumt, weswegen wir deimal in der Woche um 7 Uhr begonnen haben. Zuerst habe ich gemeint, die Mitarbeiter fallen um vor Schreck – das haben sie zum Glück nicht getan. Beim ersten Termin um 7 Uhr in der Früh kam einer meiner Mitarbeiter und meinte: „Herr Bundesminister, ich danke ihnen, dass Sie mir gezeigt haben, wie schön die Welt um 7 Uhr in der Früh ist.“ Auf jeden Fall

kann ich im Nachhinein sagen, dass mein Ressort sehr schlagkräftig war und es nicht schlecht gelaufen ist.

Wann haben die innerparteilichen Probleme angefangen?

Ofner: Das ist im Detail schwer zu sagen, es hat sich aber immer mehr abgezeichnet. Klar war, wie schon eingangs erwähnt, dass Vranitzky unser Gegner war, und man den Absprung von uns sicher auch gesucht hat. Und da war dann die Problematik mit Haider – Löschnak war innerhalb der Koalition mein Ansprechpartner und hat mich schon gefragt, ob bei dem Parteitag in Innsbruck etwas passieren könnte.

Auch ich wurde parteiintern angesprochen, dass Steger weg müsse und ich für den Obmann kandidieren solle, was ich aber klar abgelehnt habe, weil ich schon einmal gegen ihn verloren habe, nicht geköpft worden bin, sondern Justizminister und sein Stellvertreter geworden bin.

Kommen wir zu den Ursachen, warum Haider so aufsteigen konnte...

Ofner: Der Haider war einerseits betrachtet genial, wenn er den Mund aufgemacht hat – er hat die Leute mitgerissen, das war unglaublich. Aber ein Psychiater, mit dem ich zusammengearbeitet habe, hat einmal gemeint, Haider müsse immer zerstören. Zuerst hat er aus der

Opposition heraus die Regierung zerstört – das war ja legitim. Dann hat er aus der Regierung heraus, wo er selbst in der Regierung war, die Regierung zusammengehaut – das war schon eher bedenklich. Wie die Regierung vorbei war, hat er die Partei zerstört – Knittelfeld. Wie die Partei kaputt war, hat er seine Freunde „erledigt“ – der Haupt, der Reichhold etwa, die waren alle gefühlte vierzehn Tage Vizekanzler oder Parteichefs und dann waren sie im Spital. Und am Schluss hatte er nur mehr sich selbst und er stirbt als Selbstmörder bei einem spektakulären Unfall.

Jörg Haider von seiner Persönlichkeitsstruktur war also schon in den 1980er Jahren bei der Regierungsbeteiligung Sinowatz/Steger jene Kraft, die das einfach zerstören wollte?

Ofner: Immer, während wir in der Regierung waren und eine riskantere Sache gemacht haben, mussten wir am nächsten Tag davon in der Zeitung lesen. Ich habe bei zwei Vorstandssitzungen den Parteausschluss des Jörg Haider verlangt. Ich bin beide Male mit den Anträgen durchgekommen – Steger hat sich aber nicht getraut, es zu vollziehen.♦

Justizminister Harald Ofner im Gespräch mit Sektionschef Egmont Foregger, der 1987 als neuer Justizminister Ofners Nachfolger wurde



“
Ich habe bei zwei Vorstandssitzungen den Parteausschluss Haiders verlangt.
”

IX

**DIE DRITTE KRAFT
IST WIEDER DA**

VON DER PARTEI DER
„EHEMALIGEN“ ZUR
NATIONALLIBERALEN
HONORATIOREN-PARTEI

1956 – 1979

Die Gründung der FPÖ, die Ära Friedrich Peter und das Zwischenspiel unter Alexander Götz

Nachdem der Verband der Unabhängigen offensichtlich gescheitert war, kam es am 17. Oktober 1955 zur Gründung eines Bundesproponenten-Komitees, bestehend aus „Aktion zur politischen Erneuerung“, VdU und Freiheitspartei, um eine Parteigründung unter neuem Namen vorzubereiten. Bereits am 27. Oktober 1955 einigte sich dieses Komitee auf die Bezeichnung „Freiheitliche Partei Österreichs“. Der Name weist auf das Grundelement und die Grundfeste der Ideologie des Dritten Lagers hin. Die Freiheit, vor allem die Freiheit des Individuums, aber auch die Freiheit der Gemeinschaft, des eigenen Volkes, stand und steht stets im Zentrum sämtlicher programmatischer Aussagen und Programme des nationalliberalen Lagers.

Das Bundesproponenten-Komitee arbeitete so intensiv, dass bereits am 3. November 1955 ein Kurzprogramm publiziert werden konnte. Am 7. April 1956 fand der erste ordentliche Bundesparteitag, also der Gründungsparteitag der FPÖ, im Hotel „Weißer Hahn“ in Wien statt. Zu den Männern der ersten Stunde zählten neben Anton Reinthaller und Wilfried Gredler Tassilo Broesigke, Emil van Tongel, Gustav Zeillinger, Jörg Kandutsch und Friedrich Peter, um nur einige zu nennen.

Wer war Anton Reinthaller?

Die Persönlichkeit des Gründungsobmanns der FPÖ bedarf heute wohl einer näheren Beschreibung: Es hatte gute Gründe, warum Anton Reinthaller (geboren am 14. April 1895 in Mettmach) für national gesinnte Bevölkerungskreise zur Symbolfigur geworden war: Er war als einfacher Bauernsohn zu höchsten politischen Würden aufgestiegen, hatte als Nationalsozialist zwar Begeisterung für den nationalen Gedanken und die Anschlussidee entwickelt, sich

aber Scharfmachern und Extremisten widersetzt. Das hatte ihn vor 1938 nicht nur in Gegensatz zur illegalen österreichischen Gauleitung in München (Theo Habicht) gebracht, sondern auch zu Hitler-Stellvertreter Martin Bormann, der Reinthaller als „österreichischen Separatisten“ misstraute, seine Absetzung betrieb und seine Liquidierung anstrebte. Der überzeugte Katholik Anton Reinthaller ließ sich trotz handfester Drohungen nie zum Kirchenaustritt zwingen.

Reinthaller war 1938 Landwirtschaftsminister im Kabinett Seyß-Inquart. Nach dem Anschluss leitete er in Berlin die damals im Reichsernährungsministerium für Österreich neu geschaffene Abteilung 7 für Berglandangelegenheiten als Unterstaatssekretär. Als Landesbauernführer des Donaulandes (zuerst Ober- und Niederösterreich, dann Niederösterreich allein) war er Hauptverantwortlicher des Reichsnährstandes in Österreich. Er schützte Österreichs Bergbauern vor der geplanten Absiedlung und leitete die Entschuldungsaktion ein, die zur Existenzsicherung der Bauernschaft wesentlich beitrug. Trotzdem wurde er nach 1945 in zwei Prozessen vom Volksgericht zu mehrjähriger Kerkerstrafe und Vermögensverfall verurteilt.

Bald nach dem zweiten Urteil (7. Mai 1952) wurde das Verfahren gegen ihn durch Entschleifung des Bundespräsidenten eingestellt und der Vermögensverfall aufgehoben.

Selbst im Urteil des Volksgerichtshofes wurde anerkannt, „dass Reinthaller zu den Idealisten des NS-Bewegung zählte und die von



Der Handschlag zwischen Anton Reinthaller und Max Stendebach symbolisierte die Versöhnung zwischen dem alten VdU und der neuen FPÖ

1956

13. Mai: Bei ihrem ersten Antreten zu einer Nationalratswahl erzielt die FPÖ sechs Mandate (283.749 Stimmen, 6,52 %)

168

1957

5. Mai: Bei der Bundespräsidentenwahl entfallen 51,1 Prozent der Stimmen auf den SPÖ-Kandidaten Adolf Schärf, 48,9 % auf den gemeinsamen Kandidaten der ÖVP und der FPÖ, Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Denk.

1958

1. – 2. Juni: Anton Reinthaller und seine Stellvertreter Gredler, Stendebach und Zechmann werden auf dem 2. ordentlichen Bundesparteitag in Klagenfurt wiedergewählt.

12. – 14. September: Als Nachfolger des am 6. März verstorbenen Parteigründers und ersten Bundesparteiobmanns Dipl.-Ing. Anton Reinthaller wird Friedrich Peter auf dem 3. ordentlichen Bundesparteitag in Salzburg zum neuen Bundesparteiobmann gewählt.

1960

23. März: Die FPÖ stimmt im Nationalrat gegen den Beitritt Österreichs zur Europäischen Freihandelszone (EFTA) und beantragt stattdessen Österreichs Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG).

1962

5. – 6. Mai: Die FPÖ fordert auf ihrem 6. ordentlichen Bundesparteitag in Klagenfurt die Einführung der alljährliche Anpassung der Pensionen an die gestiegenen Lebenshaltungskosten (Pensionsdynamik)

169

ihm geleitete Befriedigungsaktion, die mit Wissen und Willen der damaligen österreichischen Regierung verlief (zuerst Dollfuß dann Schuschnigg), keinesfalls als Hochverrat angesehen werden kann“.

Ferner wurde vom Gericht anerkannt, „dass sich Reinthaller während der NS-Gewaltherrschaft mehreren prominenten Gegnern der NSDAP gegenüber hilfreich gezeigt hat, dass er bemüht war, den österreichischen Standpunkt gegen die reichsdeutsche Überflutung zu vertreten und dass er den österreichischen Bauern wertvolle wirtschaftliche Hilfe angedeihen ließ“. Die Aussagen prominenter Zeugen fielen ebenso eindeutig zugunsten Reinthallers aus:

Landeshauptmann Gleißner bescheinigte Reinthaller, er sei bestrebt gewesen, Unrecht zu vermeiden, zu beheben und Härten zu erleichtern: „Er genießt im ganzen Land Oberösterreich den Ruf eines anständigen, jede Gewalt und jedes Unrecht verabscheuenden Menschen“. Der frühere Rechnungshofpräsident und Kandidatsch-Vorgänger Hans Frenzel erklärte, Reinthaller sei es gelungen, seinen Abtransport nach Dachau zu verhindern und seine Freilassung aus der Gestapohaft nach 15 Monaten durchzusetzen. Höhere Parteidienststellen hatten ihm wegen dieses Verhaltens Vorwürfe gemacht.

Schließlich gab der damalige Bundeskanzler Leopold Figl 1952 in der Zeugniseinvernahme zu Protokoll, er habe es Reinthaller zu verdanken, dass er im Mai 1943 nach seiner Rückkehr aus Dachau sein konfisziertes Vermögen binnen vier Tagen zurückbekam. Reinthaller habe ihn als „Kollegen“ angesprochen und ihm einen Posten in der damaligen Gaubauernschaftsführung angetragen. Reinthaller sei ein sehr gemäßigter, idealistischer Nationalsozialist gewesen, der die Selbstständigkeit Österreichs nicht untergeben wollte.

Trotzdem blieb die Beurteilung Reinthallers umstritten. Für die einen war er Sinnbild der Hochanständigkeit, des Idealismus und der Vereinbarkeit von guter nationaler Gesinnung mit aufrechtem Österreichertum. Für die anderen blieb er der schwer belastete, hochrangige Naziführer, gegen dessen Wiedereintritt in die Politik schwerste Bedenken angemeldet werden mussten. Reinthaller selbst – seit 1952 wieder ein freier Mann – war bald von seiner späteren Krankheit (Lungenkrebs) gezeichnet. Er fühlte sich müde und wollte am liebsten auf

seinem Bauernhof in Mettmach in aller Zurückgezogenheit einen friedlichen Lebensabend verbringen.

Auf dem Gründungsparteitag

Auf dem Gründungsparteitag, der im äußerst bescheidenen Rahmen im Hotel „Weißer Hahn“ in der Wiener Josefstadt stattfand, wurde Reinthallers Wahl zum Bundesparteiobmann zur Demonstration der Einigkeit, die nach dem monatelangen Streit der Cliquen und Gruppen wie ein Wunder anmutete. Landesparteiobmann Huber erstattete den auf Reinthaller lautenden Wahlvorschlag, Abg. Gustav Zeillinger leitete den Wahlvorgang: Von 124 abgegebenen Stimmen entfielen 117 auf Reinthaller, drei auf Stendebach, vier waren ungültig.

Bei der Wahl der drei Bundesparteiobmann-Stellvertreter entfielen 116 auf Zechmann, 92 auf Gredler, aber nur 58 auf Stendebach, der somit durchgefallen war. Das war weniger eine persönliche Schlappe Stendebachs als vielmehr ein letzter Beweis, wie sehr der alte VdU durch das neue Führungsteam überspielt wurde. Um die peinliche Panne zu reparieren, musste ein zweiter Wahlgang durchgeführt werden, bei dem Stendebach schließlich mit 81 von 121 abgegebenen Stimmen gewählt wurde.

In den damals nur aus 13 Mitgliedern bestehenden Bundesparteiivorstand wurden ferner gewählt: Emil van Tongel, General Rainer, Abg. Kandutsch sowie die Fortsetzung auf Seite 174 ▶

**Der Gründungs-
parteiitag wurde in einem
bescheidenen
Rahmen im
Hotel „Weißer
Hahn“ begangen**



1963

18. November: Bei der Nationalratswahl kann die FPÖ trotz des Verlusts von rund 20.000 Stimmen ihre acht Sitze im Nationalrat behaupten.

19. – 20. Juni: Der Bundesparteiivorstand der FPÖ ermächtigt Bundesparteiobmann Friedrich Peter und den FPÖ-Nationalratsklub, Verhandlungen mit der SPÖ zu führen. Ziel dieser Verhandlungen ist „die Beendigung des derzeitigen Koalitionssystems“.

4. Juli: Die freiheitliche Nationalratsfraktion stimmt mehrheitlich einer Entschließung der SPÖ zu, in der die Rückkehr Otto Habsburgs nach Österreich für „unerwünscht“ erklärt wird. Die ÖVP wird überstimmt.

1964

3. April: FPÖ-Klubobmann Dr. Jörg Kandutsch wird vom Nationalrat zum Präsidenten des Rechnungshofes gewählt.

11. – 14. Juni: Auf dem 7. ordentlichen Bundesparteiitag wird das „Salzburger Bekenntnis“ beschlossen, in dem sich die FPÖ erstmals darauf beruft, die Erbschaft des national-liberalen Gedankenguts in der Zeit der Habsburger-Monarchie und der Ersten Republik anzutreten.

16. Juli: Die mündliche Vereinbarung zwischen SPÖ und FPÖ über die Wahlrechtsreform, die die Bevorzugung großer Parteien auf Kosten kleinerer ausschließt, wird schriftlich fixiert. Als Endtermin für den Beschluss der Wahlrechtsreform im Parlament wird der 4. November 1964 festgesetzt.

1966

3. November: Nach dem Abschluss Franz Olahs aus der SPÖ und seiner Absetzung als Innenminister bricht die sozialistische Führungsspitze unter Vizekanzler Bruno Pittermann, Justizminister Christian Broda und ÖGB-Präsident Anton Benya alle Kontakte zur FPÖ ab.

6. März: Die FPÖ fällt bei den Nationalratswahlen von acht auf sechs Mandate zurück.

Kontinuität der Parteiprogramme

Bereits der Verband der Unabhängigen, die Vorläufer-Organisation der FPÖ, gab sich im Juli 1949 ein Verbandsprogramm, das als liberales Programm mit sozialreformatorischem Bezug gekennzeichnet werden kann. Bereits diese Charakterisierung zeigt die ungebrochene Entwicklung zum heute geltenden Parteiprogramm der FPÖ. Das VdU-Programm war sehr stark auf tagespolitische Probleme zugeschnitten und wurde im Juli 1950 durch das „Soziale Manifest“ ergänzt. Erst als es zu Richtungsstreitigkeiten im VdU kam, wurde im Mai 1954 das sogenannte „Ausseer Programm“ verabschiedet, das verstärkt eine nationale Note in die Programmatik brachte.

Die junge Freiheitliche Partei Österreichs konnte auf ein bereits ein Jahr vor ihrer Gründung beschlossenes Parteiprogramm zurückgreifen, die sogenannten „14 Punkte“. Am zweiten Bundesparteitag der FPÖ im Juni 1957 wurde dann ein erstes FPÖ-Programm in einer endgültigen Fassung beschlossen. Ergänzt durch „Richtlinien freiheitlicher Politik“ im September 1958 stellte es im Wesentlichen einen

Schlagwortkatalog mit Erläuterungen dar. Erst am Bundesparteitag 1964 in Salzburg wurde das „Salzburger Bekenntnis“ als Ergänzung des Grundsatzprogramms beschlossen. Dies richtete sich im Wesentlichen auf Ausführungen liberaler Wertvorstellungen, wobei sich die FPÖ selbst als Partei der „nationalfreiheitlichen Mitte“ bezeichnete.

Das „Bad Ischler-Programm 1968“ löste die bisherige FPÖ-Programmatik ab. Es stand inhaltlich und formal unmittelbar in der Kontinuität des alten Programms. Als moderne Programm-Partei gilt die FPÖ aber erst seit dem „Freiheitlichen Manifest zur Gesellschaftspolitik“, das in den frühen 70er Jahren erlassen wurde. Das Bad Ischler-Programm von 1968 und das „Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik“ ermöglichten der FPÖ erstmals, sich als „moderne Partei“ zu positionieren. Die Väter des Programms von 1968 waren Klaus Mahner, Tassilo Broesigke, Alexander Götz, Otto Scrinzi und Gerulf Stix. Das „Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik“ ging im Wesentlichen auf die Vorarbeiten der jungen freiheitlichen Garde des Attersee-Kreises zurück.

Gerulf Stix und Friedhelm Frischenschlager waren dann in der Mitte der 80er Jahre auch damit beauftragt, ein neues Programm für die damals gemeinsam mit den Sozialisten in Regierungsverantwortung stehende FPÖ zu

schaffen. Dieses Programm wurde erst durch die großen macht- und gesellschaftspolitischen Veränderungen in Europa Ende der 80er Jahre überholt. Die Entwicklung der FPÖ zu einer breiten Bürgerbewegung unter der Führung Jörg Haider machte damals eine neue Programmgestaltung notwendig. Aus dieser Einsicht heraus wurde das im Herbst 1997 beschlossene Programm der Haider-FPÖ geschaffen.

Unter der Federführung des geschäftsführenden Klubobmannes Ewald Stadler wurde damals für die Österreich-patriotische Erneuerungsbewegung ein Programm der neuen Mitte geschaffen, das den in den 90er Jahren zugewachsenen Wählerschichten ebenso Identifikationsmöglichkeiten bieten sollte, wie es in der Kontinuität der bisherigen freiheitlichen Parteiprogramme stehen sollte.

Erst im Jahre 2011 wurde dann nach den Turbulenzen rund um die blau-schwarze Regierungskoalition und der Neuformierung der Partei unter der Federführung von Norbert Hofer das heute geltende Parteiprogramm beschlossen.



1967

21.–23. Oktober: Trotz Kritik an der Haltung der Parteiführung in der Habsburg-Krise wird Friedrich Peter mit starker Mehrheit als Bundesparteiobmann bestätigt. Neu rückt Otto Scrinzi in die Parteiführung ein.

23. Oktober: Das Ergebnis der oberösterreichischen Landtagswahl (23 ÖVP, 23 SPÖ, 2 FPÖ) teilt den Freiheitlichen bei der Wahl des Landeshauptmanns die Schlüsselrolle zu. Auf Grund einer Vereinbarung mit der ÖVP stimmen die FPÖ-Landtagsabgeordneten für Heinrich Gleißner, der somit erneut zum Landeshauptmann gewählt wird.

1968

11.–13. Oktober: Auf dem 9. ordentlichen Bundesparteitag in Bad Ischl wird nach zweijähriger parteiinterner Diskussion das neue Parteiprogramm, das „Bad-Ischler-Programm“, beschlossen. Es bezeichnet eine „nationale, freiheitliche, soziale und europäische Politik auf der Grundlage echter Volksgemeinschaft“ als zentrales Ziel der FPÖ.

1969

23. Mai: Bei der Landtagswahl in Salzburg verzeichnet die FPÖ unter Walter Leitner als einzige Partei einen Zuzug, und zwar von vier auf sechs Mandate. Freiheitliche Erfolge bringen auch die Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl vom 27. April (4 statt 3 Mandate), die Arbeiterkammerwahl (40 statt 27 Mandaten) und die Vorarlberger Landtagswahl (7 statt 6 Mandate).

1970

16. Jänner: Gegen die ÖVP-Wahlparole „Die Dritte Kraft den roten Kanzler schafft“ legt sich die FPÖ auf ein striktes Nein zu einem sozialistischen Bundeskanzler fest: „Kein roter Bundeskanzler, kein schwarzes Österreich“. Mit dieser Aussage lässt sich die FPÖ aber die Möglichkeit einer Regierungspartnerschaft mit der ÖVP offen.

1. März: Das Ergebnis der Nationalratswahl (81 SPÖ, 79 ÖVP, 5 FPÖ) signalisiert einen politischen Machtwechsel in Österreich. Josef Klaus schießt noch in der Wahlnacht eine Kooperation mit der FPÖ aus. Am 21. April wird nach dem Scheitern der Verhandlungen der Sozialisten mit der ÖVP über eine Koalitionsregierung die Minderheitsregierung Kreisky angelobt.

4. Oktober: Nach erfolgreicher Anfechtung des Ergebnisses der Nationalratswahl beim Verfassungsgerichtshof durch Dr. Tassilo Broesigke erobert die FPÖ auf Kosten der ÖVP ein sechstes Nationalratsmandat. Es steht daher 81 SPÖ: 78 ÖVP: 6 FPÖ.

26. November: Der Nationalrat beschließt mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ die Wahlrechtsreform: Jedes Bundesland ein Wahlkreis, zwei Wahlkreisverbände, 183 statt bisher 165 Abgeordnete.

DIE GESCHICHTE DER FPÖ

Landesparteiobmänner Huber (Kärnten), Oberst Götz (Steiermark), Kindl (Niederösterreich), Broesigke (Wien), Peter (Oberösterreich) und Zeillinger (Salzburg).

“ Reinthaller: Der nationale Gedanke bedeutet in seinem Wesen nichts anderes als das Bekenntnis der Zugehörigkeit zum deutschen Volk. ”

Für einige Aufregung sorgte Helfried Pfeifer mit seinem Abänderungsantrag zum Kurzprogramm. Er bemängelte, dass das Bekenntnis der FPÖ zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft als Punkt 14 an vorletzter Stelle des Programms stehe statt an erster oder zweiter Stelle. Van Tongel wies Pfeifers Kritik als „völlig überflüssige Manifestation“ zurück, während der Kärntner Delegierte Wolf In der Maur Pfeifers Standpunkt beipflichtete: „Mit einem grundsätzlichen Bekenntnis können wir nicht Verstecken spielen.“ Schließlich einigte man sich, zur Neufassung des Parteiprogramms im Sinne des Wunsches Pfeifers einen Programmausschuss einzusetzen.

Die nationale Komponente fehlte dann in Reinthallers Antrittsrede keineswegs: „Der nationale Gedanke bedeutet in seinem Wesen nichts anderes als das Bekenntnis der Zugehörigkeit zum deutschen Volk.“ Aber: „Die Völker Europas können nur bestehen, wenn sie sich zusammenschließen.“

Am Anfang stand eine Wahniederlage

Die vorverlegte Nationalratswahl vom 13. Mai 1956 - die volle vierjährige Legislaturperiode wäre erst im Februar 1957 ausgelaufen - war für die FPÖ der erste große, bundesweite Test. Sie war aber auch die am schlechtesten vorbereitete Wahl, die die FPÖ je geschlagen

hat: Außer Versammlungsankündigungen und Flugblättern gab es so gut wie keine Werbemittel. Für eine der wichtigsten Großkundgebungen in Wien wurde als Hauptredner ausgerechnet der Bauer Vizekanzler a. D. Hartleb eingesetzt; der Besuch war hier, aber auch in anderen Versammlungen, sehr mäßig. Reinthaller bekam eine einzige Zehnminutenrede im Rundfunk zugestanden, Hauptwerbemittel war das Parteiorgan „Neue Front“, dessen Chefredakteur Dr. Viktor Reimann drei Wochen vor der Wahl durch seinen Partei Austritt auch aus der Redaktion ausschied. Eine der ersten Aufgaben des neuen Chefredakteurs Hans Zeillinger war die Kommentierung des Bruchs zwischen der FPÖ und den VdU-Führern Kraus und Reimann. Und das alles in einer Zeit, in der der Wahlkampf in die entscheidende Endphase ging!

Am Abend des 13. Mai stand es (bei damals 165 Mandaten) 82 ÖVP: 75 SPÖ: 5 FPÖ: 3 KPÖ. Erst tags darauf wurde der FPÖ ein sechstes Mandat zugesprochen und der SPÖ das ihr irrtümlich zugeteilte 75. Mandat wieder abgezogen. Oberst Stendebach befand sich schon – in der Annahme, nicht gewählt worden zu sein – auf der Heimfahrt. Er wurde aus dem Zug geholt und bestieg, als er erfuhr, dass er doch



Der Wahlkampf der kurz zuvor gegründeten FPÖ im Frühjahr 1956 war noch eher improvisiert

1971	1972	1973	1975	1976			
<p>10. Oktober: Bei der vorverlegten Nationalratswahl wird erstmals auf Grundlage des neuen Wahlrechts gewählt. Das Ergebnis: 93 SPÖ, 80 ÖVP, 10 FPÖ. Nunmehr gestützt auf die absolute Mehrheit der SPÖ, bildet Kreisky neuerlich eine sozialistische Alleinregierung.</p>	<p>9. Juli: Die bisher steuerfreien Politikerbezüge werden zur Hälfte der Besteuerung unterworfen, zugleich aber tritt eine Bezugserhöhung ein, die die Besteuerung mehr als wettmacht. Als einziger Abgeordneter erklärt, Dr. Gerulf Stix, er schäme sich für diese Regelung.</p>	<p>22.-24. September: Auf dem 11. ordentlichen Bundesparteitag in Villach werden Parteireformen beschlossen, so die Gründung des „Freiheitlichen Bildungswerks“ und die Neugestaltung des Parteiorgans „Neue Front“, das in „Neue Freie Zeitung“ umbenannt wird, die erste Ausgabe erscheint mit Datum vom 6. Jänner 1973).</p>	<p>21. April: Alexander Götz, der bei der Grazer Gemeinderatswahl die Zahl der FPÖ-Mandate von sieben auf neun erhöhte, wird mit Unterstützung der ÖVP zum neuen Grazer Bürgermeister gewählt.</p>	<p>6. September: Die erweiterte Bundesparteileitung beschließt in Linz das nach mehrjähriger parteiinterner Diskussion erstellte „Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik“.</p>	<p>5. Oktober: Bei der Nationalratswahl, zu der die FPÖ mit dem Wahlprogramm „Alternative 75“ antreten gegenüber der Wahl vor vier Jahren keinerlei Änderungen ein. Demnach wird die Mandatsverteilung von 1971 (93 SPÖ, 80 ÖVP, 10 FPÖ) bestätigt, Bruno Kreisky kann die SPÖ-Absolute halten.</p>	<p>9. Oktober: Nur vier Tage nach der Nationalratswahl startet Simon Wiesenthal seine Kampagne gegen Friedrich Peter wegen dessen Wehrdienst in der 1. SS-Infanteriebrigade, die in Russland u. a. zur Partisanenbekämpfung eingesetzt war. Weder von Simon Wiesenthal noch durch umgehend eingeleitete Nachforschungen in Archiven kann Friedrich Peter eine persönliche Schuld nachgewiesen werden.</p>	<p>17. - 19. September: Gegen Friedrich Peter tritt auf dem 13. ordentlichen Bundesparteitag in Villach eine mehrheitlich von jungen Delegierten gebildete Opposition auf. Auf Peter entfallen bei der Obmannwahl nur 74 Prozent der Stimmen. Er stellt daraufhin fest, dass auf dem nächsten, nach zwei Jahren abzuhaltenden Bundesparteitag der Führungswechsel erfolgen müsse.</p>



Das antimarxistische Element war in der frühen FPÖ überaus stark vertreten

gewählt worden war, sofort den Gegenzug nach Wien. Der Rückgang gegenüber der VdU-Position (Nationalratswahl 1953) übertraf den österreichischen Durchschnitt von minus 40 Prozent in Tirol (-51,8 Prozent), Wien (-49 Prozent), Steiermark (-47 Prozent), Niederösterreich (-45 Prozent) und Vorarlberg (-41,1 Prozent). Besser als im Durchschnitt waren die Ergebnisse in Kärnten (-3,8 Prozent), im Burgenland (-21,7 Prozent), in Salzburg (-21,5 Prozent) und in Oberösterreich (-38,4 Prozent). In Oberösterreich hatte es freilich schon 1953 den schwersten Rückschlag gegenüber 1949 gegeben.

Sechs Mandate als Erfolg der Neuformierung der Dritten Kraft, um die ja monatelang erbittert gerungen wurde, erschien Reinhaller als Niederlage, ja als „Tiefschlag“. Sicher nicht nur ihm. Nach außen nahm man zu der Sprachregelung Zuflucht, die FPÖ sei eine völlig neue Partei, keine Nachfolgeorganisation des VdU, und daher mit diesem nicht vergleichbar. Die FPÖ war am Wahltag, wie eine Fessel-Untersuchung ergab, nur 54 Prozent der Befragten bekannt. Amtliche Stimmzettel gab es damals keine. Es war schwer genug, eine ausreichende Zahl von FPÖ-Stimmzetteln unter Wahlvolk zu bringen. Solche Argumente machten die Enttäuschung erträglicher, reichten aber sicher nicht aus, um den Rückschlag zu erklären.

Der Kampf ums Überleben stand am Anfang der politischen Existenz der FPÖ. Dass sie sich so nachdrücklich als eine völlig neue Partei bezeichnete, war aus Gründen der Selbstbehauptung einfach notwendig. Beim sehr reichen politischen Erfahrungsschatz des VdU aber ließ sich gut anknüpfen, am besten durch den festen Vorsatz, aus seinen Fehlern zu lernen.

Die FPÖ stand 1956 nach ihrem Gründungsparteitag tatsächlich vor einem neuen Beginn: Die „Einigung“ hatte sich bisher fast ausschließlich auf den Führungsbereich, auf die Verständigung zwischen Personen, zwischen den verschiedenen Exponenten des Dritten Lagers beschränkt. Sowohl im organisatorischen Bereich wie im Bereich der weltanschaulichen Orientierung, der Grundsatzpolitik, aber auch der politischen Taktik mussten neue Fundamente gelegt werden. Besonders in der Organisation musste praktisch bei Stand Null begonnen werden. Lediglich in Salzburg gelang es, eine intakte VdU-Organisation in die FPÖ hinüberzueretten.

Auf Bundesebene richtete Dr. van Tongel mit bescheidensten Mitteln Parteidienststellen ein: In der Kärntnerstraße 28, im Haus zum „Blauen Esel“ (so der Kennern der Wiener Lokalgeschichte bekannte Hausname), wurde in der Wohnung einer Gräfin die Bundesgeschäftsstelle eingerichtet. Ihr Chef, Bundesgeschäftsführer Hans Richard Bognner, amtierte hier, lediglich von zwei Sekretärinnen unterstützt, lange Zeit völlig allein. Der „Freiheitliche Pressedienst“ (FPD), der erstmals am 9. November 1955 als Nachfolger des „Unabhängigen Pressedienstes (UPD)“ erschien, wurde ohne eigene Redakteure in Personalunion mit dem Parteiorgan „Neue Front“ geführt. Chefredakteur war Hans Zeilinger.

Van Tongel führte die Agenden des Presse- und Propagandareferenten ebenso umsichtig wie engagiert, meist per Telefon, vom Hinterzimmer seiner Apotheke aus, der „Schutzengel-Apotheke“ in der Favoritenstraße. Da er daneben auch noch Bundesfinanzreferent war, erschien seine noch dazu auf Wien konzentrierte Machtfülle namhaften FP-Landespolitikern als bedenklich.

Neben ihm hatte, zumindest in den Anfängen, Heinrich Zechmann als Bundesorganisationsreferent beim Aufbau der Partei eine Schlüsselrolle. Zechmann war es auch, der in eigener Regie – die Einschaltung von Meinungsforschungsinstituten gab es noch nicht – eine Umfrage im Bekanntenkreis durchführte, warum die FPÖ am 13. Mai 1956 nicht gewählt wurde. 85 Prozent der Befragten gaben an, die FPÖ habe

1978

29. Jänner: Bei der Grazer Gemeinderatswahl kann Alexander Götz die Zahl der FPÖ-Mandate von 9 auf 14 steigern. Mit diesem Wahlerfolg sichert sich Götz die Wiederwahl zum Grazer Bürgermeister mit Unterstützung der ÖVP (1. März).

23. Februar: Alexander Götz wird vom Bundesparteivorstand als neuer Bundesparteiobmann vorgeschlagen. Mit der Bemerkung, Bundeskanzler Bruno Kreisky sei „der Papp ins Hirn gestiegen“ (Götz-Interview für die „Salzburger Nachrichten“), distanziert sich Götz deutlich vom bisherigen Kurs der Nähe der FPÖ zu Kreisky.

29. September – 1. Oktober: Auf dem 14. ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ in Wien-Oberlaa wird Alexander Götz mit 95,7 Prozent der Stimmen zum neuen Bundesparteiobmann gewählt. Dr. Helmut Krünes wird als FPÖ-Generalsekretär bestätigt.

5. November: Die Volksabstimmung über das Kernkraftwerk Zwentendorf ergibt ein knappes Nein zur Inbetriebnahme (50,4 % Nein zu 49,53 % Ja-Stimmen). Während sich Bundeskanzler Bruno Kreisky voll für Zwentendorf eingesetzt hatte, unterstützte die FPÖ die Kraftwerksgegner.

1979

6. Mai: Bei der Nationalratswahl gewinnt die FPÖ zu ihren zehn Mandaten ein elftes hinzu (286.644 Stimmen, 6,06%).

1. Dezember: Nach Rückschlägen bei der Arbeiterkammerwahl (20 statt 29 Mandate) und Stimmenverlusten (bei den Landtagswahlen in Kärnten und Oberösterreich) verstärkt sich in den FPÖ-Führungsgremien die Opposition gegen Alexander Götz.

„keine richtige nationale Einstellung“, erst an zweiter Stelle wurde das Fehlen eines Sozialprogrammes kritisch vermerkt.

Im Parlament Platz in der Mitte

Ein sichtbares Zeichen für einen neuen Kurs setzte die FPÖ gleich anlässlich der konstituierenden Sitzung des neugewählten Nationalrates. Sie forderte die Plätze in der Mitte des neu eingerichteten Sitzungssaales. Der Nationalrat tagte hier erstmals nach der Wahl 1956; vorher hatten von 1949 an die Sitzungen im alten, für 165 Volksvertreter überdimensionalen Reichsratsaal stattgefunden.

Wilfried Gredler erhob in Gesprächen mit Bundeskanzler Raab die Forderung auf den Platz in der Mitte: Die sechs FP-Abgeordneten würden, falls ihrer Forderung nicht stattgegeben werde, am Boden im Türkensitz vor der ersten Bankreihe Platz nehmen, gab Gredler Raab zu verstehen. Diese Drohung wirkte: Der FPÖ wurden links und rechts des Mittelganges je drei Sitze zugewiesen, also im Mittelsektor zwischen den Abgeordneten der SPÖ und der ÖVP. Freilich nicht vorne im Saal, sondern hinten. Immerhin hatte Gredler in der Platzfrage durchgesetzt, was einige Jahre vorher dem Dritten Nationalratspräsidenten Hartleb vom VdU nicht gelungen war.

Die FP-Nationalratsfraktion bestand aus den Wiener Abgeordneten Wilfried Gredler und Professor Helfried Pfeifer; letzterer wurde im Wahlkreisverband West auf der Reststimmensliste gewählt, ebenso wie Oberst Max Stendebach.

Als Kärntner Abgeordneter (Grundmandat) zog Heinrich Zechmann in den Nationalrat ein. Das Salzburger Grundmandat behielt Gustav Zeillinger. Jörg Kandutsch wurde im Wahlkreisverband Süd auf der Reststimmensliste gewählt. Vier der sechs FPÖ-Abgeordneten waren bereits 1953, damals auf WdU-Listen, in den Nationalrat gewählt worden, Pfeifer gehörte ihm seit 1949 an. Neu war demnach nur der aus dem Reinthaller-Kreis stammende Zechmann.

Die Fraktion legte sich auf strikte Opposition und Kontrolle fest. Aber auch der Ausbau der Demokratie, insbesondere im Sinne eines größeren Bewegungsraumes und besserer politischer Startbedingungen für die FPÖ-Opposition, war Hauptthema der freihetlichen Parlamentsarbeit. Hier wurde mit der Einführung des amtlichen Stimmzettels ein erster Durchbruch erzielt. Für diese Forderung fand Gredler bei Raab Verständnis.

Gredler war als Klubobmann nicht nur unumstritten die Nummer eins der Fraktion, er war als großes Redner-talent einer der stärksten Persönlichkeiten des Parlaments überhaupt. Dass es partiellen Antipathien gegen Gredler gab, der den Liberalen verkörperte, aus der ÖVP hervorgegangen war und 1945 in Wien aktiv in einer Widerstandsgruppe mitgearbeitet hatte, beeinträchtigte seine Karriere und die Wirksamkeit seines politischen Auftretens keineswegs. Seit dem Ausscheiden von Kraus fiel ihm nicht nur die Nachfolge als Klubobmann, sondern auch die Rolle des Paradeliberalen zu. Und in dieser Rolle erwarb er sich damals eine Art Monopolstellung in der FPÖ.

Fortsetzung auf Seite 180 ►

“ Mit der Drohung eines Sitzstreik setzte die FPÖ durch, im Parlament die Plätze in der Mitte zu erhalten. ”

Für die Geschichte der FPÖ ist die Wahlrechtsreform vom November des Jahres 1970 von entscheidender Bedeutung. Gemeinsam mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ wurde dieses Wahlrecht im Nationalrat beschlossen, und sicherte damit auch kleineren politischen Gruppierungen das Überleben. Bis zum Beginn der Ära Jörg Haider war die FPÖ darauf buchstäblich angewiesen.

Diese Wahlrechtsreform war keineswegs - wie immer wieder behauptet wurde - nur ein politisches Gegengeschäft für die Zustimmung der FPÖ zur Minderheitsregierung Kreisky. Die Sozialisten lösten vielmehr damit ihre Zusage aus den Jahren 1963 und 1964 ein, zu der ja auch seit 1964 eine schriftlich festgehaltene Vereinbarung vorlag. So knüpfte das „Bundesgesetz vom 27. November 1970 über die Wahl des Nationalrates (Nationalratswahlordnung 1971)“ in vielen Punkten tatsächlich an den Antrag von SPÖ-Abgeordneten vom Juli 1963 an. Es entsprach allerdings in den Grundsätzen dem Konzept, das Tassilo Broesigke bereits kurz nach der Nationalratswahl des Jahres 1959 den Führungsgremien der FPÖ als Diskussionsgrundlage vorgelegt hatte. Anders als im Antrag aus dem Jahre 1963 wurde nur die Zahl der Abgeordnetensitze festgelegt, und zwar mit 183 statt mit 180. Die Einteilung in

Der Durchbruch zum neuen Wahlrecht

erreichen können. 1970 hatte die FPÖ für eines ihrer damals fünf Mandate noch mehr als 50.000 Stimmen benötigt, die ÖVP hingegen 26.000, die SPÖ gar nur 22.000.

Diese Wahlrechtsreform begünstigte keineswegs nur die FPÖ, wie aus dem damaligen, eher unfreundlichen Medienecho hervorging. Es war vielmehr so, dass die Reform jeder Wählerstimme gleiches Gewicht gab und für alle damaligen Parteien in der Wahlarithmetik Chancengleichheit herstellte.

Heute wird wieder über die Einführung eines Mehrheitswahlrechts diskutiert, um das Land nicht auf Dauer zur großen Koalition zu „verdammten“, wie Medienleute meinen. Längst hätten die Vertreter der großen Koalition das Wahlrecht auch schon wieder zu einem Mehrheitswahlrecht gemacht, wenn sie damit die lästige freihetliche Opposition loswerden könnten. Nachdem aber eine Rückkehr zum alten Wahlrecht gegenwärtig wohl eher schon die alten Parteien schädigen würde als die FPÖ, wurde dies bis heute unterlassen.

neun Wahlkreise - jedes Bundesland ein Wahlkreis - und in zwei Wahlkreisverbände - 1. Wien, Niederösterreich und Burgenland; 2. Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg - wurde unverändert übernommen. Dies war ein deutlicher Beweis für die Kontinuität.

Dieses bis heute geltende Wahlrecht stellte für die FPÖ, zumindest bis 1986, sicher, dass sie politisch auf Parlamentebene wirksam bleiben könne. Und natürlich stellt das Wahlrecht auch für andere kleinere Parteien eine Existenzgrundlage dar, da nunmehr demokratische Gleichheit hergestellt wurde, und kleinere Parteien, ähnlich wie die alten Großparteien oder Mittelparteien, mit rund 25.000 Stimmen ein Nationalratsmandat



Bis 1970 war die FPÖ vom Wahlrecht her gegenüber den beiden Großparteien stark benachteiligt

Der Kampf um die Anerkennung

Nachdem der Gründungsobmann der FPÖ, Anton Reinthaller, gestorben war, wurde nach einem kurzen Zwischenspiel Friedrich Peter vom Bundesparteitag zum neuen Obmann gewählt, Er sollte dieses Amt zwei Jahrzehnte hindurch bekleiden. Während die Gründung der Partei im bescheidenen Rahmen gefeiert worden war, fand der zweite Parteitag im Jahr 1958 im Klagenfurter Kongresshaus bereits in großer Aufmachung statt.

Für die Nationalratswahl im Jahre 1959 konnten die Freiheitlichen erstmals als Liste 3 kandidieren. Neu bei dieser Wahl waren die Einführung amtlicher Stimmzettel und ein überaus gelungener, freiheitlicher Wahlkampf, bei dem die Plakate vor allem den schwarz-roten Proporz kritisierten. Nicht zuletzt das berühmte Katzenplakat zeitigte den Erfolg die-

“
Ich würde das damals im Jahr 1955 noch nicht als Aufbruchsstimmung bezeichnen. Aber es gab eine realistische Hoffnung, und wir hatten den festen Willen, es zu probieren.
”



„Der feste Wille, es zu probieren“

Dr. Erwin Hirsenschall (†) über die Gründungszeit der FPÖ im Jahr 1956 und die Stärken und Schwächen des Dritten Lagers

ser Nationalratswahl, welche der FPÖ einen Gewinn von zwei Mandaten brachte.

Friedrich Peters Anliegen im ersten Jahrzehnt seiner Obmannschaft war es, die FPÖ aus dem Ghetto herauszuführen. Ein erster Erfolg war ihm dabei beschieden, als eine Entschließung der FPÖ im Zuge der Habsburger Frage im Jahre 1963 von den Sozialisten angenommen wurde. Damit nahm erstmals eine Regierungspartei die Entschließung einer Oppositionspartei an. Ein weiterer Schritt aus dem Ghetto konnte am 3. April 1964 gemacht werden, als Jörg Kandutsch zum Präsidenten des Rechnungshofes bestellt wurde. Ihm folgte im Jahre 1980 Tassilo Broesigke nach. Damit trug man der Kontrollarbeit der Freiheitlichen Rechnung, die zu einem Kennzeichen der Partei bis in unsere Tage werden sollte.

Gleichfalls im Jahre 1964 kamen Sozialisten und Freiheitliche bezüglich einer Reform des österreichischen Wahlrechtes zu einer schriftlichen Vereinbarung. Diese sollte allerdings erst sechs Jahre später verwirklicht werden, als es Bruno Kreisky darum ging, eine Minderheitsregierung mit der Duldung der FPÖ im Parlament durchzusetzen. (Siehe dazu Seite 151)

Ein Meilenstein in dieser frühen Geschichte der Freiheitlichen war das Jahr 1968, in dem der neunte Bundesparteitag in Bad Ischl das „Bad Ischler Programm“ annahm. Bereits damals wurde ausdrücklich die Notwendigkeit einer vorausschauenden Umweltpolitik betont.

Das Jahr 1969 brachte weiteren Aufwind für die FPÖ. Einzelne Regionalwahlsiege in Salzburg und in Vorarlberg sowie ein beachtliches

Herr Dr. Hirsenschall, welche Stimmung war damals bei der Gründung der FPÖ im Jahr 1955/56?

Erwin Hirsenschall: In mancher Weise ist es auch vergleichbar mit Situationen, die wir in den letzten Jahren erlebt haben. Ich darf daran erinnern, dass der Gründung der FPÖ der Zusammenbruch des VdU vorangegangen ist – eine Spaltung, die es damals natürlich auch im Dritten Lager gegeben hat. Verschiedene Versuche, eine Gründung auf die Beine zu stellen, und dann den Versuch, den auch ich für eigentlich erfolgsversprechend angesehen habe, das auf der Basis der freiheitlichen Partei zu tun. Mit den Proponenten, die damals eine Rolle gespielt haben im öffentlichen Leben. Beginnend auf der einen Seite mit Friedrich Peter, mit Wilfried Gredler, mit Anton Reinthaller, Emil van Tongel – die Erfahrung mitgebracht haben – zum Teil auch aus der 1. Republik, aber die auch nach 1945 sich auf verschiedenen Ebenen bemüht haben, eine dritte Kraft zu bilden.

Der Gründung der FPÖ ist der Zusammenfall der VdU vorangegangen – wie war die Stimmung, gab es eine Aufbruchsstimmung oder eine Depression und was wollte man eigentlich?

Hirsenschall: Ich würde das damals im Jahr 1955 noch nicht als Aufbruchsstimmung bezeichnen. Wir waren natürlich alle noch gezeichnet von den furchtbaren Auseinandersetzungen, die dem vorangegangen sind, und es war eine Hoffnung, die wir gehabt haben. Eine realistische Hoffnung und den festen Willen, es zu probieren. Auch in Hinblick auf die im darauffolgenden Jahr zu erwartende Nationalratswahl, die es erforderlich gemacht hat, dass sich das Dritte Lager konsolidiert und organisiert.

Wie war das politische Klima in den 1950er-Jahren?

Hirsenschall: Das politische Klima in den 1950er-Jahren war gegenüber jeder neuen Kraft, die sich konstituieren wollte, von Haus aus feindselig gesinnt – was also die regierenden Parteien anlangt. Es hat allerdings in der letzten Phase dann – vor der Nationalratswahl 1949 – seitens der SPÖ gewisse Versuche gegeben eine dritte Kraft eher zu begünstigen, als sie zu verbieten, aber auch nur aus der Überlegung, der ÖVP schaden zu können.

Ein Phänomen, das das Dritte Lager begleitet, sind die innerparteilichen Auseinandersetzungen – beginnend in den 1950er-Jahren mit dem VdU bis hin

Fortsetzung auf Seite 182 ►

Ergebnis bei den Arbeiterkammerwahlen stärkte die Partei. Die „Formel 70“, die man sich für die Nationalratswahl des Jahres 1970 gab, mit ihrer eindeutigen Koalitionsaussage, erwies sich allerdings als Fehler. Die FPÖ versprach den Wählern „kein roter Bundeskanzler, kein schwarzes Österreich“. Nachdem die Sozialisten mit 81 Mandaten erstmals eine relative Mehrheit erreichten, und Bundeskanzler Klaus seitens der ÖVP eine Koalition mit den Freiheitlichen ausschloss, war der Weg für die SPÖ zur „Ara Kreisky“ frei. Friedrich Peter konnte die Gunst der Stunde nutzen, und die Anerkennung der Freiheitlichen als dritte Kraft im parlamentarischen Spiel der Kräfte des Landes durchsetzen. SPÖ und FPÖ einigten sich über das Budget und über die sogenannte „kleine Wahlrechtsreform“. Diese reduzierte die Anzahl der Wahlkreise von 25 auf neun und die Anzahl der Wahlkreisverbände von 165 auf 83. Dieses Verhältniswahlrecht sicherte auch kleinen Parteien und Gruppierungen eine angemessene Vertretung im österreichischen Parlament. Obgleich ein Jahr später die Freiheitlichen bei den Nationalratswahlen eher schwach abschnitten, konnten sie zehn Mandate statt wie bisher sechs erlangen.



Friedrich Peter zwischen SPÖ-Chief Kreisky und ÖVP-Obmann Klaus

Diese frühe Phase der Entwicklung der Freiheitlichen Partei war neben Friedrich Peter von den bereits genannten Persönlichkeiten wie Wilfried Gredler, Tassilo Broesigke, Emil von Tongel, Gustav Zeillinger und Otto Scrinzi geprägt. Dabei vermochten sich insbesondere die Parlamentarier der FPÖ als blendende Redner und scharfe Analytiker einen Namen in der Bevölkerung zu machen. Die Rolle des Züngleins an der Waage, die die FPÖ immer wieder zu spielen hatte, wurde von den Spitzenfunktionären geschickt genutzt, um eine Anerkennung der Partei als „staatstragend“ zu erlangen. Von der ausgegrenzten Vertretung der ehemaligen Nationalsozialisten schien nun der Weg frei zu sein zu einer allgemein akzeptierten, zwar kleinen, aber doch beachteten nationalliberalen Honoratioren-Partei.

Neue Wege und neue Persönlichkeiten

Der Umbruch auf der innenpolitischen Bühne Österreichs zu Beginn der 70er-Jahre fand seine Entsprechung auch in Reformbemü-

zum heutigen Zeitpunkt (Das Interview wurde 2008 geführt, Anm. d. Red.). Ist diese Streitkultur ein besonderes Markenzeichen des Dritten Lagers? Welche Gründe gibt es dafür? Warum werden Streitigkeiten im Dritten Lager so massiv ausgetragen wie in keinem der anderen Lager?

Hirnschall: Es ist richtig, dass das Dritte Lager besonders anfällig ist für diese Auseinandersetzungen – ideologische Auseinandersetzungen waren es damals ja vielfach. Aber es war natürlich auch so, dass jede Partei in ihrer Gründungsphase Jahre braucht, um hier den Organisationsgrad zu erreichen, der notwendig ist, um politisch wirksam zu sein. Wir haben ja auch in den ersten Jahren bei den Grünen unentwegt Auseinandersetzungen gehabt, bis sich dort die Verhältnisse geklärt haben, auch personell geklärt haben. Das war also auch bei den Grünen eine längere Phase, die erst dann mit der Wahl des letzten Vorsitzenden eine gewisse Beruhigung dort erfahren hat. Aber beim VdU und bei der FPÖ war es in den ersten Jahren ein ständiges Bild, das sich wieder gezeigt hat.

Im Jahr 1983 kam es unter der Obmannschaft von Norbert Steger zum Tiefpunkt für die FPÖ in Wien – es gab nur mehr zwei Abgeordnete. Worauf war das zurückzuführen?

Hirnschall: Das war darauf zurückzuführen, dass wir natürlich massiv mitgelitten haben in Wien – mit der Entwicklung der FPÖ auf Bundesebene. Die Umfragen waren zum Schluss dann schon unter 5 % und wir haben uns wirkliche Sorgen machen müssen, dass wir die 5 % Hürde im Jahre 1983 nochmal überspringen. Es war am selben Tag Wahltag, also konnte man – Wahltag Nationalrat und Gemeinderat – davon ausgehen, dass der Wähler zwei Stimmzettel abgibt oder genauer gesagt drei – Bezirksvertretung auch. Wir haben schon überlegt, ob es nicht gescheiter wäre, im Wahlkampf, in der Werbung, die Wähler darauf hinzuweisen, dass man unterschiedlich wählen kann. Dass man nicht unbedingt für den Gemeinderat dasselbe wählen muss wie für den Nationalrat. Dann haben wir aber aus Solidarität – wir haben ja gesagt, dass kann man doch nicht machen – es ist ja der nächste Konflikt bereits dadurch vorprogrammiert.

Sie galten während ihrer politischen Tätigkeit eher als ein Vertreter des liberalen Flügels der FPÖ – war das ein leichter Weg für Sie?

Hirnschall: Es hat innerparteilich manchmal Probleme gegeben. Ich habe mich immer als Nationalliberaler gefühlt. Ich hab doch auch immer im Auge gehabt, was seit je her von der national-

freiheitlichen Bewegung oder der jeweiligen Partei in der 1. und in der 2. Republik als notwendig und richtig angesehen wurde. Aber ich hab immer mich bemüht, in der Auseinandersetzung mit den anderen Parteien oder mit dem Auftreten in der Öffentlichkeit eine vernünftige, liberale Linie zu gehen. Und hier einen Weg zu gehen – um den Weg zu erklären – in der Art und Weise, wie er akzeptabel war – für viele, die auch außerhalb unseres Lagers gestanden sind.

War und ist es nicht noch immer ein Problem der FPÖ, dass die beiden Flügel zueinander finden? Birgt das noch immer innerparteilichen Sprengstoff?

Hirnschall: Es war in den 1950er, 1960er Jahren schwer möglich manchmal. Es müsste eigentlich heute (Das Interview wurde 2008 geführt, Anm. d. Red.) kein so ein Problem mehr sein. Weil jetzt ideologisch gesehen diese Lager in ihrer Stärke – in Relation zur Wählerschaft – eher nicht mehr so vorhanden sind, wie sie es damals waren. Wir haben eher heute das Problem, dass ein Großteil der Wähler ideologisch weder in der einen noch in der anderen Richtung geprägt ist. Sondern halt nach momentaner Befindlichkeit – sicher auch entsprechend der Personen, die angeboten wurden oder werden von den Parteien

– seine Entscheidungen trifft, aber die Rolle der Flügel ist heutzutage nicht mehr so gegeben, wie es damals war.

Wie stand die FPÖ damals zur EU bzw. zu der Gründung der EU?

Hirnschall: Wir haben damals – in der heutigen Zeit mag das wirklich eine Frage sein, die auf der Hand liegt – wir haben damals als erste und lange Zeit als einzige Partei das vereinte Europa im Programm gehabt. Das war ein Beitrag, den unser damaliger Außenminister Dr. Wilfried Gredler – der auch österreichischer Vertreter beim Europarat war – eingebracht hat ins Programm. Und dieser Programmpunkt – ein vereintes Europa anzustreben und in weiterer Folge den Anschluss an die europäische Gemeinschaft zu suchen –, der war eigentlich unstrittig. Die ganzen Jahre unstrittig! Selbst von Jörg Haider war das in der damaligen Zeit eine Forderung, die er immer wieder auch im Parlament gestellt hat, bis in die 1990er-Jahre hinein. Wir haben also dieses vereinte Europa angestrebt, weil wir nach den Erfahrungen – Kriegs- und Nachkriegszeit und auch damals angesichts der Zweiteilung Europas – Ost und West – keine andere Alternative gesehen haben für die Zukunft. Natürlich haben

Fortsetzung auf Seite 184 ►

hungen innerhalb der FPÖ. Auf Anregung von Parteiohmann Friedrich Peter wurde im Jänner 1971 von jungen, ausgesprochen liberal orientierten Intellektuellen, zu denen auch der Kreis um den späteren Parteiohmann Norbert Steger zählte, der Attersee-Kreis gegründet. Zusammen mit einem Arbeitskreis unter Broesigke beschäftigte sich dieser Attersee-Kreis zuallererst mit einer Interpretation des Bad-Ischler-Programms. Das am 6. September 1972 beschlossene „Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik“ ersetzte in der Folge zwar keineswegs das Parteiprogramm, war aber bis zur Erneuerung der programmatischen Grundlagen im Jahre 1985 eine zeitgemäße Erläuterung und Ergänzung, wobei die Umweltpolitik bereits breiten Raum einnahm. Außerdem kamen SPÖ-Chef Bruno Kreisky und Friedrich Peter überein, die Bildungsarbeit der politischen Parteien, die im österreichischen Parlament vertreten sind, staatlich zu fördern. Das Bundesgesetz vom 9. Juli 1972 führte zur Gründung des Freiheitlichen Bildungswerkes, der politischen Akademie der FPÖ, die am 14. Oktober 1972 erfolgte.

An politischen Erfolgen hatte die FPÖ, die seit Herbst 1971 wieder in Opposition zur SPÖ-Alleinregierung stand, vor allem einen zu verbuchen: Am 24. April 1973 wurde Alexander Götz auf Grund einer Koalition mit der Volkspartei Grazer Bürgermeister. Er behielt dieses Amt in der zweitgrößten Stadt des Landes durch zehn Jahre. Gleichzeitig kam es auch in der Kärntner Landeshauptstadt Klagenfurt zur einer bürgerlichen Koalition zwischen Volkspartei und Freiheitlichen, die Jahrzehnte halten sollte.

Auch im Bereich der Bundespolitik konnten die Freiheitlichen bei der Nationalratswahl von 1975 ihren Mandatsstand von 10 Mandaten halten. Die Kontrollarbeit und der politische Kampf der FPÖ gegen Missstände jeder Art erfuhr in der Folge eine wahre Aufwertung: Gustav Zeillinger zog als Vertreter der FPÖ in die Volksanwaltschaft ein. Im Jahre 1983 folgte ihm Helmuth Josseck in dieser Funktion, der seinerseits Ende der 80er-Jahre von Horst Schender abgelöst wurde. Diese Funktion sollte in den folgenden Jahrzehnten von weiteren FPÖ-Politikern, von Ewald Stadler und Heide Schmidt bis Hilmar Kabas und Peter Fichtenbauer ausgeübt werden.

Nach zwei Jahrzehnten Obmannschaft wurde Friedrich Peter im Jahre 1978 als Parteichef abgelöst. Nicht zuletzt wegen seines großen Wahlerfolges bei den Grazer Gemeinderatswahlen (24 %) im Jahre 1978 wurde am 14. ordentlichen Bundesparteitag Alexander Götz in Wien-Oberlaa zum neuen FPÖ-Obmann gewählt. Götz schlug einen erfolgreichen Nationalratswahlkampf im Jahre 1979. Am 6. Mai dieses Jahres gewann die FPÖ ein Mandat dazu und erzielte beträchtliche Stimmengewinne.

Noch im gleichen Jahr wurde Botschafter Wilfried Gredler zum Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl bestimmt. Er konnte am 18. Mai 1980 751.400 Stimmen, das waren 17 Prozent der abgegebenen Stimmen, erzielen. Gredler vertrat die Meinung, dass der Bundespräsident eine aktivere Rolle spielen sollte. In seiner zweiten Funktionsperiode

Bereits der Verband der Unabhängigen kämpfte noch vor der FPÖ-Gründung gegen den rot-schwarzen Parteienproporz

wir uns in weiterer Folge sicherlich vorgestellt, dass Österreich in einem solchen politischen Gebilde – EG hat es damals noch geheißen – eine stärkere Handschrift hinterlassen würde und stärker die eigene Position und die eigenen Interessen betonen würde. Das war eigentlich schon gemeint – wir haben also nicht geglaubt, dass von Brüssel aus bis in die kleinsten Details hier Vorschriften erlassen werden, die die Länder zu erfüllen haben.

Wenn sie in der Geschichte der Partei weitergehen – hat es ja große Erfolge gegeben aber auch den bitteren Abstieg. Mit dem Aufstieg und Abstieg verbunden ist der Name Jörg Haider – was halten sie persönlich von Jörg Haider?
Hirschall: Ich halte Jörg Haider für ein enormes politisches Talent, der wie kein anderer in der Lage war, Menschen zu begeistern, Wahlerfolge herbeizuführen – gleichzeitig aber ist er eine Persönlichkeit, die dann in der Lage ist, innerhalb kurzer Zeit wieder das, was er mit Erfolg und Talent aufgebaut hat, wieder zunichte zu machen. Und es ist leider so, dass er als Politiker sehr springhaft ist und Dinge die, festgelegt wurden gemeinsam, acht Tage später oder vielleicht zwei Tage später nicht mehr gelten.

War es für die Partei in Summe gesehen ein Fluch oder ein Segen, mit Jörg Haider zu gehen?
Hirschall: Es war zunächst ein Segen und es war dann natürlich in der letzten Phase ein Verhängnis.

Wo sehen Sie die Wurzeln?

Hirschall: Ich sehe die Wurzeln schon in seinem Charakter, in seiner Person. Ich hab also dann eigentlich schon während meiner aktiven Zeit für mich die Schlussfolgerung gezogen, dass ich möglichst auf die Autonomie in Wien bedacht bin, möglichst wenig Kontakte habe und daher auch möglichst wenig tangiert werden kann von irgendwelchen raschen Gedankenspringen.

Was war Ihr größter Misserfolg?

Hirschall: Mein größter Misserfolg war, dass ich das Verhängnis Knittelfeld kommen gesehen habe, mich bemüht habe, es zu verhindern und es nicht geschafft habe. Ich hab mir wirklich den Mund wund geredet und gewarnt vor – mir war klar, wie das ausschauen wird das Ergebnis, dass das in der Lage, ist die Partei zu sprengen, und ich hab also diese Warnungen – stundenlang hab ich damit mit engen Freunden darüber gesprochen – die meiner Meinung nach damals wirklich verblendet waren. Ich hab's nicht geschafft. Ich konnte nicht überzeugen. Ich war dann in Knittelfeld nicht mit dabei und hab also dann natürlich die Ergebnisse so wie alle anderen mitzutragen gehabt. Und das war dann eigentlich zu sehen, wie eigentlich irgendwo ein Lebenswerk zerstört wird und das war bitter. Zumal ich ja sagen muss – das muss man hier einfügen – dass ich entgegen der Lesart, die es von Medien gibt und manchmal auch in der

eigenen Partei gibt – glaube, dass die Regierungsbildung und diese ersten Jahre der Regierung erfolgreiche Jahre auch für Österreich waren – auch für die Partei gewesen sind. Die Zustimmung zur FPÖ in diesen Jahren und zu Susanne Riess-Passer und Karl Heinz Grasser war sehr hoch! Wir haben also bis zu Knittelfeld noch immer in jede Wahl hineingehen können und auch als Regierungspartei noch 20 % bekommen.

Was hätte konkret geschehen müssen, um Knittelfeld zu verhindern?

Hirschall: Knittelfeld hätte verhindert werden können – durch Jörg Haider, jederzeit! Es wird darum gerätselt, warum er es nicht getan hat – aber er wäre in der Lage gewesen immerhin mit seiner rhetorischen Fähigkeit, aber auch der Autorität, die er gehabt hat, dieses Schauspiel da unten jederzeit zu beenden und die Leute zur Vernunft zu bringen. Er hat es nicht getan – es gibt verschiedene Auslegungen warum nicht – eine Auslegung ist die, dass er sich damals physisch und psychisch in einer schwierigen Situation befunden hat und die Dinge treiben hat lassen.

Das Interview mit Dr. Erwin Hirschall (* 22. Juli 1930; † 26. August 2011) wurde im Jahr 2008 von Prof. Walter Seledec im Auftrag des FPÖ-Bildungsinstitutes geführt und aufgezeichnet.



Anton Reinthaller – Ansichten des Parteigründers

Gründungsobmann der Freiheitlichen Partei Österreichs war Dipl. Ing. Anton Reinthaller. Beim Gründungsparteitag des Jahres 1956 und am zweiten ordentlichen Bundesparteitag 1957 legte Reinthaller seine Ansichten zur Aufgabe der FPÖ dar. Dabei sagte er, dass die neue Partei durch echte Leistungen beweisen wolle, „dass sie die Heimat aller nationalfreihetlich gesinnten, sauber denkenden Österreicher“ sei. Wörtlich sagte er damals: „Wir wollen kontrollierende Opposition sein. Damit ist aber nicht gesagt, dass wir uns für immer der Verantwortung ent-

ziehen möchten. Wir sind bereit, eine solche zu übernehmen, aber nur unter unabdingbaren Voraussetzungen. Zu diesen zählt unter anderem die Abschaffung des Proporz, die Wiedereinsetzung des Parlaments als Souverän des Staates und die Abstandnahme von Geschichtsfälschungen.“. Weiters meinte Reinthaller: „Wir alle bekennen uns als Freihetliche und in den Namen, den wir unserer Partei gegeben haben, zur Idee des Rechtes und zu einer wahrhaft sozialen Ordnung. Hierbei lehnen wir jeden Extremismus ab – ob nach rechts oder links gerichtet – und sehen in einer Politik der Mitte und damit der Vernunft die einzige Möglichkeit, eine Verewigung des verhängnisvollen Systems des Zwei-Parteien-Staates zu verhindern und so Österreich davor zu bewahren, in diesem System einstimmiger und mittelmäßiger Parteidiktatur zu verdorren.“

Diese durchaus aktuellen Überlegungen Reinthallers sind im Grunde bis heute Grundmaxime freiheitlicher Politik geblieben. Dies zeigt sich auch an Reinthallers Aussage: „Wir wollen wieder Elemente der praktischen Politik zur Geltung bringen, die leider aus der Übung gekommen sind: Achtung vor dem Andersgesinnten, Diskussion auf der Ebene reiner Sachlichkeit, Vorrang des Allgemeinwohles vor reinen Parteiinteressen, vor allen Sauberkeit, Verantwortung und Würde. Wir treten ein für die Befreiung der Staatsbürger von jeder kleinteiligen Bevormundung durch Organe des Staates und der verschiedenen Körperschaften,

ferner von allen kollektivistischen Zwangsmittelschaften und vom Gesinnungsterror politischer Parteien.“

Diese Aussagen Anton Reinthallers könnten zweifellos auch in einer zeitgenössischen Rede von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache aufscheinen. Dies beweist, wie groß die ideale Kontinuität innerhalb der FPÖ zwischen 1956 und 2016 ist. ♦



Anton Reinthaller galt in den Jahren der FPÖ-Gründung als die integrierende Persönlichkeit im zerstrittenen national-freiheitlichen Lager. Trotz seiner schweren Krankheit (Lungenkrebs) stellte er sich daher als Gründungsobmann zur Verfügung. Der Diplomat Wilfried Gredler (rechts im Bild) hingegen schaffte es von Anbeginn, ein intellektuelles liberales Image zu erarbeiten

riode als Bundespräsident hat Rudolf Kirchschläger dann tatsächlich dieser Anregung Gredlers verstärkt Folge geleistet. Unter der Obmannschaft von Alexander Götz reüssierte die FPÖ auch international. Sie wurde Mitglied der Liberalen Internationale“ (LI).

Alexander Götz resignierte als Parteiohmann am 1. Dezember 1979. Die beiden großen Funktionen, Parteichef und zugleich Bürgermeister von Graz zu sein, ließen sich auf die Dauer nicht vereinbaren, zumal Götz sich nicht von allen Seiten optimal unterstützt sah. Nachdem er sich seinen Wählern in Graz besonders verpflichtet fühlte, behielt er die Bürgermeisterfunktion bei. Mit der Führung der Partei wurde der Landesparteiohmann von Oberösterreich Horst Schender beauftragt, der zudem die Vorbereitungen für den außerordentlichen Bundesparteitag zu treffen hatte, auf dem ein neuer Obmann gewählt werden sollte. Bewerber für das höchste Parteiamt waren der niederösterreichische Landesparteiohmann Harald Ofner und der Wiener Landparteiohmann Norbert Steger. Letzterer siegte mit knapper Mehrheit und konnte sich als neuer Parteichef wenig später als Vorsitzender des parlamentarischen AKH-Untersuchungsausschusses profilieren.

Die FPÖ – ein österreichischer Sonderfall

Während der Verband der Unabhängigen in den wenigen Jahren seines Bestehens im Grunde eine Bürgerbewegung gegen die staatsbürgerliche Entrechtung der minderbelasteten ehemaligen Nationalsozialisten und gegen die Aufteilung der Republik in eine rote und schwarze Hälfte war, sollte die Freiheitliche Partei von Anbeginn ihres Bestehens den Anspruch erheben, eine gestaltende und in diesem Sinne auch staatstragende nationalfreihetliche Partei zu sein. Dabei berief man sich von Anbeginn auf die ideellen und organisatorischen Traditionen des historisch gewachsenen Dritten Lagers und stand ebenso von den Tagen der Gründung an vor der Notwendigkeit, das Odium, Erbe des Nationalsozialismus zu sein, zu überwinden. Der jahrzehntelange Kampf darum, klar zu machen, dass „national“ nicht „nationalsozialistisch“ bedeutet und dass das Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft nicht antiosterreichisch sein müsse, sollte eine der stärksten Triebfedern der Partei bis herauf in die Ära Haider bleiben. Die völlige Versöhnung des Bekenntnisses zur Volks- und Kulturgemeinschaft mit einem zukunftsorientierten Österreich-Patriotismus sollte erst mit dem Beginn der 21. Jahrhunderts gelingen.

Die „freiheitliche Aufgabe“ der FPÖ, basierend auf den liberalen Traditionen des Dritten Lagers, war nicht minder schwierig zu bewältigen. Der andauernde Kampf gegen das rot-schwarze Proporzsystem und die ständestaatlichen Reste, wie sie sich im Kammerstaat wieder finden, gehört gewissermaßen zur genetischen Grundausstattung der Freiheitlichen. Das Eintreten für die Freiheit des einzelnen Bürgers und für die freie Selbstbestimmung der organisch gewachsenen Gemeinschaften, von der Familie über den Heimatbereich bis hin zu Staat und Volk, waren und sind ebenso prägend für die FPÖ in ihrer 60-jährigen Geschichte.

“
Die Versöhnung des
deutschen Kulturbe-
kenntnisses mit dem
Österreich-Patriotismus
sollte erst Jahrzehnte
später gelingen.
”

Basierend auf dem nationalen Gedanken und fest gründend auf dem Prinzip der Freiheit, war überdies das Eintreten für eine soziale Politik für die Schwachen und Benachteiligten in diesen Gemeinschaften von Anbeginn eine zentrale Aufgabe, der sich die Freiheitlichen stellten. Gemeinnutz und Solidarität mit dem Staatsganzen prägen bis heute die freiheitliche Gesinnungsgemeinschaft, die sich nunmehr in der „sozialen Heimatpartei“ unter Heinz-Christian Strache zusammen findet.

Die Freiheitlichen wurden ein gutes Jahrzehnt nach der Wiedergründung der Republik als Partei begründet und zwar keineswegs zufällig nach dem Abschluss des Staatsvertrages und der neuerlichen Unabhängigkeit Österreichs, da somit freie Vereinistätigkeiten, freie politische Tätigkeit möglich waren. Sie waren aber so etwas wie die Zuspätkommene dieser Zweiten Republik, sie hatten nicht die Möglichkeit gehabt, sich wie die Volkspartei und die Sozialdemokratie im staatsnahen Bereich einzunisten. Sie waren also von Anbeginn politische und gesellschaftliche Außenseiter.

Und dennoch an waren sie von Beginn ihrer politischen Tätigkeit auch eine etablierte Partei: Sie konnten auf die noch immer vorhandenen Strukturen des traditionellen Dritten Lagers zurückgreifen, auf Verbände und Vereine und auf weltanschaulich entsprechend geprägte Gruppierungen in der Gesellschaft. Nach wie vor gab es ein national-freiheitliches Bürgertum, vor allem im Bereich der Akademiker und Freiberufler. Es gab freiheitliche orientierte Bereiche in der Bauernschaft, etwa in Kärnten, im steirischen Ennstal und in Oberösterreich. Und es gab auch weite Teile der Arbeiterschaft, etwa im Bereich der VOEST in Linz, die schon früher zum VdU tendierten und nun für die Freiheitlichen ansprechbar waren. Auf dieser Basis gelang es der FPÖ auch sehr bald, in den Ländern und den Kommunen – wenn auch in bescheidenen Maße – Fuß zu fassen. Die FPÖ war also von Anbeginn sui generis eine Oppositionspartei gegenüber dem neuen politischen Establishment der Zweiten Republik. Sie war aber auch in vielen Bereichen durchaus „gut bürgerlich“ und wohl-situiert.

Prägende Persönlichkeiten

Die führenden Persönlichkeiten dieser frühen FPÖ hatten naturgemäß großen Einfluss auf die politische Linie und auf die politischen Inhalte. Mit dem Gründungsobmann Anton Reinthaller war es ein ehemaliger prominenter Nationalsozialist, dem man allerdings allenthalben attestierte, persönlich noch anständig gewesen zu sein, der die FPÖ anfangs gewissermaßen als eine Partei der „Ehemaligen“ repräsentierte. Und auch die Tatsache, dass Anton Reinthaller Agrar-Akademiker und aus dem großbäuerlichen Bereich kam, war typisch für das traditionelle Dritte Lager. Dies auch insofern, als Anton Reinthaller, ebenso wie große Teile dieses alten nationalliberalen Lagers, in den 30er-Jahren den Irrweg in den nationalsozialistischen Totalitarismus mitmachte, seine demokratische Läuterung nach 1945 aber absolut glaubhaft leben konnte.

Anders verhielt es sich mit dem wesentlich jüngeren Friedrich Peter, der für die Kriegsgeneration der jungen Offiziere stand. Aus einfachen Ver-

Fortsetzung auf Seite 191 ▶

“
Die Freiheitlichen waren
so etwas wie die Zuspätkom-
menden der Zwei-
ten Republik
”

Wilfried Gredler war der ranghöchste Diplomat, der aus freiheitlichen Kreisen hervorkam. Der eher aus dem Umfeld des christlich-konservativen Lagers stammende Liberale war für die FPÖ von 1956 bis 1959 im Nationalrat, sowie von 1959 bis 1962 und von 1962 bis 1966. Auf Anraten des ÖVP-Führers Julius Raab umgab sich der Gründer der FPÖ, Anton Reinthaller, bereits in der frühen Phase der FPÖ mit „demokratischen Auftriebsmomenten“ wie Wilfried Gredler. Kein Wunder also, dass dieser bereits 1956 zum Parteiohnbmann-Stellvertreter gewählt wurde.

Gredler blieb bis zu seinem Tode im Jahre 1995 Mitglied der FPÖ und Berater der Parteispitze, zuletzt Jörg Haider. Obwohl der prononcierte Liberale immer wieder Kritik an verschiedenen Entwicklungen in der Partei übte, waren seine Loyalität und seine pointierten Stellungnahmen bis zuletzt überaus interessant.

Von Anfang an war es auch Wilfried Gredler, der die Kontakte zu den liberalen Parteien im Ausland herstellte. Ihm, der als österreichischer Spitzendiplomat zahlreiche internationale Kontakte hatte, war es wohl auch zu verdanken, dass die FPÖ unter dem Parteiohnbmann Alexander Götz der Liberalen Internationalen beitrug.

Als Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland und in China vertrat Wilfried Gredler die Republik Österreich im Ausland an führender Stelle. Gredler war einer jener Männer des Dritten Lagers, die hervorragende Gesprächskontakte zu den anderen Lagern der Republik hatte. Seine Position im diplomatischen Dienst war dem natürlich förderlich.

Der Höhepunkt des politischen Lebens Wilfried Gredlers war seine Kandidatur bei der Bundespräsidentenwahl im Jahre 1980. Zwar erfüllte sich Gredlers Erwartung, sein großer Bekanntheitskreis in der ÖVP werde offen für ihn eintreten und ihn somit gegen den von der SPÖ für die Wiederwahl nominierten Rudolf Kirchschläger unterstützen, nicht. Da Gredler nach seinem Ausscheiden aus der aktiven, politischen Laufbahn im Jahre 1963 in der österreichischen Innenpolitik nur noch wenig präsent gewesen war, musste er mit seinem Wahlkampfstab mangels Bekanntheitsgrades bei Null beginnen. Er gewann aber von Woche zu Woche rasch an Boden und verzeichnete in der Endrunde bei einer überfühlten Großkundgebung in der Wiener Hofburg am 13. Mai 1980 einen respektablen Wählerzulauf.

Wilfried Gredler – Der freiheitliche Diplomat

751.000 Stimmen für Gredler waren dann am 18. Mai das Endergebnis der Bundespräsidentenwahl und bis dorthin die höchste Stimmenzahl, die bei einer von Freiheitlichen bestrittenen Wahl in Österreich erreicht wurde. Zwar war Gredler mit dem Ergebnis selbst nicht zufrieden, da er sich eine Million Stimmen erhofft hatte, aber allgemein wurde das Ergebnis vom politischen Beobachten so gedeutet, dass es in Österreich ein Potential von 17 % freiheitlicher Wählerstimmen geben könnte. Damals konnte niemand wissen, dass die Entwicklung nach 1986 dieses Wählerstimmenreservoir noch beträchtlich ausweiten sollte.

Dass mit der Abspaltung des Liberalen Forums der Heide Schmid von den Freiheitlichen eine weitere, sich als liberal definierende Gruppe entstand, war für Wilfried Gredler schmerzhaft. Es stellte seine loyale Beziehung zur FPÖ aber niemals wirklich in Frage. Problematisch für ihn war zweifellos, dass seine Tochter für die Gruppe Heide Schmid in die Politik einstieg. Er selbst blieb bis zu seinem Tode Freiheitlicher.



Wilfried Gredler konnte als freiheitlicher Kandidat für die Bundespräsidentenschaft gute 17 % der Wähler erreichen

Tassilo Broesigke – der Rechnungshofpräsident

Tassilo Broesigke war einer der prominentesten Freiheitlichen der alten Garde. Seit 1953 stand Tassilo Broesigke im öffentlichen Leben. Im Jahre 1956 war er einer der Mitbegründer der FPÖ, der die Landesgruppe Wien der Freiheitlichen Partei aufbaute. Zuletzt war er Bundesparteiobmann-Stellvertreter und Klubobmann-Stellvertreter der FPÖ-Nationalratsfraktion, bevor er 1980 zum Präsidenten des Rechnungshofes gewählt wurde.

leistete er Wehrdienst und war bis 1946 in Kriegsgefangenschaft. 1947 zum Dr. Juris promoviert, wurde er Rechtsanwalt. Zuerst war er für den VDU tätig. 1956 wurde er Landesparteiobmann der Wiener FPÖ. Nach der Landtagswahl im Oktober 1959 verfügte die FPÖ mit Dr. Broesigke an der Spitze über eine Vier-Mann-Fraktion im Wiener Landtag. Auf der kommunalpolitischen Ebene war Broesigke bis 1963 tätig. Dann zog er für den in den diplomatischen Dienst überwechselnden Wilfried Greidler in den Nationalrat ein. Als Mitglied des Aufsichtsrates des ORF zwischen 1967 und 1970 konnte er an der Neugestaltung des Rundfunks in der ersten Amtsperiode Gerd Bachers mitwirken. In den siebziger Jahren wurde er der führende Rechts- und Verfassungsexperte der FPÖ im Parlament. Gestützt auf seine profunden Sachkenntnisse führte die damalige FPÖ-Spitze die Verhandlungen mit Bruno Kreisky über die Wahlrechtsreform, die den Freiheitlichen durch Bruno Kreisky zugestanden wurde. Die Gründung der politischen Akademie der FPÖ, des Freiheitlichen Bildungswerks, war Broesigkes Verdienst. Als Steuerexperte und stellvertretender Vorsitzender der Steuerreform-Kommission erarbeitete er ein umfassendes Steuerreform-Konzept. Als Vordenker prägte er auch die Entwicklung der FPÖ zur Programmpartei. Und 1974 schließlich gründete er die Freien Argumente, das damalige theoretische Organ der FPÖ.

Im Jahre 1980 trat Broesigke als Nachfolger Jörg Kandutschs das hohe Amt des Präsidenten des Rechnungshofes an. Er wurde in den 12 Jahren seiner Amtszeit zur Verkörperung des obersten Kontrollorgans der Republik. Sein unbeugsamer Gerechtigkeits-sinn und seine durch nichts zu erschütternde Unbestechlichkeit prägten sein Bild in der Öffentlichkeit. In Zeiten zunehmender Korruption und zunehmender Misswirtschaft war Broesigke ein Säule der Rechtmäßigkeit, so etwas wie das gute Gewissen der Republik. ♦

Tassilo Broesigke war Mitbegründer der FPÖ und baute die Wiener Landesgruppe auf

Broesigke kam als Kind aus dem Sudetenland nach Wien, als sein Vater 1918 auf der Suche nach einer neuen beruflichen Existenz die Heimat verlassen musste. Die Verbundenheit mit dem deutschen Kulturgut wurde ihm in die Wiege gelegt. Nach dem Studium der Geschichte und Rechtswissenschaften in München, Heidelberg und Wien

hältnissen, nämlich einer Eisenbahnerfamilie stammend, wurde er Offizier bei der Waffen-SS. Die Vorwürfe, die wesentlich später, in den 70er-Jahren von Simon Wiesenthal deshalb erhoben wurden, konnten keinerlei persönliche Schuld oder gar die Beteiligung an Kriegsverbrechen nachweisen. Friedrich Peter, der als Vertrauter Anton Reinthallers in die Politik gekommen war, konnte als ehemaliger Offizier der Waffen-SS die nationalen Bereiche in die Partei integrieren, seine familiäre Herkunft befähigte ihn aber auch zu entsprechenden Kontakten mit den Sozialisten. Auf dieser Basis vermochte er dann später, insbesondere mit Bruno Kreisky, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, das den Freiheitlichen zuerst das kleinpartei-freundliche Wahlrecht bescherte und in den 80-er Jahren schließlich die Regierungsbeteiligung unter Norbert Steger und Fred Sinowatz.

In der zwanzig Jahre währenden Obmannschaft Friedrich Peters gelang es diesem und einer Riege hervorragender Parlamentarier, der FPÖ einen Platz auf der innenpolitischen Bühne zu erkämpfen. Zuerst in Form einer klassisch nationalliberalen Honoratioren-Partei, die als innenpolitisches Zünglein an der Waage fungierte, dann als Unterstützer einer sozialistischen Minderheitsregierung unter Bruno Kreisky und schließlich eben als Mehrheitsbeschaffer für die Sozialdemokratie nach dem Abtreten Kreiskys. Für Friedrich Peter galt die alte FPÖ-Binsenweisheit „im Zweifel lieber mit Rot als mit Schwarz“, allzumal Versuche, mit der ÖVP in den 60er-Jahren zu einer politischen Kooperation zu gelangen, von dieser enttäuscht wurden. Nach dem Abtreten Friedrich Peters versuchte die FPÖ unter der nur kaum ein Jahr währenden Obmannschaft des damaligen Grazer Bürgermeister Alexander Götz, nochmals so etwas wie eine „bürgerliche“ Zusammenarbeit zustande zu bringen. In bewusster Frontstellung zu Kreisky und zur Sozialdemokratie wollte Alexander Götz die Weichen auf eine schwarz-blaue Koalition stellen, was ihm vorläufig nicht gelang. Erst gut zwei Jahrzehnte später sollte Jörg Haider die Freiheitlichen in eine schwarz-blaue Koalitionsregierung führen.

Insgesamt stellt die Entwicklung der FPÖ in den Jahren von 1956 bis 1979 den gelungenen Versuch dar, eine national-freieitliche Politik wieder in der politischen Landschaft der Republik zu etablieren. Glaubwürdig vermochte man sich der Denunziation, Traditionsträger des Nationalsozialismus zu sein, zu entwinden und ebenso glaubwürdig konnte man sich als demokratiepolitisch wertvolles Element in das politische Gefüge der Zweiten Republik eingliedern. Auch gelang es, einen Stock an Kernwählern, basierend auf dem traditionellen Dritten Lager, so an die FPÖ zu binden, dass die parlamentarische Existenz der Partei – erleichtert durch das kleinpartei-freundliche Wahlrecht von 1970 – auf Dauer gesichert schien. Solcherart vermochte die FPÖ für ihre weitere Entwicklung die Basis für eine breite national-freieitliche Bürgerbewegung zu bilden und eine bis zum heutigen Tag für alle Bevölkerungsschichten offene „soziale Heimatpartei“ für Österreich zu werden. ♦

Alexander Götz, langjähriger Grazer Bürgermeister und FPÖ-Bundesparteiobmann 1978/79 sprach bei der 50-Jahr-Feier der FPÖ



„National, freiheitlich, sozial“

Alexander Götz, Bundesparteiobmann der FPÖ (1978-1979), beim 50-Jahre-Jubiläum über das ideologische Fundament der Partei.

Dieses Wirken der eben gegründeten Freiheitlichen Partei war natürlich bestimmt durch ein Kurzprogramm, das dann in ein umfangreiches Parteiprogramm überging. Aber wenn ich versuche, das Wesentliche dieses Kurzprogrammes herauszugreifen, so kann ich jene Charakteristika nehmen, die sich auf drei Begriffe einschränken lässt: „National, Freiheitlich, Sozial“.

Da aber alle Begriffe dem Wandel der Zeit unterworfen sind und alle Bilder und Erinnerungen, die sich damit verbinden, ist es nötig, sich eben in dieses Gründungsjahr zurückzusetzen und zu hinterfragen, was sie damals bedeutet haben. „National“ war ein Volkstumsbekenntnis. Eines, das auch immer wieder in sehr starker Diskussion stand. Eines, das nicht überall auf Verständnis stieß da es immer wieder um die Frage ging: Staatsvolk oder Volk ohne Grenzen? Ein Bekenntnis, das dazu führte, dass jene, die sich zum deutschen Kulturkreis bekannten, diffamiert wurden als die schlechteren Österreicher. Auch ich bin immer wieder peinlich befragt worden, ob ich denn mehr Österreicher oder mehr Deutscher sei. Und ich habe damals immer die

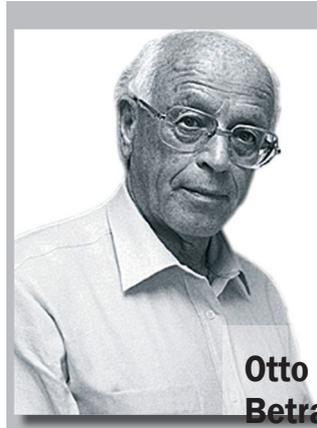
gleiche Antwort gegeben. Ich habe gesagt: „Ich halte es so wie die Marktfrauen am Grazer Kaiser-Joseph-Platz. Wenn man sie fragt, was sie seien, werden sie „Österreicherin“ antworten, und wenn man sie fragt, was sie sprechen, werden sie mit „Deutsch“ antworten.“

Der zweite Stempel, den wir uns selbst aufgedrückt haben, auch da haben wir es uns nicht leicht gemacht, war „Freiheitlich“, und auch da gab es natürlich von Anfang an die Diskussion darüber, weicher Unterschied es denn zwischen freiheitlich und liberal gäbe. Und man musste schon manchmal die Österreichische Verfassung bemühen, um klarzumachen, dass Menschen, die in kleineren oder größeren Gemeinschaften zusammenleben, anderen nicht unbegrenzte Freiheitsrechte zuordnen oder zubilligen können, weil spätestens dort, wo die Rechte des Nachbarn beginnen, die eigenen Rechte Grenzen bekommen. Wir haben uns aber dann letztendlich auf die Formulierung geeinigt „Soviel Staat wie nötig. Soviel Freiheit wie möglich.“

Ich möchte nicht versäumen anzumerken, dass auch hier der Zeiteinfluss gilt, und dass das absolut keine feststehenden, sondern variable Begriffe sind.

„Sozial“. Ich verhehle nicht, dass damals öfter die Frage auftauchte: Ja, sozial - warum soll man das extra noch erwähnen? Das ist doch eine Selbstverständlichkeit! Welche politische Partei kann es sich leisten, 1956 nicht sozial zu sein? Der Bekenntnischarakter „Wir Freiheitliche wollen eine soziale Partei sein“ stand völlig außer Diskussion... ♦

Alexander Götz wandte sich in seiner kurzen Zeit als Bundesparteiobmann scharf gegen die Politik der SPÖ unter Bruno Kreisky



Otto Scrinzis persönliche Betrachtungen der frühen Parteigeschichte

Dr. Otto Scrinzi (†) über die Gründungszeit der FPÖ

1949 kam es zur Gründung des VdU – Sie waren ein Mann der ersten Stunde. Warum haben Sie dann diese Partei, die ja relativ starke Anfangserfolge hatte und das Dritte Lager symbolisiert hat, eine neue Bewegung in Österreich dargestellt hat nach dem Krieg – warum haben Sie diese Partei den Verband der Unabhängigen im Jahr 1953 verlassen?

Scrinzi: Es ist nicht richtig – ich habe diese Partei nie verlassen – ich war bis zu ihrer Auflösung Mitglied. Es hat sich nur folgendes ereignet: Ich war 1950 schon Landesparteiobmann im Alter von 32 Jahren, nach dem ich bekanntlich – nach dem Rückschlag des VdU (der Wahlpartei) – 1949 gegen meinen Willen auf eine Landtagswählerliste gekommen bin. 1953 haben wir die zweite Wahl in Kärnten mit relativ geringen Verlusten überstanden. Inzwischen waren aber in der Bundespartei schwere Richtungskämpfe ausgebrochen – ich erwähne also die Namen Kraus, Stüber, Gollob, Stendebach usw. – die auch ihre Auswirkungen auf Kärnten hatten. Auf dem Parteitag in Völkermarkt 1953, bei dem ich wieder mit großer Mehrheit gewählt wurde, hat man unter Einwirkung der Bundespartei mir alle vorgeschlagenen Mitarbeiter abgewählt. Ich hatte wirklich qualifizierte Leute (u. a. eine spätere Bundesparteiobfrau der FPÖ) und die haben keine Mehrheit bekommen. Es war also ein ganz übles Intrigenspiel, das in der Zwischenzeit ja fast zur Übung in der Partei geworden ist, und ich hab die Konsequenz gezogen und hab gesagt, man kann nicht einen Regierungschef wählen und ihm alle Minister abwählen – ich bin also zurückgetreten. Es wurde dann ein

“
Ich habe nie verstanden, dass die Partei sich nicht kritisch Rechenschaft darüber gegeben hat, dass wir strukturelle und personelle Änderungen vornehmen müssen, weil wir offenbar hier vor einer Wand stehen, die wir nicht überwinden.
”

“
Friedrich Peter hatte in den zwanzig Jahren seiner Obmannschaft ein Drittel der FPÖ-Wähler verloren und keine Wahl gewonnen.
 ”

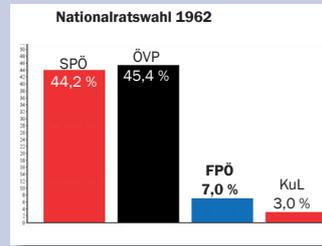
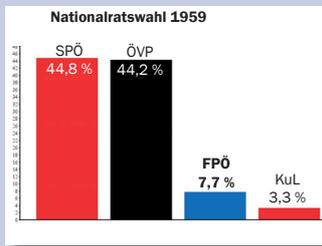
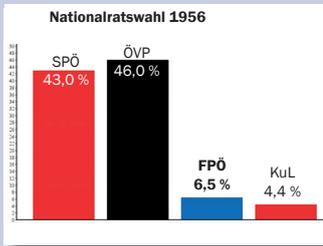
Mann an meiner Stelle als Klubobmann gewählt und kurz darauf ist dieser Mann, der vom Beruf Anwalt war, in zwei Instanzen von seiner Ständesvertretung wegen ehrenrührigen und standeswidrigen Verhaltens verurteilt worden. Seine Kanzlei wurde ihm für ein Jahr gesperrt. Also wir hatten jetzt die Partei, die mit der Parole Rechts-sauberkeit angetreten war, mit einem Mann an der Spitze, der etwas ausgesprochen unsauberes gemacht hat. Das Unsaubere war, dass er die Mutter seines ledigen Kindes zu einem Unterhaltsver-zicht gebracht hat, was gesetzwidrig war. Was ihm also die Ständesvertretung schwer zur Last gelegt hat. Und ich war der Meinung, daraus möchte die Partei Konsequenzen ziehen. Ich habe also ver-langt, dass entweder der Vorstand oder das Partei-gericht darüber befindet – wie die Partei der Sau-berkeit auf ein solches Ereignis reagiert. Ich habe nichts erreicht und habe dann – sicher damals mit meinem einigermaßen choleroschen Temperament – den Schritt getan, dass ich aus dem Klub ausgetreten bin und ein Parteiverfahren gegen mich beantragt habe. Ich habe gesagt ich setze mich nicht neben einen Mann, dem wegen ehrenwidrigen und standeswidrigen Verhaltens die Kanzlei gesperrt wird, das ist für mich nicht vereinbar. Und dann hat die Partei versucht, nachdem sie das lange hingezogen hat, doch ein Parteiverfahren einzuleiten gegen den Betroffenen, aber man hat von mir verlangt, dass ich vorher wieder in den Klub zurückkehre. Ich war

immer Parteimitglied – ich bin nie ausgetreten – es ist nicht richtig. Es hat sich eineinhalb Jahre lang hingezogen und als es dann soweit war, sind 1956 die Wahlen gekommen, das ist das Faktum.

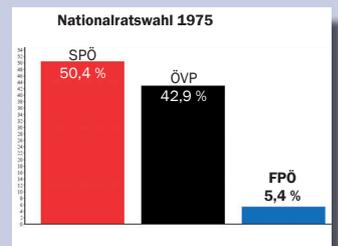
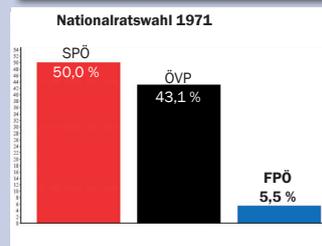
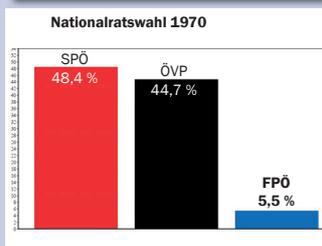
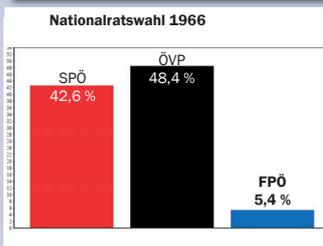
Wie würden Sie nach so vielen Jahren ihr persönliches Verhältnis zu Friedrich Peter charakterisieren?

Schrinzi: Ich habe bei Friedrich Peter immer geschätzt, dass er im Grunde loyal zu seinen Mitarbeitern stand, dass er im Gegensatz zu manchem seiner Nachfolger im Grunde ein anständiger und nobler Charakter war. Aber als politischer Mensch konnte ich einfach nicht verdrängen, dass Peter, dem es zwar gelungen ist, die Parteinheit formell aufrecht zu erhalten, doch mitverantwortlich war – ich schließe meine eigene Mitverantwortung nicht aus – dass die Partei in den zwanzig Jahren seiner Herrschaft ein Drittel ihrer Wähler verloren hat. Peter hat keine Wahl gewonnen. Die erste Wahl, die wir nach 1956 gewinnen konnten, wenn auch mit einem bescheidenen Erfolg, war in der Zeit der leider sehr kurzen Obmannschaft von Alexander Götz. Das heisst, ich habe nie verstanden, dass die Partei sich nicht kritisch Rechenschaft darüber gegeben hat – wir müssen strukturelle und personelle Änderungen vornehmen, weil wir offenbar hier vor einer Wand stehen, die wir nicht überwinden. Ich habe das auch in Parteizustimmungen artikuliert. Dazu kam, dass Peter – der ja nicht aus einem weltanschaulich gefestigten Lager kam, ich will dazu gar nichts weiter sagen –, sondern als junger Mensch damals in der allgemeinen Begeisterung in die Waffen-SS eingetreten ist. Der dann nach dem Krieg ganz andere Wege eingeschlagen hat – auch durch die Bekanntschaft mit Reinthaller sozusagen in das nationale La-

Fortsetzung auf Seite 297 ▶



Die Wahlergebnisse in den ersten 20 Jahren ihres Bestehens zeigen, dass die FPÖ als dritte Kraft im Parlament eine Kleinpartei war, die als Zünglein an der Waage fungierte



Gustav Zeillinger – Der Parade-Parlamentarier

Eine der prägendsten Persönlichkeiten des früheren freiheitlichen Lagers war Gustav Zeillinger, jener Parlamentarier, der mit seinen geschliffenen Reden und seinem Wortwitz jahrelang das Hohe Haus an der Wiener Ringstraße geprägt hatte. Erstmals kam er in den Nationalrat nach der Wahl am 22. Februar 1953, wo er für den VdU kandidierte. Jahrgang 1917, studierte Zeillinger Jura und ging dann als Einjährig-Freiwilliger zum Bundesheer. Er verbrachte den Krieg an der Front, zuletzt als Oberleutnant einer Panzeraufklärungseinheit. Nach dem Kriege arbeitete er als Rechtspraktikant, legte im Jahr 1948 seine Anwaltsprüfung ab und wurde Verteidiger in Strafsachen. Im September 1949 trat er dem VdU bei und wurde 1950 Obmann des Salzburger Landesverbandes. Dem Natio-

**Der Salzburger
Rechtsanwalt
Gustav Zeillinger
war für die
Österreicher in
den 60er-Jahren
so etwas wie
der Parade-Parlamentarier**



nalrat gehörte er von 1953 bis 1977 an.

Der Pfeifenraucher Gustav Zeillinger war stets ein origineller Politiker mit Sprachwitz und eminenter Schlagfertigkeit, der sich erst in einem richtigen Wortgefecht und Kampfgetümmel wohlfühlte. Dieser Kampfstil hat ihn populär gemacht. Er war einer jener Parlamentarier, der seinen Kollegen die meisten politischen und rhetorischen Wechselbäder verabreichte. Als Redner im Nationalrat wirkte er am überzeugendsten, wenn er aus dem Stehgreif sprach. Das war eine Wohltat in einem Parlament, dessen Mitglieder zu 90 Prozent „Vorlesungen“ halten.

Zeillinger hatte es immer verstanden, seinen Salzburger Landesverband zusammenzuhalten und ihn nach den Krisen des VdU in die FPÖ einzubringen. Er wurde ein treuer Mitkämpfer Friedrich Peters, der nach Ansicht von Zeithistorikern immer mehr zur liberalen als zur nationalen Seite neigte. Mentalitätsmäßig stand ihm stets die SPÖ näher als die ÖVP, und in seinem Landesverband kam es auch zu einem ersten Geheimtakt zwischen dem VdU und der SPÖ.

Als die Volksanwaltschaft beschlossen wurde, schied Zeillinger aus dem Nationalrat aus und ging als Vertreter der Freiheitlichen in dieses Gremium. Unter seinen Fittichen machte die junge Juristin Heide Schmidt als seine Assistentin in der Volksanwaltschaft ihre ersten politischen und medialen Gehversuche. Ganz abgesehen davon aber blieb Zeillinger seiner Gesinnungsgemeinschaft über alle Wechsel der Politik und der Persönlichkeiten hinweg treu. Nach der Abwahl Norbert Stegers in Innsbruck im Jahre 1986 galt seine Loyalität auch Jörg Haider. ♦

ger wieder zurückgeholt wurde, sich dann auf die Linie der Veränderung der Gesamttrichtung der Partei begeben hat. Er war überzeugt, die Zukunft der Partei läge bei der Entwicklung hin zu einer modernen, liberalen Partei, und man müsse sozusagen das Nationale eher als eine schrittweise abzubauende Altlast betrachten. Und darin lag der eigentliche Gegensatz. Es war nicht persönlich – ich habe Peter als Menschen mögen und geschätzt, aber ich konnte diese Linie aus meiner eigenen Sicht heraus nicht mitziehen und es hat ja Herbert Alois Kraus das in einem seiner Interviews ganz klar ausgesprochen: Was ihm, dem ja eine liberaldemokratische Partei vorschwebte, nicht gelungen war – dank eben seiner ganz anderen Herkunft und Bewertung – das sei dem alten Waffen-SS-Offizier Peter gelungen. Er habe die Partei auf die Schienen einer modernen liberalen Partei gestellt.

Ein späterer Bundesparteiohmann war Dr. Norbert Steger – wie war ihr Verhältnis zueinander?

Scrinzl: Es war erstens kein Verhältnis! Ich habe ihn nie persönlich näher kennengelernt – in der Zeit, als ich noch in der Spitze war, war er auf der mittleren Ebene in Wien tätig. Ich habe bei der entscheidenden Wahl Harald Ofner unterstützt, der als Gegenkandidat dann gescheitert ist. Weil die ganzen Nationalen – Peter, Tongel, Leitner, Mahner – sich ja für Steger eingesetzt haben. Harald Ofner ist gescheitert – er hat damals eher als rechter Flügelmann gegolten.

1984 kam es dann durch Sie zur Gründung der „Nationalfreiheitlichen Aktion“ – was war das Ziel?

Scrinzl: Nach der Bildung der kleinen Koalition 1983 hat sich sehr rasch herausgestellt, dass die Mehrheit der Partei diese Linie nicht unterstützt, aber auch die Mehrheit der Wählerschaft – wir sind mit der Gründung der rot-blauen kleinen Koalition sozusagen von Monat zu Monat heruntergefallen und lagen dann gegen der Mitte 80er-Jahre – 1984 und 1985 – bei Umfragen zwischen drei und vier Prozent. Und meine Vorstellung – ich hatte keine Parteifunktion mehr, war einfaches Mitglied – meine Vorstellung war, wenn wir diesen Kurs nicht beenden, geht die Partei zugrunde! Wird nicht einmal das halten können, was die FDP in der Bundesrepublik vermochte – trotzdem sie halbiert und fast gedrittelt wurde, – ist sie über Jahrzehnte Regierungspartei geblieben. Mir war klar, dass dieses rot-blaue Abenteuer längstens mit der Legislaturperiode zu Ende gehen würde und dass die Partei dann wahrscheinlich zur Unbedeutendheit verkümmert sein würde. Und als dann die Präsidentschaftswahl herannaht war mir klar, dass der Verzicht auf die eigene Kandidatur der FPÖ den sozialistischen Kandidaten absichern sollte. Offenbar um den Preis der Zusage der Verlängerung dieser bisher überwiegend abgelehnten Rot-Blauen Koalition. Und dagegen – das war im nationalen Flügel dieses Lagers eine Mehrheitsmeinung – müsste man sich zur Wehr setzen. Und das Ergebnis war dann der Entschluss, dass wir eine eigene Kandidatur mit dem Ziel anstreben, im ersten Wahlgang den Sieg des roten oder schwarzen Kandidaten zu vermeiden und durch unsere Haltung im zweiten Wahlgang darüber bestimmen zu können, wer nun der neue Präsident werden würde. Diese Rechnung ist ja dann durch die weitere Entwicklung bestätigt worden in ihrer Richtigkeit.

Das Interview mit Dr. Otto Scrinzl (* 5. Februar 1918; † 2. Jänner 2012) wurde im Jahr 2008 von Prof. Walter Seledec im Auftrag des FPÖ-Bildungsinstitutes geführt und aufgezeichnet.



Das längst historische Plakat beweist, dass die politische Arbeit der FPÖ von Anfang an auf eine Überwindung des rot-schwarzen Proporz aus gerichtet war

X
**DER VERBAND
DER UNABHÄNGIGEN**

1949 – 1955

Der Kampf um die Integration in die Zweite Republik

Als es nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches bei der Wiedergründung der Republik zur Abrechnung mit dem Nationalsozialismus kam, setzten die Siegermächte den Begriff „nationalsozialistisch“ und „national“ gewissermaßen gleich. Damit wurde nicht nur den ehemaligen Mitgliedern der NSDAP, die damals mit ihren Familienmitgliedern bestimmt ein Viertel der österreichischen Bevölkerung ausgemacht haben, die aktive Teilnahme an der Politik der neu gegründeten Zweiten Republik verwehrt, sondern auch die Neugründung einer nationalliberalen Partei.

Das Ringen um eine eigene Partei

Als am 11. September 1945 der „Alliierte Rat“ beschloss, in Österreich Parteien anzuerkennen, bezog sich dies lediglich auf die Volkspartei, auf die Sozialisten und auf die Kommunisten, obwohl sich mehr als 50 Gruppierungen um eine Anerkennung als Partei bewarben. Dementsprechend waren bei der ersten Nationalratswahl in der Zweiten Republik am 25. November 1945 auch nur ÖVP, SPÖ und KPÖ zu einer Kandidatur berechtigt. Einzig in Kärnten, in der britischen Besatzungszone, gab es eine Ausnahme, wo neben den drei Lizenz-Parteien eine „Demokratische Partei“ für die Landtagswahl, die gleichzeitig durchgeführt wurde, kandidieren durfte und ein Mandat erlangte. Allen ehemaligen Mitgliedern und Parteianwärtinnen der NSDAP, SS und SA wurde die Wahlberechtigung entzogen, womit es in Österreich zur Zeit der ersten Nationalratswahl etwa 600.000 Bürger zweiter Klasse gab, die von den politischen Rechten ausgeschlossen waren. Auch die Frauen und Kinder der Registrierten waren betroffen. Diese erste Nationalratswahl der Zweiten Republik endete mit einer absoluten Mehrheit der ÖVP, die gemeinsam mit den Sozialisten und den Kommunisten eine Konzentrationsregierung bildete (ab 1947 dann Große Koalition ohne KP).

Durch die Entscheidung des „Alliierten Rates“ wurde der historisch gewachsenen Parteienlandschaft in Österreich keineswegs Rechnung getragen. Bei den letzten freien Wahlen in der Ersten Republik hatten die Parteien des nationalliberalen Lagers immerhin 18 Prozent der Stimmen errungen, was nichts anderes bedeutet, als dass zu Beginn der Zweiten Republik fast ein Fünftel der Österreicher – seiner politischen Heimat beraubt – dem großkoalitionären Proporzdenken der Massenparteien ein wirksames Korrektiv entgegenstellen konnten.

Am 4. Februar 1949 kündigte Herbert Kraus in einer Pressekonferenz die Gründung einer vierten Partei mit Namen VdU (Verband der Unabhängigen) an. Kraus und seine Mitstreiter wählten deswegen den Namen „Verband der Unabhängigen“, weil gerade in dieser Zeit ein starkes Bedürfnis nach Unabhängigkeit von Parteienherrschaft bestand. Die beabsichtigte Neugründung auch publikums-

wirksam darzustellen, erforderte die Gründung einer eigenen Zeitung. Bei oberösterreichischen Industriellen trieb Herbert Kraus die Geldmittel dafür auf. Am 24. Februar 1949 erschien die erste Nummer der „Neuen Front“. Chefredakteur wurde Viktor Reimann, der stets für die Titelseite einen eher aggressiven Leitartikel gestaltete, während Herbert Kraus auf der dritten Seite politische Konzepte entwarf. So ergab sich eine perfekte Rollenteilung, die sich auf das Parteiblatt äußerst positiv auswirkte.

Am 26. März 1949 fand die eigentliche konstituierende Generalversammlung des VdU in der Salzburger Fronburg statt. Diese vierte Partei musste allerdings als Verein angemeldet werden, da aufgrund der alliierten Lizenzen nur drei Parteien in Österreich zugelassen waren. Auch der Nachfolger des VdU, die FPÖ war letztlich bis zum Parteiengesetz von 1975 nur als Verein konstituiert. Dem neu gegründeten Verband blieb nur eine kurze Zeit für die Vorbereitung der Nationalratswahl am 9. Oktober 1949. Die Zulassung zur Wahl konnte bei den Alliierten durchgesetzt werden, weil es sich als Glück erwies, dass die Sowjetunion in ihrem Bereich die Kandidatur der „Demokratischen Union“ des linkskatholischen Prof. Dobretsberger durchsetzen wollte. Aus diesem Grund wurden in den Verhandlungen beide Verbände zugelassen. Allerdings konnte der VdU nicht als VdU kandidieren, sondern musste aus verfassungsrechtlichen Gründen als „Wahlpartei der Unabhängigen“ (WdU) antreten. Dies brachte zusätzliche Schwierigkeiten mit sich.

Der Verband der Unabhängigen führte das Dritte Lage in das innenpolitische Geschehen der Republik zurück. Im Bild der Nationalratsklub des VdU 1949



Der erste Wahlerfolg

Im Wahlkampf ging es vor allem um die minderbelasteten ehemaligen Nationalsozialisten, die nach dieser Amnestie vom 21. April 1948 wieder wahlberechtigt waren, sowie um die Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft und die Volksdeutschen. Auch die ÖVP bemühte sich um Kontakte mit ehemaligen führenden Nationalsozialisten in Oberweis, wobei der spätere zweite Nationalratspräsident Alfred Maleta die Verhandlungen führte. Die Sozialisten pflegten durch Innenminister Oskar Helmer sehr gute Kontakte zum „Gründner Kreis“ ehemaliger NS-Spitzenfunktionäre, die inzwischen ein Naheverhältnis zum amerikanischen CIA aufgebaut hatten. Die ÖVP versuchte, die Kandidatur des VdU bis zur letzten Minute zu hintertreiben, da sie große Verluste befürchtete, wenn eine zweite nichtsozialistische Partei kandidierte.

Diese Annahme war allerdings gerade für die Sozialisten ausschlaggebend, den VdU maßgeblich zu unterstützen. So konnte dank der SPO Papier für Plakate und Stimmzettel billig in der Papierfabrik Steyrermühl gekauft werden (diese heute banal erscheinende Frage stellte in der damaligen Zeit ein existenzielles Problem dar, da Papier kontingentiert und entsprechend teuer und schwer erhältlich war; zudem musste eine entsprechend große Anzahl von Stimmzetteln gekauft werden, da es noch keine amtlichen Stimmzettel gab). Unter dem Motto „Recht, Sauberkeit und Leistung“ hatte sich der VdU am 22. Juli 1949 ein 52-Punkte-Programm gegeben. Dazu kam im Jahre 1950 das „Soziale Manifest“ des VdU.

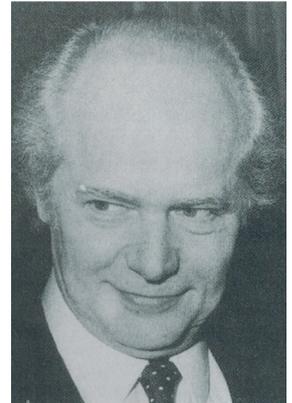
Neben den Parteigründern Kraus und Reimann waren die wichtigsten Männer der ersten Stunde der alte Landbündler und ehemalige Vizekanzler Karl Hartleb, Gustav Adolf Jakob Neumann und Thomas Neuwirth, der als unabhängiger Landessekretär des OGB in Salzburg wirkte. Auf seine Ideen und sein Wirken geht auch das soziale Manifest des VdU zurück. Hartleb stand für die Kontinuität des nationalliberalen Lagers, das er bereits in der Ersten Republik an hervorragender Stelle, unter anderem auch als Vizekanzler, vertreten hatte. Gustav Adolf Jakob Neumann schließlich stand für das junge und erneuernde Element, durch das sich das nationalliberale Lager in seiner Geschichte stets auszeichnete: er war erst 25 Jahre alt, besaß also im Jahre 1949 noch nicht einmal das passive Wahlrecht, galt aber in Oberösterreich als eine Integrationsfigur. Als Generalsekretär fungierte 1949/50 eine zeitlang das bekannte Jagdflieger-As Gordon Gollob.

Mit dem Wiedereintritt des nationalliberalen Lagers in das innenpolitische Geschehen der Zweiten Republik setzte schlagartig jene Verteufelung ein, die den VdU und danach seine Nachfolgeorganisation die FPÖ, als „nazistisch und faschistoid“ denunzierte und als Sammelbecken für alte und neue Nazis darstellen wollte. Unterschlagen wurde



Herbert A. Kraus bei einer VdU-Wahlversammlung

dabei stets, dass das Gros der ehemaligen Angehörigen der NSDAP spätestens in den 50er-Jahren bei den beiden österreichischen Großparteien untergeschlupft war und nur ein kleiner Teil im VdU und in der FPÖ. Bereits seit den Gründungstagen des VdU versuchte man im Zuge dieser Hetze, die Begriffe „national“ und „nationalsozialistisch“ gleichzusetzen, um so das gesamte Dritte Lager aus dem demokratischen Grundkonsens der Zweiten Republik hinauszudrängen. Tatsächlich wurde bereits der Wahlkampf von 1949 zu einer Schlammschlacht ohnegleichen. Vor allem die ÖVP führte ihn sehr persönlich und schreckte auch vor den unfairsten Methoden nicht zurück. Viktor Reimann vergleicht in seinem Buch „Die Dritte Kraft“ die Aktionen der ÖVP mit dem Watergate-Skandal. Am 9. Oktober 1949 erreichte die Bevölkerung diesen Difamierungen allerdings eine deutliche Abfuhr, da der VdU mit 489.000 Stimmen 11,67 % und 16 Mandate erlangen konnte. Je 8 Mandate kamen von den Sozialisten, je 8 von der Volkspartei, ganz im Sinne des Wahlprogramms des VdU, der ja die Proporzwirtschaft aufbrechen wollte. Bei einer genauen Analyse der Wahlergebnisse fällt ein starkes West-Ost-Gefälle auf: So erzielte der VdU in den Besatzungszonen der westlichen Alliierten fast 20 % der Stimmen, während er in der russischen Besatzungszone nur auf etwa 4 % kam. Das hängt auch damit zusammen, dass die russische Besatzungsmacht viele Wahlveranstaltungen des VdU kurzerhand verbot. Allein aus diesen Zahlen lässt sich auf Grund einer einfachen Rechnung das heute noch häufig bestehende Vorurteil entkräften, dass es vor allem die ehemaligen Nationalsozialisten waren, die den VdU gewählt hätten. Von den im Jahre 1948 amnestierten minderbelasteten Nationalsozialisten, es waren ca. 460.000, lebten ganze 300.000 in der östlichen Zone, also dort, wo der VdU nur 4 % der Stimmen erzielte.



Viktor Reimann, Mitgründer des VdU



Isolation trotz politischer Erfolge

Auch die gleichzeitig mit der Nationalratswahl im Jahre 1949 durchgeführten Landtagswahlen brachten dem VdU beachtliche Erfolge. So erzielte er beispielsweise in Oberösterreich 10 Mandate, was gleich zwei Landesregierungssitze bedeutete. Lediglich in Niederösterreich ging er leer aus, was auf die Diskriminierung seitens der sowjetischen Besatzungsmacht zurückzuführen war. Erst unter der Obmannschaft Jörg Haiders

Die erste Nummer der „Neuen Front“ (im Bild Links)

Das soziale Manifest des VdU



solte es gelingen, auch in Niederösterreich in der Landespolitik zu einem gewichtigen Faktor zu werden. Neben den 16 Nationalratsmandaten konnte der VdU auch 4 Sitze im Bundesrat erlangen.

Trotz dieser politischen Erfolge geriet der Verband der Unabhängigen in die Isolation. Auch die Sozialisten verwandelten ihre vor der Wahl praktizierte freundliche und entgegenkommende Haltung in eine ablehnende, nachdem der VdU nicht nur eine Schwächung der Volkspartei, sondern im gleichen Maße auch der SPÖ bewirkt hatte. Überdies war das sensationell gute Abschneiden des VdU bei den Arbeiterkammerwahlen im Jahre 1949 für die Sozialisten bedrohlich. Der VdU erzielte dabei 117 Mandate und wurde bei den Angestellten sogar zur zweitstärksten Fraktion! Eine harte Reaktion der Sozialisten riefen auch die VdU-Erfolge bei den Betriebsratswahlen, bei denen der VdU gepunktet hatte, wiederholt werden mussten. Durch innerbetrieblichen Terror brachten die Sozialisten es letztlich dazu, dass viele Positionen

des VdU wieder verloren gingen. Dazu gesellte sich noch ein menschliches Problem: viele der VdU-Aktivistinnen waren gerade wieder in ihre alten bürgerlichen Positionen zurückgekehrt. Sie, vor allem ihre Familien, fürchteten, diese wieder auf Spiel zu setzen. Dies führte in der Folge dazu, dass sehr viele VdU-Anhänger in den Großbetrieben zur SPÖ übertraten.

“ Burghard Breitner erzielte als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten über 660.000 Stimmen. ”

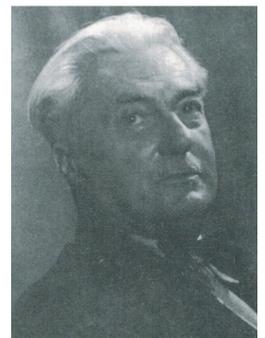
Das bereits erwähnte „Soziale Manifest“ des VdU beinhaltete vor allem die Idee der Partnerschaft von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, also die innerbetriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer und die Partizipation an Umsatz und Gewinn des Unternehmens. Der oberösterreichische Industrielle Karl Leitl verwirklichte dieses Konzept in seinem Unternehmen. Die Leitl-Werke befinden sich bis heute zu einem Drittel in Arbeiter- und Angestelltenbesitz. Das Prinzip gilt als vorbildlich und dient ausländischen Delegationen häufig als Studienobjekt. Im Ansatz enthält das „Soziale Manifest des VdU“ auch das richtig verstandene Prinzip der Sozialpartnerschaft von unten, das heute leider in seiner pervertierten Form als staatlich verordnetes Zwangssystem von oben praktiziert wird.

Einen letzten großen Erfolg konnte der VdU im Jahre 1951 verbuchen, als er bereits seine ersten internen Schwierigkeiten zu bewältigen hatte: Bei der Bundespräsidentenwahl stellte er den Innsbrucker Univ.-Prof. Burghard Breitner auf. Breitner hatte sich als Chirurg im Ersten und Zweiten Weltkrieg einen guten Namen gemacht, worauf auch sein Beinamen „Engel von Sibirien“ zurückgeht. Er galt als wissenschaftliche Koryphäe und hatte sich auch in vielerlei künstlerischer und kultureller Hinsicht profiliert. Obwohl Burghard Breitner selbst keine einzige öffentliche Wahlversammlung bestritt (lediglich einmal sprach er fünf Minuten im Radio), erzielte er über 660.000 Stimmen, die absolute Mehrheit in den Städten Salzburg und Innsbruck sowie eine relative Mehrheit im Land Salzburg.

Burghard Breitner, genannt „Der Engel von Sibirien“

Streit und neue Bündnisse

In den folgenden Jahren stießen eine Reihe neuer Persönlichkeiten zum VdU. Eine Gruppe um Graf Strachwitz, der u. a. die Kriegsheimkehrer ansprach, konstituierte sich vorerst als „Junge Front“ innerhalb der ÖVP, die ihr jedoch keinen genügenden Spielraum einräumten. So trat Strachwitz aus der ÖVP aus und war bis 1953 wilder Abgeordneter im Parlament. Strachwitz, Dr. Wilfried Gredler und einige andere Parteungebundene riefen nunmehr die „Aktion zur politischen Erneuerung“ ins Leben und strebten ein Wahlbündnis mit dem VdU an. Oberst Max Stendebach wurde zum neuen Obmann gewählt, der das Wahlbündnis mit der Strachwitz-Gruppe abschloss. Die Wahl vom 22. Februar 1953 brachte für den VdU in Wien Gewinne, im Westen aber Stimmenverluste, sodass zwei NR-Mandate verloren gingen. Von der „Aktion der politischen Erneuerung“ zog Gredler ins Parlament



ein. In der Folge konnte die Vorstellung von einer Konzentrationsregierung unter Einbeziehung des VdU nicht verwirklicht werden. Raab ging es bei diesen Verhandlungen nur um ein taktisches Manöver zur Einschüchterung der SPÖ. Der Nationalrat wählte lediglich Karl Hartleb zum Dritten NR-Präsidenten.

Auch war der VdU um diese Zeit durch innere Streitigkeiten geschwächt. Das Problem des nationalliberalen Lagers war seit jeher gewesen, dass es über viele ausgeprägte Individualisten verfügte, die in ihren Meinungen ein weites Spektrum abdeckten, es aber an Parteidisziplin oft mangeln ließen. Das war intellektuell redlich, aber politisch oft verderblich. In Wien führte die Überbetonung der nationalen Gesichtspunkte durch den Abgeordneten Fritz Stüber zu schwierigen internen Auseinandersetzungen, die letztlich mit dem Ausschluss Stübers endeten, der seinerseits eine neue Partei, die „Freiheitliche Sammlung Österreichs“ (FSO) gründete. Auch in der Programmatik des VdU zeigte sich in diesen Tagen eine stärkere Betonung der nationalen Auffassungen. Bei der am 15.-16. Mai 1954 abgehaltenen Bundesverbandstagung in Bad Aussee beschloss der VdU ein neues Programm (das Ausseer-Programm), das klar in diese Richtung weist. Der oben erwähnte Bundesverbandstag beschloss außerdem Verbin-

dung mit Anton Reinthaller aufzunehmen. Anton Reinthaller war ein prominenter Nationalsozialist gewesen und bekleidete 1938 in dem kurzlebigen Kabinett von Seyß-Inquart den Posten eines Landwirtschaftsministers. Nach dem Krieg war er sieben Jahre lang in Haft, wurde später aber wegen seiner persönlich einwandfreien Haltung amnestiert. Manche mit dem VdU Unzufriedene scharten sich jetzt um ihn.

Eine große Zäsur in der Geschichte des VdU stellte der 17. Oktober 1954 dar, der als schwarzer Oktober in die Parteigeschichte einging. An diesem Tag wurden in Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg Landtagswahlen geschlagen, die alle mit erheblichen Verlusten des VdU endeten. In Wien flog der VdU sogar aus dem Gemeinderat bzw. Landtag. Auch die Arbeiterkammerwahlen, die 1949 noch so hervorragend für den VdU ausgefallen waren, brachten 1954 eine Katastrophe. Der Mandatsstand sank von 117 auf 19. Während man mit Reinthaller und seinem Kreis verhandelte, hatte dieser am 19. März 1955 die Freipartei gegründet. Eingedenk der großen Verluste von 1954 wollte man von Seiten des VdU ein getrenntes Antreten bei den oberösterreichischen Landtagswahlen am 23. Oktober 1955 verhindern. Durch Verhandlungen kam eine Wahlgemeinschaft zwischen VdU und Freipartei zustande, der sich auch andere national-freiheitliche Verbindungen und Vorfeldorganisationen anschlossen. Die Wahlen endeten dennoch enttäuschend: Von 10 Mandaten blieben nur vier übrig, die zwei Sitze in der Landesregierung gingen verloren.

Männer u. Frauen Oberösterreichs!

Aus der zwingenden Notwendigkeit, den Totalitätsansprüchen der Koalitionsparteien ein stilles Gegengewicht zu schaffen, haben sich die freiheitlich-nationalen Kräfte Oberösterreichs zu einer Wahlgemeinschaft zusammengeschlossen.

Diese wird bei den kommenden Herbstwahlen durch eine gemeinsame Liste aller zwischen Schwarz und Rot stehenden Wähler die weitere Vertiefung in den gesetgebenen Körperschaften und Gemeindevorständen sichern.

Überschuldigt von allen national-freiheitlichen Verbänden und parteilosen Persönlichkeiten, wird der VdU zusammen mit der Freipartei unter der Leitungsbeziehung

**Freiheitliche
Wahlgemeinschaft
VdU • FP • Parteilose**

einig und entschlossen im Wahlkampf auftreten.

Diese Wahlgemeinschaft ist der Ausgangspunkt für eine neue politische Kraftgruppierung, die in klarer Zielsetzung ihrer Bestrebungen ein starkes und einig-sammelndes der national-freiheitlichen Wählerschaft darstellt, damit der soziale Gedanke eine echten Volksgemeinschaft endlich vertrittlich wird.

Max Staudbach Bundesobmann des VdU
Anton Reinthaller Bundesobmann der Freipartei
Friedrich Peter Landesobmann der Freipartei
Dr. Oskar Weizl für die national-freiheitlichen Verbände
Georg Grünbart Landesobmann des VdU

**Höre uns, bevor Du Deine Stimme abgibst!
AUCH DICH GEHT ES AN!**

XI

**ERST STAATSTRAGEND,
DANN STAATSFEINDLICH**

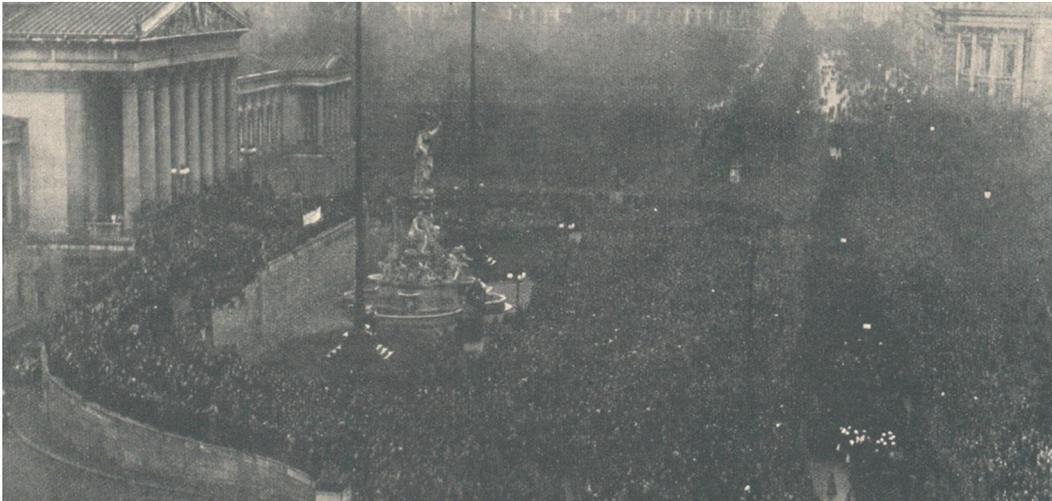
1918-1938

Das nationalliberale Lager in der Ersten Republik

Der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zerfiel nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg. Die Völker des Habsburgerreiches, die Polen, die Italiener, die Südslawen, die Rumänen schlossen sich ihren Nationalstaaten jenseits der Grenzen an; auch für die Deutschösterreicher war das nichts anderes als die logische Konsequenz aus dem Zerfall der Monarchie. Alle deutschen Abgeordneten des alten Reichsrates versammelten sich und gründeten am 30. Oktober 1918 den Staat „Deutschösterreich“. Als sich herausstellte, dass die übrigen Völker der Monarchie an einer Aufrechterhaltung der bisherigen Gemeinsamkeit auch in anderen Formen nicht mehr interessiert waren, erklärte diese provisorische Nationalversammlung am 12. November den Anschluss an das Deutsche Reich; zugleich wurde als Staatsform die Republik ausgerufen. Da aus den letzten Reichsratswahlen der Monarchie der „Nationalverband der deutschfreihheitlichen Abgeordneten“ als stärkste Gruppierung hervorgegangen war, war es auch der nationalliberale Bürgermeister von Linz, Franz Dinghofer, der diese Beschlüsse von der Rampe des Parlaments aus verkündete.

Der von einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gewünschte und von allen drei großen politischen Lagern getragene „Anschluss“ wurde von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges

**12. November
1918:** Ausrufung
der Republik
Deutschösterreich
vor dem
Parlament an
der Wiener
Ringstraße



allerdings verboten. Selbst den Namen „Deutschösterreich“ zu führen, wurde dem neuen Staat untersagt. Darüber hinaus wurde das vom US-Präsidenten Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker noch mehrfach missachtet: Südtirol kam unter italienische, das Sudetenland unter tschechische Herrschaft. Es war daher nur allzu verständlich, dass das Diktat der Sieger nicht als Basis einer gerechten Nachkriegsordnung akzeptiert wurde und allenthalben Rufe nach einer Revision der Friedensverträge laut wurden. Die Tragik der Zwischenkriegszeit bestand darin, dass die Sieger diesen von demokratischen Regierungen vorgestellten friedlichen Bestrebungen ihren sturen Widerstand entgegensetzten; damit schufen sie die Voraussetzungen für eine gewaltsame Revision unter den Vorzeichen einer totalitären Diktatur, wie sie dann unter Hitler zustande kam.

Zwei national-freiheitliche Parteien

Die Hochburgen des nationalliberalen Lagers in der Monarchie waren im Sudetenland gelegen (dort fanden beim Zusammentritt des österreichischen Parlaments 1919 auch große Demonstrationen statt; das tschechische Militär feuerte in die Menge). Ohne die Sudetengebiete waren die Nationalliberalen in der „1. Republik“ daher nunmehr „dritte Kraft“ Kraft, mit rund 15–20 % der Stimmen. Organisiert waren sie nunmehr in zwei Parteien: der bürgerlichen „Großdeutschen Volkspartei“ und dem bäuerlichen „Landbund“, der in Kärnten mit Lemisch, Schumy und Kernmaier fast durchwegs den Landeshauptmann stellte. Der Umsturz 1918 hatte eine schlagartige Machterweiterung der Sozialdemokraten mit sich gebracht. Auch eine Reihe von Sozialgesetzen wurde damals verabschiedet,

bei denen es sich zwar großteils um berechtigte Anliegen handelte, zu einem Zeitpunkt allerdings, zu dem die Wirtschaft am allerwichtigsten in der Lage war, derlei zusätzliche Belastungen zu ertragen. Die Sozialdemokraten zogen sich aber bald, im Herbst 1920, aus der ursprünglichen Konzentrationsregierung zurück. Auch eine kleine Koalition mit dem Großdeutschen wurde von ihnen nicht in Betracht gezogen (Kreisky soll 1983 im kleinen Kreise erklärt haben, er erblicke in der damaligen Kleinen Koalition eine Wiedergutmachung dieses historischen Fehlers).

Von 1920 bis 1932 wurde die 1. Republik von einer „schwarz-blauen“ Koalition regiert. Die Demokratie blieb erhalten, solange auch dieser Bürgerstock zusammenhielt. Es war vor allem Dinghofer, der erkannte, dass sich die Großdeutsche Volkspartei in dieser schwierigen Situation der Regierungsverantwortung nicht entziehen durfte, obwohl die Bekämpfung der galoppierenden Inflation der Nachkriegszeit schmerzhaft und unpopuläre Maßnahmen erforderte: die Verwaltung musste reformiert, Beamte abgebaut, Subventionen gestrichen werden. Neben dem christlichsozialen Koalition Prälaten Seipel war es vor allem der Wiener

Die Regierungsmitglieder des Nationalliberalen Lagers in der Ersten Republik

Kanzler:

Johannes Schober
Schober 1921/22
Schober 1922
Schober 1929/30

Vizekanzler:

Felix Frank (großdeutsch) 1922-24
Leopold Waber (großdeutsch) 1924-26
Franz Dinghofer (großdeutsch) 1926/27
Karl Hartleb (Landbund) 1927-29
Vinzenz Schumy (Landbund) 1929
Johannes Schober 1930/31
Franz Winkler (Landbund) 1932/33

Justizminister:

Julius Roller (deutschnational, großdeutsch) 1918/19, 1920
Leopold Waber (großdeutsch) 1922/23, 1924-26
Felix Frank (großdeutsch) 1923/24
Franz Dinghofer (großdeutsch) 1926-28
Franz Slama (großdeutsch) 1928-30
Hans Schürff (großdeutsch) 1930-32
Johannes Schober 1931

Handelsminister:

212 Karl Urban (deutschnational) 1918/19

Hans Angerer (großdeutsch) 1921
Emil Kraft (großdeutsch) 1922/23
Hans Schürff (großdeutsch) 1923-29
Michael Hainisch 1929/30

Außenminister:

Johannes Schober 1921/22, 1929-32

Innenminister:

Leopold Waber (großdeutsch) 1921/22
Felix Frank (großdeutsch) 1922/23
Vinzenz Schumy (Landbund) 1929/30, 1933
Franz Winkler (Landbund) 1930-32
Franz Bachinger (Landbund) 1932/33

Staatssekretär im Unterrichtsministerium:

Rafael Pacher (deutschnational) 1918/19
Johannes Schober 1929

Staatssekretär im Finanzministerium:

Otto Steinwender (deutschnational) 1918/19

Kriegsminister:

Josef Mayer (Deutsche Agrarpartei) 1918/19

Staatssekretär für Sicherheit:

Franz Bachinger (Landbund) 1932

Staatssekretär für Soziales:

Robert Kerber (Landbund) 1933
Staatssekretär für Landwirtschaft:
Franz Bachinger (Landbund) 1933

Polizeipräsident Johannes Schober, der dreimal an der Spitze einer Regierung stand. Unter seiner Leitung kam 1929 auch noch eine einvernehmliche Novellierung der Bundesverfassung zustande, die bis heute Bestand hat. Schober war parteiunabhängig, stand aber den Nationalliberalen nahe und stellte sich bei den Wahlen des Jahres 1930 an die Spitze des „Nationalen Wirtschaftsblocks“ – das einzige Mal, dass Großdeutsche und Landbund gemeinsam kandidierten. Daneben stellten die Großdeutschen meist den Justiz- und den Handelsminister, der Landbund den Innenminister, einer von beiden den Vizekanzler. Auch der erste Bundespräsident, Michael Hainisch, ein Nationalökonom und Agrarfachmann, der am Semmering einen Mauerbetrieb aufgebaut hatte, stand wie Schober den Großdeutschen nahe.



Franz Dinghofer

Marianne Hainisch, die Mutter des Bundespräsidenten, war übrigens eine der Begründerinnen der österreichischen Frauenbewegung. Dem großdeutschen Abgeordnetenklub gehörte trotz seiner geringen Zahl immer auch eine Frau an; Maria Schneider, die 1930 mit 32 Jahren gewählt wurde, war bis vor wenigen Jahren sogar die jüngste Abgeordnete, die je ins Parlament entsandt worden ist.

Die linksradikalen Umsturzversuche in den Nachbarländern (Ungarn, Bayern) und die Kämpfe um die Grenzen der Republik (wie der Kärntner Abwehrkampf 1919, aber auch die Auseinandersetzungen um das Burgenland und in der Südsteiermark) hatten zu einer starken Militarisierung der Gesellschaft geführt. Auf der bürgerlichen Seite entstanden die Heimwehren, auf der sozialdemokratischen Seite der „Republikanische Schutzbund“, paramilitärische Verbände, die sich auf einen Bürgerkrieg vorbereiteten. Die Auswirkungen der großen Weltwirtschaftskrise ab 1929, die Konkurse und die hohe Arbeitslosigkeit, führten auf allen Seiten zu einer Radikalisierung. Die Heimwehren verloren ihren defensiven Charakter und kandidierten als eigene Partei, die offen die Diktatur forderte, nach dem Vorbild des faschistischen Italiens unter Mussolini. 1932 brachen die Christlichsozialen die Koalition mit den Großdeutschen und verbündeten sich mit der Heimwehr, die bald darauf auch den Landbund aus der Regierung verdrängte.

Der Weg in den Abgrund

In dieser Situation kam es am 4. März 1933 zur sogenannten „Selbstausschaltung“ des Parlaments. Die Regierung Dollfuß hatte nach dem Ausscheiden der Großdeutschen im Nationalrat nur mehr eine hauchdünne Mehrheit; im Zuge einer brisanten Abstimmung, bei der es um eine einzige Stimme Mehrheit ging, legten daher alle drei Präsidenten des Nationalrates ihr Amt nieder, um mit ihrer

“
Franz Dinghofer stand als Präsident der provisorischen Nationalversammlung an der Wiege der Ersten Republik.
”



Der national-liberale Johannes Schober war vier Mal Kanzler der Ersten Republik

Der national-liberale Bundespräsident Michael Hainisch



Fraktion stimmen zu können. Die Sitzung konnte daraufhin nicht mehr ordnungsgemäß geschlossen werden. Die Regierung, die Angst vor Neuwahlen hatte, nutzte diese Geschäftsordnungsfrage allerdings schamlos aus, um den Parlamentarismus in Österreich überhaupt auszuschalten. Als der 3. Nationalratspräsident, der großdeutsche Abgeordnete Sepp Straffner, den Nationalrat wieder einberufen wollte, ließ Dollfuß den Versuch mit Polizeigewalt verhindern. Auch der Verfassungsgerichtshof wurde lahmgelegt. Das Experiment der Diktatur hatte begonnen. Noch ein Jahr später, am 30. April 1934, als Dollfuß die Verfassung seines autoritären Ständestaates¹⁾ von den christlichsozialen Abgeordneten absegnen ließ, erschienen die zwei großdeutschen Abgeordneten Poppra (übrigens der Taufpate Jörg Haider) und Hampel im Parlament, um feierlich Protest einzulegen.

Dollfuß betrachtete das faschistische Italien als Vorbild und Protoktor (sein Regime wird daher auch oft als „Austrofaschismus“

bezeichnet; von anderen auch, vielleicht zutreffender, als „Möchtegernfaschismus“). Alle Parteien wurden aufgelöst; die „Vaterländische Front“ als Einheitspartei errichtet. Die Diktatur entzog den gemäßigten Kräften aller Lager den Boden. Auf der Linken unternahm der Republikanische Schutzbund am 12. Februar 1934 einen aussichtslosen Aufstandsversuch. Auf der anderen Seite rissen die Nationalsozialisten, die auf Grund der katastrophalen wirtschaftlichen Lage schon vorher bei Landtags- und Gemeinderatswahlen große Erfolge erzielt hatten, nach dem Ausscheiden der alten parlamentarischen Eliten die alleinige Führung der „nationalen Opposition“ an sich. Doch auch bei ehemaligen Christlichsozialen oder Sozialdemokraten erzielten die Nationalsozialisten große Einbrüche

(der Innsbrucker Politologe Anton Pelinka hat die NSDAP deshalb auch als die „erste Allerpartei“ in der Geschichte Österreichs bezeichnet). Die Erfolge Hitlers ober der Grenze beeindruckten viele, hier rüchte es sich, dass die Westmächte den Besiegten nicht gewährt hatten, was sie Hitler nun zugestehen mussten, und ihm so seinen Nimbus verschafften.

Der Anschluss 1938, das Ende der kleinteiligen Diktatur des erfolglosen Ständestaates, wurde von den meisten ehemaligen Anhängern der Nationalliberalen wohl mit großen Erwartungen begrüßt. Von der verbrecherischen Seite des NS-Regimes waren jedoch bald auch viele von ihnen betroffen: So starben die großdeutschen Abgeordneten Prodingner und Mittermann in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches; andere – wie Dinghofer – wurden zwangspensioniert. Alle Vereine wurden gleichgeschaltet, die Studentenverbindungen aufgelöst. Die Vertreibung bzw. Ermordung der Juden erfasste tausende Familien, die sich stets als gute Deutsche und Österreicher ge-

fühlt hatten. Die Verbrechen des Nationalsozialismus bedeuteten noch lange eine schwere Hypothek für das gesamte nationalliberale Lager in Österreich. Die maßlose Außenpolitik Hitlers schließlich führte mittelbar zum Untergang und zur Vertreibung der altösterreichischen Volksdeutschen im Sudetenland und in Jugoslawien – auch das Verbrechen, über die man Jahrzehnte danach offen und im Geiste der Versöhnung reden kann und muss.

Nationalratswahlergebnisse von 1930

Sozialdemokraten	72 Mandate
Christlichsoziale	66 Mandate
Schoberblock*	19 Mandate
Heimatblock (Heimwehren)	8 Mandate

*) Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund

Mandatsverhältnis am 4. März 1933

Regierung Dollfuß 1 bestand aus Christlichsozialen (66 Mandate), dem Heimatblock (8 Mandate) und dem Landbund für Österreich (9 Mandate) und verfügte über insgesamt 83 Mandate. Dagegen standen die 82 Mandate der Opposition, d.h. die 72 Mandate der Sozialdemokraten und die 10 Mandate der Großdeutschen Volkspartei.

XII
**FÜR BÜRGERFREIHEIT UND
PARLAMENTARISMUS**

1866-1918

Das nationalliberale Lager in der Monarchie

Das Parlament der Monarchie, der Reichsrat, bestand aus zwei Kammern: das Abgeordnetenhaus wurde zuerst von den Landtagen gewählt, die Mitglieder des Herrenhauses wurden vom Kaiser ernannt. Im Abgeordnetenhaus saßen Vertreter von acht Nationen; doch waren die deutschen Liberalen, die Partei Schmerlings, die bestimmende Kraft, vor allem in den Jahren nach 1867. Nach Schmerling führte Prinz Auersperg bis 1879 die Regierung (auch im Adel gab es eine liberale Partei, die „Verfassungstreuen“).

Der schärfste Gegner der Liberalen in diesen Jahren waren die Klerikalen - eine Auseinandersetzung, die als der sogenannte „Kulturkampf“ in die Geschichte eingegangen ist. Die Liberalen respektierten die religiöse Überzeugung, aber sie bekämpften die Privilegien der katholischen Kirche und traten für Toleranz in Glaubensfragen ein (erst seit der liberalen Ära genossen Protestanten völlige Gleichberechtigung). Die Schulen waren bisher unter der Aufsicht der Geistlichen gestanden; Lehrer konnten gemaßregelt werden, wenn ihre Ansichten missfielen. Das Reichsvolksschulgesetz sicherte nunmehr nicht bloß die tatsächliche Durchführung der allgemeinen Schulpflicht, sondern beschränkte den Einfluss des Klerus auf den Religionsunterricht - eine Einschränkung, die die Kirche lange Zeit nicht hinzunehmen gewillt war.

Liberalismus und Gründerzeit

Politische und wirtschaftliche Freiheit bedingen einander: Die ersten Jahre des Liberalismus gingen mit einer wirtschaftlichen Blütezeit einher, der „Gründerzeit“. Die Bauten der Wiener Ringstraßen legen davon heute noch Zeugnis ab. Der Staat wurde auf seine eigentlichen Aufgaben reduziert. Es folgte eine große Welle der Privatisierung der „Verstaatlichten“, der bisher „äranischen Werke“, und ein enormer Produktivitätsanstieg. So gelang es den Liberalen schließlich auch, durch konsequente Einsparungen das enorme Defizit im Staatshaushalt zum Verschwinden zu bringen und endlich die Stabilität der Währung zu garantieren.

Gerade das rasche Wachstum seit der Mitte des 19. Jahrhunderts brachte allerdings auch einen Strukturwandel mit sich, der große Anpassungsschwierigkeiten nach sich zog, besonders nach dem Konjunkturtief, das sich nach dem Börsenkrach von 1873, im Jahr der Wiener Weltausstellung, ausbreitete. Diese unvermeidlichen Probleme beim Übergang zu einer Industriegesellschaft können zwar in einer freien Wirtschaft am raschesten überwunden werden, wurden aber dennoch dem Liberalismus zur Last gelegt. Zu dieser öffentlichen Kritik trugen auch einige berühmte Korruptionsfälle bei - besonders bei Eisenbahnbauten wurde Politik und Geschäft immer noch nicht sauberlich getrennt; manche Lobbies versuchten

Mitbürger!

Ein Kampf beginnt wie wir ihn noch nie gekämpft, ein Kampf um Freiheit, Fortschritt, Deutschthum und Verfassung.

Mitbürger!

Vergesst auf alle die kleinen Unterschiede und persönlichen Rücksichten, steht fest und eifern zusammen, seid einig, vor Allem einig. Was die große Kaiserin Maria Theresia und der unvergessliche Kaiser Josef, die doch auch Österreicher waren, vor hundert Jahren geschaffen und späteren Geschlechtern zur Fortbildung hinterlassen, das soll nun beseitigt und zerstört werden.

Das Reich soll sich in Reichthe zerfallen, die einheitsliche Verfassung soll zerfallen werden, unsere schwer errungenen, mit großen Opfern erhaltene Verfassung, unser gutes vertriebes Recht soll nun das Mittel werden, durch welches Reactionäre und Ultramontane zur Herrschaft gelangen.

Wie könnt ihr denn, ohne unsere Männer wieder zu befragen, die im Krieg und Frieden Wort und Blut für's Vaterland vergossen und dem Staat unterstellt an den Reich und Vaterland gekämpft haben, wie könnt ihr denn so leicht Millionen deutscher Stammesbrüder scheidlicher, losreißer und wer weiß welcher Vergrüßelung zu überliefern.

Das heißt hier und überall nicht, sich zu trennen.

Das Wohlwollen der Väterlandschaften der Deutschen in Reichthum, an der wir unüberbrücklich festhalten, muß und befehlen, niemals dürfen wir unsere Zustimmung geben zu einer Verfassung (Übertragung der Verfassung auf Völkern unserer Staatsrechtlichen und nationalen Stellung, nur unter einer solchen Übertragung mit allen geistlichen Mitteln unterbreiten.

Unbeschämter um Hassische und andere Interessen müßten wir an unsere Nationalität festhalten, um jedes Preis.

Die Staatsgrundgesetze bieten allen Nationalitäten gleichen Schutz.

Wie werden aber die Herren werden die die Österreich über die Deutschen in Österreich?

Was können wir, die Herren werden die die Österreich über die Deutschen in Österreich?

Das zu dürfen aber, wir Deutsche unter keiner Verdringung mitwirken.

Wer von und diesem sogenannten Ausgleich zusimmt, laßt unerbittliche Verantwortung auf sich, gibt seinen Namen unerschütterlicher Schmach preis.

Mitbürger!

Denkt daran bei den Wahlen alle Thatsache, die höchste Wichtigkeit an. Seid einig! Seid unermüdet, überlebt freies und noch so kleine Ort, laßt die volle Vaterlandsliebe über den Wahlen der Wahlmänner. Widmet vollständig und geschloßen auf dem Wahlplatze und gebt nur solchen Männern eure Stimmen, die für unsere Nationalität einstehen in Wort und That.

Bürger in Stadt und Land!

Ihr Euch steht nicht weniger auf dem Spiele als sämmtlicher in den letzten Jahrzehnten schwer errungenen Rechte und Freiheiten. Ihr Euch handelt es sich darum ob Fremde und Ultramontane wieder die Herren in Amt und Schule werden sollen. Man schämt sich nicht zurückzutreten zu stehen in Euer Land, Euer Familie und mit Euch ihr mühet gegen Euer eigenes Volk, Euer eigenes Reich und Blut.

Grossgrund-Besitzer!

In diesem schweren Kampfe erwarten wir Euch an unserer Seite zu haben. Nur dort hat der Grossgrundbesitzer seine Stellung in Staat und Gesellschaft behauptet, nur er vertheidigt und erzieht den Staat für die Rechte des Volkes.

Auch an Euch Ihr Priester richten wir das Wort!

Wenn der Druck Eurer Oberen Euch hindert für uns einzutreten, so bleibt zum mindesten dem Kampfe fern, übt aber nicht Verrath an eigenen Volk.

Mitbürger!

Seid einig, seid rüthig und unermüdet im Kampfe für Freiheit und Fortschritt, für Verfassung und unsere deutsche Nationalität.

St. Pölten den 15. August 1871.

Der erste nied.-österreich. Parteitag.

Copyright and Verlag: Die Wiener Verlagsanstalt für Republik a. S. Pöhl - Erst von Österreich in Republik a. S. Pöhl - 2008.



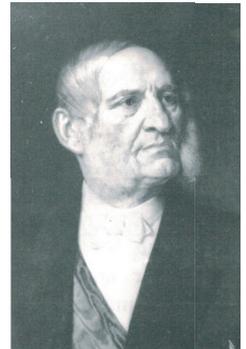
Die führenden Persönlichkeiten der nationalliberalen Gruppierungen im Reichsrat

sich durch politischen Einfluss weiterhin wirtschaftliche Privilegien zu verschaffen (so behinderte z. B. das Eisenkartell durch seine überhöhten Preise die weiterverarbeitende Exportindustrie, die über politischen Einfluss verfügte). Nur der freie, uneingeschränkte Wettbewerb vermag den Konsumenten vor einer derartigen Ausbeutung durch politisch einflussreiche Produzenten zu schützen, doch begann nach der Verdrängung der Deutschliberalen von der Regierung 1879 nun ganz im Gegenteil die Abwendung von den Prinzipien der Marktwirtschaft: Der Ruf nach staatlicher Hilfe und Intervention wurde laut; die liberale Gewerbeordnung wurde Schritt für Schritt verschlechtert; die bürokratische Reglementierung der Wirtschaft befand sich wieder im Vormarsch.

Man hat dem „Manchesterliberalismus“ oft vorgeworfen, er hänge der Utopie nach, ganz ohne staatliche Eingriffe auskommen zu wollen. Das trifft nicht zu: Die Liberalen haben durchaus Gemeinschaftsaufgaben in Angriff genommen, die sonst nicht erfüllt werden konnten. So baute die liberale Stadtverwaltung in Wien unter Bürgermeister Cajetan Felder die 1. Hochquellenwasserleitung, und der Abg. Schöffel,

der „Retter des Wienerwaldes“, setzte das Bauverbot durch, eine umweltpolitische Maßnahme ersten Ranges, der Wien unendlich viel verdankt. Die Liberalen haben allerdings auch klar die Gefahr erkannt, dass der Staat bei einer ständigen Ausdehnung seiner Tätigkeit zum Selbstbedienungsladen für einflussreiche Gruppen wird, die sich auf Kosten ihrer Mitbürger, der Steuerzahler, Privilegien zu verschaffen wissen.

Das Bevölkerungswachstum im 19. Jahrhundert war größer als je zuvor. Hatte das Bevölkerungswachstum in früheren Jahrhunderten ein gewisses Maß überschritten, so war es zu Hungerkatastrophen gekommen, wie wir sie heute noch in Teilen der Dritten Welt erleben. Nur der Produktivitätsanstieg, den man unter dem Begriff „Industrielle Revolution“ zusammenfasst, machte es möglich, diese ständig wachsende Zahl von Menschen auch zu ernähren und ihr Beschäftigung zu verschaffen. Die industrielle Revolution konzentrierte aber auch die ärmsten Klassen der Bevölkerung, die früher auf dem Land als Tagelöhner arbeiteten - ein armes Proletariat, die sogenannte „soziale Frage“ entstand. Die Liberalen wollten die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe erziehen. Vermehrte Bildung sollte ihnen die Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Lage geben, nur in einer florierenden Wirtschaft konnte das gelingen. Sie traten für die „Koalitionsfreiheit“ der Arbeiter, das Recht auf Gründung von Gewerkschaften, ein und unterstützten auch die Schaffung von Versicherungen. Sie legten jedoch Wert auf die Freiwilligkeit von Genossenschaften und allen anderen Organisationen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter. Zwangskollektive lehnten sie ebenso ab wie das marxistische Dogma und die Vorstellung einer sozialistischen Revolution, die die bürgerliche Gesellschaft hinwegfegen sollte. Das Wahrecht sollte schrittweise, nicht plötzlich erweitert werden. Noch in der Monarchie, seit 1907, ging der Reichsrat aus allgemeinen, demokratischen Wahlen hervor.



Anton Ritter von Schmerling war die prägende Persönlichkeit des Hochliberalismus



Cajetan Felder, der populäre liberale Bürgermeister von Wien



Der Bauernbefreier Hans Kudlich im Alter

Der Nationalitätenstreit

Zusätzlich zu den sozialen Problemen, mit denen ganz Europa zu kämpfen hatte, war es im Vielvölkerstaat der Habsburgermonarchie die nationale Frage, die das politische Klima prägte. Die Deutschösterreicher, oft als der „Kitt des Reiches“ bezeichnet, waren an eine führende Stellung gewöhnt, sahen sich aber nunmehr in die Defensive gedrängt. Die nationale Bewegung bei den nicht-deutschen Völkern, z.B. bei den Tschechen und Slowaken, richtete sich in erster Linie gegen sie. Das hatte als Reaktion einen verstärkten Nationalismus auch bei den Deutschen zur Folge. Es kam zu einer Eskalation des Nationalismus. Auch kleine Ursachen konnten hier oft große Wirkungen zeigen.

Es gab in der Habsburgermonarchie nur nationale Parteien. Selbst die Sozialdemokratie, die am Ideal der Internationale orientiert war, zerfiel vor dem 1. Weltkrieg in ihre nationalen Bestandteile. Auch die freiheitlichen Politiker, die auf die erste Generation der Liberalen folgten, betonten seit den 80er und 90er-Jahren des 19. Jahrhunderts das nationale Element mehr und bezeichneten sich in erster Linie als Deutschnationale. Sie bildeten jedoch keine einheitliche Partei, sondern waren in verschiedene Fraktionen (Deutsche Fortschrittspartei, Deutsche Volkspartei, Deutschradikale) gespalten.

Georg v. Schönerer war einer der Politiker, die ein großes Engagement in der sozialen Frage mit einem radikalen Nationalismus verban-

den: An seinem „Linzner Programm“ aus dem Jahre 1882 hatten auch noch Victor Adler und Engelbert Pernerstorfer, zwei der Gründer der österreichischen Sozialdemokratie, mitgearbeitet. Später ging Schönerer schließlich dann sogar so weit, die Auflösung der Monarchie und den Anschluss an das Deutsche Reich Bismarcks herbeizuwünschen (Schönerer war ein kritikloser Bewunderer Bismarcks, der seine Bestrebungen aber keineswegs unterstützte). Die überwältigende Mehrzahl der Nationalliberalen folgte ihm dabei jedoch nicht. Für sie war es selbstverständlich, dass man Deutscher und Österreicher zugleich sein konnte, dass Volk und Vaterland gleichermaßen identitätsstiftend waren – genauso wie das auch für alle anderen Völker der Monarchie galt. Von den 111 freiheitlichen Abgeordneten im letzten Reichsrat der Monarchie waren nur vier Anhänger Schönerers.

In den Nationalitätenstreit wurden unglücklicherweise auch die Juden hineingezogen. Innerhalb der Monarchie gab es eine große Zuwanderung von Juden nach Wien. Die Abwehrreaktionen – wie sie bei jeder Einwanderungswelle zu beobachten sind – verfestigten sich jedoch zu einem Antisemitismus, der vom Prinzip der Muttersprache als Kriterium für die Nationszugehörigkeit abging. Auch die Juden, die sich der deutschen Kultur verbunden fühlten, sollten laut Schönerer nicht mehr als Deutsche, sondern als fremdnationale Gruppe betrachtet werden. Die Meinungen darüber innerhalb des nationalliberalen Lagers waren geteilt; der Gedanke, dass Abstammung – und nicht Sprache – die nationale Identität ausmachten, fand jedoch viele Anhänger, wie man selbstkritisch zugestehen muss. Der Rassenantisemitismus und die von ihm verursachten Verbrechen sind auch ein unzulänglicher Teil der Geschichte des Dritten Lagers. ♦

Reichsratswahlen 1911

Ergebnis für den Deutschösterreichischen Teil

Deutscher Nationalverband	99 Mandate
Christlichsoziale	74 Mandate
Sozialdemokraten	44 Mandate
Parteiungebundene	14 Mandate

XIII
WIE ALLES BEGANN ...

1848-1866

Die bürgerliche Revolution und ihre Folgen

„Freiheit gilt uns als höchster Wert“ heißt es in den diversen Programmen der FPÖ. Diese Freiheit – der Menschen und der Völker – war über einen Großteil der Geschichte nicht gegeben.

Die feudale, ständische Gesellschaft, die bis ins achtzehnte Jahrhundert in Europa bestimmd blieb, kannte die Vorstellung der individuellen Freiheit ebenso wenig wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Der Mensch war in seinen Stand hineingeboren und hatte der gottgewollten Obrigkeit zu dienen; die Masse der leibeigenen Bauern dem privilegierten Adel; dieser dem absoluten Herrscher, der sich nur Gott verantwortlich fühlte. Länder wurden zwischen verschiedenen Dynastien hin- und hergeschoben, ohne Rücksicht auf ihre ethnische Zusammensetzung oder den Willen der Bewohner.

Josephinismus und Freiheitsbewegung

Die freiheitliche, nationalliberale Bewegung im deutschen Mitteleuropa geht auf den Kampf gegen diese ständischen Schranken zurück. Im Kampf gegen die Privilegien des Adels fand das aufstrebende Bürgertum dabei eine Zeitlang sogar einen Verbündeten in der Monarchie. Im „aufgeklärten Absolutismus“, in Preußen unter Friedrich dem Großen, in Österreich unter Joseph II., wurde der Monarch zum Träger von Reformen – um die Wirtschaft seines Landes zu fördern, aber auch um den Adel völlig in seine Abhängigkeit

Der Josephinismus gehört zu den freiheitlichen Traditionen



zu bringen. Eine Reihe liberaler Vorstellungen wurde damals von der kaiserlichen Bürokratie durchgesetzt. So gewährte das Toleranzpatent von 1781 erstmals Religionsfreiheit in Österreich. Auch das „Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch“ (ABGB) von 1811 trug den Grundsätzen der individuellen Vertragsfreiheit bereits ziemlich weitgehend Rechnung. Die Tradition der „josephinischen Beamten“, die in Österreich lange weiterwirkte, geht darauf zurück. Erzherzog Johann, ein Neffe Josephs II., versuchte, diesen Strömungen auch weiterhin im Kaiserhaus Geltung zu verschaffen.

Das Wartburgfest 1817: Die Urburschenschaft prägte das nationale Lager in der Folge auch in Österreich

Der aufgeklärte Absolutismus war eine zwispaltige Erscheinung. Er hat mit seinen zweigerechten Reformen eine Revolution, wie sie 1789 in Frankreich ausbrach, in Mitteleuropa verhindert. Sein Ziel war dabei aber stets eine Stärkung der monarchischen Gewalt und des Staatsapparates gewesen: eine Entartung zur „Wohlfahrtpolitik“ mit totalitären Tendenzen zur kompletten Kontrolle aller Untertanen war darin bereits enthalten. „Alles für das Volk, doch nichts durch das Volk“, war die Devise des aufgeklärten Absolutismus. Der Staat stützte sich auf das Bürgertum, nicht mehr bloß auf den Adel, aber er gewährte ihm keine Mitsprache. Die Bürokratie versuchte, das gesamte Leben der Untertanen zu kontrollieren und zu reglementieren, doch niemand kontrollierte die Bürokratie und ihren Umgang mit den Steuergeldern. Die Kardinalforderung der freiheitlichen Strömungen war daher die Forderung nach einer „Konstitution“, einer Verfassung, um die Grundrechte

“ Der Josephinismus, die österreichische Form des aufgeklärten Absolutismus, wirkte im freiheitlichen Lager lange nach. ”

der Bürger zu sichern und den Staat der Kontrolle durch eine Volksvertretung zu unterwerfen.

Außerdem hatten die Kriege gegen Napoleon, die eine Zeitlang zu französischer Besetzung und Fremdherrschaft geführt hatten, auch bei den Deutschen das Nationalgefühl erwachsen lassen. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, dem Österreich genauso angehörte wie Preußen und Bayern oder das Fürstbistum Salzburg und eine Vielzahl anderer kleinerer Fürstentümer und Reichsstädte, war unter dem Ansturm Napoleons 1806 zerbrochen. Das alte Reich hatte Mitteleuropa eine föderative Ordnung gegeben, die den Deutschen eine politische Heimat bot, aber auch Angehörige anderer Völker (z.B. Wal-lonen, Tschechen und Slowenen) umfasste. Über Jahrhunderte waren die Habsburger zu Kaisern dieses Reiches gewählt worden (für Goethe galt deshalb Wien fraglos als Hauptstadt Deutschlands!). In der Romantik hat man sich daher noch oft nach einem Wiederaufleben dieses alten Reiches gesehnt; an seine Stelle trat nach den Kriegen gegen Napoleon zunächst der Deutsche Bund, in dem Österreich weiterhin den Vorsitz führte.

“
Nationale und liberale
Bewegungen bildeten im
19. Jahrhundert eine Ein-
heit. Bürgerrechte und
Nationalstaat sollten
gemeinsam verwirklicht
werden.
”

Daneben gab es aber bereits das Konzept des einheitlichen Nationalstaats, das auf westeuropäische Vorbilder zurückging: wenn man den Gedanken der Volkssouveränität ernstnahm, war es logisch, Staaten nicht nach den Zufälligkeiten dynastischer Erbfolge zu bilden, sondern alle Menschen gleicher Muttersprache in einem Staat zusammenzufassen, wie das in Frankreich und Großbritannien bereits der Fall war. Der Freiheit des Bürgers von der Obrigkeit sollte auf höherer Ebene das Selbstbestimmungsrecht der Völker entsprechen. Nationale und liberale Bewegung bildeten so eine Einheit. Den Studenten kam dabei vielfach eine Pionierrolle zu: So gestaltete sich das Wartburgfest der Burschenschaften 1817 zu einer Kundgebung gegen die absolutistische Kleinstaatserei im Deutschen Bund und gegen die Politik des österreichischen Staatskanzlers Fürst Metternich, der alle freieitlichen Bestrebungen mit Polizeigewalt, mit Spitzeln und Zensur, unterdrücken ließ. Allerdings war das Konzept des einheitlichen Nationalstaats für deutsche Verhältnisse zu zentralistisch; es ließ regionalen und landsmannschaftlichen Besonderheiten nicht immer genügend Entfaltungsspielraum. Auch war es gerade im Osten schwierig, wenn nicht unmöglich, die Siedlungsgebiete von Deutschen, Tschechen und Polen, die verschachtelt und verzahnt waren, fein säuberlich voneinander abzugrenzen.

Das Sturmjahr

Im „Sturmjahr“ 1848, nach den Jahren der politischen Friedhofsruhe des sogenannten „Vormärz“, brach nach einer Demonstration vor dem Landhaus in der Herrngasse am 13. März auch in Wien die Revolution aus. Metternich wurde gestürzt; der Kaiser erließ eine Verfassung. Zum ersten Mal sollten alle unabhängigen Bürger eine Volksvertretung, einen Reichstag wählen, zugleich auch eine Nationalversammlung, das erste frei gewählte deutsche Parlament, das in Frankfurt in der Paulskirche zusammentrat und zu dem selbstverständlich auch die deutschen



Teile Österreichs ihre Vertreter entsandten. Erzherzog Johann wurde von dieser Nationalversammlung zum provisorischen Staatsoberhaupt gewählt; ein Österreicher, Schmerling, wurde deutscher Reichsministerpräsident. Die Österreicher versuchten, in Frankfurt eine föderalistische Ordnung Deutschlands durchzusetzen, die den Regionen ihre Eigenart beließ, keinen zentralistischen Einheitsstaat nach französischem Vorbild. Doch der Versuch scheiterte am Gegensatz zwischen Österreich und Preußen. Das Parlament wurde aufgelöst, nicht nur in Frankfurt, sondern auch in Wien, wo kaiserliche Truppen die Stadt belagerten und einnahmen.

**Reguläres
Militär schießt
in die Menge der
Demonstranten:
Die März-Revo-
lution von 1848**

Das absolutistische Regime hatte sich mit Hilfe der Armee noch einmal durchgesetzt. In Österreich folgte das Jahrzehnt des „Neo-Absolutismus“ (1849–59). Doch selbst der Neo-Absolutismus sah die Notwendigkeit von Reformen ein: Handelsminister Brauck verwirklichte die Gewerbefreiheit, senkte die Zölle und versuchte, Österreich an den Deutschen Zollverein anzunähern – zum ersten Mal wurde hier eine richtig verstandene Mitteleuropäische propagiert, ein Wirtschaftsraum von Hamburg bis Triest. Doch die Gegnerschaft des Neo-Absolutismus zu den liberalen und nationalen Bewegungen, z. B. auch der Ungarn und Italiener, verwickelte ihn in kostspielige und verlustreiche Kriege (Schlacht bei Solferino 1859). Der Staat stand vor dem Bankrott. Die Niederlagen nach außen führten zu Reformen im Inneren. In dieser Situation sah sich der Kaiser gezwungen, das Bürgertum, das mit seinen Steuern und Anleihen die Zeche zu zahlen hatte, schließlich doch zur Mitwirkung heranzuziehen. 1860/61 wurde endgültig eine Verfassung erlassen, später, 1867, noch einmal abgeändert. Leitender Minister aber wurde niemand anderer als der Deutschliberale Schmerling, der schon 1848 in Frankfurt eine solche Rolle gespielt hatte.

Die Folgen von Königgrätz

Man hoffte, dass Österreich jetzt, wo es über eine freiheitliche Verfassung verfügte, als Führungsmacht wiederum gerne in Deutschland anerkannt werde. Doch die Waffen entschieden 1866 anders: die preussischen Zündnadelgewehre fügten den Österreichern bei Königgrätz die entscheidende Niederlage zu, obwohl die Mehrzahl der Deutschen (z. B. Bayern, Hannoveraner und Sachsen) auf Seiten Österreichs stand. Preußen unter Bismarck verdrängte Österreich, dessen Herrscher jahrhundertlang die Kaiserkrone getragen hatten, aus Deutschland. Den „Anschluss“-Bestrebungen der Zwischenkriegszeit ging dieser „Auschluss“ aus Deutschland voraus. Unter der Führung Bismarcks entstand wenige Jahre später (1870/71) das „kleindeutsche“ Reich, das sich dann allerdings wiederum um die Freundschaft Österreichs bemühte.

In Österreich hatte die Niederlage abermals einen Umbau des Staates zur Folge: die Ungarn verlangten eine starke Mitsprache – die Habsburgermonarchie wurde nunmehr in zwei „Reichshälften“ geteilt: In der einen waren die Ungarn die stärkste nationale Gruppe, in der anderen die Deutschösterreicher. Diese sogenannte „Dezemberverfassung“ des Jahres 1867 blieb bis zum Ende der Monarchie in Kraft; Teile davon (z. B. der Grundrechtskatalog) bilden weiterhin einen Teil unserer heutigen Verfassung. ♦

Szene aus der kriegsentscheidenden Schlacht bei Königgrätz



XIV

NACHWORT

„DIE FPÖ – EIN GLÜCKSFALL
FÜR DIE REPUBLIK“

Mag. Hilmar Kabas, Ehrenobmann der FPÖ, über die Rolle der FPÖ in der Zweiten Republik



Dass die FPÖ 1956 gegründet wurde, mag zwar aus Sicht des politischen Establishments – von Rot und Schwarz also – wohl so etwas wie ein historischer Betriebsunfall des Systems gewesen sein, ist aber in Wahrheit ein Glücksfall für die Republik Österreich. Dass nach dem Untergang des Verbandes der Unabhängigen die FPÖ trotzdem gegründet werden konnte, war wesentlich, zumal gerade die Freiheitlichen in ihrer gesamten Entwicklung für Österreich immer eine bedeutende und gewichtige Rolle gespielt haben, derzeit spielen und hinkünftig gewiss noch mehr an Gewicht gewinnen werden.

Zu dieser Erkenntnis muss man vor allem aufgrund der tiefgreifenden Probleme kommen, die in Europa durch eine Herrschaftsschicht entstanden sind, die – aus welchen Gründen auch immer – Europa in den Abgrund zu führen droht. Daher sind genau die positiven Kräfte, wie sie in der FPÖ seit ihrer Gründung immer geherrscht haben, überlebensnotwendig, wenn es darum geht, das Abendland mit all seinen Werten und zivilisatorischen Errungenschaften zu retten.

Derzeit müssen wir eine Völkerwanderung ungeahnten Ausmaßes erleben, die den europäischen Kontinent in seinen Grundfesten erschüttert und eigentlich zu einem gewissen Pessimismus führen müsste. Wenn man dann aber beobachten darf, dass die Völker Europas in dieser Notsituation anfangen, sich zu wehren, ob etwa in Frankreich oder in Italien, in Skandinavien, im Ansatz auch in Deutschland, vor allem auch in osteuropäischen Staaten, allen voran in Ungarn, und eben in Österreich, dann bin ich überzeugt, dass das Anlass genug ist, in der Überlebensfrage unseres Kontinents sehr wohl Optimismus an den Tag zu legen.

Ich selbst bin 1961 der FPÖ beigetreten. Damals – fünf Jahre nach Gründung der Partei – trafen meine Freunde und ich als sehr junge Menschen auf eine Reihe von älteren Persönlichkeiten, die uns sehr wohlwollend aufgenommen haben. Die Dimension der Partei damals war aber eine andere als heute – nach dem Untergang des VdU war die FPÖ auf nur rund fünf Prozent reduziert. Dank der hervorragenden Repräsentanten, wie etwa einem Anton Reinthaller, von dem auch die politischen Gegner mit Hochachtung gesprochen haben, einem Friedrich Peter, einem Otto Scrinzi, einem Jörg Kandutsch, einem Tassilo Broesigke, einem Willfried Gredler, einem Gustav Zeillinger oder einem Erwin Hirsenschall, der mich persönlich für die Partei geworben hat, hatte die Partei aber trotzdem einen hohen Stellenwert im Parlamentarismus und damit auch in der Republik.

Diese Phase war nicht nur für meine Mitstreiter und mich sehr lehrreich, sondern legte auch den Grundstein für die heutige Stärke der Freiheitlichen. Die FPÖ hat in ihrer damaligen Tagespolitik naturgemäß die damals über- und allmächtige große Koalition sehr tief angegriffen und hatte ein sehr klares Fundament in Form der Richtlinien freiheitlicher Politik. Wenn damals noch das Bekenntnis zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft, welches auch heute noch im freiheitlichen Parteiprogramm manifestiert ist, vor allem in der Auseinandersetzung mit dem Lager jener in der Republik, die eine „österreichische Nation“ propagierten, eine wesentliche Rolle spielte, so hat sich diese

ethnisch-kulturelle Auseinandersetzung von damals immer mehr zu der Frage verlagert, wie man im 21. Jahrhundert das Abendland retten kann. Heute ist die Frage eben nicht mehr, ob wir Österreicher oder Deutsche sind, sondern vielmehr, ob wir die ethnisch-kulturelle Identität Europas wahren können – auch nicht. Dabei gilt es, auch mit allen anderen europäischen Völkern zusammenzuarbeiten, Partner zu finden, um eben diese Identität unseres Kontinents zu wahren. Eine Notwendigkeit, die die FPÖ des 21. Jahrhunderts in der Tat erfüllt, denkt man an die positive Entwicklung der Zusammenarbeit mit Partnern aus verschiedenen europäischen Staaten.

Dabei spielt auch der Umstand eine Rolle, dass schon in den ersten Jahrzehnten der Parteigeschichte ein Selbstverständnis vorhanden war, dass die Freiheitlichen in den wesentlichen Zukunftsfragen im Gegensatz zu den beiden ehemaligen Großparteien SPÖ und ÖVP immer eine andere Position vertreten haben. Nicht nur in ethnisch-kulturellen Fragen, sondern auch in Fragen der Weiterentwicklung der Demokratie, der sozialen Sicherheit inklusive der Schaffung von Vollbeschäftigung sowie der gesamten Unterrichts- und Bildungspolitik war und ist die FPÖ immer kritischer und dynamischer Impulsgeber und auch Gestalter. Dies macht es bis heute möglich, abseits von politischer Korrektheit und den Zwängen des Systems im Land eine Politik umzusetzen, die tatsächlich den Bedürfnissen der Menschen entspricht, und sich nicht an den Interessen von Gewerkschaften oder Kammern und anderen Lobbyisten orientieren muss.

Blickt man auf die fast sieben Jahrzehnte währende freiheitliche Parteigeschichte zurück, so wird einem nicht bang, dass man die großen Herausforderungen der Zukunft, die sich nicht nur der FPÖ, sondern neben Österreich ganz Europa stellen, bewältigen kann. Tradierte, und damit auch fundierte freiheitliche Werte, getragen von einer Gesinnungsgemeinschaft, die zusammenhält, ergeben eine politische Partei, die gemeinsam mit ihren Partnern in anderen europäischen Ländern den Menschen in Österreich, in Europa eine positive Zukunft ermöglichen kann. ♦

ANHANG

Die freiheitlichen Nationalrats Präsidenten



Dipl.-Vw. Dr. Gerulf Stix
Dritter Präsident des Nationalrates
(1983 – 1990)



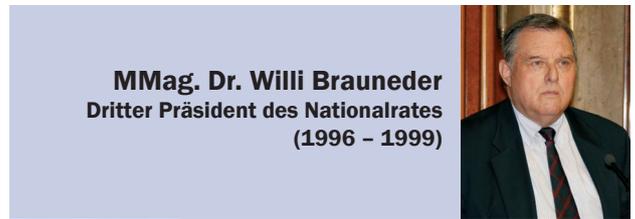
Dr. Siegfried Dillersberger
Dritter Präsident des Nationalrates
(15. März 1990 – 4. November 1990)



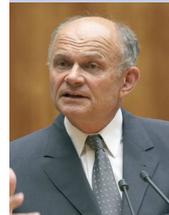
Mag. Dr. Heide Schmidt
Dritter Präsident des Nationalrates
(1990 – 1994)



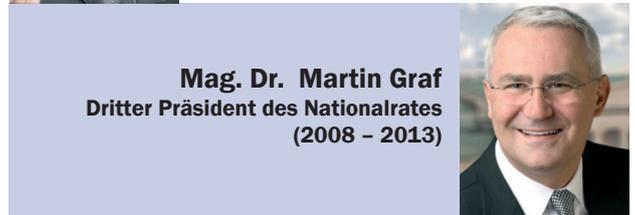
Mag. Herbert Haupt
Dritter Präsident des Nationalrates
(1994 – 1996)



MMag. Dr. Willi Brauner
Dritter Präsident des Nationalrates
(1996 – 1999)



Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn
Zweiter Präsident des Nationalrates
(1999 – 2002)
Dritter Präsident des Nationalrates
(2002 – 2006)

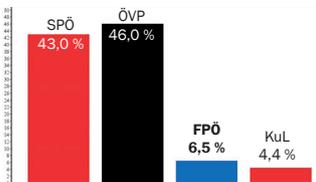


Mag. Dr. Martin Graf
Dritter Präsident des Nationalrates
(2008 – 2013)



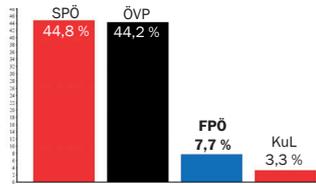
Ing. Norbert Hofer
Dritter Präsident des Nationalrates
(2013 – 2017, seit 2019)

Nationalratswahl 1956



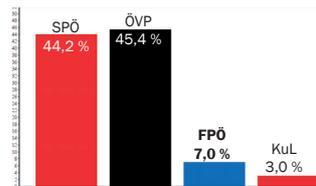
Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs VIII.
GP 8. 6. 1956 – 9. 6. 1959: Dr. Willfried Gre-
 der, Dr. Jörg Kandutsch, Dr. Helfried Pfeifer, Max Sten-
 debach, Dr. Heinrich Zechmann, Gustav Zeillinger

Nationalratswahl 1959



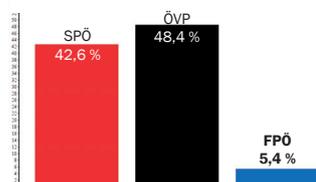
Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs IX.
GP 9. 6. 1959 – 14. 12. 1962: Dr. Willfried Gre-
 der, Dr. Jörg Kandutsch, Wilhelm Kindl, Dr. Wilhelm Kos,
 Klaus Mahnert, Dipl.-Ing. Dr. Robert Scheuch, Mag. Dr.
 Emil van Tongel, Dr. Heinrich Zechmann, Gustav Zeillinger

Nationalratswahl 1962



Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs X.
GP 14. 12. 1962 – 30. 3. 1966: Dr. Tassilo
 Broesigke, Dr. Willfried Greder, Dr. Jörg Kandutsch,
 Wilhelm Kindl, Dr. Wilhelm Kos, Klaus Mah-
 nert, Othmar Meißl, Dipl.-Ing. Dr. Robert Scheuch,
 Mag. Dr. Emil van Tongel, Gustav Zeillinger

Nationalratswahl 1966



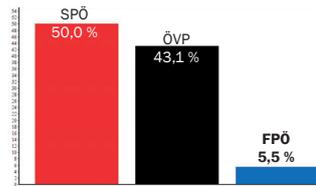
Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs XI.
GP 30. 3. 1966 – 31. 3. 1970: Othmar
 Meißl, Werner Melter, Friedrich Peter, Dr. Otto Scrin-
 zi, Mag. Dr. Emil van Tongel, Gustav Zeillinger

Nationalratswahl 1970



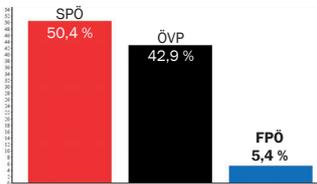
Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs XII.
GP 31. 3. 1970 – 4. 11. 1971: Dr. Tassilo
 Broesigke, Othmar Meißl, Werner Melter, Fried-
 rich Peter, Dr. Otto Scrinzi, Gustav Zeillinger

Nationalratswahl 1971



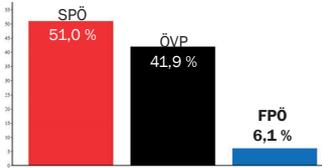
Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs XIII.
GP 4. 11. 1971 – 4. 11. 1975: Dr. Tas-
 silo Broesigke, Dipl.-Ing. Georg Hanreich, Dipl.-Vw.
 Helmuth Josseck, Othmar Meißl, Werner Melter,
 Friedrich Peter, Dr. Albert Schmidt, Dr. Otto Scrin-
 zi, Dipl.-Vw. Dr. Gerulf Stix, Gustav Zeillinger

Nationalratswahl 1975



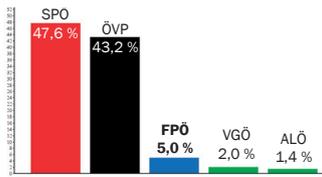
Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs XIV.
GP 4. 11. 1975 – 4. 6. 1979: Dr. Tassilo Broesigke, Dr. Friedhelm Frischenschlager, Dipl.-Ing. Georg Hanreich, Dipl.-Vw. Helmuth Josseck, Othmar Meißl, Werner Melter, Friedrich Peter, Dr. Albert Schmidt, Dr. Otto Scrinzi, Dipl.-Vw. Dr. Gerulf Stix, Gustav Zeillinger

Nationalratswahl 1979



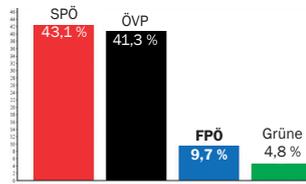
Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs XV.
GP 5. 6. 1979 – 18. 5. 1983: Dipl.-Kfm. Holger Bauer, Dr. Tassilo Broesigke, Dr. Friedhelm Frischenschlager, Dipl.-Ing. DDR. Alexander Götz, Walter Grabher-Meyer, Dr. Jörg Haider, Dipl.-Vw. Helmuth Josseck, Ing. Gerulf Murer, Dr. Harald Ofner, Friedrich Peter, Friedrich Probst, Dr. Norbert Steger, Dipl.-Vw. Dr. Gerulf Stix

Nationalratswahl 1983



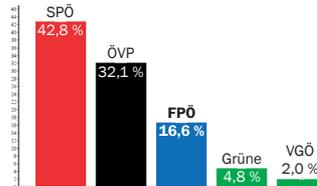
Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs XVI.
GP 19. 5. 1983 – 16. 12. 1986: Dipl.-Kfm. Holger Bauer, Hermann Eigruber, Dr. Friedhelm Frischenschlager, Walter Grabher-Meyer, Dr. Norbert Gugerbauer, Dr. Jörg Haider, Helmuth Haigermoser, Josef Hintermayer, Alois Huber, Dipl.-Vw. Helmuth Josseck, Mag. Hilmar Kabas, Dr. Harald Ofner, Mag. Peter Ortner, Dr. Helene Partik-Pablé, Friedrich Peter, Friedrich Probst, Dr. Norbert Steger, Dipl.-Vw. Dr. Gerulf Stix

Nationalratswahl 1986



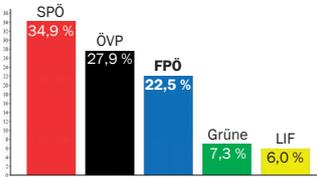
Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs XVII.
GP 17. 12. 1986 – 4. 11. 1990: Ute Apfelbeck, Dipl.-Kfm. Holger Bauer, Anton Blünegger, Dr. Siegfried Dillersberger, Hermann Eigruber, Dr. Friedhelm Frischenschlager, Dr. Norbert Gugerbauer, Dr. Jörg Haider, Helmut Haigermoser, Mag. Herbert Haupt, Josef Hintermayer, Alois Huber, Matthias Krenn, Dipl.-Ing. Dr. Helmut Krünes, Mag. Georg Lakner, Ing. Walter Meischberger, Hans Helmut Moser, Klara Motter, Ing. Gerulf Murer, Dr. Helene Partik-Pablé, Mag. Karin Praxmarer, Friedrich Probst, Gernot Rumpold, Rupert Schiffrer, Mag. Dr. Heide Schmidt, Günter Schönhart, Karl Schwab, Dipl.-Vw. Dr. Gerulf Stix, Mag. Helmut Weiss

Nationalratswahl 1990



Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs XVIII.
GP 5. 11. 1990 – 6. 11. 1994: Anna Elisabeth Achatz, Ute Apfelbeck, Mag. Thomas Barmüller, Dipl.-Kfm. Holger Bauer, Hermann Böhacker, Dr. Reinhard Eugen Bösch, Dr. Siegfried Dillersberger, Sigisbert Dolinschek, Andreas Eisl, Harald Fischl, Dr. Friedhelm Frischenschlager, Bernhard Gauster, Bernhard Gratzler, Mag. John Gudenus, Dr. Norbert Gugerbauer, Dr. Jörg Haider, Helmut Haigermoser, Edith Haller, Dr. Peter Harring, Ursula Haubner, Mag. Herbert Haupt, Dipl.-Kfm. Heinz Hochsteiner, Christian Hrubesch, Alois Huber, Dr. Peter Kapral, DDR. Werner Königshofer, Matthias Krenn, Mag. Georg Lakner, Mag. Dieter Langer, Dipl.-Kfm. Georg Matuner Markhof, Ing. Walter Meischberger, Josef Meisinger, Peter Mitterer, Andreas Mölzer, Hans Helmut Moser, Klara Motter, Ing. Gerulf Murer, Horst Nußbaumer, Dr. Harald Ofner, Dr. Helene Partik-Pablé, Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz, Mag. Helmut Peter, Georg Prancch, Dr. Helmut Prasch, Mag. Karin Praxmarer, Friedrich Probst, Dr. Alois Pumberger, Ing. Mathias Reichhold, Dr. Susanne Riess-Passer, Dr. Michael Rockenschaub, Peter Rosenstingl, Herbert Scheibner, Dipl.-Ing. Michael Schmid, Mag. Dr. Heide Schmidt, Hans Schöll, Ing. Mag. Erich L. Schreiner, Karl Schwab, Mag. Karl Schweitzer, Mag. Gilbert Trattner, Dr. Paul Tremmel

Nationalratswahl 1994

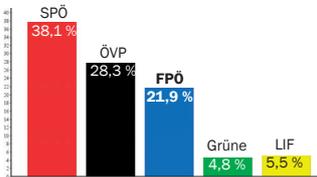


Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs XIX.

GP 7. 11. 1994 – 14. 1. 1996: Anna Elisabeth Achatz, Ute Apfelbeck, Dipl.-Kfm. Holger Bauer, Hermann Böhmacker, Dr. Reinhard Eugen Bösch, MMag. Dr. Willi Brauneder, Sigisbert Dolinschek, Andreas Eisl, Harald Fischl, Mag. Dr. Martin Graf, Mag. Dr. Udo Grollitsch, Mag. John Gudenus, Dr. Jörg Haider, Helmut Haigermoser, Dr. Peter Harring, Ursula Haubner, Mag. Herbert Haupt, Dr. Liane Höbinger-Lehrer, Dipl.-Ing. Maximilian Hofmann, Wolfgang Jung, Dr. Peter Kapral, DDr. Werner Königshofer, Dr. Michael Krüger, Franz Lafer, Mag. Dieter Langer, Elfriede Madi, Ing. Walter Meischberger, Josef Meisinger, Hermann Mentil, Ing. Gerulf Murer, Ing. Wolfgang Nußbaumer, Dr. Harald Ofner, Dr. Helene Partik-Pablié, Dr. Helmut Prasch, Mag. Karin Praxmarer, Dr. Susanne Preisinger, Hans Pretterebner, Dr. Alois

Pumberger, Helena Ramsbacher, Ing. Matthias Reichhold, Dr. Susanne Riess-Passer, Dr. Michael Rockenschau, Peter Rosenstingl, Mares Rossmann, Dipl.-Kfm. Kurt Ruthofer, Dr. Stefan Salz, Herbert Scheibner, Dipl.-Ing. Leopold Schöggel, Hans Schöll, Ing. Mag. Erich L. Schreiner, Karl Schwab, Mag. Karl Schweitzer, Mag. Ewald Stadler, Mag. Gilbert Trattner, Dr. Paul Tremmel, Josef Trenk, Gottfried Waldhäusl, Robert Wentisch

Nationalratswahl 1995

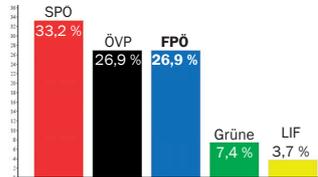


Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs XX.

GP 15. 1. 1996 – 28. 10. 1999: Anna Elisabeth Achatz, Ute Apfelbeck, Dipl.-Kfm. Holger Bauer, Anton Blünegger, Hermann Böhmacker, Dr. Peter Böhm, Dr. Reinhard Eugen Bösch, MMag. Dr. Willi Brauneder, Dr. André d'Aron, Sigisbert Dolinschek, Andreas Eisl, Mag. Reinhard Firlinger, Harald Fischl, Reinhart Gaugg, Mag. Dr. Martin Graf, Wilhelm Grissemann, Mag. Dr. Udo Grollitsch, Mag. John Gudenus, Christoph Hagen, Helmut Haigermoser, Edith Haller, Dr. Peter Harring, Ursula Haubner, Ulrike Haunschmid, Mag. Herbert Haupt, Dr. Liane Höbinger-Lehrer, Dipl.-Ing. Maximilian Hofmann, Wolfgang Jung, Dr. Peter Kapral, Anneliese Klein, Franz Koller, DDr. Werner Königshofer, Dr. Michael Krüger, Dr. Gerhard Kurzmann, Franz Lafer, Mag. Dieter Langer, Karl Leutgöb, Dr. Franz Lin-

ser, Elfriede Madi, Mag. Eduard Mainoni, Heinz Anton Marolt, Ing. Walter Meischberger, Josef Meisinger, Hermann Mentil, Heiga Moser, Monika Mühlwerth, Mag. Christof Neuner, Dr. Klaus Peter Nittmann, Ing. Wolfgang Nußbaumer, Dr. Harald Ofner, Dr. Helene Partik-Pablié, Dr. Brigitte Poyssil, Dr. Helmut Prasch, Mag. Karin Praxmarer, Dr. Susanne Preisinger, Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn, Dr. Alois Pumberger, Mag. Thomas Ram, Helena Ramsbacher, Ing. Matthias Reichhold, Dr. Susanne Riess-Passer, Dr. Michael Rockenschau, Peter Rosenstingl, Mares Rossmann, Dipl.-Kfm. Kurt Ruthofer, Dr. Stefan Salz, Herbert Scheibner, Mag. Walter Scherb, Ing. Kurt Scheuch, Dipl.-Ing. Leopold Schöggel, Hans Schöll, Ing. Mag. Erich L. Schreiner, Mag. Karl Schweitzer, Mag. Ewald Stadler, Wilfried Tilg, Mag. Gilbert Trattner, Dr. Paul Tremmel, Josef Trenk, Gottfried Waldhäusl, Engelbert Weilharter, Robert Wentisch, Ernest Windholz

Nationalratswahl 1999

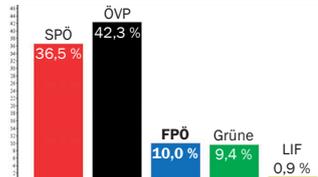


Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs XXI.

GP 29. 10. 1999 – 19. 12. 2002: Achatz Anna Elisabeth, Dr. Robert Aspöck, Ing. Gerhard Bauer, Josef Blaisiker, Hermann Böhmacker, Dr. Peter Böhm, Dr. Dieter Böhmndorfer, Dr. Reinhard Eugen Bösch, Bernd Brugger, Ludwig Buchinger, Ilse Burket, Dr. André d'Aron, Sigisbert Dolinschek, Robert Egghart, Ing. Gerhard Fallent, Mag. Reinhard Firlinger, Harald Fischl, Evelyn Freigaßner, Reinhart Gaugg, Ing. Herbert L. Graf, Mag. Dr. Martin Graf, Wilhelm Grissemann, Mag. Dr. Udo Grollitsch, Mag. John Gudenus, Christoph Hagen, Helmut Haigermoser, Edith Haller, Mag. Beate Hartinger, Ulrike Haunschmid, Mag. Herbert Haupt, Mag. Gerhard Hetzl, Dipl.-Ing. Maximilian Hofmann, Franz Hornegger, Wolfgang Jung, Dr. Renate Kanovsky-Wintermann, Ing. Ger

Klamt, Anton Knerzi, Franz Koller, Dr. Michael Detlev Neudeck, Mag. Christof Neuner, Wilhelm Niederhuemer, Dr. Klaus Peter Nittmann, Dr. Harald Ofner, Patrick Ortlieb, Dr. Sylvia Papházy MBA, Dr. Helene Partik-Pablié, Jakob Pistotnig, Dr. Brigitte Poyssil, Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn, Dr. Alois Pumberger, Mag. Thomas Ram, Hermann Reindl, Dr. Susanne Riess-Passer, Mag. Konstanze Röhs, Herbert Scheibner, Mag. Rüdiger Schender, Ing. Kurt Scheuch, Ii.oe.c HSG Irina Schoettel-Delacher, Dipl.-Ing. Leopold Schöggel, Mag. Karl Schweitzer, Hans Sevignani, Andreas Sodian, Norbert Staffaneller, Benno Sulzberger, Mag. Gilbert Trattner, Dr. Paul Tremmel, Harald Trettenbrein, Anton Wattau, Engelbert Weilharter, Ing. Wilhelm Weinmeier, Robert Wentisch, Ing. Peter Westenthaler, Ernest Windholz, Klaus Wittauer, Dr. Jutta Wocheßländer, Roland Zellot, Theresia Zierler

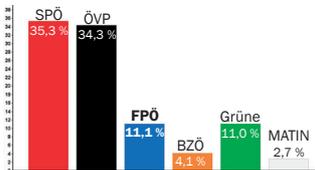
Nationalratswahl 2002



Freiheitlicher Parlamentsklub XXII.

GP 20. 12. 2002 – 29. 10. 2006: Dipl.-Ing. Eike Achleitner, Dr. Robert Aspöck, Mag. Dr. Magda Bleckmann, Dr. Peter Böhm, Dr. Dieter Böhmndorfer, Dr. Reinhard Eugen Bösch, Josef Bucher, Sigisbert Dolinschek, Markus Fauland, Wilhelm Grissemann, Mag. John Gudenus, Christoph Hagen, Ulrike Haunschmid, Mag. Herbert Haupt, Dipl.-Ing. Maximilian Hofmann, Ing. Siegfried Kampl, Dipl.-Ing. Renate Kanovsky-Wintermann, Ing. Ger Klamt, Elmar Lichtenegger, Dipl.-Ing. Dr. Bernd Lindinger, Mag. Eduard Mainoni, Peter Mitterer, Marialuise Mittermüller, Delev Neudeck, Dr. Klaus Peter Nittmann, Dr. Helene Partik-Pablié, Dipl.-Ing. Thomas Prinzhorn, Barbara Rosenkranz, Mares Rossmann, Herbert Scheibner, Dipl.-Ing. Uwe Scheuch, Mag. Karl Schweitzer, Benno Sulzberger, Maximilian Walch, Anton Wattau, Engelbert Weilharter, Klaus Wittauer, Roland Zellot

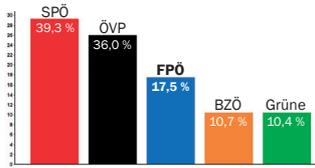
Nationalratswahl 2006



Freiheitlicher Parlamentsklub XXIII.

GP 30. 10. 2006 – 27. 10. 2008: Dr. Robert Aspöck, Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein, Dr. Reinhard Eugen Bösch, Alois Gradauer, Mag. Dr. Martin Graf, Mag. Dr. Manfred Haimbuchner, Mag. Gerald Hauser, Ing. Norbert Hofer, Herbert Kickl, Dipl.-Ing. Karlheinz Klement MAS, Dr. Gerhard Kurzmann, Hartmann Lautenschlager, Leopold Mayerhofer, Werner Neubauer, Barbara Rosenkranz, Mag. Ewald Stadler, Heinz-Christian Strache, Bernhard Themessel, Harald Vilimsky, Bernhard Vock, Lutz Weinzinger, Wolfgang Zanger

Nationalratswahl 2008

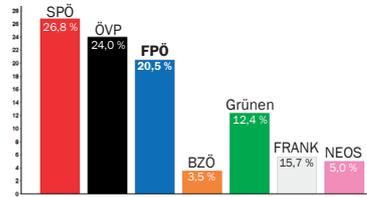


Mitterer, Edith Mühlberghuber, Monika Mühlwerth, Werner Neubauer, Franz Pirolt, Mag. Reinhard Pisek BA, Elmar Podgorschek, Josef A. Riemer, Dr. Walter Rosenkranz, Dr. Dietmar Schmittner, Mag. Harald Stefan, Heinz-Christian Strache, Dr. Martin Strutz, Bernhard Themessi, Mag. Heidemarie Unterrainer, Mathias Venier, Harald Vilimsky, Bernhard Vock, Lutz Weinzinger, Dr. Susanne Winter, Wolfgang Zanger, Peter Zwanziger

Freiheitlicher Parlamentsklub XXIV.

GP 28. 10. 2008 – 28. 10. 2013: Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein, Hermann Brückl, Mag. Gernot Darmann, Dipl.-Ing. Gerhard Deimek, Rupert Doppler, Gerhard Dörfler, Johann Ertl, Dr. Peter Fichtenbauer, Carmen Schimaneck, Alois Gradauer, Mag. Dr. Martin Graf, Ing. Heinz-Peter Hackl, Christian Hafenecker MA, Mag. Roman Haider, Mag. Dr. Manfred Haimbuchner, Werner Herbert, Ing. Christian Höbart, Ing. Norbert Hofer, Dr. Johannes Hübner, Harald Jannach, Hans-Jörg Jenewein, Josef Jury, Dr. Andreas F. Karlsböck, Herbert Kickl, Anneliese Kitzmüller, DDr. Werner Königshofer, Gerd Krusche, Mario Kunasek, Dr. Gerhard Kurzmann, Christian Lausch, Maximilian Linder, Dr. Herbert Madejski, Leopold Mayerhofer, Cornelia Michalke, Peter

Nationalratswahl 2013

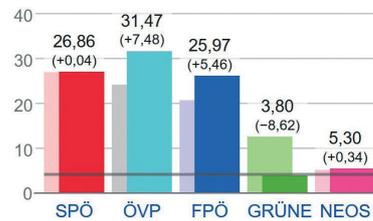


Freiheitlicher Parlamentsklub XXV.

GP seit 29. 10. 2013: Erwin Angerer, Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein, Dr. Reinhard Eugen Bösch, Hermann Brückl, Mag. Gernot Darmann, Dipl.-Ing. Gerhard Deimek, Rupert Doppler, Gerhard Dörfler, Rosa Ecker, MMag. DDr. Hubert Fuchs, Carmen Schimaneck, Ing. Heinz-Peter Hackl, Christian Hafenecker MA, Mag. Roman Haider, Mag. Gerald Hauser, Werner Herbert, Ing. Christian Höbart, Ing. Norbert Hofer, Dr. Johannes Hübner, Harald Jannach, Hans-Jörg Jenewein, Dr. Andreas F. Karlsböck, MMMag. Dr. Axel Kassegger, Herbert Kickl, Anneliese Kitzmüller, Erich Königberger, Gerd Krusche, Mag. Günther

Kumpitsch, Mario Kunasek, Christoph Längle, Kumpitsch, Mario Kunasek, Christoph Längle, Kumpitsch, Mario Kunasek, Christoph Längle, Mühlwerth, Werner Neubauer, Mag. Reinhard Pisek BA, Elmar Podgorschek, Mag. Michael Raml, Walter Rauch, Josef A. Riemer, Ing. Bernhard Rösch, Barbara Rosenkranz, Dr. Walter Rosenkranz, Peter Samt, Ing. Thomas Schellenbacher, Thomas Schererbauer, Gerhard Schmid, Dr. Dietmar Schmittner, Mag. Philipp Schrangl, Mag. Harald Stefan, Petra Steger, Heinz-Christian Strache, Bernhard Themessi, Harald Vilimsky, Dr. Susanne Winter, Peter Wurm, Wolfgang Zanger

Nationalratswahl 2017

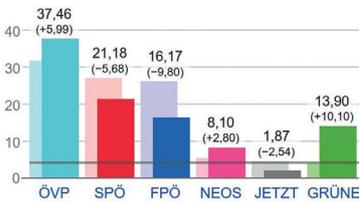


Freiheitlicher Parlamentsklub XXVI.

GP seit 9. 11. 2017: Hannes Amesbauer, BA, Erwin Angerer, Dr. Dagmar Belakowitsch, Ricarda Berger, Dr. Reinhard Eugen Bösch, Hermann Brückl, Dipl. Ing. Gerhard Deimek, Dr. Susanne Fürst, Peter Gerstner, Mag. Dr. Martin Graf, Johann Gudenus, M.A.I.S., Christian Hafenecker, M.A., Mag. Roman Haider, Prof. Mag. Gerald Hauser, Werner Herbert, Ing. Christian Höbart, Hans-Jörg Jenewein, M.A., Flinsp Alois Kainz, Mag. Gerhard Kaniak, MMMag. Dr. Axel Kassegger, Anneliese Kitzmüller, Kommr. Ing. Wolfgang Klingner, Hofrat Mag. Günther Kumpitsch, David Lasser, Christian Lausch, Maximilian Linder, Dr. in Jessi

Lintl, Ing. Robert Lugar, Wendelin Mölzer, Edith Mühlberghuber, Werner Neubauer, BA, Ing. Christian Pewny, MR Dr. in Brigitte Povysil, Mag. Christian Ragger, Walter Rauch, Ing. Mag. Volker Reifenberger, Josef A. Riemer, Christian Ries, Dr. Walter Rosenkranz, Obstlt. Prof. Dipl.-Ing. Christian Schandor, Andrea Michaela Schartel, Carmen Schimaneck, Peter Schmiedlechner, Mag. Philipp Schrangl, Mag. Harald Stefan, Petra Steger, Dr. Markus Tschank, MEB, Petra Wagner, Sandra Wassermann, Peter Wurm, Wolfgang Zanger,

Nationalratswahl 2019



Freiheitlicher Parlamentsklub XXVII. GP seit 23. 10. 2019: Amesbauer Hannes, Mag., BA, Angerer Erwin, Belakowitsch Dagmar, Dr., Belakowitsch-Jenewein Dagmar, Dr., Bernard Michael, Bösch Reinhard Eugen, Dr., Brückl Hermann, MA, Deimek Gerhard, Dipl.-Ing., Dim Thomas, Ecker Rosa, MBA, Fuchs Hubert, MMag, DDr., Fürst Susanne, Dr., Graf Martin, Dr., Graf Martin, Mag. Dr., Hafenecker Christian, MA, Hauser Gerald, Mag., Hofer Norbert, Ing., Hübner Johannes, Dr., Kainz Alois, Kaniak Gerhard, Mag., Kassegger Axel, MMag, Dr., Kickl Herbert, Krusche Gerd, Lausch Christian, Leinfellner Markus, Mühlbergerhuber Edith, Mühlwerth Monika, Ofner Josef, Pisec Reinhard, Mag., BA MA, Pröller Günter, Ragge Christian, Mag.,

Rauch Walter, Reifenberger Volker, Ing, Mag., Ries Christian, Rössch Bernhard, Ing., Samt Peter, Saurer Bernd, Mag., Scharf Andrea Michaela, Schererbauer Thomas, Schilchegger Michael, MMag, Dr., Schmiedlechner Peter, Schnedlitz Michael, Schrangl Philipp, Mag., Spanring Andreas Arthur, Sperl Gottfried, Stefan Harald, Mag., Steger Petra, Steiner Christoph, Steiner-Wieser Marlies, Steinmaurer Markus, Wurm Peter, Zanger Wolfgang

FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ)
Vorläufige Bundesleitung

Wien, den 15. November 1998

Wien I., Baumgasse 5
Telefon: 01-242-20, 0-24-20

An den
Herrn Bundesminister für Inneres
Gustav Hofbauer, Bundeskanzleramt
1150 Wien

S i e n I.

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Die unterzeichneten Mitglieder des Präsidiums des Bundesgruppenkomitees der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) mit dem Sitz in Wien I., Baumgasse 5 beehren sich, Ihnen folgende Mitteilung zu machen:

Am 17. Oktober 1998 hat sich aus Vertretern aller Bundesgruppen ein Landesgruppenpräsidium gebildet, welches die Vorläufige Bundesleitung der neugebildeten Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) fungiert; gleichzeitig hat sich die neue Partei unter der Bezeichnung:

→ "Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)" konstituiert.

Die Funktion der vorläufigen Bundesleitung endet mit der Ableitung des ersten, auf Grund demokratischer Urwahlen gemäss dem Organisationsstatut der Partei gebildeten Bundesparteivorstandes am 1. Jänner der nach der vorliegenden Bundesleitung.

Dem vorläufigen Präsidium gehören folgende Herren an:

Franz Seiner, Wien I., Kallnergasse 3, als Vorsitzender
ferner:
Dr. Dr. Wilfried Gredler, Wien VI., Argelengasse 4,
Dipl.-Ing. Alois Kaniak, Wien IX, Obersterrisch,
Dr. Max Stenetsch, St. Veit/Glan, Burgenland, Burgenland,
als gleichwertige stellvertretende Vorsitzende.

Mitteilung über die Konstituierung der Freiheitlichen Partei Österreich an den Bundesminister für Inneres

Seite 2

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, diese Mitteilung über die Konstituierung der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) zur Kenntnis zu nehmen.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung

Dr. Wilfried Gredler (Max Stenetsch) Franz Seiner
Stellvertretende Vorsitzende Vorsitzender

ISBN 978-3-9504350-9-2



9 783950 435092

FBi Freiheitliches
Bildungsinstitut

Gesellschaft für Politik, Kultur & Meinungsfreiheit